Mittwoch, 27. März 1985 - D ***

Axel Springer Verlag AG. Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 73 - 13.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 36,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 100 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 200,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 100 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,80 sfr, Spanien 125 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Elbgrenze: Der Minister für innerdeutsche Beziehungen, Windelen, wirft der SPD vor, der Bundesregierung bei den Verhandlungen mit der „DDR" in den Rücken gefallen zu sein, indem sie das Konzept der „DDR" unterstütze. Schleswig-Holsteins Ministerpräsident Barschel (CDU) lehnt neue Verhandlungen mit Ost-Berlin strikt ab. (S. 10)

Vorstoß Baums: Für die Streichung des Steuerspar-Paragraphen 6b plädiert der stellvertretende FDP-Chef Baum in einem WELT-Gespräch aufgrund seiner Kenntnis der Akten des Flick-Ausschusses. (S. 10)

Rückkehrhilfe: Erst 13 700 Ausländer haben die Hilfe für die Rückkehr ins Heimatland in Anspruch genommen, geht aus einem Bericht der Bundesanstalt für Arbeit hervor. Dafür seien 160 Millionen Mark aufgewendet worden. Knapp 90 Prozent der Rückkehrer seien Türken gewesen.

Wohnungsförderung: Eigentümer brauchen die von ihnen selbst genutzten Wohnungen ab 1987 nicht mehr zu versteuern. Hausbauer und -käufer können zugleich höhere Herstellungs- und Anschaffungskosten geltend machen und künftig schon für das erste Kind das Baukindergeld (600 Mark) beanspruchen. Der entsprechende Gesetzentwurf wurde vom Kabinett gebilligt. (S. 11)

Europa: Der Beitritt Spaniens und Portugals zur EG scheint jetzt sicher zu sein, heißt es in Diplomatenkreisen in Paris nach dem Treffen Kanzler Kohls mit Präsident Mitterrand. Alles spreche dafür, daß die Verhandlungen am Wochenende erfolgreich abgeschlossen werden. (S. 5)

Telefon: Die Bundespost hat auf Druck der EG-Kommission auf ein Monopol bei der Zulassung des drahtlosen Telefons verzichtet. Künftig können somit auch private Anbieter eine Zulassung für den Anschluß drahtloser Telefone an Postanlagen erhalten.

Albrecht: Den Wunsch der Pekinger Regierung an einer verstärkten Zusammenarbeit mit der Bundesrepublik in Wirtschaft, Handel und Technologie hat Regierungschef Zhao Ziyang bei einem Treffen mit Niedersachsens Ministerpräsident Albrecht in Peking wiederholt. Deutsche Technologie und chinesische Rohstoffressourcen seien eine erfolgversprechende Kombination.

Historisches Museum: Die Pläne für den Bau des Deutschen Historischen Museums in Berlin, das Haus der Geschichte in Bonn und die Kunsthalle Bonn sollen auf Verlangen von Kanzler Kohl vorangetrieben werden. Man dürfe der „DDR" nicht die Inanspruchnahme der deutschen Geschichte überlassen.

ZITAT DES TAGES



„Ein sinkender Dollarkurs kann für alle Seiten günstig sein, da unser Land die Fähigkeit besitzt, sowohl seine wirtschaftlichen Probleme als auch seinen Aufschwung zu exportieren"

US-Präsident Ronald Reagan FOTO: DPA

WIRTSCHAFT

Benzinpreise: Der von Aral verkündeten Preiserhöhung um fünf Pfennig je Liter für Normal- und Superkraftstoff folgen die übrigen Gesellschaften. Nachrichten aus Rotterdam signalisieren, daß es der Mineralölindustrie gelingen könnte, die Preisanhebungen am Markt durchzusetzen. (S. 11)

Getreidehandel: Amerikas Farmer erobern die nach dem Teilembargo in der UdSSR verlorenen Marktanteile zurück. Die Ordereingänge aus Moskau für das Marketingjahr 1984/85 haben mit 17 Millionen Tonnen bereits eine Rekordhöhe erreicht. (S. 11)

Gegen Kontrollen: Die Schrottpreise haben sich in der Montanunion in den letzten beiden Jahren nahezu verdoppelt. Trotzdem will die EG nicht zum Mittel der Ausfuhrkontrollen greifen, wie dies von Italien und Irland gefordert wird. (S. 11)

Börse: Die Aktienmärkte erwiesen sich als widerstandsfähig. Der Rentenmarkt war behauptet. WELT-Aktienindex 176,6 (176,5). BHF-Rentenindex 100,707 (100,694). Performance Index 99,603 (99,561). Dollarmittelkurs 3,2316 (3,2247) Mark. Goldpreis 323,75 (314,60) Dollar.

KULTUR

Oscar-Verleihung: Mit acht Oscars, ebenso vielen wie für „Gandhi" vor zwei Jahren, ist in Hollywood der Film „Amadeus" von Milos Forman ausgezeichnet worden. Zum besten ausländischen Film wurde „La Diagonale du Fou" (Schweiz) gekürt. (S. 19)

Konkurs: Im Hamburger Operettenhaus geht seit gestern abend der Vorhang nicht mehr auf. Nach 120 Aufführungen des Musicals „Große Freiheit Nr. 7" mußte die eigens für diese Produktion gegründete GmbH den Konkurs anmelden. (S. 2 und 19)

SPORT

Fußball: Beim heutigen WM-Qualifikationsspiel gegen Malta in Saarbrücken wird der Leverkusener Rahn im Laufe des Spiels den Platz des Münchners Matthäus einnehmen. Auch der Schalker Thon soll eingewechselt werden. (S. 9)

Leichtathletik: Dem spanischen Fachblatt „Atletisimo" zufolge soll die sowjetische Hochsprung-Weltmeisterin Tamara Bykowa ein ähnliches Schicksal wie der „DDR"-Diskuswerfer Wolfgang Schmidt erlitten haben. Schmidt war 14 Monate lang in Haft. (S. 9)

AUS ALLER WELT

Seenot: In schwerem Sturm sind in der Biskaya eine schweizerische Jacht und ein norwegischer Frachter gesunken. Eine deutsche Jacht und ihre vierköpfige Besatzung werden vermißt. (S. 20)

Pfusch am Bau: Schätzungsweise eine Milliarde Mark müssen jährlich aufgewendet werden, um Schäden an neuen Hochbauten zu beseitigen. Im Kampf um Aufträge bleibt die Qualität häufig auf der Strecke. (S. 20)

Wetter: Stark bewölkt, zeitweise Regen, im Norden in Schnee übergehend. 0 bis 10 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Stoltenberg drängt Banken zu niedrigeren Kreditzinsen

Pöhl kritisiert mangelnde Lohn-Flexibilität und die Subventionspolitik

CLAUS DERTINGER, **Bonn**

Auf längere Sicht müssen die Unternehmenssteuern „spürbar gesenkt werden". *Mit dieser Zusicherung griff* Bundesfinanzminister Stoltenberg (CDU) gestern die Forderung des XIV. Deutschen Bankentages, das Steuersystem leistungsfreundlicher auszugestalten, positiv auf. Allerdings mahnte der Finanzminister die Banken, ihre gestiegenen Erträge über attraktivere Zinssätze an die Kundschaft weiterzugeben.

Unter dem Stichwort „Deutschland darf keine Finanz-Provinz bleiben" beherrschte der Wunsch der privaten Banken nach einer Internationalisierung des Bankenplatzes Bundesrepublik Deutschland die Diskussion auf der Veranstaltung in Bonn. Dabei wurde erstmals deutlich, daß Bundesbank, Bundesregierung und Bankenaufsicht bereit sind, die Wünsche der Banken nach einer weiteren Internationalisierung („Off-shore-Geschäft") aktiv zu unterstützen.

Unausgesprochen steht hinter dieser Aufgeschlossenheit der Währungsbehörden gegenüber einer Internationalisierung der deutschen Finanzmärkte die Schwäche der D-Mark als Folge des Dollarhöhenfluges. Bundesfinanzminister Stoltenberg *und Bundesbankpräsident Pöhl* erhoffen sich von einer stärkeren Einbindung des deutschen Marktes in das internationale Geschehen auch eine Kräftigung der D-Mark.

Pöhl und Stoltenberg prangerten auf dem Bankentag die hohen Haushalts- und Handelsbilanzdefizite der USA als Gefahrenherde für die Weltwirtschaft an. Die anhaltend hohen

SEITE 11:
Höhere Attraktivität

und steigenden Defizite im US-Haushalt stellten nicht nur für die USA selbst eine Bedrohung dar, weil, so Stoltenberg, die wirtschaftliche Dynamik und die Attraktivität der US-Anlagen darunter litten. Vor allem bestehe die Gefahr, daß steigende Zinsen als Folge der Defizite im Haushalt und in der Leistungsbilanz die Schuldenkrise Lateinamerikas und anderer Länder der Dritten Welt wieder verschärfe und protektionistische Tendenzen verstärke. Stoltenberg plädierte zwar für eine Öffnung der Märkte, für die auch Bundeswirtschaftsminister *Bangemann auf dem* Bankentag eintrat. Gleichzeitig erteilte er aber ausländischen Aufforderungen an die Bundesregierung, ihre Stabilitätspolitik zu vernachlässigen, um kurzfristige Nachfrageimpulse auszulösen, eine Absage.

Vor allem der Bundesbankpräsident warnte jedoch davor, zu stark auf die USA zu blicken und dabei zu vergessen, das eigene Haus in Ordnung zu bringen. Er kritisierte den zu hohen Staatsanteil am Sozialprodukt, die mangelnde Flexibilität bei der Lohnfindung sowie leistungshemmende Subventionen als scheinsoziale Wohltaten, die in Wirklichkeit die Arbeitslosigkeit eher förderten, als sie zu verhindern. Pöhl bedauerte die Neigung, sich schon wieder mehr mit der Umverteilung des Sozialproduktes zu beschäftigen, als die Bedingungen für die Schaffung des Sozialprodukts weiter zu verbessern, was von den Bankiers als Seitenhieb auf die Bundesregierung verstanden wurde.

Kreml warnt vor Sonderwegen im Osten

Romanow fordert in Budapest „unverbrüchliche Bündnistreue" / Gegen enge West-Bindung

C. GUSTAF STRÖHM, **Budapest**

Geschlossenheit und Einheit der kommunistischen Staaten unter der Führung der Sowjetunion, verbunden mit der Absage an nationale Sonderwege innerhalb des Ostblocks, hat das sowjetische Politbüro-Mitglied und ZK-Sekretär Grigori Romanow vor dem Parteikongreß der ungarischen KP in Budapest gefordert.

Romanow, der als Exponent der Schwer- und Rüstungsindustrie sowie des Militärs innerhalb der sowjetischen Führung gilt, überbrachte in seiner mit Spannung erwarteten Rede die Grüße der sowjetischen KP an die ungarische Bruderpartei, erwähnte aber dabei den Namen des neuen *sowjetischen Parteichefs* Gorbatschow nur ein einziges Mal und fast nur am Rande. Der sowjetische Gast pries den ungarischen Parteichef Janos Kadar als Internationalisten und Leninisten von hoher Autorität und erklärte, der Parteikongreß einer regierenden KP gehe in seiner Bedeutung weit über das einzelne Land hinaus. Er betreffe alle kommunistischen Parteien, die gesamte „sozialistische Gemeinschaft". Nationale Besonderheiten könnten nur innerhalb dieser Gemeinschaft zur Geltung kommen.

Alle kommunistischen Parteien müßten „gemeinsam" die Lösung ihrer Probleme suchen. Feste Grundlage für die ungarische Volksrepublik seien die „revolutionären Errungenschaften" sowie das „unverbrüchliche Bündnis Ungarns mit der Sowjetunion". Eines der Hauptprinzipien der sozialistischen Gemeinschaft sei es, daß sie sich auf eine Reihe „gemeinsamer Gesetzmäßigkeiten" gründe. Nationale Interessen könnten nur innerhalb dieser Gesetzmäßigkeiten vertreten werden.

Die sowjetische Partei so betonte *Romanow, betrachte es als ihre erste* Aufgabe, die große Freundschft innerhalb der sozialistischen Staatengemeinschaft zu wahren und weiter zu festigen.

Romanow lobte das „feste Zusammenwirken" der sowjetischen KP und der ungarischen Partei sowie die enge, langfristige wirtschaftliche so wie technisch-wissenschaftliche Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern. Ziel dieser Zusammenarbeit sei die Stärkung der wirtschaftlichen Unabhängigkeit gegenüber dem Westen. Die sozialistische Wirtschaftsintegration innerhalb des Ostblocks solle so gestaltet werden, daß „wir den imperialistischen Ländern nicht gestatten, unsere wirtschaftlichen Schwierigkeiten auszunutzen und sich in die inneren Angelegenheiten der souveränen sozialistischen Länder einzumischen".

Mit Schärfe prangerte Romanow den „amerikanischen Imperialismus" an, der mit allen Mitteln die Einheit der „sozialistischen Staatengemeinschaft" zu untergraben und die Befreiung der Völker weltweit zu verhindern suche. Das Schicksal Hitlers, so Romanow, müsse eine harte *Lehre* für alle jene sein, welche nach Weltherrschaft strebten.

In der inneren Entwicklung der Sowjetunion sei „Disziplin in allen Bereichen" notwendig. Die Wirtschaft müsse durch Einwirkung auf das Bewußtsein der Menschen in Gang gesetzt werden. Dabei sei die ideologische Arbeit besonders wichtig.

Seite 2: Ein Lehrer, viele Schüler

Reagan spricht von GULag in Nicaragua

Sandinisten ordnen bislang größte Zwangsumsiedlung an / 50 000 Bauern betroffen

DW. **Washington**

Der amerikanische Präsident Ronald Reagan hat Nicaragua vorgeworfen, mit der Zwangsumsiedlung von mehreren 10 000 Menschen „Zonen freien Schußfelds" zu schaffen. In einer Ansprache vor Lateinamerikanern bezeichnete Reagan gestern in Washington die Sandinisten als „willfährige Marionetten" der Sowjetunion und Kubas, die zu der Methode des in der Sowjetunion üblichen GULag-Systems griffen. Reagan versicherte, er werde die gegen das Regime kämpfenden „Contras" nicht im Stich lassen.

WERNER THOMAS, **Miami**

Der nicaraguanische Präsident Daniel Ortega informierte die Nation über „wahrhaft gewaltige Anstrengungen" zur Hilfe von „vertriebenen Bauernfamilien", die den Schutz seiner Regierung suchen würden. Mit diesen Formulierungen gab der Commandante eine Maßnahme des Revolutionsregimes bekannt, die viele der Betroffenen anders beurteilen: die bisher größte Zwangsumsiedlung unter der sandinistischen Herrschaft. Etwa 50 000 Personen in fünf nördlichen Provinzen müssen ihre Wohnorte und Arbeitsplätze verlassen und in staatliche Landwirtschaftsbetriebe umziehen.

Diplomatische Beobachter in Managua weisen darauf hin, daß die antisandinistischen Rebellen (Contras) *gerade in diesen Bevölkerungskreisen* ihre stärkste Unterstützung haben. Die meisten der mittlerweile 14 000 Widerstandskämpfer stammen aus Bauernfamilien des Nordens. Diese vorwiegend konservativen Kleinbauern geraten nun durch die Umsiedlungen unter eine schärfere Kontrolle der Regierung.

Eine weitere Absicht der Sandinisten ist, „feuerfreie Zonen" zu erhalten, in denen die mit schweren sowjetischen Artilleriewaffen und Kampfhubschraubern ausgerüsteten Streitkräfte keine Rücksicht mehr auf Zivilisten zu nehmen brauchen. „Am Ende bleiben nur noch wir und die Contras übrig", äußerte sich ein Soldat der Elite-Einheit Simon Bolivar. Oscar Lanuza, Offizier der Regierungstruppen, nannte das Umsiedlungsprogramm eine wichtige Voraussetzung für den Sieg über die Rebellen.

Flüchtlinge schildern das brutale Vorgehen der Sicherheitskräfte. Innerhalb von 48 Stunden hätten sie ihre Ortschaften verlassen müssen. *Die Soldaten hätten ihre Häuser zerstört* und ihre Tiere getötet. Die Sprecherin der sandinistischen Volksarmee bestritt diese Berichte. Sie räumte aber im Gegensatz zu Präsident Ortega „Probleme" ein, weil viele Bauern nicht freiwillig gingen.

Bereits im Jahre 1982 hatten die Commandantes aus ähnlichen Gründen 10 000 Indianer von den Ufern des Coco-Flusses umsiedeln lassen. Sie erreichten damit nur, daß sich viele junge Männer den Misura- und Misurasata-Bewegungen anschlossen, den Kampforganisationen der Indio-Bevölkerung. (SAD)

Seite 2: Demokraten oder Marxisten?

Washington lädt zu SDI-Mitarbeit ein

DW. **Luxemburg**

Die USA haben ihre NATO-Verbündeten formell zur Teilnahme am Forschungsprogramm für Raketenabwehrwaffen (SDI) im Weltraum eingeladen. US-Verteidigungsminister Weinberger sagte gestern vor der Nuklearen Planungsgruppe in Luxemburg: „Die NATO-Verbündeten sollten mit ihren wissenschaftlichen, erfinderischen und produktiven Fähigkeiten einen Beitrag leisten." Entsprechende offizielle Briefe der US-Regierungen seien den Verbündeten zugegangen. Auch Nicht-Mitglieder der Allianz sollen zur Teilnahme eingeladen werden. Dabei könnte es sich vor allem um Japan handeln.

Für die CDU/CSU begrüßte der stellvertretende Vorsitzende der Bundestagsfraktion Rühe die Unterrichtung auch des Parlaments durch die Amerikaner: Die deutsch-amerikanischen Beziehungen seien wieder so gut, daß alle Fragen diskutiert werden könnten.

Kumpel folgen Scargill nicht

fu, **London**

Die Mehrheit der britischen Bergleute hat dagegen gestimmt, Beiträge für Kollegen zu leisten, die während des einjährigen Kohlestreiks wegen Gewaltanwendung gegen Personen und Sachen entlassen worden waren. Die Bergleutegewerkschaft NUM unter Führung Arthur Scargills hatte ihre rund 186 000 Mitglieder aufgefordert, einen Monatsbeitrag in Höhe von 50 Pence (1,90 Mark) zu leisten, um damit die etwa 700 entlassenen Kollegen zu unterstützen.

Bei der ersten Urabstimmung seit vier Jahren sprachen sich 54 Prozent gegen einen solchen Sonderbeitrag aus. An der Abstimmung nahmen 109 150 Bergleute teil. Fast 77 000 Kumpel zogen es vor, den Wahlurnen fernzubleiben.

Der Generalsekretär der NUM, Heathfield, bezeichnete das Ergebnis als enttäuschend. Aber er und seine Kollegen hätten den Ausgang kaum anders erwartet.

Privatisierung kann beginnen

DW. **Bonn**

Bis Ende März 1987 will der Bund seine Kapitalbeteiligungen an mindestens fünf, höchstens aber 13 Unternehmen deutlich verringern, in der Regel jedoch die Kapitalmehrheit behalten.

Das Bundeskabinett folgte gestern einem entsprechenden Vorschlag Finanzminister Stoltenbergs für die Vereinigte Industrie-Unternehmungen AG (VIAG), die Volkswagen AG, die bei der Erdöl- und Erdgasprospektierung tätige Prakla-Seismos GmbH, die Deutsche Pfandbriefanstalt und die Deutsche Siedlungs- und Landesrentenbank.

Über eine Absenkung des Bundesanteils bei der Lufthansa AG soll noch ein Gespräch mit dem CSU-Vorsitzenden Strauß geführt werden, der eine Teilprivatisierung der Fluggesellschaft ablehnt. Stoltenberg bezifferte den Erlös der geplanten Verkäufe auf „allenfalls einige hundert Millionen Mark" im Jahr.

DER KOMMENTAR

Banken im Wettbewerb

CLAUS DERTINGER

Wohl selten fand ein Bankentag in einer so freundlichen Atmosphäre statt wie in diesem Jahr. Von dem Spannungsverhältnis zwischen Banken, Gesetzgeber und Notenbank, das eigentlich ganz natürlich erscheint, ist in Bonn gestern nichts zu spüren gewesen, wenn man einmal davon absieht, daß der Bundesfinanzminister den Bankiers ins Gewissen riet, zum Vorteil der Kunden mit einer kleineren Zinsspanne zufrieden zu sein.

Auf dem Bankentag herrschte der Eindruck vor, als bestehe eine weitgehende Interessenidentität zwischen den Banken und jenen, die für das Geschäft die Rahmendaten setzen. Und in der Frage einer Internationalisierung des deutschen Finanzmarktes schien es sogar so, als seien die Währungsbehörden, vor allem die Bundesbank, der drängende Part geworden, weil sie nach Wegen suchen, wie die vom Dollar geschwächte Mark wieder attraktiv gemacht werden kann.

Fragen wie die Macht der Banken und die Struktur des Universalbanksystems, die früher für Disput sorgten, sind im Vokabular des Bankentages 85 nicht zu finden. Und das neue Kreditwesengesetz, das noch vor wenigen Jahren als eine Bedrohung für die Kreditversorgung der deutschen Wirschaft hingestellt wurde, ist ebenfalls kein Thema mehr, obwohl der Gesetzgeber den Forderungen der Banken im Prinzip nicht nachgegeben hat.

Damit herrscht ein Klima, in dem sich die Banken voll auf den Wettbewerb konzentrieren können, ohne Kräfte an anderen Fronten vergeuden oder gar befürchten zu müssen, daß öffentliche Ideologiediskussionen das Image der Banken ankratzen. Im Vordergrund steht mehr und mehr der Wettbewerb um den privaten Kunden. Denn das ist der Marktbereich, den die Banken in ihrem Geschäft als den wachstumsträchtigsten ansehen.

Der Weg zum Ausbau dieses Geschäfts ist freilich nicht frei von Schlaglöchern. Die Computerisierung der Banken, die überhaupt erst die Voraussetzung für dieses sogenannte Mengengeschäft geschaffen hat, kann mit dem Anspruch der Bankiers, das Geschäft mit dem privaten Kunden individueller zu gestalten, in Konflikt geraten. Die Banken haben sich da viel vorgenommen. Gewiß, die privaten Kunden sind mit wachsendem Einkommen und Vermögen anspruchsvoller geworden. Aber sie werden das Dienstleistungsangebot der Bankiers wohl nur akzeptieren, wenn Leistung und Preis in einem angemessenen Verhältnis zueinander stehen, wenn nicht der Verdacht aufkommt, die Banken suchten den Bürger als Kuh, die es zu melken gilt, weil andere Geschäfte nicht mehr so wie früher florieren.

„Eine Stunde verweigerten Sowjets ärztliche Hilfe"

USA: Major Nicholson war außerhalb des Sperrbereichs

wth./DW. **Washington/Bonn**

Die USA zeigten sich gestern bemüht, den bisher schwersten Zwischenfall in der Geschichte der alliierten Militärmissionen, bei dem am Sonntag der Major Arthur Nicholson von einem sowjetischen Wachsoldaten in der Nähe der mecklenburgischen Stadt Ludwigslust erschossen worden war, nicht zu einer Lähmung der Genfer Abrüstungsgespräche werden zu lassen. Der Leiter der Westeuropa-Abteilung im State Departement, Richard Burt, deutete dazu an, die USA würden dieses Thema bei den Verhandlungen nicht zur Sprache bringen. „Wir wollen in Genf Fortschritte erzielen, die zu einem Ergebnis führen." Er räumte jedoch ein, daß es im Endeffekt „natürlich eine Verbindung zwischen Genf und den Menschenrechten gibt".

Burt widersprach aber der Ansicht, daß die Reaktion Präsident Reagans bisher „gedämpft" gewesen sei, um die Atmosphäre in Genf nicht zu stören. „Wir sind nicht an der Atmosphäre interessiert, uns interessieren konkrete Realitäten und was gestern geschah, war Realität." In diesem Sinne sei auch Reagans Aussage zu verstehen, der Vorfall stelle eher einen weiteren Grund für ein Gipfeltreffen mit *dem neuen Parteichef Gorbatschow* dar.

Burt betonte, daß Nicholson legal operierte. „Wir haben Kontakt mit den sowjetischen militärischen Behörden aufgenommen, und auch deren Karten zeigen, daß Nicholson sich außerhalb des Sperrbezirks befand, als er erschossen wurde. Die Schüsse auf ihn waren also völlig ungerechtfertigt, ebenso die Tatsache, daß Nicholson für über eine Stunde von den Sowjets jede ärztliche Hilfe verweigert wurde."

Dagegen warf die Sowjetunion gestern den USA vor, vorsätzlich eine falsche Darstellung zu geben. Zugleich bedauerte Moskau den Todesschuß, führte aber an, Nicholson hätte sich im Sperrgebiet befunden und durch ein Fenster das Innere eines Lagers fotografiert. Trotz Anruf und Warnschuß hätte er zu fliehen versucht. Erst später sei festgestellt worden, daß der vermeintliche Spion zur Militärmission in Potsdam gehörte.

Burt gab zu bedenken, daß es sich auch bei legalen Missionen wie der des Arthur Nicholson um „riskante Unternehmen" handele. So sei 1984 ein französischer Beobachter dabei erschossen worden. In diesem Zusammenhang berichtete US-Verteidigungsminister Weinberger, daß am 20. März in der Nähe der bayerischen Stadt Hof drei Mitglieder der sowjetischen Mission beim Ausspähen einer US-Einrichtung gestellt wurden. Weinberger wies darauf hin, daß die USA derartige Vorkommnisse völlig anders als die UdSSR behandelten.

Auch SPD-Oppositionsführer Hans-Jochen Vogel betonte, er wisse von Vorgängen, bei denen Angehörige der sowjetischen Missionen in „allernächste Nähe" von hochsensiblen Einrichtungen gelangt seien, ohne daß jemand auf die Idee gekommen wäre, zu schießen. Vogel zeigte sich „betroffen, mit welcher Geschwindigkeit drüben geschossen wird".

Seite 2: Wie ein Roboter
Seite 4: Rechte und Aufgaben

Mit „Wanzen" des KGB US-Geheimdokumente getippt

Sowjetischer Geheimdienst manipuliert Schreibmaschinen

DW. **Washington/Moskau**

Die Schreibmaschinen in der amerikanischen Botschaft in Moskau sind nach Informationen der US-Fernsehgesellschaft CBS derart manipuliert *worden, daß der sowjetische Geheimdienst* (KGB) Dokumente früher lesen konnte als die US-Diplomaten, für die sie bestimmt waren. In mindestens einem Dutzend Schreibmaschinen seien hochempfindliche Abhörgeräte („Wanzen") installiert gewesen, die Signale von den auf den Maschinen getippten Texten an Sender übermittelten, die in den Wänden der Botschaft versteckt gewesen seien, meldet CBS. Die Spionagegeräte seien möglicherweise schon seit 1978 in Betrieb, hieß es. Damals waren nach einem Brand in der Botschaft zahlreiche Spionageeinrichtungen entdeckt worden.

Amerikanische Spezialisten fanden nach dem Brand im 5. Stock des Botschaftsgebäudes hinter einem Heizkörper einen Draht, der in einen Schacht führte, von dessen Existenz das Botschaftspersonal nichts wußte. Das untere Ende des Schachtes mündete in einen Tunnel zu einem Nebengebäude, das nicht mehr zum Botschaftsgelände gehörte. Ein Sicherheitsbeamter entdeckte im Schacht hochempfindliche Mikrofone, mit denen das KGB Gespräche abhören konnte. *Bereits damals vermuteten* die Amerikaner, daß die „Wanzen" im Zusammenhang mit einem Beschuß der US-Botschaft durch Mikrowellen standen. Die Mikrowellen sollen nach Angaben amerikanischer Experten die Abhörgeräte mit Energie versorgt haben.

Im „Wanzenkrieg" zwischen Moskau und Washington ist der jetzt bekannt gewordene Fall nur das Glied einer Kette. Als 1945 eine russische Folkloregruppe dem US-Botschafter in Moskau, Averell Harriman, als Gastgeschenk ein prächtiges Staatswappen der USA überreichte, hängte der Diplomat das Emblem in sein Amtszimmer. Jahrelang übertrug der Adler jedes Wort aus dem Raum an die Sowjets. Empört präsentierte 1960 Henry Cabot Lodge, damals Amerikas Chefdelegierter bei der UNO, den verräterischen Vogel im Sicherheitsrat.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Wie ein Roboter

Von Wilfried Hertz-Eichenrode

Die Schüsse, die in der Nähe von Schwerin einen amerikanischen Major niederstreckten, passen nicht in die weltpolitische Landschaft. Sie passen nicht zum amerikanisch-sowjetischen Verhandlungsauftakt in Genf, nicht zu Reagans wiederholt bekundetem Wunsch, mit Gorbatschow zusammenzutreffen, nicht zu den enormen Getreidekäufen der Sowjetunion in USA. Reagan selbst beeilte sich, eine Schadensbegrenzung vorzunehmen, indem er erklärte, er wolle nun erst recht mit dem Sowjetführer sprechen. Doch das alles ändert nichts daran: Der amerikanische Offizier ist tot, und es war ein Sowjetsoldat, der ihn auf dem Boden der „DDR" erschoß.

In ihren Dimensionen sind die Ereignisse nicht vergleichbar, dennoch denkt man sofort an den Abschuß des südkoreanischen Jumbo am 1. September 1983, der 269 Menschen um ihr Leben brachte. Damals versuchte die Sowjetunion tagelang, die Untat zu leugnen. Dann verhedderte sie sich in Spionage-Lügengeschichten. Am Ende schob sie den Amerikanern alle Schuld an dem Verbrechen zu, das eindeutig kein anderer als sie selbst begangen hatte. Es war nicht allein der Tathergang, es war auch das zynische Leugnen, das überall in der Welt Entsetzen hervorrief.

Auch jetzt geben die Sowjets eine Darstellung, die allein dem getöteten Amerikaner alle Schuld zuweist. Doch der Feldwebel, der als Fahrer den Major begleitete, hat den Hergang geschildert: Der Sowjetsoldat tritt aus dem Busch, legt an und schießt auf den Fahrer, verfehlt ihn, drückt noch einmal und ein drittes Mal ab. Einer der Schüsse trifft den Major. Der tödlich Verletzte ruft um Hilfe, doch Sowjetsoldaten verhindern eine Stunde lang jede Hilfeleistung des Feldwebels und auch der eingetroffenen sowjetischen Sanitäter. Der Major verblutet.

Der Vorgang kennzeichnet das sowjetische System von Befehl und Gehorsam. Der Wachsoldat hatte seinen Auftrag, und den führte er sogar im Irrtum wie ein Roboter aus. Da gibt es keine menschlichen Regungen. Es gab sie auch nicht im Fall des Jumbo-Abschusses. Die Weltgeschichte geht weiter, in Genf und anderswo; jedoch an der Tragödie eines Menschen hat sich wieder der Unterschied in Geist und Mentalität zwischen Westen und Osten offenbart.

Schiffbruch auf St. Pauli

Von Reinhard Beuth

Auch traurige Nachrichten haben manchmal ihr Gutes. Für diejenigen Freddy-Fans, die die bisherigen Aufführungen der „Großen Freiheit Nr. 7" verpaßt haben, mag es betrüblich sein, daß das zugehörige Musical-Unternehmen Konkurs angemeldet hat und das Hamburger Operettenhaus eine Weile schließt. Und wenn Personal oder Lieferanten in die Klemme geraten, ist der Konkurs wirklich ein böses Finale.

Aber doch eines, dem bald wieder eine Ouvertüre folgen kann. Denn das Haus wird nicht lange dunkel bleiben; andere Theaterunternehmer haben Interesse. Die leichte Muse wird also ihr Haus auf der Reeperbahn behalten. Der Konkurs ist nur eine Episode, aber eine neue. Eine Theaterpleite, in London wie New York auf vielen Spielplänen, hat es in Deutschland seit Jahren nicht gegeben. Daraus muß man wohl lernen.

Der Senat, der das Haus kostenlos zu Verfügung gestellt und einen Betriebskostenzuschuß von 33 000 Mark im Monat geleistet hat, aber alle weitergehenden Subventionen ablehnte, ist hart geblieben. Subventionen sind für die tradierte Kunst unumgänglich, aber das Show- und Unterhaltungsgewerbe kann nicht mehr mit der Speisung aus dem Steuertopf rechnen. Das ist eine gute Entscheidung, und wenn bei dieser Gelegenheit auch die sonstigen Ausgaben der Hamburger Kulturbehörde durchforstet werden, wird sie noch besser. Hamburg, plötzlich wieder ganz wirtschaftsliberal, macht als erste Großstadt Schluß mit der Verschwendung knapper Kultursubventionen ans halbseidene Metier.

Karl Vibach, der Chef der Pleite-GmbH, hat nun schon zum zweitenmal in kurzer Zeit Schiffbruch erlitten, denn sein Abgang aus dem Berliner Theater des Westens war nur deshalb rühmlicher, weil der dortige Senat immer mehr Geld in dieses Show-Business schaufelte. Auch daraus ist zu lernen: Es gibt Theatermacher, denen, aus welchen Gründen auch immer, das Scheitern an den Füßen klebt. Mit der privatrechtlichen Konsequenz eines Konkurses vor Augen dürften die Kulturpolitiker vielleicht künftig doch ein bißchen genauer hinschauen, wen sie berufen.

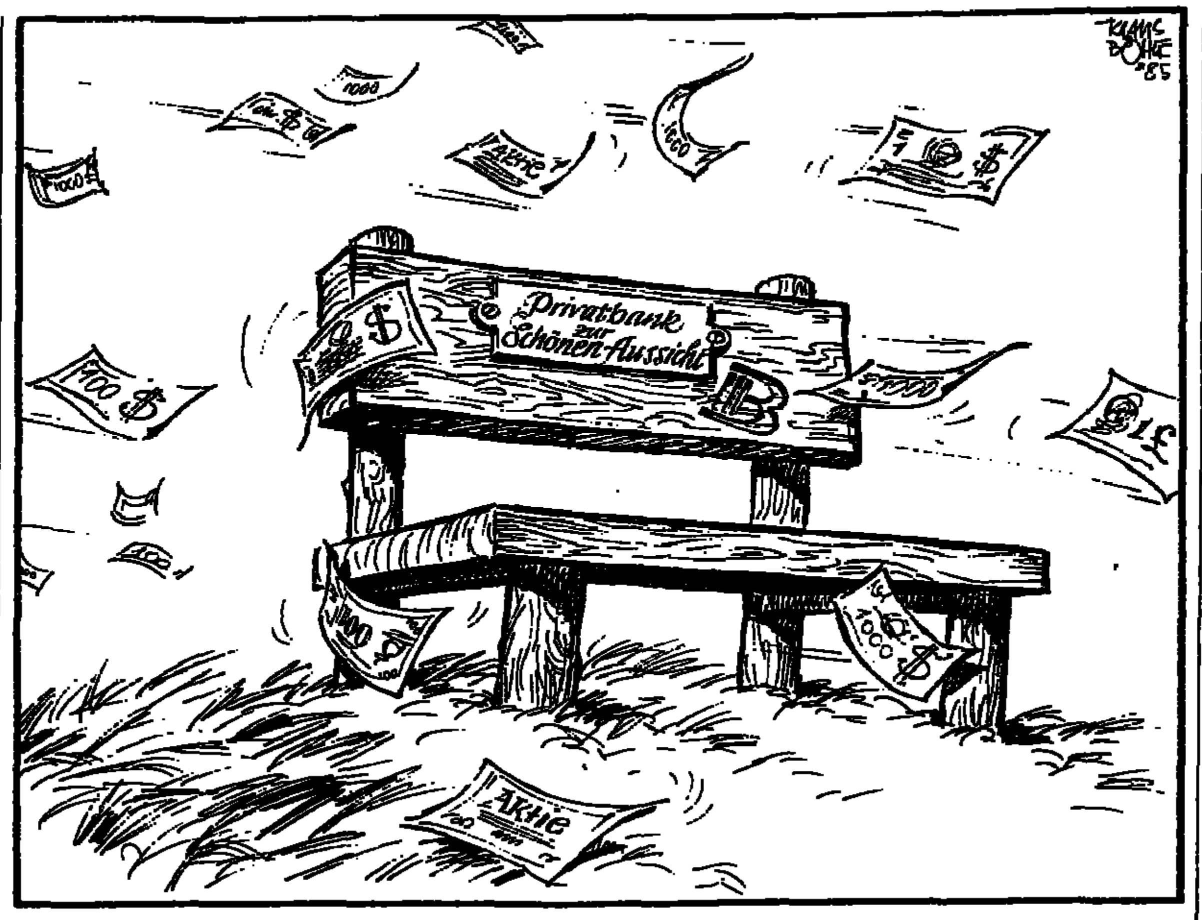
Ein Lehrer, viele Schüler

Von Carl Gustaf Ströhm

Nicht Liberalisierung, sondern Disziplinierung: Das ist die Botschaft, welche die neue sowjetische Führung durch *ihren Abgesandten Grigori Romanow den ungarischen Kommunisten zum Parteitag* übermittelte. Daß Romanow – der als Mitbewerber um das Amt des Generalsekretärs im Gespräch war – kein Freund von Wirtschaftsreformen ist, stellt keine Neuigkeit dar. Interessant ist aber, daß gerade er als Exponent einer eher harten Moskauer Richtung dazu auserkoren wurde, auf dem Parteitag der Ungarn aufzutreten – also jenes osteuropäischen Regimes, das am weitesten und am erfolgreichsten mit Wirtschaftsreformen vorangeschritten ist.

Bemerkenswert ist nicht nur, was Romanow sagte – also die Schärfe gegenüber den Amerikanern, die Zurückweisung nationaler Sonderwege im Ostblock, die Hervorhebung der „gemeinsamen Gesetzmäßigkeiten", denen die kommunistischen Länder unterliegen (unter der Führung der UdSSR, versteht sich). Zu beachten ist auch, was er nicht sagte. Breschnew etwa hat in seiner Amtszeit die Ungarn mehrfach überschwenglich gelobt. Er hat sogar auf dem XXVI. Moskauer Parteitag erklärt, die Sowjetunion könne von Ungarn, der Tschechoslowakei und der „DDR" hinsichtlich der Lösung wirtschaftlicher Probleme lernen. Davon war bei Romanow nicht die Rede. Im Gegenteil: Aus seiner Ansprache klang heraus, daß eigentlich nur die anderen kommunistischen Staaten von der Sowjetunion zu lernen haben – nicht umgekehrt.

Die Rede Romanows war nicht nur an die Ungarn, sondern an die Gesamtheit der mit Moskau verbundenen Länder gerichtet, und da sie sicher nicht nur von ihm, sondern von der gesamten sowjetischen Führung konzipiert wurde, gewährt sie Einblick in Richtung und Stil des neuen Moskauer Kurses. Er ist pragmatisch, wenn es darum geht, die sowjetische Machtposition zu sichern. Die neue Riege im Kreml, die von unseren Linken bereits als „Hoffnungsträger" gefeiert wurde, hat mit liberalen Experimenten und Reformen nichts im Sinn. Hier geht es um die Stärkung, nicht um die Lockerung des sowjetischen Imperiums.



Steife Brise KLAUS BÖHLE

Die langsamen Schaltkreise

Von Thomas Kielinger

Die Reform der Kabinettsausschüsse, von Kanzleramtsminister Wolfgang Schäuble vorangetrieben, hat gestern in stromlinienförmiger Gestalt das Licht der Welt erblickt. Statt der bisherigen dreizehn Ausschüsse, die es zum Teil nur noch auf dem Papier gab, fungieren jetzt deren sechs. Ein neuer kam hinzu, propagiert seit langem vom Präsidium der FDP: „Zukunftstechnologien". Wir begrüßen das Neugeborene mit aller Ehrerbietung und wünschen ihm in dieser Gesellschaft – und in dieser Regierung – das Allerbeste.

Eine bescheidene Hoffnung sei *hinzugefügt*: Daß der gute Wille, der sich jetzt an die Koordinierung unserer High-Tech-Zukunft heranmacht, nicht wieder im teutonischen Hang zum Perfektionismus enden möge, in jener fatalen Neigung, die alles mit allen abgesprochen haben, alle nur denkbaren Schritte der Zukunft vorausberechnet haben will, ehe der erste politische und praktische Schritt gewagt wird.

Es ist ein merkwürdig Ding um die Dame Zukunft: Wer sie erobern will, darf nicht zur Vorbedingung machen, es müßte erst jedes kleinste Detail ihres verlockenden Faltenwurfs im vorhinein ausgekundschaftet sein. Das mag uns unsere an Versicherung und Versorgung gewöhnte Mentalität vielleicht nahelegen. Aber ein ängstlicher, perfektionistischer Freier der Zukunft, der vom Mut redet, ohne ihn zu besitzen, wird von jedem praktisch Gesonnenen blamiert, der einfach anfängt, der den ersten Schritt tut.

Aber die Zukunft, das ist das eigentliche Problem, erfreut sich in diesem Lande keiner besonderen Beliebtheit, mag das Wort auch in jedermanns Munde liegen. Die Intensität, mit der über das Thema Zukunft – und zwar seit Jahren – debattiert wird, sollte niemanden täuschen. (Es wird ja auch viel über Kinderfreundlichkeit gesprochen.) Schon zu Grillparzers Zeiten zirkulierte der Witz über die Deutschen, sie würden, angekommen an einer Gabelung, die in die zwei Richtungen „zum Himmel" und „zum Seminar über den Himmel" weise, den letzteren Weg wählen. Das wa*ren die Späße, die man sich im* Biedermeier erzählte. Heute, *fünfzehn Jahre vor Anbruch des einundzwanzigsten* Jahrhunderts, kann man über die Berührungsscheu der Deutschen, wenn von der Zukunft die Rede ist, nicht mehr lachen.

Vergleicht man das Tempo der technologischen Innovation in Japan, Europa und den USA, so fallen nicht die Unterschiede an technischer Intelligenz ins Auge – *die ist auch in Europa in hohem* Maße vorhanden –, sondern eher die Kluft im weltanschaulichen, mentalen Bereich. In Japan und den Vereinigten Staaten geht der Mensch auf den morgigen Tag zu mit dem Gefühl: Die Zukunft bringt viel Gutes, ich darf sie mit offenen Armen angehen, die Schicksalsmächte werden für ihre Kinder, die Menschen, schon sorgen. Europa dagegen sieht die sich entfaltende Geschichte, vor allem vor dem Hintergrund der Ernüchterungen dieses Jahrhunderts, „eher mit mittelalterlichen Augen an: als Jammertal", wie es der Hamburger Physiker und TU-Präsident Hans Günter Danielmeyer sagt. Am morgigen Tag wird weniger die Herausforderung als die Bedrohung, weniger der Reiz als die Gefahr gesehen. Unsicherheit führt zum Mißtrauen gegen die Zukunft. Keine Experimente, bitte.

Diese Attitüde hat sich bei den Deutschen bis zur Neurose gesteigert. Wenn der neue Vorsitzende der FDP, Martin Bangemann, in seiner Schlußrede auf dem Saar*brücker Parteitag* die Versammelten geradezu anflehen muß: „Machen wir doch einmal Ernst mit der Lockerung der Ladenschlußzeiten, fangen wir doch einfach an, so werden wir schon weitersehen" – dann hört man, was die Stunde geschlagen hat. Da rüttelt einer, wie Gulliver, an den Fesseln der tausend Trägheiten, Ängste und Abneigungen.



Zukunft: Microchip
FOTO: MANFRED VOLLMER

Das Ausmaß der Unbeweglichkeit übersieht auch ein Mann wie Forschungsminister Heinz Riesenhuber, der über den trägen Fortgang der Kooperation zwischen der *akademischen und der kapitalistischen* Welt seufzte: „Wenn ein deutscher Hochschulprofessor und ein deutscher Industrieller mal ein Bier miteinander trinken würden, dann wäre damit mehr geschehen, als unser ganzes Ministerium bewerkstelligen kann."

Allzu lange wurde in der Bundesrepublik gesellschaftlicher Fortschritt wie ein Versicherungsschutz gegen das Morgen angepriesen. Sozialpolitik, sozialistisch oder christlich verbrämt, war nichts anderes als eine verdeckte Ideologie der Zukunftsabwehr. Das rächt *sich jetzt. Stillhalten auf Besitz*ständen ist die einzige Devise, der sich Verbände, Gewerkschaften und Interessenvertreter diverser Art unterwerfen. Damit potenziert sich die Angst nur noch.

Vor diesem Hintergrund erhält die deutsche Diskussion um die technologische Zukunft zuweilen einen komischen Anstrich. Die Menschen sprechen von „High Tech" wie von einem Spielzeug, das man in der Kinderabteilung der Kaufhäuser bekommt. Aber die schnellen Schaltkreise, die den Wundern der Technologie zugrun*de liegen, sind zu allererst eine Fra*ge der Mentalität und der gesellschaftlichen Anpassungsfähigkeit, auch der kreativen inneren Disposition, und erst danach ein Fertigprodukt auf dem internationalen Technologie-Markt. Darüber hörte man gerne mehr von den Spitzen unserer Regierung. Kabinettsausschüsse über Zukunftstechnologien müssen wohl sein. Aber sie *können nicht den Mangel an Auf*bruchsbereitschaft wettmachen.

IM GESPRÄCH Günther Schwarz

Viele Jahre Opposition

Von Georg Bauer

Eine seiner Wurzeln – sei es in der Politik oder im Privaten – ist seine landsmannschaftliche Herkunft. Mögen andere, wenn sie ans Saarland denken, Kleinbürgertum, Ruhe und Angst vor hektischen Veränderungen assoziieren, so sagt Günther Schwarz, frischgewählter Fraktionschef der saarländischen Landtags-CDU, stolz: „Ich bin waschechter Saarländer, seit Generationen hier verwurzelt."

Und noch einen für seine Landsleute typischen Charakterzug scheint er zu haben – Realismus. Nach dem für die CDU niederschmetternden Ergebnis bei der jüngsten Landtagswahl, die sie nicht nur auf die Oppositionsbänke verbannte, sondern auch tief unter die Vierzig-Prozent-Marke rutschen ließ, meint Schwarz mit Blick auf die die Niederlage verdauende Partei: „Es hat keinen Sinn, an der Klagemauer zu stehen." Vorerst, darüber ist sich der dreiundvierzigjährige Jurist im klaren, hat die SPD unter Führung Oskar Lafontaines das Sagen. Wie lange das „vorerst" dauert? Schwarz rechnet mit einer Oppositionszeit bis in die neunziger Jahre hinein – also über die nächste Wahl hinaus.

Mit Schwarz, der seit 1980 Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU-Landtagsfraktion war, wählten die Christdemokraten in der Nachfolge Günther Schachts einen Vertreter der jüngeren Generation. In ihren Augen markiert der einstimmig Gewählte den Neubeginn. Er wird zwar nicht, wie er versichert, auf dem Parteitag im Mai nach der Position des Landesvorsitzenden greifen – hier läuft die Diskussion auf eine Kandidatur des noch amtierenden Innenministers Werner Scherer hinaus –, doch zeichnet sich ab, daß Schwarz angesichts des Alters von Scherer (fünfundfünfzig Jahre) der kommenden Mann der CDU an der Saar sein wird.

Der Weg zur CDU schien für den Vater zweier Töchter, der in St. Ingbert wohnt, so klar vorgezeichnet wie für einen Bergmann aus dem Ruhrgebiet der Weg zur SPD. „Ich stamme aus einer klassischen CDU-Familie. Meine Eltern waren Zentrumsleute." Unter der damaligen französischen Herrschaft lernte er von der zweiten Volksschulklasse an



Saarländischer CDU-Fraktionsvorsitzender: Schwarz
FOTO: FERDI HARTUNG

Französisch. Anfang der sechziger Jahre studierte er in Saarbrücken und Freiburg Jura. 1962 trat er der CDU bei, zuvor war er in der Jugendorganisation der Partei, der Jungen Union, unter anderem als Kreisvorsitzender von St. Ingbert. Er wurde stellvertretender CDU-Kreisvorsitzender in St. Ingbert und zog 1975 mit einem JU-Ticket in den Landtag ein. Dort übernahm Schwarz, der Anfang der siebziger Jahre sein Brot als Richter am Amtsgericht Ottweiler und am Landgericht Saarbrücken verdiente, den Vorsitz des Ausschusses für Verfassungs- und Rechtsfragen. Zuvor beriet er für ein Jahr (1974 bis 1975) den Minister für Umwelt, Raumordnung und Bauwesen.

Und die zukünftige Arbeit? Angesichts der wirtschaftlichen Probleme des Landes hat der Widerpart Lafontaines der SPD-Regierung eine „konstruktive und wirkungsvolle" Oppositionsarbeit angekündigt. Maßstäbe des Handelns sollen auch auf den Bänken der Opposition die Wahrung der Interessen des Landes und der Dienst am Bürger bleiben, sagt er. Das bedeute aber keinen Verzicht auf Kritik. Vor allem gelte es den Mittelstand zu fördern, der in der Vergangenheit hinter der Hilfe für die Stahlbranche habe zurückstehen müssen. Außerdem müsse die Politik aus der Opposition heraus auf soziale Integration aus christlicher und sozialer Verantwortung angelegt sein.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Badische Zeitung

Das Freiburger Blatt schreibt zur Dioxin-Anhörung im Bundestag:

Vor neun Jahren ereignete sich der schreckliche Unfall im italienischen Seveso. Seit Jahren ist bekannt, daß einige der Dioxine die giftigsten Stoffe sind, die in Produktionsprozessen der chemischen Industrie anfallen. Ist es da nicht ein Armutszeugnis für die Wissenschaft, wenn die Expertenanhörung vor dem Innenausschuß des Bundestages zu dem dürftigen Ergebnis kommt, daß die Erforschung der Auswirkung von Dioxinen und Furanen auf den menschlichen Organismus noch in den Anfängen steckt?

Lübecker Nachrichten

Sie erläutern zum Generalstreik in Dänemark:

Was auf den ersten Blick wie eine eindrucksvolle Machtdemonstration der stolzen dänischen Arbeiterbewegug aussieht, entpuppt sich schnell als ein vorprogrammierter Marsch in die sichere Niederlage. Das Streikrecht der Gewerkschaften endet nämlich in dem Augenblick, in dem das Parlament mit Mehrheit einen gesetzlichen Eingriff beschließt und neue tarifliche Regelungen für die Arbeitszeit und die Entlohnung festlegt. Die *Regierung Poul Schlüter* hat keine Zweifel daran gelassen, daß sie von diesem Recht sehr schnell Gebrauch zu machen gedenkt. Der Inhalt dieses Eingriffs steht schon so gut wie fest und wird für die Gewerkschaften mit einer Arbeitszeitverkürzung auf 38 bis 39 Stunden pro Woche und minimalen Einkommensverbesserungen recht kümmerlich ausfallen – kümmerlicher noch als der letzte Vorschlag des vor dem Streik gescheiterten Schlichters. Wie eindeutig die Auseinandersetzung zugunsten der Arbeitgeber läuft, läßt sich an einer bizarren Reaktion der Börse ablesen: Als dort die Nachricht vom Scheitern der Schlichtung und damit vom bevorstehenden Streik eintraf, stiegen die Kurse steil in die Höhe.

Basler Zeitung

Sie schreibt zu den Beratungen der OECD-Minister über den grenzüberschreitenden Transport giftiger Abfälle:

„Seveso ist überall" – der Slogan galt zumindest bis zu einem gewissen Grad für den zweiten Akt der Seveso-Tragödie, als die 41 dioxinhaltigen Fässer von skrupellosen Geschäftemachern auf eine Irrfahrt durch halb Europa geschickt wurden ... Der Seveso-Affäre zweiter Teil machte jedenfalls klar, daß (auch) das Chemiemüll-Problem nicht von einer Nation allein gelöst werden kann und daß nur großräumige Rechtsgleichheit verhindert, daß die Chemieabfälle dorthin wandern, wo das Gesetz großzügig und das Geld knapp ist.

Nach den Militärdiktaturen: Demokraten oder Marxisten?

Die regierenden Generäle in Lateinamerika wanken, die Comandantes nicht / Von Werner Thomas

Es ist noch nicht lange her, daß Karikaturisten feiste Uniformträger mit massiven Epauletten, buschigen Schnauzbärten und strengem Blick zeichneten, um die Machtverhältnisse in Lateinamerika zu symbolisieren. Das Bild hat sich geändert. Neunzig Prozent der Lateinamerikaner genießen demokratische Verhältnisse. Seit dem 15. März gibt es auch in Brasilien, der größten Nation (132 Millionen Menschen) des Subkontinentes, einen zivilen Präsidenten, der allerdings wegen einer schweren Erkrankung noch nicht vereidigt ist und dessen Zustand sich gestern verschlechterte.

Langhorne Motley, der Lateinamerika-Chef im Washingtoner Außenministerium, sprach einmal von einer „stillen Revolution". Innerhalb der letzten sechs Jahre wechselten neun Länder von einer Militärdiktatur zu einer demokratischen Regierung. Ecuador machte 1979 den Anfang. Im Oktober sollen auch in Guatemala Wahlen stattfinden, die ersten fairen Wahlen seit langer Zeit, wie es scheint.

Bleiben noch drei rechte Diktatoren: die Generäle Alfredo Stroessner (Paraguay) und Augusto Pinochet (Chile) sowie Jean-Claude Duvalier (Haiti). Und drei linke Herrscher: die Comandantes Fidel Castro (Kuba) und Daniel Ortega (Nicaragua) und der Oberst Desi Bouterse (Surinam). Während in Chile und in Paraguay ein Ende der autoritären Strukturen abzusehen ist – Pinochets Amtszeit endet 1989, Stroessner vollendet sein 72. Lebensjahr –, zeichnet sich in den linken Ländern keine demokratische Zukunft ab. Marxisten trennen sich nicht freiwillig von der Macht.

Woher der Trend zur Demokratie? Es gibt verschiedene Gründe. Fast alle Militärregierungen litten an Verschleißerscheinungen. Dazu kamen die wirtschaftlichen Probleme. *Ende der siebziger und Anfang* der achtziger Jahre geriet der Subkontinent in eine schlimme Rezessionsphase mit hohen Inflations- und Arbeitslosenziffern und einem schrumpfenden Bruttosozialprodukt. Gleichzeitig drückten die Lasten für jene Schulden, die von den Generalen gemacht worden waren – und es erscheint leichter zu sein für eine Demokratie, Kreditverlängerungen vom Westen zu erhalten, als für eine Militärdiktatur.

In Argentinien beschleunigte sich die Rückkehr in die Kasernen auch durch die verheerende Niederlage im Falkland-Krieg. In Brasilien *erlagen die Militärs einigen* Fehlkalkulationen: Die Spaltung der regierenden Sozialdemokratischen Partei (PDS) ermöglichte dem Oppositionskandidaten Tancredo Neves den Triumph im Wahlmännergremium, in dem PDS-Abgeordnete die Mehrheit besaßen.

In manchen Staaten half die US-Regierung nach, die weiß, daß ein rechtes Regime nicht mehr die Ant*wort ist auf eine marxistische* Herausforderung. So wurden in Honduras und El Salvador Wahlen ohne Manipulationen der Militärs durchgeführt. Diese Entwicklungen beeinflußten wiederum die guatemaltekischen Generäle.

Die Demokratie löst nicht automatisch die Probleme; in Peru sank 1983 das Bruttoinlandsprodukt um zwölf Prozent, in Bolivien erreichte die Inflationsrate im letzten Jahr mehr als 2000 Prozent. Fernando Belaunde Terry und Hernan Siles Zuazo, die Präsidenten dieser beiden Länder, stehen auf den untersten Stufen der Popularitätsskala. Schon kursieren in Bolivien wieder Putschgerüchte. Die meisten Beobachter in La Paz glauben jedoch, daß die Militärs Angst haben vor dem Wirtschafts-Chaos. Aus ähnlichen Gründen verspüren auch andere Streitkräfte keine Lust an der Verantwortung.

Doch die Zeit der militärischen Interventionen in Lateinamerika ist wahrscheinlich nicht vorbei. Aber *die Zeit* für demokratische Strukturen war noch nie besser, trotz der wirtschaftlichen Schwierigkeiten, besonders nach dem Ende der langen Militärherrschaft in Brasilien. Brasilien spielt die Rolle der Führungsnation. Als in dieser regionalen Großmacht 1964 die Uniformträger die Regierung übernahmen, gerieten viele Demokratien ins Wanken.

Der mexikanische Dichter Octavio Paz, der letztes Jahr den Friedenspreis des Deutschen Buchhandels erhielt, glaubt, daß die Gefahren für die Demokratie in Lateinamerika heute nicht mehr von rechts drohen, sondern von links. „Die Militärdiktaturen fallen", sagt er. „Die Frage stellt sich jedoch, was danach kommt. Wird sich die Demokratie durchsetzen oder die Revolution der Marxisten?"

Die demokratischen Regierungen brauchen nun eine Phase der Stabilisierung und des wirtschaftlichen Aufschwungs, um der marxistischen Herausforderung zu begegnen. Sie brauchen auch die Unterstützung ader westlichen Industrienationen.

Die graue Eminenz aus dem Keller des Weißen Hauses

Gelernt hat er Elektro-Ingenieur, seine politische Lehre machte er bei Henry Kissinger, heute ist er der Mann, der die Fäden der amerikanischen Außen- und Verteidigungspolitik zusammenhält: Robert McFarlane. Ein Mann, der sich und seine Macht versteckt.

Von FRITZ WIRTH

Abwärts führte der Weg zu ihm, über sehr viele rote Teppiche und an sehr vielen Sicherheitsbeamten vorbei, direkt in die Kellerräume des Weißen Hauses. Ihn selbst hat dieses Kellerdasein niemals gestört, denn Robert McFarlane war niemals ein Mann, der das Scheinwerferlicht suchte oder an den Rockschößen der Mächtigen dieser Welt gesehen werden wollte.

Und dennoch hat in den letzten Jahren niemand außer dem Präsidenten so sehr die großen außen- und sicherheitspolitischen Entscheidungen der amerikanischen Politik beeinflußt wie dieser unauffällige, verschlossene Mann, der sich einst von einem Fernsehregisseur, der ihn wirksam ins Bild setzen wollte, den ungalanten Stoßseufzer gefallen lassen mußte: „Mein Gott, haben sie ein langweiliges Gesicht." Robert McFarlane nahm es nicht übel. Im Gegenteil, er selbst bringt diese Geschichte mit einigem Behagen unter die Leute.

Regierungen brauchen ihre *grauen Eminenzen*, und niemand streitet in Washington darüber, wer diese Rolle im Weißen Haus spielt. Er ist häufiger unter vier Augen beim Präsidenten als Außenminister Shultz und Verteidigungsminister Weinberger zusammen, doch er hat niemals Wert darauf gelegt, seinen Einfluß mit der gleichen selbstgefälligen „showmanship" öffentlich darzustellen, wie es seine Vorgänger im Amt des Sicherheitsberaters, Henry Kissinger und Zbigniew Brzezinski, zuweilen taten. Dramatische öffentliche Krisen-Missionen liegen ihm nicht. Er reist am liebsten inkognito. Wenn er sich einmal vor Ort in Krisengebiete begibt, erfährt man häufig erst nach seiner Rückkehr davon.

Und dennoch: Die großen sicherheitspolitischen Entscheidungen, die im Augenblick die Szene beherrschen, tragen weitgehend seine Handschrift. So war es beispielsweise Robert McFarlane gewesen, der in die beinahe schon historisch gewordene Rede Ronald Reagans vom 23. März 1983 die Passagen über die „Strategische Verteidigungsinitiative" (SDI) einfügte, die das gesamte nuklearstrategische Konzept revolutionieren soll, und damit nicht nur viele ahnungslose alliierte Regierungen, sondern auch maßgebliche Leute in der Reagan-Administration überraschte.

Nicht weniger maßgeblich ist seine Rolle bei den gegenwärtigen Abrüstungsgesprächen mit den Sowjets in Genf. McFarlane ist der große unsichtbare Regisseur dieser Gespräche auf amerikanischer Seite. Bei ihm laufen die Fäden zusammen. Und wenn vor einigen Monaten der große „Abrüstungs-Zar" für diese Verhandlungen gesucht wurde, so war das völlig überflüssig. Die Rolle war schon lange vergeben, nur ist McFarlane nicht der Mann, sich mit so aufwendigen Titeln zu schmücken.

Tatsächlich war es Robert McFarlane gewesen, der zusammen mit Paul Nitze die amerikanische Verhandlungsposition für Genf ausarbeitete. McFarlane hat allein seit Mitte November, seit Tschernenko den sowjetischen nuklearen Verhandlungs-Boykott beendete, zwanzig Gespräche mit Ronald Reagan geführt, die sich mit der Vorbereitung der Genfer Gespräche beschäftigten.

Sein Hauptverdienst: Er sorgte dafür, daß Ruhe in die oft widersprüchlichen sicherheitspolitischen Diskussionen der Administration einkehrte, und er war es, der die Auffassungen *des Pentagon und des State Department* auf einen Nenner brachte. McFarlane schaffte es mit ruhiger, geschickter Diplomatie überm Frühstückstisch, an den er einmal wöchentlich Caspar Weinberger und George Shultz zusammenbringt. Seither herrscht Waffenstillstand im sogenannten Krieg der „beiden Richards", nämlich zwischen den Staatssekretären Richard Perle (Pentagon) und Richard Burt (State Department). Und Robert McFarlane war es schließlich, der den Texaner John Tower für das Verhandlungsteam in Genf reaktivierte. Kein Wunder, denn McFarlane war einst Towers Assistent im Senat.

Er ist in der Administration der Mann des Ausgleichs, der Ordnung und der Ruhe. „Bud", so nennen ihn seine Freunde, „Bud ist der große Stabilisator in der Reagan-Administration", sagt einer seiner Mitarbeiter. Seine Lehrjahre im Weißen Haus absolvierte er als Assistent für Militärfragen Mitte der siebziger Jahre bei Henry Kissinger. Anschließend diente er im Büro des Abrüstungsexperten Scowcraft. Zusammen mit John Tower spielte er schließlich eine Schlüsselrolle bei dem Bemühen, im Schatten der Afghanistan-Krise den SALT II-Vertrag aus den Angeln zu heben und seine Ratifizierung durch den Senat zu blockieren.

Das höchste Lob, das sein einstiger Vorgesetzter Alexander Haig heute noch über ihn ungefragt öffentlich hören läßt, zählt etwas und trifft den Kern: „Bud ist ein hundertprozentiger politischer Professional." Den Respekt Haigs für McFarlane hat auch dessen Nachfolger Shultz übernommen. Der Hintergrund: Vor einem Vierteljahr gingen Spekulationen durch die Stadt, daß die als UNO-Botschafterin amtsmüde gewordene Jeane Kirkpatrick das Amt McFarlanes oder gar das des Außenministers ins Auge gefaßt habe. Wie man heute weiß, hat der Präsident niemals ernsthaft daran gedacht, McFarlane oder Shultz abzulösen.

Dennoch: Diese Spekulationen sorgten dafür, beide Männer noch enger zusammenzuführen. Ihre Freundschaft und ihr beiderseitiger Respekt macht sie heute in der amerikanischen Politik zu einer formidablen Achse. Die Zeiten, da der Sicherheitsberater und Außenminister über Kreuz waren und unterschiedliche Kurse steuerten, sind vorbei. Der Präsident vertraut diesen beiden Männern in außen- und sicherheitspolitischen Fragen nicht nur voll, er läßt ihnen auch beträchtlichen politischen Spielraum.



„Bud ist der große Stabilisator": Robert McFarlane FOTO: AP

Er ist ein disziplinierter und harter Mann, hart vor allem gegen sich selbst. Er ist ein Arbeitstier, arbeitet 17 bis 18 Stunden am Tag, ist aber dennoch kein Mann, der sich den Weg nach oben mit den Ellenbogen freikämpfte. Es gibt da nirgendwo Karriere-Leichen auf seinem Weg zur Macht, die er im übrigen niemals öffentlich zur Schau stellt.

Seine Mitarbeiter warten immer noch auf seinen ersten Zornesausbruch. Seine Geduld und seine Höflichkeit gegenüber politischen Gegnern und unpolitischen Toren entsprechen der Disziplin, die er im „Marine Corps" lernte. Er meldete sich als „Mariner" freiwillig zum Dienst in Vietnam, von wo er hochdekoriert als Oberstleutnant zurückkehrte.

Er ist gelernter Elektro-Ingenieur, studierte am internationalen Institut in Genf und begann seine politische Karriere im Weißen Haus im Jahre 1971. Das Amt des Sicherheitsberaters übernahm er eine Woche vor dem Bombenanschlag in Beirut, bei dem 240 amerikanische Soldaten, die meisten von ihnen Mitglieder des „Marine Corps", getötet wurden, und der Schock darüber saß bei niemandem so tief wie bei Robert McFarlane. Seither gehört er, zusammen mit *George Shultz*, zu jenen *Männern* in der Administration, die für einen harten Kurs gegen den internationalen Terrorismus plädieren.

Seit ein paar Wochen hat sich das Leben dieses stillen, nüchternen Mannes im Kellergeschoß der Macht deutlich aufgehellt. Der Weg zu ihm führt aufwärts. Sein Büro wurde eine Etage höher verlegt in unmittelbare Nähe des Oval Office, sichtbares Signal dafür, wie unentbehrlich er dem Präsidenten geworden ist.

Die Bio-Welle schwappt in immer mehr Regale

Biologisch heißt das Zauberwort. Es verspricht, die Nahrung gesünder, die Ware *teurer und die Anbieter reicher* zu machen. Die Bio-Welle rollt, der Markt wächst. Doch es ist ein Markt, auf dem sich auch schwarze Schafe tummeln.

Von SABINE SCHUCHART

Die sogenannte Bio-Welle hat nach den alternativen Rohköstlern nun auch konservative Konsumentenkreise erfaßt. Handelsstudien ergaben, daß ein Großteil der Bürger das konventionelle Lebensmittelangebot mit Argwohn betrachtet und bereit ist, für die als weniger giftig angepriesenen Nahrungsmittel auch höhere Preise in Kauf zu nehmen. Von dem neuen Trend haben die etwa *2700* Reformhäuser und *Reformwarendepots in der Bundesre*publik profitiert, deren Lebensmittelumsatz (ohne diätetische Lebensmittel) im vergangenen Jahr insgesamt fast 450 Millionen Mark erreichte. Besonders erfolgreich auf der Bio-Welle schwimmen aber vor allem die sogenannten grünen Läden, von denen es nach Einschätzung von Experten ungefähr 1000 in der Bundesrepublik gibt und deren Zahl beständig zunimmt.

Supermärkte schließen sich dem Trend an

Aber auch der traditionelle Lebensmittelhandel will nicht an dem interessanten *Wachstumsmarkt* vorbeigehen. In den letzten Jahren erhält die Naturkost zunehmend Einzug in die Regale von Supermärkten und Warenhäusern. Rund 1000 Lebensmittel- und Drogeriemärkte führen nach Angaben der „Lebensmittel-Zeitung" zum Beispiel bereits Artikel des „Vollwertkost-Anbieters Biolan", in der Regel integriert in das normale Sortiment.

Daneben setzt sich offenbar zunehmend ein Trend durch, das „grüne" Angebot dem Verbraucher getrennt von den übrigen Lebensmitteln zu präsentieren. So hat zum Beispiel der Warenhauskonzern Karstadt seit 1983 in 70 seiner insgesamt 136 Lebensmittel-Abteilungen separate „Bio-Ecken" eingerichtet, die vom Kunden nach Angaben des Hauses sehr gut angenommen worden sind. Allerdings sei man sich bewußt, „damit einen Dienst an einer Kundenminderheit zu leisten".

Auch über weitere Vertriebswege, zum Beispiel über alternative Backstuben, gelangt die sogenannte Bio-Ware an den Verbraucher. Auf mindestens zwei Milliarden Mark im Jahr schätzen Experten das Volumen dieses unübersichtlichen und noch wenig erforschten Marktes. Verglichen mit dem gesamten Einzelhandels-Umsatz von Nahrungs- und Genußmitteln in Höhe von 1984 gut 142 Milliarden Mark mutet diese Zahl gering an, zumal Naturkost- und Bio-Produkte um etwa 50 bis 400 Prozent teurer sind als vergleichbare konventionelle Lebensmittel im Angebot der Supermärkte. Doch die steigende Nachfrage und die offenbar hohen Verdienstspannen sorgen für eine stetige Zunahme der Anbieter auf diesem Markt.

Die gesalzenen Preise werden von Händlern und Erzeugern mit dem höheren Gesundheitswert und der besseren geschmacklichen Qualität der Bio-Erzeugnisse begründet. Ob der Verbraucher dafür aber wirklich schadstofffreie Waren erhält, ist mehr als fraglich. Abgesehen davon, daß wissenschaftlich nicht nachgewiesen ist, inwieweit konventionelle Lebensmittel giftige Stoffe enthalten und daß die Gesundheitskost tatsächlich weniger Schadstoffe und dafür mehr Vitamine und Nährstoffe aufweist, steht der Verbraucher vor dem Problem, daß der Gesetzgeber bisher die Verwendung des Begriffes „Bio" nicht geklärt hat. Er überläßt sie der Entscheidung der Anbieter, die mit dem magischen Namen mehr oder weniger sorgsam umgehen. Ob es sich wirklich um Erzeugnisse aus kontrolliertem biologischen Anbau, um „Vollwert- oder Naturkost" aus konventioneller Erzeugung oder einfach um „normale" Lebensmittel handelt, kann der Verbraucher nur im Vertrauen auf die Aussage seines Einzelhändlers oder das Etikett auf der Verpackung entscheiden.

In der Bundesrepublik gibt es nach dem Agrarbericht 1984 der Bundesregierung heute etwa 1100 alternativ wirtschaftende landwirtschaftliche Betriebe, die mit insgesamt etwa 22 000 Hektar knapp 0,2 Prozent der gesamten landwirtschaftlichen Fläche in der Bundesrepublik bearbeiten. Da diese Menge bei weitem nicht ausreicht, um die Nachfrage nach Bio-Produkten hierzulande zu dekcken, kommt ein weiterer Teil aus dem Ausland auf den deutschen Markt, unter anderem aus Frankreich, Italien, Spanien, den USA, Griechenland, der Türkei sowie aus *Ländern der Dritten Welt*.

Die Branche bemüht sich um Selbstkontrolle

Überwiegend in unverarbeiteter Form gelangen die Rohwaren teils direkt, teils über Groß- und Zwischenhändler an den Einzelhandel. Dem Problem der Pseudo-Bio-Produkte versucht die Branche mit einer Art Selbstkontrolle zu begegnen: Während die fünf deutschen Anbauorganisationen des Bio-Landbaus an ihre angeschlossenen Landwirte bestimmte Warenkürzel, wie zum Beispiel Bioland oder Demeter, vergeben, mit denen die Ware ausgezeichnet werden kann, wurde zur Kontrolle des Handelsweges Anfang vergangenen Jahres in Kelkheim bei Frankfurt ein „Qualitätsinstitut Naturkost e. V." gegründet, in dem Groß-, Zwischen- und ein Teil der Einzelhändler zusammengeschlossen sind. Doch trotz dieser Bemühungen, das räumen auch einzelne Vertreter der Bio-Branche ein, gibt es eine Vielzahl „schwarzer Schafe" auf dem Markt, die an dem florierenden Geschäft mit der Gesundheit kräftig mitverdienen.

Als Deutsche und Dänen sich die Hand reichten

Von GEORG BAUER

In dem Wunsche, das friedliche Zusammenleben der Bevölkerung beiderseits der deutsch-dänischen Grenze und damit auch die Entwicklung freundschaftlicher Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Dänemark allgemein zu fördern ... erklärt die Bundesrepublik Deutschland ..." – „Möge es Frankreich, möge es England, möge es Rußland wagen, uns dreinzureden in unserer gerechten Sache gegen Dänemark. Wir wollen ihnen antworten mit eineinhalb Millionen bewaffneter Männer."

Zwei Zitate, die der Zeitgeist geboren hat. Nur 100 Jahre lagen dazwischen – und doch Welten. Das erste findet sich in der „Bonner Erklärung" vom 29. März 1955. Nach der Katastrophe des Weltkrieges sollte diese Erklärung zum deutsch-dänischen Baustein im Gesamthaus Europa werden. Einer der Architekten war der damalige dänische Minister*präsident Hans Christian Hansen*. Aus Anlaß der Verhandlungen über einen Beitritt der Bundesrepublik zur NATO unternahm er einen Vorstoß bei Bundeskanzler Adenauer, der schließlich in die „Bonn-Kopenhagener Erklärungen" mündete.

Sozusagen als „Gebrauchsanweisung" für die Rechte der dänischen und deutschen Minderheiten beiderseits der Staatsgrenze gedacht, verboten die Erklärungen die unterschiedliche Behandlung von Angehörigen der Minderheiten gegenüber anderen Staatsbürgern. Die Formeln hießen damals: „Däne ist, wer will", „Deutscher ist, wer will."

Das zweite Zitat stammt aus dem Munde eines Abgeordneten der Paulskirche, der sich über den Abschluß des Waffenstillstandes von Malmö zwischen Dänemark und Preußen im August 1848 erregte.

Seit dem späten Mittelalter herrschte der König von Dänemark über die beiden Herzogtümer Hol*stein und Schleswig, die nach einem* alten Vertrag niemals getrennt werden durften. Holstein gehörte aber zum Deutschen Bund, Schleswig nicht. Nun forderten die Dänen die Einverleibung Schleswigs. Eile war geboten, da dem dänischen König Friedrich VII. keine Söhne vergönnt

WIE WAR DAS?

waren, in Dänemark die weibliche, in den Herzogtümern aber die männliche Erbfolge galt. Nach altem Recht wäre die Personalunion zwischen Dänemark und Schleswig erloschen. Die Schleswiger riefen die Deutschen zu Hilfe. Die Truppen Dänemarks marschierten, Friedrich Wilhelm IV. von Preußen, getragen und getrieben von *nationalem Pathos, ließ die Dänen* bis zu den „Dardanellen des Nordens" jagen. Einhalt geboten erst die Großmächte, aus Furcht, Preußen könnte Jütland besetzen.

Der zweite Akt des Dramas war das Jahr 1864, als Kopenhagen – wohl in einem Anfall von Übermut – einen 1852 geschlossenen Vertrag brach und nach Schleswig einmarschierte. Berlin und Wien antworteten, und Kopenhagen mußte im Vertrag von Wien Schleswig endgültig aufgeben.

Der dritte Akt lief dann 1920 über die Bühne. Gemäß dem Versailler Vertrag stimmte die Bevölkerung in Nord- und Mittelschleswig über ihren Verbleib im Deutschen Reich ab. Im Norden sprachen sich rund drei Viertel dagegen, in Mittelschleswig 80 Prozent dafür aus. Die Grenze wanderte nach Süden. Von nun an lebten rund 60 000 dänisch gesinnte Deutsche im Reich und 20 000 deutsch gesinnte Dänen nördlich der Reichsgrenze.

Revision hieß das Ziel der deutschen Minderheit. Doch ihr Traum erfüllte sich selbst dann nicht, als das Deutsche Reich 1940 Dänemark besetzte. Erst mit dem Verzicht auf Revision der Grenze besserten sich die Beziehungen nach dem Krieg.

Auch in Deutschland entspannte sich das Verhältnis zur dänischen Minderheit. Dies fand schließlich in den „Bonn-Kopenhagener Erklärungen" seinen Ausdruck. Heute könnte die Situation beider Volksgruppen in einem auf Ausgleich und Gemeinsamkeit gerichteten West-Europa als mustergültig bezeichnet werden. Karl Otto Meyer, politischer Kopf der dänisch Gesinnten mit deutschem Paß, sitzt für den Südschleswigschen Wählerverband (SSW) im Kieler Landtag und ficht für die Interessen seiner Volksgruppe. Und in Dänemark macht sich der „Bund deutscher Nordschleswiger" für die deutsch fühlende Minderheit stark.

Rechte und Aufgaben der Militärmissionen

1984 drangen Sowjets einhundert Mal in Sperrgebiete ein

RÜDIGER MONIAC, **Luxemburg**

Erst vor wenigen Tagen haben drei Offiziere der in Frankfurt am Main ansässigen sowjetischen Militärmission versucht, verbotenerweise elektronische Aufklärungsanlagen der Bundeswehr in der Nähe von Hof in Bayern zu fotografieren. Nach Angaben des Pentagon-Sprechers Birch hatten sie am 20. März 1985 ein Sperrgebiet betreten. Deutsche Polizei stellte sie und übergab sie den Amerikanern. Nach dem Vorfall geschah außer einem Protest der USA nichts weiter. Die drei sowjetischen Offiziere wurden von der US-Militärpolizei in ihre Frankfurter Mission zurückgebracht und dabei auf dem ganzen Weg eskortiert.

Birch zufolge, der sich am Rande der 37. Nuklearen Planungsgruppe der NATO in Luxemburg zu dem Vorfall um den erschossenen US-Major äußerte, passieren solche Vorkommnisse mit Angehörigen der sowjetischen Militärmission relativ häufig. Nach Angaben anderer Stellen wurden allein letztes Jahr 2477 Fahrten der sowjetischen Militärmissionen in der Bundesrepublik registriert. *Vier Prozent davon,* also knapp 100 Fahrten, führten die Sowjets in für sie als nicht zugänglich gekennzeichnete Zonen. Außer der Feststellung ihrer Identität und einem Protest auf diplomatischem Wege geschah jeweils nichts weiter. Noch nie wurden die Angehörigen der sowjetischen Militärmissionen im Bundesgebiet mit Waffen bedroht, geschweige wurde auf sie geschossen.

Die Militärmissionen der vier Siegermächte des Zweiten Weltkrieges in Deutschland gehen auf ein Abkommen der Alliierten vom 4. November 1944 zurück. Damals einigten sich die gegen das Hitler-Deutschland Verbündeten auf ein „Kontrollverfahren über Deutschland", nachdem jeder der vier Oberkommandierenden in den später einzurichtenden, aber schon Ende 1944 festgelegten Besatzungszonen Verbindungsorgane einrichten sollte. Damit war sichergestellt, daß die Besatzungsmächte mit Hilfe dieser Organe ständig denselben Kenntnisstand über die jeweiligen Verwaltungsmaßnahmen und -vorgänge in den anderen Besatzungszonen hatten. In den drei westlichen Besatzungszonen von Briten, Amerikanern und Franzosen errichteten die Sowjets ihre Verbindungsorgane in Bünde (Westfalen), Frankfurt am Main und Baden-Baden. Die der Westmächte nahmen ihren Sitz in Ost-Berlin. An diesen Plätzen befinden sie sich heute noch.

Die Militärmissionen erhielten einen rechtlich etwas modifizierten Status nach Abschluß des Deutschland-Vertrages. Durch ihn erhielt die Bundesrepublik Deutschland 1955 ihre Souveränität. Im Artikel 2 allerdings verankerten die Alliierten einen Vorbehalt über die Zukunft von Deutschland als Ganzes. Auf diesem Vorbehalt basiert seitdem auch die weitere Existenz der Militärmissionen. Heute werden sie von allen vier Mächten als Einrichtungen angesehen, die legal militärische Nachrichten über die jeweilige andere Seite sammeln. In den drei Sowjetmissionen im Bundesgebiet arbeiten je rund 20 Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften. Die Einrichtungen in der Bundesrepublik genießen einen rechtlichen Sonderstatus. Ihr Gelände gilt als unverletzlich, nicht nur für die deutschen Staatsorgane, sondern auch für die jeweiligen Gast-Streit*kräfte auf deutschem Boden.*

Die Angehörigen sind von der deutschen Gerichtsbarkeit befreit, sie brauchen auch keine Steuern und Zölle zu bezahlen. Sie können sich im allgemeinen frei im Bundesgebiet bewegen und auch ins Ausland fahren. Verboten ist ihnen lediglich das Betreten von Sperrgebieten. Es gibt ständige und zeitweilige, schließlich weitere Gebiete, die allgemein, also auch für die deutsche Bevölkerung, „vom Gemeingebrauch ausgeschlossen" sind.

Grundsätzlich müssen die Angehörigen der sowjetischen Militärmissionen ihre Fahrten durch das Bundesgebiet in Uniform absolvieren. Knapp 20 Prozent des Bundesgebiets sind für sie ständig nicht zugänglich. Nach einem westlichen Protest ist die Größe der Sperrzonen in der „DDR" dieser Prozentzahl angeglichen worden.

In der „DDR" gehen die Sicherheitsorgane sehr viel schärfer gegen die Angehörigen der westlichen Militärmissionen vor. Schon vor dem Vorfall, bei dem jetzt der US-Major erschossen wurde, war im März 1984 ein französischer Soldat bei einem Verkehrsunfall zu Tode gekommen. Es heißt, dieser Unfall sei von östlicher Seite provoziert worden.

Auch 1964 fielen Schüsse auf eine US-Patrouille

hrk. **Berlin**

Ein tödlicher Unfall, Sturm auf die *Missionsgebäude durch* SED-Provokateure, Handgreiflichkeiten und Übergriffe – die Offiziere der drei alliierten Militärmissionen in Potsdam arbeiten seit Jahrzehnten in einem rauhen Klima. Die dunkelgrünen Wagen mit den gelben Nummernschildern – sie zeigen das Sternenbanner, den Union Jack und die Trikolore – werden bei ihren vereinbarten Kontrollfahrten durch die frühere Sowjetzone auf Schritt und Tritt verfolgt.

- Im Sommer 1958 stürmten von der SED aufgeputschte Provokateure auf das Gelände der britischen und US-Mission in Potsdam. Sie zertrümmerten Scheiben, stürzten einen Dienstwagen um, zerschnitten die Reifen, rissen das Sternenbanner vom Mast und besudelten die Fahne. Auch die britische Flagge wurde heruntergerissen. Die Polizei griff nicht ein.

- Am 21. Juni 1960 stoppten Vopos in Zivil den Chef der britischen Mission, Brigadegeneral Packard, mit seinem Wagen. Sie zerschlugen die Scheibe, Splitter verletzten den Fahrer, der General wurde geschlagen, sein Fotoapparat gestohlen. Im selben Sommer wurden auch andere alliierte Offiziere von Vopos mit Waffen bedroht.

- Am 16. August 1964 entging eine US-Patrouille auf einer Inspektionsfahrt durch Ost-Berlin nur knapp dem Tode: Im Ortsteil Biesdorf feuerte ein sowjetischer Wachposten – wie jetzt bei Ludwigslust – zehn Schüsse aus seiner MP auf den mit zwei US-Offizieren und einem Fahrer besetzten Wagen. Sämtliche Kugeln gingen jedoch fehl.

- Am 22. März 1984 gab es den ersten tödlich verlaufenen Zwischenfall in der Geschichte der im Londoner Protokoll vom September 1944 vereinbarten Militärmissionen: In der Nähe von Halle rammte ein Lastwagen der Volksarmee einen Patrouillenwagen der französischen Militärmission – offenbar in voller Absicht. Ein französischer Unteroffizier, der den Wagen steuerte, kam ums Leben. Zwei seiner Kameraden erlitten Verletzungen.

Im Mai 1984 dehnten die Sowjets die Sperrzonen für die Missionen auf insgesamt 40 Prozent der "DDR"-Fläche aus.

Ausschuß: Hiersemanns Aussagen sind „wenig glaubwürdig"

Landtag debattiert Vorwürfe gegen künftigen SPD-Spitzenkandidaten in Bayern

PETER SCHMALZ, **München**

Er ist der neue Stern am ohnehin wenig heiteren Himmel der bayerischen Sozialdemokraten, er wurde am Wochenende zum fränkischen Bezirksvorsitzenden gewählt, soll der Spitzenkandidat der SPD zur nächsten Landtagswahl sein und wurde von Helmut Rothemund jetzt auch öffentlich als der künftige bayerische Oppositionsführer genannt. Doch ausgerechnet in diesen Tagen, da das Foto des 40jährigen Landtagsabgeordneten Karl-Heinz Hiersemann die Frontseiten der Regionalpresse ziert, debattiert der Landtag einen dunklen Punkt in seinem politischen Leben.

Unter der Drucksache 10/6289 behandelt das Plenum morgen den Schlußbericht des sogenannten „Hiersemann-Untersuchungsausschusses", der zwei Jahre lang ermittelt hatte, ob der Fraktions-Vize Hiersemann und/oder sein Assistent Günther Plass vertrauliche und geheime Dokumente über einen anderen Untersuchungsausschuß, der die Affäre um den Ex-Staatsschutzchef Langemann behandelte, an den Nachrichtenhändler Frank Heigl weitergegeben haben. Nach diesem Bericht ist erwiesen, daß Hiersemann-Mitarbeiter Plass Geheimmaterial kopiert und unter teils konspirativen Umständen Heigl zugespielt hat, über Hiersemann selbst ist zu lesen: „Wenn sich der Verdacht zumindest für eine Mitwisserschaft geradezu aufdrängt, so konnten doch letzte Zweifel an der Billigung des Verhaltens seines engsten Mitarbeiters Plass nicht beseitigt werden."

Einlassungen des SPD-Spitzenpolitikers vor dem U-Ausschuß werden in entscheidenden Passagen als „Schutzbehauptung", „wenig glaubwürdig" und „in höchstem Maße unwahrscheinlich" bezeichnet. Die Situation Hiersemanns wäre womöglich noch prekärer, hätte er sich nicht der Verwertung eines Telefonats widersetzt, das er mit Heigl geführt hatte und von dem ein Mitschnitt vorliegt. Da dieses Gespräch nach Heigls Angaben Hiersemann belastete, dieser aber eine ihn entlastende Version aussagte, hatte ihm der Ausschuß-Vorsitzende Richard Hundhammer vorgehalten, durch seine Weigerung „bliebe er wegen dieser schweren Vorwürfe immer im Zwielicht".

Von Plass ist der Untersuchungsausschuß überzeugt, er habe mindestens 30, wahrscheinlich 60 vertrauliche und geheime Unterlagen weitergegeben und damit „die öffentlichen Interessen unseres Landes gefährdet und dem Ansehen des Bayerischen Landtags geschadet". Das Motiv: Hiersemann und Plass, so der Schlußbericht, waren dringend interessiert, von Heigl angeblich die CSU belastendes Material möglichst vor der Landtagswahl im Oktober 1982 zu erhalten, wobei ihnen bekannt war, daß dies „keinesfalls ohne erhebliche Gegenleistungen" zu bekommen war. Die SPD legte einen davon abweichenden Minderheitenbericht vor, der dem Schlußbericht vorwirft, er konstruiere eine Geschichte, „die anhand der Aussagen zwar möglich, aber keineswegs bewiesen ist".

Der SPD-Bericht versucht vor allem, die Glaubwürdigkeit des Nachrichtenhändlers in Zweifel zu ziehen. Doch Pech für Hiersemann: Der Langemann-Ausschuß, dem der SPD-Politiker angehörte und mit dem der CSU am Zeug geflickt werden sollte, stützte sich weitgehend auf Aussagen Heigls. Damals war es sogar Hiersemann selbst, der Heigl zusicherte, er müsse sich „über seine Glaubwürdigkeit keine Sorgen machen". Aber auch Hiersemann muß kaum fürchten, daß der mißglückte Ausflug in die Welt der Geheimdienste seiner Karriere schadet, denn für Bayerns Öffentlichkeit ist das Thema Langemann mit seinen Ausuferungen unwichtiger als der Schnee von gestern.

„Berlin bleibt deutsche Hauptstadt"

EBERHARD NITSCHKE, **Bonn**

Es sei gut, daß Bonn Bundeshauptstadt geworden sei und nicht das 1949 um diese Funktion konkurrierende Frankfurt am Main, „denn auf diese Weise spiegelt sich die offene deutsche Frage in Bonn und in Berlin wider".

Zu diesem Schluß kam der Senator für Bundesangelegenheiten des Landes Berlin, Professor Rupert Scholz, in einer Bonner Forum-Veranstaltung, in der die Teilnehmer nach der „Hauptstadt im Bewußtsein der Deutschen" gefragt wurden. Mit der Stadt am Rhein sei „das Provisorium glaubhaft gemacht" worden, an dem dann allerdings so lange festgehalten wurde, daß der Ausbau der Stadt hinter dem zurückblieb, was von ihr heute erwartet wird.

Bonns Oberbürgermeister Hans Daniels erinnerte denn auch an die langen Jahre, in denen die Parole gegolten habe: „Jede Mark für Bonn ist Verrat an Berlin." Der Bund habe in dieser Epoche private Unternehmer für sich bauen lassen, und bei Übernahme der Häuser für seine Bürozwecke den Eigentümern die Miete 20 Jahre in voraus gezahlt, um so den schönen Schein zu wahren. Durch diese Planlosigkeit sei „großer Schaden angerichtet worden", meinte Daniels.

Die Bonner Lokalzeitung „Generalanzeiger" hatte zu dem von ihr organisierten Forum unter anderem auch den Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau, Oscar Schneider, eingeladen, der die Liste der Zuschüsse des Bundes für den von ihm gewünschten „geometrischen Ort nationaler Identität" aufzählte. Danach hat Bonn seit 1970 allein 1,3 Milliarden Mark Zuschüsse für seine Bundeshauptstadt-Rolle bekommen, 1985 werden es 15 Millionen Mark sein. Schneider, der auch Vorsitzender jenes „Gemeinsamen Ausschusses Bundeshauptstadt Bonn" ist, der in mühsamen Sitzungen bauliche Vorhaben des Bundes koordiniert und mit der Stadt weiterbringt, meinte: „Wer sich für Bonn ausspricht, wird nie vergessen, daß die deutsche Hauptstadt Berlin ist und Berlin bleibt."

Der SPD-Bundestagsabgeordnete und ehemalige Chef des Bundeskanzleramtes unter Kanzler Helmut Schmidt, Horst Ehmke, sagte in der Debatte: „Bonn ist repräsentativ im Sinne der Niederlage, im Sinne der polyzentrischen Machtstrukturen. Von nationaler Identität im Hinblick auf die Stadt kann aber keine Rede sein. Bonn darf sich nicht repräsentativ für die Nation fühlen."

Bangemann setzt auf Sieg an Rhein und Ruhr

WILM HERLYN, **Mülheim**

Der Bundesvorsitzende der FDP, Martin Bangemann, sieht gute Chancen für seine Partei, wieder in den nordrhein-westfälischen Landtag zu kommen. Er ist überzeugt, daß die liberale Partei mit der Union die Regierung nach dem 12. Mai bilden kann: „Darum setzen wir nicht auf Platz, sondern auf Sieg", sagte er in einem Gespräch mit der WELT. Sein Optimismus wurzele vor allem in der Tatsache, *daß sich die FDP immer* stärker profiliere. Sie sei keine Mehrheitsbeschafferin, sondern eine eigenständige Kraft mit eigenständigen Ideen.

Die eindeutigen Aussagen und die Sachkompetenz der Liberalen zögen nach seiner Ansicht die Wähler an – sei es im Bereich der Wirtschaft oder auch bei Fragen der Rechtspflege und des Datenschutzes.

Er bekräftigte die Koalitionsaussage des FDP-Spitzenkandidaten Achim Rohde für die CDU und ergänzte: „Für ein Bündnis mit der SPD sind wir unter keinen Umständen zu haben." Bangemann meinte, die allgemeinen Bedingungen für die *Schaffung von Arbeitsplätzen* „sind hier in Nordrhein-Westfalen nicht schlechter als anderswo". Aber in keinem anderen Bundesland werde Privatinitiative und Innovationswillen durch bürokratische Hemmnisse so behindert wie in NRW. Das Revier ersticke im „politischen Mief in Bürokratie und Industrieunternehmen". „wir machen aber jetzt das Fenster auf und lassen frische Luft hinein".

Dabei begrüßte er auch besonders die Arbeit der Bürgergruppen, die sich als „Liberale Initiative" der FDP engagierten. Nach Angaben der Initiatoren Peter Dietz und Hans Friedrich Sutter haben sich schon weit mehr als 300 parteiunabhängige Bürger im Revier gemeldet, um für die liberale Idee, *ähnlich wie im Berliner* Wahlkampf, zu werben.

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

Zeugen treiben Treholt immer mehr in die Enge

30 000 Dollar vom KGB? / „Freunde“ waren FBI-Beamte

JOCHEN SCHILDE, Oslo

In Norwegen geht der Spionageprozeß gegen den ehemaligen Diplomaten und Staatssekretär Arne Treholt in die fünfte Woche. Zuletzt war Treholt unter strengsten Sicherheitsvorkehrungen unter Ausschluß der Öffentlichkeit mit den Aussagen der Mitarbeiter des norwegischen Geheimdienstes konfrontiert worden.

Angeblich, so eine große Tageszeitung, soll Arne Treholt vom KGB-General Gennadij Titiov 1983 bei einem Geheimtreffen in Helsinki 30 000 Dollar erhalten haben. Der norwegische Geheimdienst hat sichere Beweise, daß Treholt am 14. Mai 1983 diese Summe im Aktenkoffer mit nach Hause brachte. Anscheinend ist dies eine der Trumpfkarten der Anklage.

Doch weder Staatsanwalt Lasse Kvigstadt noch Geheimdienstchef Jostein Erstad sind bereit, diese Meldung zu bejahen oder aber zu verneinen. Arne Treholt ist während der letzten zwei Wochen müde geworden. Emotional aufreibend war die Konfrontation mit seinem alten Chef, dem Seerechtsminister Jens Evensen, der 1977 immerhin Arne Treholt als seinen Sohn bezeichnete. Jens Evensen, heute Richter am Internationalen Gerichtshof in Den Haag, zeigte jedoch dem Freund und Vertrauten von einst die eiskalte Schulter. Jens Evensen erwähnte kaum seinen Namen und war in seinem Urteil eindeutig.

Die Kontakte, so sagte er, die diese Person mit den Russen hatte, seien überhaupt nicht nötig gewesen. „Ich wußte, daß Titiov KGB-Agent war. Arne Treholt hat hinter meinem Rükken gehandelt.“ Es war, als ob der Zeuge Jens Evensen das Urteil bereits vorweggenommen hatte. Doch dieser Schock war nicht der einzige.

Treholt traf vor Gericht seine angeblich besten New Yorker Freunde wieder. Das Ehepaar Barbara und Jim Glennon. Die beiden Amerikaner besaßen das Vertrauen der Familie Treholt, sie hatten einen Wohnungsschlüssel und gossen bei Abwesenheit die Blumen des Ehepaares. Weder waren Jim und Barbara jedoch verheiratet, noch arbeiteten sie als Werbemanager. Beide waren Agenten des FBI, die zwei Jahre lang bis 1983 Arne Treholt überwachten. Das Wiedersehen in Oslo war für Arne Treholt, so ein Vertrauter des Häftlings, eine emotionale Katastrophe.

Ein grauenhafter Mordfall kann unter Umständen neues Licht auf Treholts Verbindung zum irakischen Geheimdienst werfen. Immerhin versuchte Treholt mehrmals, den Irakern Waffen in Skandinavien zu besorgen. In Stockholm wurde in zwei Plastiksäcken die zerstückelte Leiche des ehemaligen irakischen Geheimdienstlers Majid Husain gefunden.

Der Iraker, der in Schweden vergeblich um politisches Asyl gebeten hatte, verschwand nach einem Zeitunginterview am 9. Januar spurlos, nachdem er in diesem Interview darum gebeten hatte, im Prozeß gegen Arne Treholt als Zeuge auszusagen.

Der politische Terror in der Türkei verlagert sich in das Kurdengebiet

E. ANTONAROS, Ankara

Die Kriegsrechtsbestimmungen in der Türkei, die dem Militär große Eingreifmöglichkeiten einräumen, gelten jetzt nur noch in 23 der 67 Provinzen. Das Parlament ist einer Empfehlung des nationalen Sicherheitsrates, eines beratenden Gremiums aus Spitzenpolitikern und Vier-Sterne-Generälen, zur Aufhebung des Kriegsrechts in elf weiteren Provinzen und seiner Umwandlung in „Notstandsmaßnahmen“ nachgekommen.

Diese seit anderthalb Jahren praktizierte schrittweise Aufhebung des Ausnahmezustandes in verschiedenen Landesteilen zeigt, daß der politisch motivierte Terrorismus von rechts und links, von den Türken pauschal „Anarchie“ genannt, mit Erfolg bekämpft wird. Ausgerottet ist er allerdings längst noch nicht. Daher gilt eine allgemeine Aufhebung des Kriegsrechts im ganzen Lande als recht unwahrscheinlich.

Den organisierten Terrorismus mit bürgerkriegsähnlichen Dimensionen, der in den beiden letzten Jahren vor der Machtergreifung durch das Militär im September 1980 mehr als 5000 Todesopfer gefordert hatte, gibt es praktisch nicht mehr. Aber viele extremistische Gruppen, vor allem linksgerichtete und separatistisch orientierte, sind weiterhin sehr aktiv. Nach amtlichen Angaben sind 597 Türken bei Terrorakten seit 1980 ums Leben gekommen. Immer wieder wird in den türkischen Massenmedien die Verhaftung von Extremisten gemeldet, die in der Regel bestens bewaffnet zu sein scheinen.

Der Charakter des Terrors hat sich allerdings geändert. Wurden vor 1980 mehr als 85 Prozent aller Todesopfer in den Großstädten Istanbul und Ankara registriert, so haben sich seither die Terroraktivitäten fast ausschließlich nach Ostanatolien verlagert: Dabei handelt es sich in erster Linie um aufständische, meist linksgerichtete Kurden, die Türkendörfer, Polizeistationen, Armeepatrouillen und andere Einrichtungen überfallen.

Zu den 23 Provinzen, in denen die Kriegsrechtsbestimmungen fortbestehen, zählen zwar alle Großstädte wie Istanbul, Ankara, Izmir und Adana sowie fast sämtliche Ostprovinzen der Türkei. Aber während es dem Militär gelungen zu sein scheint, die vor allem in den Slum-Vierteln der Großstädte beheimateten Extremisten zu zerschlagen, ist die Situation im Osten viel unübersichtlicher. Zum einen ist das Gelände so gebirgig und für die Truppen unwegsam, daß die sich dort vorzüglich auskennenden Einheimischen den Fallen der Sicherheitskräfte immer wieder entweichen können. Andererseits werden die türkischen Kurden von ihren Gesinnungsgenossen in den Nachbarländern, vor allem Syrien, regelmäßig mit Waffen und Nahrungsmitteln versorgt.

Nach Angaben von westlichen Diplomaten in Ankara soll eine im Sommer 1984 eingeleitete Großoffensive gegen die Kurden in Ostanatolien bisher weniger erfolgreich verlaufen sein, als sie von türkischer Seite dargestellt wird. „Das Militär hat erhebliche Schwierigkeiten, die Aufständischen unter Kontrolle zu bringen“, sagte ein westeuropäischer Beobachter. Den Türken in Ankara ist – wie hinter vorgehaltener Hand zugegeben wird – vor allem die Haltung Syriens ein Dorn im Auge.

Zwar ist die 877 Kilometer lange Grenze kaum kontrollierbar, aber in Ankara herrscht die Überzeugung vor, daß die Syrer, die ihren Territorial-Anspruch auf die türkische Provinz Hatay nie aufgegeben haben, möglicherweise im Auftrag Moskaus die Kurden systematisch unterstützen, um Ostanatolien zu destabilisieren. Ebenfalls sollen die gegen türkische Diplomaten vorgehenden armenischen Terroristen eine ihrer Operationsbasen nach Damaskus verlegt haben.

Nach einem Syrien-Besuch Anfang März erklärte der Staatssekretär im türkischen Außenministerium, Tezel, die beiden Länder hätten vereinbart, gemeinsame Maßnahmen im Sicherheitsbereich zu ergreifen, ohne näher darauf einzugehen. Doch obwohl gerade diese Gespräche die Sorgen der Türken unterstreichen, vermuten viele Eingeweihte in Ankara, daß die Syrer auch diesmal das Vereinbarte nicht einhalten werden.

Vor diesem Hintergrund ist es verwunderlich, daß nur wenige Türken – nicht einmal die im Parlament noch nicht vertretenen Linksparteieh – die Aufhebung des Kriegsrechts verlangen, das übrigens nicht erst vom Militär, sondern bereits im Dezember 1978 vom damaligen sozialdemokratischen Regierungschef Ecevit in 13 Provinzen verhängt worden war.

Zugegebenermaßen macht die Armee von den Ausnahmebestimmungen reichlich Gebrauch: Bis zur Anklage-Erhebung dürfen Tatverdächtige bis zu 45 Stunden ohne Benachrichtigung ihrer Familienangehörigen festgehalten werden, Zeitungen werden immer wieder für ein paar Tage geschlossen, Durchsuchungs- und Haftbefehle sind nicht nötig, Massenprozesse finden am laufenden Bande statt. Seit dem Militärputsch sind 9216 Türken abgeurteilt, 30 von ihnen sogar hingerichtet worden.

Viel konkreter ist hingegen der Ruf nach einer Amnestierung der politischen Häftlinge: Sogar im Parlament wird diese Forderung immer wieder vorgetragen. Am aktivsten sind jedoch die in der Kammer nicht zugelassenen Gruppierungen. Dennoch gibt es kaum Aussichten, daß die Generäle, die für Sicherheitsfragen im Lande zuständig sind, darauf eingehen. Die Verfassung – vom Militär in Auftrag gegeben – läßt eine Amnestie nicht zu. Özal, der diese obligatorische Machtverteilung respektiert, wenn auch gelegentlich zähneknirschend, will das Militär nicht provozieren. (SAD)

Mitterrand und Kohl verbreiten EG-Optimismus

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Der Beitritt Spaniens und Portugals zur Europäischen Gemeinschaft (EG) scheint jetzt so gut wie sicher zu sein. Diese Auffassung vertritt man in diplomatischen Kreisen der französischen Hauptstadt nach dem zweieinhalbstündigen Gespräch, das Bundeskanzler Helmut Kohl mit Staatspräsident Mitterrand am Montagabend im Elysée-Palais geführt hatte. Auf einer nächtlichen Pressekonferenz sprachen sie sich dafür aus, daß die Beitrittsverhandlungen am Wochenende in Brüssel erfolgreich abgeschlossen werden.

Dabei machte allerdings Präsident Mitterrand den Vorbehalt, daß den „legitimen Interessen verschiedener Kategorien von Bürgern und Arbeitern“ noch gebührend Rechnung zu tragen sei. Gemeint damit sind die südfranzösischen Winzer und Fischer. Die Problematik wäre hier noch offen und verlange weitere spanische Zugeständnisse. Aber Frankreich selbst würde seinerseits nichts vernachlässigen, um den Beitritt zu ermöglichen.

Demgegenüber sprach der Kanzler von der „Stunde der Wahrheit“, die jetzt für die EG-Erweiterung schlage. Man dürfe dabei aber den Beitrittskandidaten nicht mehr zumuten als man sich selbst zumuten lassen würde. Diese positive Stellungnahme erklärt sich nach Auffassung diplomatischer Kreise daraus, daß die Bundesrepublik durch den Beitritt an Industriemärkten mehr gewinnt als Frankreich an Agrarmärkten verliert.

So gesehen schien in erster Linie Kohl an dem Treffen mit Mitterrand interessiert zu sein, während dieser im Hinblick auf die Parlamentswahlen in einem Jahr Zugeständnisse vermeiden muß, die insbesondere die französischen Weinbauern auf die Barrikaden bringen könnte. Andererseits ist der französische Präsident auch wahltaktisch daran interessiert, seinen Plänen zur „Europäischen Union“ zum Durchbruch zu verhelfen.

Zu diesem in Paris ebenfalls behandelten Thema wurden keine näheren Angaben gemacht. Man würde die entsprechenden Vorarbeiten für den europäischen Gipfel, der im Juni in Mailand stattfindet, unterstützen. Zwischen den beiden Regierungen gibt es aber noch zahlreiche Meinungsverschiedenheiten. Dazu gehört auch die Frage der Verstärkung des Europäischen Währungssystems (EWS). Die von den Franzosen gewünschte „Aufwertung“ der europäischen Rechnungseinheit Ecu zu einer Währungseinheit war aber gerade erst von Bundesbankpräsident Pöhl in einem Interview mit dem sozialistischen „Matin“ als unrealistisch zurückgewiesen worden.

Auch bestehen zwischen Paris und Bonn noch größere Meinungsverschiedenheiten über die Durchführung des grundsätzlichen EG-Kompromisses zum umweltfreundlichen Auto. Die technischen Normen dafür sollen bis zur Jahresmitte festgelegt werden. Jedoch hat die französische Automobilindustrie bereits gegen entsprechende Kommissionsvorschläge protestiert.

Vor allem will sie darauf hinwirken, daß die Katalysatoren nicht vor den in Brüssel vereinbarten Terminen auf freiwilliger Basis von den ausländischen Autoherstellern eingeführt werden.

„Besuch Reagans in KZ wäre keine Kränkung“

AP, Bonn

Der SPD-Vorsitzende Willy Brandt hat dem amerikanischen Präsidenten Ronald Reagan nahegelegt, seine Meinung zu ändern und während des Aufenthaltes in der Bundesrepublik Deutschland auch ein ehemaliges Konzentrationslager der Nationalsozialisten zu besuchen. Im SPD-Pressedienst warnte Brandt Reagan vor „falscher Rücksichtnahme“.

Der US-Präsident hatte am Wochenende erklärt, daß er im Verlauf seines Staatsbesuchs im Mai „den Beginn des Friedens und der deutsch-amerikanischen Freundschaft vor 40 Jahren feiern“ wolle. Er werde daher nicht durch einen Besuch in einem Konzentrationslager den Deutschen erneut Schuld vorhalten, zumal die Mehrheit der Bevölkerung nach dem Krieg geboren worden sei, sagte Reagan.

Dazu erklärte Brandt, Präsident Reagan wäre unglücklich beraten, wenn er meinte, die Rückbesinnung auf die Opfer von Rassenwahn, Terror und Aggression könne der deutsch-amerikanischen Freundschaft Abbruch tun. „Das Gegenteil ist der Fall“, unterstrich Brandt. „Uns wird nicht gerecht, wer meinen sollte, er dürfe uns die Erinnerung an Judenmord, KZ-Greuel, Kriegstote und Kriegsfolgen nicht zumuten.“

Für Genf ist Geduld nötig

WELT-Gespräch mit Komatina über die Abrüstung

MANFRED NEUBER, Genf

Vor der Gefahr, daß die Diplomaten bei den Abrüstungsverhandlungen das Wettrennen verlieren, hat der Generalsekretär der Genfer Abrüstungskonferenz, Miljan Komatina, in einem Gespräch mit der WELT gewarnt. „Mehr Waffen bedeuten keineswegs mehr Sicherheit“, erklärte der jugoslawische UNO-Beamte zur Aufstellung von Mittelstrecken-Raketen in Ost- und Westeuropa.

Komatina war bis Anfang 1985 persönlicher Beauftragter des UNO-Generalsekretärs für die Beobachtung der laufenden globalen und regionalen Bemühungen um vertrauensbildende Maßnahmen in den internationalen Beziehungen.

Dabei kam es ihm darauf an, die Erfahrungen der Europäer im Prozeß der Vertrauensbildung für andere Regionen nutzbar zu machen. „Vertrauensbildende Maßnahmen sind kein Ersatz für die Abrüstung“, betonte Komatina, sie sollten aber „ein fester Bestandteil in allen Bereichen internationaler Beziehungen sein.“

Die Stockholmer Konferenz über vertrauensbildende Maßnahmen und Abrüstung in Europa (KVAE) wird nach Auffassung des erfahrenen Diplomaten, der stellvertretender Außenminister in Belgrad war, zum Erfolg führen, weil alle Teilnehmer ein „ernsthaftes Interesse“ an einer Politik der Kontinuität und Stabilität in Europa hätten.

Dank des Helsinkier KSZE-Prozesses habe in Europa „die Infrastruktur der Entspannung“ trotz der zeitweiligen Verschlechterung in den Beziehungen USA–UdSSR überdauern können. Das bewiesen die – wenn auch nur langsamen – Fortschritte in Stockholm.

Zweifellos steht die Genfer Abrüstungskonferenz, an der künftig 44 Staaten aus Ost und West sowie der nichtgebundenen Welt teilnehmen, im Schatten der gerade wieder aufgenommenen Verhandlungen zwischen den beiden Supermächten.

Komatina zog die gegenseitige Furcht ins Kalkül: „Es gibt jedoch mehr Übereinstimmung in den Interessen, als es manchmal scheint; denn beide Seiten teilen die Auffassung, daß ein Atomkrieg nicht geführt und nicht gewonnen werden kann.“

Der UNO-Sprecher warnte vor der falschen Hoffnung, daß die Supermächte in Genf zu schnellen Ergebnissen kommen könnten. Die Unterhändler liefen Gefahr, von den neuen Waffen-Technologien überrollt zu werden. „Selbst wenn die Sicherheitspartnerschaft erst in ferner Zukunft zu erreichen sein sollte, so sind sie doch zumindest nicht willens, das Selbstmord-Risiko zu erhöhen“, erklärte Komatina.

Die jüngste „Erklärung von Neu-Delhi“, mit der Argentinien, Griechenland, Indien, Mexiko, Schweden und Tansania zu einem vollständigen Teststopp, zu einem Verbot des Weltraum-Rüstens sowie zur Vernichtung der atomaren Arsenale aufriefen, wertete der Jugoslawe als „wichtiges Dokument“. Nicht über die Ziele, wohl über die Wege dorthin gebe es auch unter den Blockfreien unterschiedliche Meinungen.

Polizei-Massaker in Südafrika?

AFP/epd, Kapstadt/Johannesburg

Die bedeutendste Oppositionspartei im südafrikanischen Parlament hat gestern die Regierungsversion der Unruhen in der Kap-Provinz angefochten, bei denen am vergangenen Donnerstag 19 Schwarze von Polizisten erschossen wurden. Nach einem auf eidesstattlichen Aussagen von Augenzeugen beruhenden Bericht der „Föderativen Fortschrittspartei“ haben die Sicherheitskräfte nicht in Notwehr geschossen, weil sie von Demonstranten mit Steinen, Knüppeln und Benzinbomben bedroht wurden. Es habe sich vielmehr um einen ruhigen Beerdigungszug von unbewaffneten Farbigen gehandelt. Der Präsident des Reformierten Weltbundes, Allan Boesak, hat von Zeugenaussagen mehrerer Schwarzer berichtet, wonach die Polizei bei den Auseinandersetzungen einige Verletzte „hingerichtet“ habe. Journalisten haben nach Angaben des Südafrikanischen Kirchenrates derartige Anschuldigungen bestätigt. Wie der Rat mitteilte, liegt die Zahl der Getöteten vermutlich bei mehr als 40.

Kritik Guatemalas an SPD-Besuchern

rtr, Guatemala

Guatemaltekische Regierungsvertreter haben sich kritisch über die SPD-Bundestagsabgeordneten Freimut Duve und Ernst Waltemathe geäußert, die bei einem Besuch des mittelamerikanischen Landes erklärt hatten, die dortige Menschenrechtslage habe sich nicht gebessert. Die Abgeordneten hatten am Sonntag mitgeteilt, 1983 und 1984 seien nach Angaben der US-Botschaft in Guatemala 2627 Menschen verschwunden oder getötet worden.

„Es ist unglücklich, wenn Menschen für kurze Zeit in dieses Land kommen und sich als Experten auf solch heiklen Gebieten erachten“, sagte Außenminister Fernando Andrade. Die Abgeordneten spielten die Rolle von Inquisitoren und handelten auf Anweisung von Gruppen, die an einer Destabilisierung Guatemalas interessiert seien, sagte Regierungssprecher Zelada. Guatemaltekische Regierungsvertreter hatten sich in der vergangenen Woche geweigert, mit Duve und Waltemathe zusammenzukommen.

Zwangsemigration aus Polen hält an

JGG. Haan

Der Druck der polnischen Behörden, Oppositionelle samt ihren Familienangehörigen zur Auswanderung zu bewegen, habe bisher nicht nachgelassen. Dies erklärte das Breslauer Menschenrechtskomitee, das – wie zahlreiche ähnliche Institutionen im ganzen Land – nach dem Tod Jerzy Popieluszcos entstanden ist. Allein in Breslau und Umgebung seien in den vergangenen Monaten des Jahres 1984 210 Personen offiziell zur Emigration gezwungen worden. Das Komitee weist darauf hin, daß die Dunkelziffer noch weitaus höher sei. Die meisten Personen (24 Prozent) sind nach Feststellung des Komitees in die USA ausgewandert. Es folgen die Bundesrepublik Deutschland (12), das traditionelle Auswanderungsland der Polen, Frankreich (11), Australien (6,5), Schweden (6) und Kanada (5).

In Niederschlesien mit Breslau, einer Hochburg der „Solidarität“, sei die Zahl der zur Auswanderung gezwungenen Menschen besonders hoch, erklärte ein Funktionär der in Polen verbotenen Gewerkschaft.

Gorbatschow setzt auf jüngere Führung

AFP, Moskau

Zum neuen Vorsitzenden des Präsidiums des Obersten Sowjet der russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik wurde gestern Wladimir Orlow (63) gewählt. Orlow löst damit den an der Spitze der mit 142 Millionen Einwohnern größten und bedeutendsten der 15 Sowjetrepubliken stehenden 78jährigen Michail Jasnow ab. Politische Beobachter glauben, daß die Ablösung Jasnows durch einen 15 Jahre jüngeren Politiker den Wunsch des neuen sowjetischen Parteichefs Michail Gorbatschow nach einer Verjüngung der Führungskräfte der UdSSR signalisiert.

GESCHÄFTSVERBINDUNGEN

Bootsvermietung
15 Motorboote
exklusiv für Mallorca, gegen Gebot zu verkaufen.
Zuschriften unter M 16 017 an WZ-Werbung, H. Schwarz, Alstadener Str. 170, 4200 Oberhausen.

Welcher
Makler
aus dem Großraum Wetzlar/Gießen ist in der Lage, preisgunst. Gewerbegrdstck., 5200 m², zu vermarkten? Vielseit. Nutzung mögl. Fa. Zimo GmbH, Heinrichstr. 7, 4901 Hiddenhausen 3, Tel. 0 52 21 / 6 54 31

Bekannter Markenartikelhersteller von
JEANS – HOSEN – CASUAL WEAR – JOGGING
sucht je einen
regionalen exkl. Großhändler
für folgende PLZ-Gebiete: 28–29, 34–35, 44–45, 54–55, 66–67, 86–87.
Voraussetzung ist ein guter Kundenstamm sowie ein finanziell gesundes Unternehmen.
Wir bieten einen bekannten Namen, Mode und Standard, Qualität, vernünftige Preise, Werbemittel, Messeteilnahme, Gebietsschutz und Lagerservice.
Interessiert? Dann schreiben Sie uns bitte unter Y 14 553 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Firmenneugründung
Wir sind Ihnen behilflich in Mittelamerika u. England, „Engl. GmbH", f. a. Branchen.
Ang. unt. N 14 544 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Garantieanmietung
Seit Jahren betreuen wir erfolgreich mehr als 4000 Immobilienobjekte. Als finanzkräftiges und leistungsorientiertes Unternehmen sind wir für Sie und Ihre Kunden der richtige Partner für die Objektbetreuung (gewerbliche Anmietung mit Mietgarantie, Miet- oder Poolverwaltung). Sprechen Sie uns an!
IMA IMMOBILIEN MANAGEMENT GMBH Tel. 02 28
Adenauerallee 48 · 5300 Bonn 1 2 69 04 51

Vertriebspartner gesucht
An Indian Limited Company manufacturing and exporting industrial castings in Black-heart Malleable and Graded Cast Iron and Casted Auto-Parts are looking for a German partner to promote sales in European and Middel Eastern Contries on commission basis.
Please write under S 14 547 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.



Holzmarkt
m. vielen Artikeln f. Hobbygärtner, sucht für sein neues Verkaufsgelände in Hamburg (Top-Lage) Gartencenter o. ä. als Pächter/Nachbarn.
Angebote unter B 14 556 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Neue, lukrative und risikofreie
Existenzgründung
für Damen und Herren mit guter Allgemeinbildung.
Sie suchen eine sichere Existenz, anfänglich evtl. auch nebenberuflich
... wollen überdurchschnittlich verdienen (120 000,– DM p. a.)
... wollen das Existenzrisiko minimieren
... haben psychologisches Einfühlungsvermögen und Freude am Umgang mit Menschen
... haben Telefon, TV, nebst Videorecorder und Pkw
... verfügen über Investitions-, und Kreditmöglichkeiten von 36 000,– DM (pro Bezirk)
Wir bieten geeigneten Persönlichkeiten risikofreie, sichere, lukrative, selbständige Vollexistenz im Rahmen einer im gesamten deutschsprachigen Raum tätigen Organisation mit beratender Tätigkeit.
Wir vergeben kurzfristig lukrative Bezirksverträge mit Gebietsschutz für die Gebiete:
Schleswig/West-Holstein, Hamburg*, Bremerhaven, Osnabrück, Lüneburg/Wolfsburg, Hildesheim, Göttingen, Münster, Bielefeld, Paderborn, Hamm, Dortmund, Recklinghausen, Oberhausen, Hagen, Kassel, Fulda, Limburg, Ludwigshafen, Kaiserslautern, Saarbrücken, Mannheim, Heidelberg, Böblingen, Pforzheim, Karlsruhe, Augsburg, Ingolstadt, Nürnberg, Bamberg, Bayreuth/Hof, Berlin* und in Österreich Klagenfurt, in der Schweiz Bern.
* = Doppelbezirk
Richten Sie Ihre vollständige Bewerbung mit Lichtbild unter E 14 471 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen. Wir laden Sie dann kurzfristig zu einem Informationsgespräch ein.

Suche Zusammenarbeit mit auf mittlere Unternehmen spezialisierter
Unternehmensberatung
zur Vermarktung folgender IBM 34/36-Programmpakete:
– Auftragsabwicklung (einschl. Fakturierung)
– Bestandsführung
– Buchhaltung
– Kostenrechnung
– Ergebnisrechnung
Einführungs-Know-how vorhanden.
Kontaktaufnahme unter M 14 543 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Telex-Nr. 857624 Tel. 0201/480024 **DM 4,70!**
je Kunde kostet Sie der Außendienst, der Ihre 1000 Kunden 4 mal p.a. besucht und so mehr Umsatz bringt. Fragen Sie an bei CADICS, Niederwenigerstr. 49 · 43 ESSEN 15

Spanische Vertriebsorganisation m. Zentrale in Malaga
u. vielsprachig. Mitarb. sucht Kontakte v. Firmen i. d. Bundesrepublik, die in Spanien ansäss. werden wollen. Büros u. Lager vorh., Kontaktaufn. unter
DICOMSA, C./Salitre 39
29002 Malaga, Telex 7 9 015

* * * Sofort – gegen bar * **
FORDERUNGSANKAUF
(tituliert – mindestens 50 Stück)
Inkassobüro Dr. Stapf, 5300 Bonn
Adenauerallee 48, Tel. 02 28 / 2 69 04 75

Manager auf Zeit
Betriebswirt und Maschinenbau-Ingenieur übernimmt
- Vertriebs- u. Verkaufsorganisationsaufbau m. Umsatzgarantie
- Sanierungen
- Sonderaufgaben

Johann-W. Becker
Lenbachstraße 41
4300 Essen 1
Telefon 02 01 / 70 67 24
oder 02 34 / 43 23 58

Qualitätsdrucke aus Niederbayern
Drucken Sie nicht länger rum!
Fragen Sie an, was bei uns Ihre Drucksachen kosten (mittlere u. große Auflagen).
Sie werden staunen!
I + S Druckservice
Postfach 206, 8340 Pfarrkirchen
Tel. 0 85 61 / 60 07-8



Dipl.-Ingenieur Vermessung
27, FH Oldenburg 1981, Erfahrungen in der Seevermessung im In- und Ausland sowie Ingenieurvermessung; Englisch; sucht Tätigkeit in der See-, Agrar- oder Ingenieurvermessung.
Auskünfte erteilt: Herr Lehnert
Fachvermittlungsdienst Bremen, Außer der Schleifmühle 4
2800 Bremen 1, ☎ 0421/3077-579

Dipl.-Ingenieur Bauwesen
33, Bauzeichner, FH Bremen 1982, Schwerpunkte: Statik, Stahlbeton, Grundbau; Berufserfahrung in Konstruktion von Hoch- und Tiefbauten; sucht Tätigkeit in Konstruktion und Baustatik für Hoch- und Industriebauten sowie Kalkulation, Bauleitung, Abrechnung von Bauleistungen.
Auskünfte erteilt: Herr Lehnert
Fachvermittlungsdienst Bremen, Außer der Schleifmühle 4
2800 Bremen 1, ☎ 0421/3077-579

Reederei-/Schiffahrtskaufmann
47, mit langjähriger Erfahrung in Reederei und Schiffsmaklerei und sehr guten Englischkenntnissen: sucht adäquate Position.
Auskünfte erteilt: Frau Maderner
Fachvermittlungsdienst Hamburg, Kurt-Schumacher-Allee 16
2000 Hamburg 1, ☎ 040/24844-2495, FS 2163213

Dipl.-Kaufmann/Dipl.-Ingenieur
33, Lehre als Feinmechaniker, gute engl., ausbaufähige franz. sowie russ. Sprachkenntnisse; sucht Tätigkeit in Ind./Handel/Beratung im In- oder Ausland als Assistent der Geschäftsführung oder Vertrieb.
Auskünfte erteilt: Frau Krauel
Fachvermittlungsdienst Hamburg, Kurt-Schumacher-Allee 16
2000 Hamburg 1, ☎ 040/24844-2331, FS 2163213

Volljurist
37, verh., 2. Examen 9/84 in Hamburg (ausr., ohne Notenanrechnung), belastbar und einsatzfreudig. Schwerpunkte: allg. Zivilrecht, Strafrecht, Verwaltungsrecht; sucht Tätigkeit bei Rechtsanwalt, Unternehmen oder Verband, möglichst Raum Schleswig-Holstein.
Auskünfte erteilt: Herr Vogel
Fachvermittlungsdienst Kiel, *Muhliusstraße 38*
2300 Kiel 1, ☎ 0431/5116-35, FS 292673

Lehrer, Dr. phil.
29, 1. Staatspr. Grund- und Hauptsch.; Prom. in Phil., Politischer Wissenschaft, Päd. („summa cum laude"); Uni Würzburg, Schwerp.: Erkenntnisth., Ethik, Systemtheorie, Schulforsch.; Erf. in Forsch. u. Lehre; Engl., Franz. u. Ital. Sprachkenntnisse. Sucht Stelle in Forschung u. Lehre; Nachrichten-, Politikred.; Lekt. i. Verl.- u. Pressewesen; Personal-, Sozial-, Ausbildungswesen; Verb.-tätigkeit; Verwaltende Tätigkeit, Öffentlichkeitsarbeit; Beratungsaufgaben.
Auskünfte erteilt: Herr Reimann
Fachvermittlungsdienst Würzburg, Ludwigkai 3
8700 Würzburg, ☎ 0931/807-326, FS 680029

STELLENANGEBOTE

Dienstleistungsunternehmen im Rheinland

Unser Auftraggeber ist ein international arbeitendes Dienstleistungsunternehmen in einer rheinischen Großstadt. Weltweite Kontakte und zielgruppenorientierte Öffentlichkeitsarbeit sind wichtige Bausteine für seinen Erfolg. Wir suchen daher für die Hauptabteilung Presse und Information des Unternehmens einen jüngeren, flexiblen Mitarbeiter als

Referent(in)

mit Neigung und Fähigkeit zur Recherche und Analyse von wirtschaftlichen Vorgängen und Entwicklungen sowie deren Umsetzung in Beiträge und Artikel zur Veröffentlichung in Wirtschafts- und Fachpresse.

Vorbereitung und Ausrichtung von Pressekonferenzen und Informationsveranstaltungen im In- und Ausland erfordern organisatorisches Denken und Handeln. Englischkenntnisse sind Voraussetzung; beherrschen Sie eine weitere Fremdsprache, ist dies um so besser.

Für eine Dame oder einen Herrn um die 30 stellt die Position eine reizvolle Entwicklungsmöglichkeit dar. Dies bezieht sich auch auf die Dotierung. Wir würden uns daher freuen, bald von Ihnen zu hören. Senden Sie Ihre Unterlagen bitte unter Kennziffer MA 195 an unsere untenstehende Anschrift. Wir sichern Ihnen eine diskrete Behandlung Ihrer Bewerbung zu und werden Sperrvermerke streng berücksichtigen.



INSTITUT FÜR PERSONAL- UND UNTERNEHMENSBERATUNG
HORST WILL UND PARTNER · DOMKLOSTER 2 · POSTFACH 10 16 26 · 5000 KÖLN 1

Beim **Kreis Ostholstein** (ca. 195 000 Einwohner) ist die Stelle des

Landrats

wegen Berufung des jetzigen Stelleninhabers in den Dienst des Landes Schleswig-Holstein für eine Wahlzeit von sechs Jahren neu zu besetzen. Besoldung erfolgt nach Besoldungsgruppe B 4 zuzüglich einer Aufwandsentschädigung nach der Kommunalbesoldungsverordnung.

Bei einer Wiederwahl beträgt die Wahlzeit 12 Jahre.

Gesucht wird eine Persönlichkeit mit umfassenden Kenntnissen und Erfahrungen in der öffentlichen Verwaltung, die in der Lage ist, schöpferische Initiative zu entwickeln.

Bewerbungen mit Lichtbild, ausführlichem Lebenslauf, beglaubigten Zeugnisabschriften und sonstigen Unterlagen sind bis zum 30. 4. 1985 unter dem Kennwort „Bewerbung Landrat" an den

Kreis Ostholstein
Der Kreisausschuß
Lübecker Straße 41, 2420 Eutin

zu richten.

Fertigungsleiter
Als Hersteller von reprografischen Geräten im Raum Frankfurt genießen wir Weltruf.
Wir suchen für die technische Koordination und Überwachung des gesamten Fertigungsablaufes einen engagierten und berufserfahrenen Fertigungsleiter.
Die fachliche Qualifikation in allen Bereichen der Produktion soll auch Organisationsaufgaben und Mitverantwortung im Personalbereich beinhalten.
Bei der Beschaffung von Wohnraum sind wir gerne behilflich.
Angebote erbeten unter T 14 548 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Wenn Sie es eilig haben, können Sie Ihre Anzeige über Fernschreiber 8 579 104 aufgeben.

Bankdirektor/Dipl.-Volkswirt
44 J., verh., mit langjährigen Erfahrungen insbes. im Kreditgeschäft einer Großbank (kurz-, mittel- u. langfr. Geschäft, Im- u. Exportfinanzierungen, Leasingfinanzierungen), Kenntnisse in Grundstücks- u. Vermögensverwaltung, Engl. u. Spanisch gut (15 Monate Südamerika-Aufenthalt), Französisch ausbaufähig, sucht neue anspruchsvolle Tätigkeit, auch außerhalb des Bankbereiches, im Großraum Hamburg.
Ang. erb. unt. S 14 635 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Kaufm. Leiter
46 J., verheiratet, Betriebswirt u. Bilanzbuchhalter, Schwerpunkte Finanzen, Rechnungswesen, Kostenrechnung, EDV, Personal, Verwaltung; erfahrener Praktiker, beste Referenzen, sucht anspruchsvolle Führungsposition im norddeutschen Raum.
Aussagefähige Angebote unter E 14 559 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

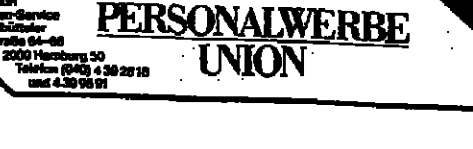
Gießereifachmann
44 J., regional ungebunden, versierter Gießer, engagiert, zielbewußt, mit langjähriger Erfahrung und nachweisbaren Erfolgen in der eigenverantwortlichen Leitung von Gießereibetrieben, hand- und maschinengeformter Guß (Formanlagen), GG, GT, Alu, sucht neue Aufgabe.
Zuschriften erbeten unter K 14 541 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Leiter Marketing und Vertrieb
Verkaufsleiter (Prokurist) f. techn. Investitionsgüter sucht neue Aufgabe.
Bitte mehrjährige Erfahrung auf den Gebieten Einführung neuer Produkte, Direktverkauf, amerik. Planungs- u. Kontrollsysteme.
Uneingeschränkte Mobilität und Einsatzbereitschaft sind vorhanden.
Zuschr. erb. u. D 14 624 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

Organisations-/Personalleiter
Deutscher, 40 Jahre, verheiratet, seit 3 Jahren in den USA als Orga-Leiter mit 12 Kolonnen in der Abonnenten-Direktwerbung für Zeitschriften überaus erfolgreich tätig, verändert sich aus persönlichen Gründen wieder nach Deutschland und sucht eine neue, hochdotierte Herausforderung.
Unternehmerischer Background mit langjähriger Führungspraxis, Loyalität, sicheres Auftreten, einsatz- und reisefreudig, kooperativ, kontaktstark und verhandlungssicher sind sebstverständliche Attribute. Hinzu kommen perfekte Beherrschung der englischen Sprache und die Gewißheit, mit (hoffentlich) allen Tricks in der Führung von Außendienst-Mitarbeitern vertraut zu sein.
Zuschr. erb. unter X 14 640 an WELT-Verlag, *Postfach 10 08 64, 4300 Essen.*

Junger Diplom-Kaufmann
vielseitig, zurück von einjährigem Englandaufenthalt, sucht neuen Wirkungskreis.
J. P. Schwabel, 2 Hamburg 73, Grubesallee 2
Telefon 0 40 / 6 77 58 82

Engagement in USA!
Als General Manager deutscher Nationalität leite ich erfolgreich seit einigen Jahren die amerikanische Niederlassung eines deutschen, international tätigen Transportunternehmens (Container) und suche jetzt eine neue herausfordernde Aufgabe als
Geschäftsführer für Tochtergesellschaft / USA
Technische Produkte/Handel und/oder Produktion
Meine Schwerpunkte im Leistungsprofil:
– Ausbildung als Ingenieur allg. Maschinenbau, – Erfahrung als Vertriebsingenieur in Deutschland und Portugal, – Ausbildung zum B.B.A. an der Columbia University New York, – Umsatz- und Ergebnisverantwortung im technischen und kaufmännischen Management (Schiffsmotoren und Schiffbau), Führungspraxis, – Umfassende Kenntnisse im Finanz- und Rechnungswesen, Produktionsprozesse, Marketing, internationales Vertragswesen, Verwaltung, – Fremdsprachen fließend: Englisch und Spanisch.
Die Personalwerbe Union GmbH ist mit der vertraulichen Wahrnehmung meiner Interessen beauftragt. Rufen Sie bitte Herrn Kuhrt an oder schicken Sie ihm Ihr Angebot.

STELLENGESUCHE

Industriekaufmann, 39 J.
mehrjährige Außendiensterfahrung, unternehmerisch denkend, verhandlungssicher, sucht für NRW/Norddt. anspruchsv. Anstellung im Außendienst (Industrie, Kfz, Baumaschinen).
Zuschriften unter L 14 674 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Zahntechniker und Kaufmann sucht Stellung im Verkauf, Raum HH. Zuschr. erb. u. M 14 565 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Betriebswirt
40 J., langj. als Leiter eines Handels- und Handwerksunternehmens tätig, sucht kurzfr. verantwortungsv. Tätigkeit.
Zuschr. erb. unter A 14621 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Housekeeper/Cook
41 J., excell. Erfahrung u. Kenntn. des ges. Privathaushaltes, su. Dauerstellung.
Zuschr. unt. W 14 617 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Personalleiter
42 J., verh., ungek., erfahrener Praktiker, Personalbeschaffung, -betreuung, -verwaltung. Fundierte Kenntnisse im Arbeitsrecht, Betr VG, verhandlungssicher, möchte sich mittelfristig weiterentwickeln. Raum MA, LU, HD bevorzugt.
Zuschr. u. Y 14 619 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Singapur
Deutscher, 40 J., verh., Geschäftsführer f. Verk./Vertrieb von Masch. u. Invest.-Gütern, in ungek. Stellg., techn. u. kaufm. Vorbildg., 6 J. Asienerf., möchte sich verändern.
Zuschr.: W. Franke, 2105 Seevetal 1, Zum Kaiserort 7a





CAD/CAM-Ingenieure
Diplom-Ingenieure des Maschinenbaus und der Verfahrenstechnik schließen Ende März 1985 einen 6monatigen Intensivlehrgang
Praxisorientierte CAD/CAM-Ausbildung
an der Ruhr-Universität Bochum ab.
- Die Teilnehmer wurden intensiv im Umgang mit 2 D/3 D-Systemen geschult.
- Die erworbenen Programmierfertigkeiten befähigen sie, Anpassung der Standard-Software auf firmenspezifische Anwendungsprobleme durchzuführen.
- Sie sind mit den Problemstellungen in der Fertigung und Hilfestellung durch CAM in Theorie und Praxis vertraut.

Sollten Sie Interesse an den Teilnehmern als zukünftige Mitarbeiter haben, fordern Sie Bewerbungsunterlagen beim FVD Bochum an oder setzen Sie sich telefonisch mit uns in Verbindung.
Auskünfte erteilt: Herr Kirchhoff
Fachvermittlungsdienst Bochum, Universitätsstraße 66
4630 Bochum 1, ☎ 0234/305-651, FS 825309

Maschinenbautechniker
außendiensterfahren, techn. vielseitig u. flexibel, Elektronik-Paß 1 + 3, Engl. + Franz., ungekündigt, sucht interess., neuen Wirkungskreis im techn./kfm. AD in Norddt.
Zuschr. unt. N 14 676 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Dipl.-Ing. (FH) Maschinenbau + Schweißfaching.
42 Jahre, verh., 3 Kinder. REFA-Grundsch., Ausbilderprüfung, Netzplantechn., langj. Tätigkeit in Organisation u. Koordination der techn. Dienstleitungen, Planung, Aufbau u. Instandhaltung von Produktionsanlagen u. Betriebsgebäuden, Sicherstellung der Energievers., Umweltschutz, Seicherheitswesen, Budgeterst., f. Investit. u. Rep., Verw. u. Überw. techn. Eink., Leiter der Werkstätten sucht neuen Wirkungskreis als Haupt.-Leiter, Betriebs- o. Techn. Leter in Lebensm., Pharma-, Kosmetik- oder chem.techn. Industrie. Bevorzugt nordd. Raum, begrenzte Auslandsaufenthalte möglich.
Zuschr. unter T 14 636 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

EDV-Leiter (ppa.)
37 (gelernter Wirtsch.- u. Steuerberat.-Gehilfe), m. Auslandserfahrg., sucht neue Aufgabe in Hamburg, Im-/Export, per 1. 7. 85, Bereich: Datenverarbeitung, Buchhaltung u. Organisation (bevorzugt NIXDORF-SYSTEM 8870).
Ang. unt. V 14 616 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Dipl.-Kfm.
31 J., unabhängig, vielseitig interessiert, gt. Englischk., bisher 1¼ J. Berufserfahr. in WP/Stb-Gesellschaft, sucht entwicklungsfähige Stelle in Unternehmen der Freizeitschiffahrt m. breitem Aufgabenfeld zur Unterstützung/Assistenz der Geschäftsführung, auch Auslandstätigkeit.
Zuschriften erbeten unter H 14 540 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Vertretungs-Gesuch
Ich, selbst. Handelsvertreter mit Industrieerf., gut eingef. bei d. graph. Industrie u. d. Fachhandel d. abpackenden u. papierverarb. Industrie, su. f. d. nordd. Raum eine zusätzl. interess. Aufgabe. Wollen Sie Ihr Produktprogr. einem einsatzbereiten, erfolgsorient. u. verhandlungssicheren Partner anvertrauen? Wobei es sich sowohl um Investitions- als auch Verbrauchsgüter (Farben, Papier usw.) handeln kann.
Zuschr. erb. unter Z 14620 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Zufälle gibt es nicht, sie müssen herbei geführt werden.
Vertriebsprofi
Mir wurde gekündigt, weil ich zuviel Erfolg hatte, wenn Sie den Erfolg Ihrer Mitarbeiter nicht neiden, erwarte ich Ihr Angebot.
Verkauf, Beratung, Planung, Kalkulation, Projektleitung, Finanzierung.
Innovationsfreudig, belastbar, techn. erfahren, Problemlöser.
Hobbys: Familie, Tennis, Segeln. 42 J., Raum NRW, Ausrüstung: Autotelefon, Computer, Schreibkraft.
Zuschriften erbeten unter C 14 447 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

KAUFMANN
Automobil-Oldtimer, seit 1952 die Motorisierung entscheidend mitgeprägt (1945 erste zivile Zulassung), unfallbedingt eine Pause, sucht nun ein neues adäquates Betätigungsfeld – **auch freie Mitarbeit** – *nicht branchengebunden.* Verhandlungsgeschick, Überzeugungskraft in Wort und Schrift, seriöse, repräsentative Persönlichkeit. Autotel. u. Funk Raum: 4/5/6. Meine Maxime: Dotierung sekundär, primär die Aufgabe, in einer menschlich geprägten Symbiose.
Zuschr. unt. U 14637 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Dipl.-Kaufmann
40, verh., ungekündigt, langjährige Praxis auf GL-Ebene, in Marketing, Werbung, Vertiebs- u. Kostenplanung, Kontakt zu Großkunden u. Banken, sucht in Norddeutschland neue verantwortungsvolle Aufgabe.
Ang. unt. D 14 538 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Kfz-Meister
46 J., z. Z. noch selbständig, sucht zum 1. 7. oder später neuen Wirkungskreis.
Ang. erb. u. B 14 622 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Ausland
Bauing., 39, CH, Erfahrung in Schweiz/Deutschland, sucht neue Aufgabe ins Ausland, Afrika, Nord-Mittel-Amerika als Ing., Treuhand, Berater, Verkauf, Agrar od. Elektronik. Sprachen in Wort u. Schrift: E, I, F und etwas E, Sp.
Auskunft durch Chiffre J 11 226 IVA AG, Postfach, CH-8032 Zürich.

Dipl.-Ing. FH
Leiter Qualitätssicherung, ungekündigt, 34 Jahre, verheiratet, 2 Kinder, mehrjährige Praxis in leitender Position, unter anderem Erfahrung in Qualitätssicherung nach DGQ und VDA-Richtlinien und fundierte Kenntnisse in Meßtechnik und Schadensanalyse, sucht zum 1. 10. 1985 neuen Wirkungskreis im norddeutschen Raum, vorzugsweise Großraum Hamburg.
Zuschriften erbeten unter F 14 538 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Deutsch-Schwedin
mittleren Alters, Abitur in der schwed. Sprache, gute engl. Sprachk., schwed. Kontorsausbildung, deutsche und schwedische Restaurantausb., bereist in Schweden, wünscht Aufträge, Arbeit, gerne Marktanalyse oder Reisebranche.
W. Holmberg,
Brunnbäcksgatan 27 B
S-252 31 HELSINGBORG

HILFE
Nach Arbeitgeb.-Konkurs, seit 1 Jahr arbeitslos!
Wer hat Beschäftigung für mich? Arbeitsplatz kann durch Arbeitsamt nach dem AFördG. gefördert werden!
BETRIEBSWIRT – GEH. I. STEUER- U. WIRTSCHAFTSBER. BERUFEN
amerik. Studium, Dr. phil., 41 J., verh. drei Kinder, zuletzt als „Leiter des Rechnungs-, Finanz- und Ausbildungswesen" tätig. Ausb.-Eign.-Prüfung IHK, steuer- u. bilanzsicher, gutfund. Kenntn. der betr. Gesetze. Suche entspr. verantwortungsv. Tätigkeit.
Angebote mit Gehalts- u. Tätigkeitsangabe erbeten unter E 14625 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Chief-Engineer/Nigeria
42 J., verheiratet, seit 5 J. in Nigeria im Brauereisektor u. Anlagenbau, zur Zeit auf Urlaub in Deutschland, sucht neues verantwortungsvolles Aufgabengebiet in Nigeria oder anderes Ausland.
Angebote erbeten unter G 14 539 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Kfm. Leiter (ppa.)
Ind./Handel/Bau, 38 J., verh., erfolgsorientiert, Finanz- u. Rechnungswesen, Personal, Org., Einkauf, Vertrieb, Konzernerf., engl. Sprache, sucht interess., neuen Wirkungskreis, Norddeutschl.
Zuschr. erb. u. C 14 557 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Bankkaufmann/Vermögensberater
32 J., langjährige Erfahrung im gesamten Passivbereich einer Bank, zzgl. steuerbeg. Kapitalanl. im In- und Ausland, sucht anspruchsvolle Tätigkeit bei Bank oder ähnl.
Ang. u. M 14 455 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Führungskraft für Nahost/Afrika
Exportkaufmann mit Format und techn. Background, Anfang 40 J., sucht mehrj. Einsatz.
Direkte Zuschr. deutscher Industrie erbeten unter Z 14 554 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Dipl.-Designer
33, Engl., Franz., Span., mehrjährige freiberufliche Tätigkeit. Zeichenfilme, Realfilme, Drehbücher, Treatments, sucht Position im Bereich neue Medien, AV-Medien.
Zuschr. erbeten unter C 14 623 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Staatl. gepr. Betriebswirt
29 J., ledig, ungeb., gewandt, zul. üb. 2 J. als Camp-Manager in Nigeria, sehr kostenorientiert, guter Organisator, EDV-Kenntn., sehr gutes Englisch, sucht verantwortungsv. Aufgabe.
Zuschr. erb. unter X 14 618 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Ehepaar, 48 u. 58 J., handwerklich begabt, Interesse an Garten u. Hausarbeit, tierlieb, sucht Aufgabe als
Hausmeister-/Verwalter-Ehepaar
Auch Ausland möglich.
Zuschr. erb. u. A 14 555 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Reisesekretärin
attraktiv, 35 J., niveauv., begleitet Geschäftsmann auf Reisen, auch Ausland.
Zuschr. unt. R 14 634 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Dipl.-Betriebswirt
38 J., ledig, Sped.-Kaufmann mit speziellen Kenntnissen der Bereiche
- Bankwesen
- Logistik
- Controlling
- Invest. u. Wirtschaftlichkeit
- Refa
- Englisch, Spanisch
- EDV (COBOL)

sucht Anstellung als Controller.
Angebote unter L 14 542 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Kursänderung Numeiris vor Amerikabesuch

PETER M. RANKE, Kairo

Seit Anfang März, dem Besuch von US-Vizepräsident Bush in Khartum, ist in Sudan eine politische Kursänderung zu beobachten. Staatspräsident Numeiri, der sich von ihr eine beträchtliche amerikanische Finanzhilfe verspricht, fliegt noch in dieser Woche nach Washington und wird am Montag von Präsident Reagan empfangen.

Numeiri will die Unterstützung des Internationalen Währungsfonds und die Freigabe gesperrter Hilfsgelder in Höhe von 194 Millionen Dollar erreichen. Sudan, das größte Land Nordafrikas mit etwa 22 Millionen Einwohnern, ist praktisch bankrott. Der Bürgerkrieg im Süden, eine jahrelange Trockenheit und mehr als eine Million Flüchtlinge aus Tschad und Äthiopien haben die Finanzreserven erschöpft.

Für die katastrophale Entwicklung macht Numeiri jetzt die orthodoxe Moslem-Bruderschaft verantwortlich, die bisher sein Hauptverbündeter bei der verstärkten Islamisierung Sudans war. In den vergangenen drei Wochen wurden 161 Führer der Bruderschaft verhaftet, unter ihnen Hassan Abdallah el Turabi, der Oberste Scheich der Bruderschaft und bisher ein wichtiger Berater des Präsidenten. Die Moslem-Bruderschaft ist jetzt verboten, und allen Studentenorganisationen wurde jede politische Tätigkeit außerhalb der Staatspartei untersagt. Numeiri hat angekündigt, daß die seit Herbst 1983 verhängten Strafen nach den islamischen Scharia-Gesetzen überprüft werden. Rund 100 Diebe wurden mit Amputation von Händen und Beinen bestraft, Tausende wurden blutig gepeitscht. Noch im Januar ließ die Bruderschaft vier Mitglieder der „Republikanischen Brüder" zum Tode verurteilen, die sich im Dezember 1984 in Pamphleten gegen die extensive Anwendung der Scharia gewandt hatten. Einer von ihnen, Mahmoud Mohammad Taha, wurde öffentlich hingerichtet unter der Beschuldigung, häretische Ansichten vertreten und zur Opposition gegen Numeiri aufgerufen zu haben.

Heute wirft Numeiri den islamischen Richtern vor, die Rechtsprechung zu persönlicher Rache oder Bereicherung mißbraucht zu haben. Die Bruderschaft habe die Gerichte pervertiert, deren Urteile auf Aberglauben und Verdächtigungen beruhten. Vor allem aber habe die Bruderschaft mit Libyen und Iran zusammengearbeitet, von dort Geld und Waffen erhalten und Studenten mit Knüppeln und Eisenstangen ausgerüstet. Die Universität Khartoum bleibt daher geschlossen.

Nach Ansicht politischer Beobachter deutet Numeiris Kurswechsel an, daß er die überstürzte Islamisierung abbricht oder verlangsamt, wie es ihm seit einem Jahr die Ägypter und Amerikaner raten. Damit könnte der Bürgerkrieg im Süden des Landes, der vor allem ein Aufstand der christlichen und animistischen Stämme gegen die Islamisierung ist, beigelegt werden. Dann könnte auch die Förderung der Erdölreserven in Südsudan ebenso wieder aufgenommen werden wie der Ausbau anderer wichtiger Entwicklungsprojekte.

Pluspunkte in Washington hat Numeiri auch damit geerntet, daß er der amerikanischen Luftbrücke für die äthiopischen Juden zustimmte. Über 800 „Falaschas" wurden in der vorigen Woche mit amerikanischen Herkules-Transportern, die Hilfsgüter gebracht hatten, nach Israel ausgeflogen, nachdem sie wochenlang in Flüchtlingslagern festgesessen hatten. Die Luftbrücke für die „Falaschas" wurde von Addis Abeba und Libyen scharf kritisiert, in Israel jedoch begrüßt. (SAD)

700 000 Dollar für ein Umweltschutz-Modell

Erstes deutsch-amerikanisches Abkommen unterzeichnet

XING-HU KUO, Stuttgart

In Baden-Württemberg ist erstmalig auf Landesebene eine deutsch-amerikanische Umweltschutzorganisation gegründet worden. Die vor wenigen Tagen neugebildete „Arbeitsgruppe" soll vor allem die Zusammenarbeit zwischen deutschen und amerikanischen militärischen Einrichtungen in diesem sensiblen Bereich koordinieren.

Bei der Unterzeichnung dieses bisher einmaligen Abkommens in den Stuttgarter Kelley-Barracks erklärte der baden-württembergische Umweltminister Gerhard Weiser (CDU), damit sei auch für andere Bundesländer ein „Modell" geschaffen worden. Eine „Brücke" sei jetzt zwischen der Arbeit örtlicher Behörden und den zahlreichen US-Einrichtungen im Lande geschaffen worden.

Mindestens einmal im Vierteljahr wird die neue Organisation, die paritätisch von sieben Deutschen und sieben Amerikanern besetzt wird, zusammenkommen.

Zwar gebe es noch kein festes Arbeitsprogramm, so der Minister, jedoch sei bereits ein Thema zur gemeinsamen Erörterung vorhanden: die Neueinrichtung von Heizungsanlagen in den amerikanischen Kasernen. Auch entstünden viele Probleme aus der Unterbringung der GIs in technisch veralteten ehemaligen Wehrmachtsunterkünften.

Ein Zeichen des konkreten guten Willens setzte gleich nach der Unterzeichnung des Abkommens der stellvertretende Kommandeur der 7. US-Armee, Major General Joe S. Owens. Er teilte den anwesenden Journalisten mit, daß die US-Streitkräfte in Baden-Württemberg 700 000 Dollar (etwa 2,1 Mill. Mark) für die Sanierung des Tanklagers in Asperg-Osterholz im Kreis Ludwigsburg zur Verfügung stellen werden. Um Pannen und Lecks in diesem Tanklager gibt es nach wie vor heftige Diskussionen. Vor allem Grüne und SPD sowie besorgte Bürger vermuten außerdem, daß dort gefährliche Stoffe wie DDT, Kampfstoffe und dergleichen mehr gelagert würden. Während der letzten Jahre wurden im Tanklager acht Ölunfälle registriert.

Im einzelnen sind in dem neuen Gremium von deutscher Seite Vertreter des Umwelt-, Innen-, Finanzministeriums, der Stuttgarter Oberfinanzdirektion, der Regierungspräsidien Stuttgart und Karlsruhe sowie vom Wehrbereichskommando V benannt worden. Zwei gleichberechtigte Vorsitzende leiten die Tätigkeit der Arbeitsgruppe: der US-Offizier George Georgalis vom 7. Corps und Erich Müller vom Stuttgarter Umweltministerium.

Die Arbeitsgruppe hat nach der abgeschlossenen Vereinbarung vor allem folgende Schwerpunkte zu beachten: den Schutz der Gewässer, die Abwasserbeseitigung, die Abfallbeseitigung, die Bekämpfung von Luftverunreinigungen, Maßnahmen gegen Lärm, die Landschaftspflege. Weiter soll die Arbeitsgruppe die nicht unwichtige Frage der Finanzierung von Umweltschutzmaßnahmen behandeln. Die Festlegung von Prioritäten bei Sanierungsvorhaben und die Erörterung der bestehenden und künftigen Umweltvorschriften gehören ebenfalls zu den Aufgaben.

Die amerikanischen Generalmajore Owens und Scott B. Smith äußerten bei der Vertragsunterzeichnung volles Verständnis für den „hohen Stellenwert" des Umweltschutzes gerade in Baden-Württemberg mit seiner starken Bevölkerungsdichte. Die Vertreter der US-Armee hoffen, daß durch die Bildung und Tätigkeit der gemeinsamen Umweltorganisation künftig „Mißverständnisse" der Vergangenheit sich nicht wiederholen werden.

Ein Reaktor für Israel?

Frankreich ist bereit, stellt aber Bedingungen

EPHRAIM LAHAV, Jerusalem

Israel und Frankreich verhandeln schon mehrere Monate lang über die Lieferung eines Reaktors. Frankreich ist der erste Staat, der dazu bereit ist. Alle anderen verlangen, daß Israel den Atomsperr-Vertrag unterzeichnet und alle seine Kernanlagen für eine internationale Inspektion freigibt. Dies verweigert Israel mit der Begründung, daß es dadurch in einen schweren Rüstungsnachteil gegenüber den arabischen Staaten geriete.

Die israelische Regierung steht auch auf dem Standpunkt, daß sie sicherheitspolitisch in einer derart prekären Lage ist, daß sie sich nicht auf die nicht vorhersehbare Qualität der Inspektionen in 21 arabischen Ländern verlassen könne. Gleichzeitig jedoch hat sich Israel – unabhängig von den Verhandlungen mit Frankreich – verpflichtet, daß es nicht das erste Land sein wird, das Kernwaffen in den Nahen Osten einführt. Im Gegensatz zu anderen Nuklearmächten ist nun Frankreich bereit, sich mit dieser Einstellung zu begnügen, besteht aber – so die Meldungen aus Paris – auf einem Versprechen, daß Israel keine Kernanlagen in Irak angreifen wird. Premierminister Shimon Peres hat jetzt allerdings dementiert, daß Israel einer solchen Verpflichtung zugestimmt habe.

Diese Bedingung knüpft offenbar an die Zerstörung des Kernreaktors „Tammus" in der Nähe von Bagdad im Juni 1981 durch die israelische Luftwaffe an. Menachem Begin, der damals als Premierminister das Unternehmen anordnete, sagte nachher, nachrichtendienstliche Erhebungen hätten ergeben, daß die Iraker den Reaktor nicht für die Energiegewinnung, sondern für die Herstellung von Bomben nutzen wollten. Den Zeitpunkt habe er so gewählt, daß der Angriff vor der Aktivierung des Reaktors vorgenommen wurde. Das nahegelegene Badgad sei dadurch verschont geblieben.

Peres' Weigerung, ein Nichtangriffsversprechen gegenüber Irak abzugeben, bedeutet keineswegs, daß er sich mit solchen Absichten trägt. Im Gegenteil, Informationen aus Badgad lassen den Schluß zu, daß Irak einen milderen Kurs gegenüber Israel einschlägt. Das zeigt sich vor allem in einer Mäßigung des Tones in irakischen Stellungnahmen zu Israel und dem Palästinenserproblem.

Die Regierung von Präsident Saddam Hussein ist nach Ansicht israelischer Experten von der Forderung nach einer panarabischen Lösung für das Palästinenserproblem abgerückt und gibt der Initiative des ägyptischen Präsidenten Mubarak stillschweigende Unterstützung. Dieser Umschwung sei ein Ergebnis des langen Golfkriegs. Irak wisse, daß Iran der natürliche Verbündete der Israelis gegen die Araber ist. Nur die Wahnvorstellungen von Revolutionsführer Ayatollah Khomeini hätten dieses Bündnis vorübergehend gestört. Die Iraker blickten schon heute auf die Zeit nach Khomeini und möchten sich, solange es geht, ihre westliche Flanke sichern. (SAD)

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Die Frauen und die Union

„Sind wir auf dem Weg zur mutterlosen Gesellschaft?"; WELT vom 20. März

Sehr geehrte Damen und Herren,

bei der Lektüre des Artikels „Sind wir auf dem Weg zur mutterlosen Gesellschaft?" drängte sich mir der Verdacht auf, daß die Autorin die „Leitsätze der CDU für eine neue Partnerschaft zwischen Mann und Frau" nur recht oberflächlich gelesen hat. Wie ist es sonst zu erklären, daß der Abschnitt 15 über die „Gleichwertigkeit der Arbeit in Beruf und Familie" keinerlei Beachtung findet? Die Behauptung, die CDU lehne eine Arbeitsteilung zwischen Mann und Frau ab, deutet außerdem darauf hin, daß Frau Motschmann die alten Rollenklischees – Frau = Hausfrau und Mutter, Mann = Ernährer der Familie – als einzig mögliche Aufgabenteilung anerkennt. In die gleiche Richtung zielt auch die Aussage: ... „die Betreuung und Erziehung eigener Kinder (ist) für die Frau eine der schönsten Aufgaben überhaupt ..."

Entweder lebt die Verfasserin in einer Nische, die von den gesellschaftlichen Entwicklungen der letzten 40 Jahre ausgespart blieb, oder sie möchte nicht wahrhaben, daß kaum eine Frau sich heute noch in dieses Rollenbild pressen lassen will. Sehr bedenklich finde ich auch das Zitat, wonach die Mütter allein die Verantwortung für die Erziehung der Kinder tragen.

Ich lehne Versuche einer Gleichmacherei von Mann und Frau ab, finde es aber genauso abwegig, das Geschlecht eines Menschen als Kriterium für die Fähigkeit, Kinder zu erziehen, zu betrachten. Mann und Frau sind nicht gleich, zweifelsohne aber gleichwertig. Deshalb müssen sie auch die Chance haben, die Aufgaben in Ehe und Familie so zu teilen, wie sie es für richtig halten. Nicht alle Frauen möchten ausschließlich Hausfrau und Mutter werden, und wer weiß, ob sich nicht mancher Mann, wäre unsere Gesellschaft schon heute frei von geschlechtsspezifischen Rollenzwängen, als Hausmann und Vater sehr wohl fühlen würde.

Die Gleichberechtigung zwischen Mann und Frau und echte Partnerschaft muß gelebt werden, insbesondere in Ehe und Familie. Nur so läßt sich die Gleichberechtigung verwirklichen.

Mit freundlichen Grüßen
G. Heuner,
Hamm 1

*

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich möchte den Ausführungen von Frau Motschmann ausdrücklich zustimmen und für all jene Frauen eine Lanze brechen, die aus Verantwortung dem Leben gegenüber ihren Beruf aufgegeben haben, weil sie der Meinung waren und sind, daß Kinder zunächst einmal hilflose Wesen sind, denen die ungeteilte Liebe und Fürsorge besonders derjenigen gehören muß, mit denen sie schon auf eine einmalige Weise neun Monate lang verbunden waren.

Die Entscheidung, den Beruf unter Umständen ganz aufzugeben, mag nicht immer leicht fallen, aber mit wieviel Glück, Zufriedenheit und Freude wird das wettgemacht, wenn man als Mutter entscheidend mitwirken kann an der gesunden Entwicklung seiner Kinder. Sollten uns nicht die erschreckenden Zahlen von psychisch gestörten Kindern, von Jugendlichen, die dem Rauschgift oder Jugendsekten verfallen sind, zu denken geben? Als Grund hierfür werden immer wieder fehlende Liebe und Geborgenheit angegeben. Wie sollten Kinder auch die zur Entwicklung nötige Liebe und Geborgenheit finden, wenn Vater und Mutter gleich gestreßt einem außerhäuslichen Beruf nachgehen – häufig ist es doch nur ein Job, der Geld einbringt, aber keine Befriedigung schenkt. Es ist überhaupt erschreckend, welchen Image-Verlust der Beruf der Hausfrau in den letzten Jahren erfahren hat. Als wären alle Frauen, die eine nicht direkt bezahlte Tätigkeit ausüben, geistig minderbemittelt. Dabei bieten nur wenige andere Berufe so viele Möglichkeiten zur Selbstverwirklichung: in kaum einem anderen Beruf hat es die Frau so in der Hand, was sie daraus machen will. Kaum eine andere Tätigkeit verlangt so viel unterschiedliche Fähigkeiten. Das erfordert allerdings auch Verzicht auf die Erfüllung mancher eigener Wünsche, Rücksichtnahme, oft auch das eine oder andere Opfer. Aber hierin sollten die Frauen Unterstützung durch Staat und Gesellschaft erhalten, ist es doch auch ein Dienst an der Allgemeinheit, den sie leisten.

Sollte die CDU sich den verhängnisvollen Entwicklungen nicht entgegenstemmen, sondern ihnen nachlaufen, indem sie alte SPD-Parolen und feministische Torheiten übernimmt, wird sie zwar keine „linken" Wählerinnen hinzugewinnen, aber mit Sicherheit die Stimmen all der Frauen verlieren, die mit Bedacht und Überzeugung und aus Verantwortung dem Leben gegenüber vor allem Mutter und demzufolge auch Hausfrau sein wollen.

Mit freundlichem Gruß
M. Respondek,
Rheinbach

Kein Festtag

Sehr geehrte Damen und Herren,

über die Form des Gedenkens des 40. Jahrestages der Kapitulation am 8. Mai 1945 sind inzwischen viele offizielle und inoffizielle Veröffentlichungen erfolgt. Sicherlich ist es richtig, daß für uns Deutsche der 8. Mai kein Festtag sein kann, weil er die Befreiung vom Nationalsozialismus gebracht hat. Dieser Tag gehört für uns dem Gedenken an die Millionen Opfer der deutschen Soldaten und der Vertriebenen. Daß es zur Katastrophe des Zweiten Weltkrieges kommen konnte, ist eine wesentliche Schuld der sogenannten Westmächte, die bei der Beendigung des Ersten Weltkrieges durch den Versailler Vertrag den Zweiten Weltkrieg zwangsläufig herbeigeführt haben. Es wäre deshalb gut, wenn auch unsere ehemaligen Gegner anerkennen würden, daß sie eine wesentliche Mitschuld an den Katastrophen des 20. Jahrhunderts tragen. Ich will damit nicht neue Gegensätze hervorrufen, sondern ich möchte erreichen, daß in Zukunft die Erkenntnis sich durchsetzt, daß nur eine vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen allen ehemaligen Gegnern die Welt vor der nächsten Katastrophe bewahren kann. Der 8. Mai möge Gelegenheit geben, daß von allen Politikern in der Welt danach gestrebt werden muß, wirksamen Frieden zu erreichen.

Mit freundlichen Grüßen
C. Tiemann,
Großhansdorf

Wort des Tages

„Es ist nicht so, daß der einzelne nichts tun kann. Das ist eine Parole der Angst. Immer wird es auf den einzelnen Menschen ankommen, seinen Mut, seine Verständnisbereitschaft, seine Liebe und Güte."

Franz König; österr. Theologe (geboren 1905)

Umweltschutz

„Durchbruch"; WELT vom 22. März

Sehr geehrte Damen und Herren,

der Kommentar von Manfred Schell klingt vielleicht ein bißchen übertrieben und ist im deutschen Blätterwald in dieser zugespitzten Form wohl eine Lobeshymne ohne Beispiel für den deutschen Erfolg im Umweltschutz. Aber zwei Sätze verdienen vollauf die Zustimmung aller wahrheitsliebenden Natur- und Umweltschützer: „Die Übereinkunft bestätigt die Vorreiterrolle Bonns im Umweltschutz." Und ferner: „In Frankreich, Italien und Großbritannien liegt das Umweltbewußtsein hinter dem in der Bundesrepublik Deutschland um ein Jahrzehnt zurück."

Nehmen wir nur den Vogelschutz: Während in Frankreich und Italien wie in anderen Ländern des europäischen Südwestens und Nordafrikas jährlich über 100 Millionen Zugvögel abgeschossen, geleimt oder in Netzen gefangen werden, geht es den Vögeln bei uns besser als vor sieben Jahren. 35 Vogelarten haben ihre Gefahrensituation um ein oder gar zwei Stufen verbessert und nur 12 Vogelarten verschlechtert. Das sagen die Naturschutz-Bibeln aus, nämlich die Roten Listen der gefährdeten Tiere und Pflanzen von 1977 bis 1984. Noch besser steht es um die Fledermäuse (positives Abschneiden im Verhältnis 5:1) und um die anderen Säugetiere (positive Bilanz gleich 4:1). Und in diesem Sinne habe ich Bundesinnenminister Zimmermann brieflich gebeten, dem unverschämten Lügner Hubert Weinzierl vom Bund für Umwelt und Naturschutz das Mundwerk zu stopfen. Denn der hat schon vor Weihnachten Bundeskanzler Kohl einen „ökologischen Analphabeten" genannt. Die Sachverständigen Zimmermanns müssen solche Märchen schnellstens entkräften, damit der Lüge die Beine nach Verdienst gekürzt werden!

Mit freundlichen Grüßen
U. Strech,
Wissen (Sieg)

Staatsdiener?

„Egon Franke vor Gericht"; WELT vom 20. März

Sehr geehrte Redaktion,

was ist das für ein Staat, der einen solchen Minister hatte, von dem nun alle Zeitungen berichten, daß unter seiner Leitung 5,6 Mill. DM einfach verschwunden sind, und er dazu erklärt, daß er keinen Überblick habe und mangels eigenen Wissens nichts bewirken könne, weil es in seinem Ministerium nicht bürokratisch exakt zugegangen sei und das Gebot der Menschlichkeit bei ihm nicht mit dem der Bürokratie in Konflikt kommen durfte?

Abgesehen davon, daß ein Mensch in einem „Rechtsstaat" nicht vorverurteilt werden darf, sind diese aktuellen Äußerungen eines ehemaligen Ministers doch deswegen sehr erstaunlich, weil ja in der damaligen Regierung nach den Aussagen des damals das Amt antretenden Regierungschefs nun erst einmal so richtig die Demokratie vorgelebt werden sollte (Brandt). Und dieses alles vollzogen Leute, denen die Schulden keine Sorgen machten, sondern nur die dafür zu zahlenden Zinsen (Matthöfer), denen 5 Prozent Geldentwertung lieber waren als 5 Prozent Arbeitslosigkeit (Schmidt).

Aber abgesehen von den Einzelheiten und Einzelfällen: Heißt „Minister" nicht „Diener" des Volkes und des Staates, der einen heiligen Eid schwört, wonach er das Wohl des Volkes mehren soll? Ist nicht „mehren" das Gegenteil von „zerstreuen"?

Mit freundlichen Grüßen
Dr. H. Steincke,
Michelbach

Personalien

GEBURTSTAG

In Freiburg i. Brs. feierte der Biologe und Pflanzensoziologe Professor Dr. **Erich Oberdorf** seinen 80. Geburtstag. Oberdorf studierte in Freiburg und Tübingen Biologie und war von 1930 bis 1937 im höheren Schuldienst tätig. 1937 veröffentlichte er die erste genaue Vegetationskarte – in Deutschland – von Baden. 1939 wurde er zum Konservator der Badischen Landesanstalt für Naturschutz und Landespflege berufen, deren Leitung er 1947 übernahm. 1949 wurde Professor Oberdorf die Leitung der Landessammlung für Naturkunde in Karlsruhe übertragen, zu deren Direktor er 1958 ernannt wurde. Seit 1950 hatte er einen Lehrauftrag über „Regionale Standortskunde auf pflanzensoziologischer Grundlage" an der Universität Freiburg.

AUSZEICHNUNGEN

Mit dem Verdienstkreuz am Bande des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland ist die Oberpostdirektorin des Postgiro-Amtes Köln, Frau Dr. **Bärbe Matthae**, ausgezeichnet worden. Frau Matthae erhielt diese Ehrung für ihren besonderen ehrenamtlichen Einsatz um die Verbesserung der Lage der Behinderten im Rahmen der Aktion Sorgenkind. Frau Matthae, gebürtige Königsbergerin, hat Jura in Mainz, Heidelberg und Hamburg studiert und leitet seit 20 Jahren das Postgiro-Amt Köln.

VERNISSAGE

Der Vorsitzende des Hauses Schlesien in Königswinter, der Direktor der Frankfurter Hypothekenbank, Dr. **Klaus Ullmann**, eröffnete gestern abend im Haus Schlesien die Ausstellung „Kunstschätze Schlesiens". Die Ausstellung, die größte und umfassendste ihrer Art seit 1945, wurde nach einjähriger Vorbereitungszeit aus Privatbesitz, der Breslauer Stiftung Köln und der Stiftung Kulturwerk Schlesien zusammengestellt und ist bis zum 20. April geöffnet. Zur Eröffnung war sehr viel Prominenz aus Kultur, Politik und Wirtschaft gekommen. Unter anderem der Staatssekretär und Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen, Dr. **Ottfried Hennig**, der frühere Bundesminister **Erich Mende**, der Sprecher der Oberschlesier Dr. **Herbert Czaja**, der Vorsitzende der Landsmannschaft Schlesien **Herbert Hupka** und der Vizepräsident des Bundes der Vertriebenen **Helmut Sauer**, der Direktor der Deutschen Bank in Bonn, **Karl-Heinz Engel**, sowie **Edmund Fürst Hatzfeld**.

PREIS

Die vom Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft betreute „Friedrich und Isabel Vogel-Stiftung" verleiht 1985 erstmals einen „Friedrich-Vogel-Preis für Wirtschaftspublizistik". Es sollen damit Arbeiten ausgezeichnet werden, die „geistig der Verteidigung einer freien Wirtschaftsordnung im Sinne der sozialen Marktwirtschaft und ihrer Weiterentwicklung dienen". Neben einem Hauptpreis von 10 000 Mark sollen zwei bis drei Förderpreise in Höhe von jeweils 5000 Mark vergeben werden. Dem für die Ausschreibung und Vergabe zuständigen Kuratorium gehören unter dem Vorsitz des Handelsblatt-Chefredakteurs, **Klaus Bernhardt**, unter anderem Professor Dr. **Kurt Biedenkopf** sowie der Präsident des Kieler Instituts für Weltwirtschaft, Professor Dr. **Herbert Giersch**, an.

„Schwarz Rot Gold“: Fast wie im richtigen Leben

Software für den Osten

Dieter Meichsner ist ein zu erfahrener Fernseh-Hase, um nicht zu wissen, worauf er sich mit seinen Zollfahndungskrimis eingelassen hat: Das Verbrechen, das mit Frachtbrief und Zollerklärung begangen wird, ist nicht so leicht in Aktion, Bild und spannenden Handlungsbogen umzusetzen wie die Knalla-Balla-Stories der gemeinhinnigen Konfektionskrimis. Der weiße Kragen ist nicht eben telegen.

So lief denn auch bei mancher Geschichte Meichsners gelegentlich Irritation zwischen den Zeilen des Bildschirms aus. Der frohgemute Krimi-Konsument, an anstrengendes Mitdenken nicht gewöhnt, mußte mitkombinieren, mit-fahnden, das wohlige Zuschauen vom sicheren Port des Lehnstuhls aus genügte nicht. Wie auch immer: Manchem war es lästig. Zu unser aller Glück hatte indes Meichsner eine Identifikationsfigur (so nennt man das heute) eingebaut, die auch in den kniffligsten Fällen, wenn die Schleichwege der

Schwarz Rot Gold – ARD, 20.15 Uhr

Zollsparer allzu rätselhaft wurden, eingriff, frisch, fromm, fröhlich frei: Zollamtmann Zaluskowski, dargestellt von Uwe Friedrichsen.

Da mochte es, wie im richtigen Leben, drunter und drüber gehen, da mochte das Schmuggelgut zehn Mal die Grenze wechseln, immer mit den richtigen Papieren, immer legal – Zaluskowski erwischte sie doch.

Nun aber die Folge „Nicht schießen“. Da wird es ernst, nicht Schnaps oder Zigaretten stehen zur Diskussion, es geht um Computer-Teile, die ein gerissener Großkaufmann unter Umgehung der einschlägigen Bestimmungen an den Ostblock verscheuern will. Da hilft Uwes Mundspitzen nicht mehr, da muß gepfiffen werden. Und Uwe pfeifft.

Freilich hat er es auch viel leichter, denn Meichsner hat ihm ein Drehbuch gebaut, das mit klarer Konsequenz, zwar mit allerhand retardierenden Fußangeln, aber doch überschaubar, die Schlingen und Fallstricke auslegt, in denen sich der Elektronik-Sünder fängt, fangen muß, wie der schlichte Zuschauer selbst errechnet hat.

Die Kunst, aus abstrakter Elektronik, aus Chips und sonstigen geheimnisvollen Winzlingen eine spannende Krimi-Geschichte zu flechten, ist dem Buchautor gelungen. Freilich übersetzte ein Meister seines Faches Buch in Bild, der Regisseur Dieter Wedel, dem besonders anzurechnen ist, daß er mit viel Phantasie, einem wachsenden visuellen Instinkt und mit Hilfe kenntnisreicher Motiv-Sucher (Kamera: Kurt Weber) allein schon aus den Schauplätzen der Geschichte Spannung gesintert hat. Vom (neu entdeckten) Hamburger Hafen zu den Straßenschluchten von New York, von den Seepromenaden in Genf in die Londoner Doppeldeckerbus-Romantik bis hin zur farbenfrohen Wüste von San Diego: Bild um Bild ein Stück Welt.

Man möchte es fast nicht glauben, daß die Dreharbeiten nicht länger gedauert haben als sieben Wochen. (Freilich: Der Ankauf eines Import-Krimis an einem Film-Imbiß-Stand hätte nur eine halbe Stunde gedauert.)

Nachschrift: Ein Krimi muß nicht mit der Elle der greifbaren Realitäten gemessen werden. Wenn jedoch beides stimmt, sowohl die dramaturgische Schlüssigkeit wie auch die Nähe zum realen Leben, um so besser. Dieser jüngste Krimi Dieter Meichsners hat sich z. B. einer Gruppe von Hamburger Zollfahndern gestellt. Man konnte „Zaluskowski“ im Kreise seiner konkret existierenden Kollegen sehen: Der Beifall der echten Konkurrenz kam spontan.

Aber mehr noch: Wer an die jüngsten Versuche denkt, elektronische Flugleitsysteme von Schweden nach Osten zu verschieben, oder an den „Fall Müller“, bei dem es um ganze *Schiffsladungen von Hochleistungs*gerät ging, das in den Ostblock geschmuggelt werden sollte, der sieht allein darin schon eine Beglaubigung der im Film erzählten Story.

Dabei war das Drehbuch schon lange vor diesen Fällen fertig. Es lag offenbar in der Luft.

VALENTIN POLCUCH

Für Zaluskowski (Uwe Friedrichsen, l.) und Hobel (Siegfried Kernen) läuft die Suche nach dem Geschäftsmann Jäger nicht ohne Komplikationen ab FOTO: TELEBUNK



KRITIK

Die Japaner kupfern ab

Der entscheidende Satz fiel zum Schluß: „*Wenn sich die Europäer wirklich zusammentäten, wären sie die Nummer eins*“. In der Tat: Das Privileg, aus technologischem Dornröschenschlaf wachgeküßt zu werden, scheint nur einigen auserwählten Industriezweigen und Managern hold zu sein. Von einem Tiefschlaf, sprich unaufhaltsamem Niedergang, kann indes, wie es uns Auguren einreden wollten, keine Rede sein.

Ohne Schönfärberei hat Carl Weiss in seinem Rechenschaftsbericht mit knallharten Statements die Schwarzseherei, die Europa im Abseits wähnt, unter die Lupe genommen. **Die pazifische Herausforderung** (ARD), die Angst vor der „gelben Gefahr“, noch vor Jahren als übermächtige Herausforderung apostrophiert, hat einer ernüchterten Betrachtungsweise Platz gemacht. Denn: Japaner sind keine Erfinder, sie „kupfern ab“, und das mit größtem Geschick. Nippons landeseigene Grundlagenforschung erhält bezeichnenderweise katastrophale Zensuren.

Europäische Exporterfolge liegen auf der Hand: Ein großes Plus für die Luft- und Raumfahrtindustrie mit *Airbus und Ariane. Das* entscheidende Bauelement der Zukunft, der Mikrochip, läuft mittlerweile in Europa auch auf eigenen Beinchen. Gen- und Biotechnologie können sich sehen lassen. Die Unterhaltungselektronik hingegegen ist im pazifischen Gegenstrom vollends den Bach hinuntergegangen. Mit rituellem Gejammer über hohe Löhne ist es da nicht getan.

Der Report bestach durch faszinierende Aufnahmesequenzen, Bilder aus einer unwirklichen Roboterwelt. Leider nicht ohne den negativen Beigeschmack, saloppe PR-Image-Firmenwerbefilmchen geschickt eingebastelt zu haben.

DIETER THIERBACH

Wer näher dran ist, der weiß mehr

Ein niederbayerisches Dorf: Die *Kamera fährt* über eine beschauliche Landschaft, die Isar, Wald; Kuhställe, Hühner gackern. Stahlbeton, Brennelemente, Primärkreisläufe, Kühlwasser, Schaltzentralen, Wälder von Hochspannungsleitungen. Es ist ein Dorf mit zweieinhalbtausend Einwohnern, das kaum einen Arbeitslosen kennt. Das Dorf Niederaichbach, zwei Stunden von München entfernt, denkt in hunderten von Megawatt. Es hat drei Kernkraftwerke – eins arbeitet, ein anderes soll abgerissen werden, ein drittes ist in Bau.

Hier geht die bange Frage um: hab ich ein schlechtes oder ein gutes Gefühl? In der Reportage **Je näher man dran ist** (ZDF) versuchte Hartmut Schön, den Alltag in dem Atomdorf an der Isar ohne grölende Demonstranten, ohne beißende Dialektik, sondern in der Sprache des biederen Zimmermanns oder des eitlen Informationsbeamten aufzuzeichnen.

Die Angst vor der undurchschaubaren Technik wurde deutlich. Aber wer näher dran ist, der weiß auch mehr. Der weiß, daß sich ein Atomreaktor niemals wie eine Atombombe verhalten kann. Die Abläufe im Reaktor sind viel zu langsam. Wer näher dran ist, der weiß, daß die Gewinnung der sauberen Atomenergie zwar nicht ohne Risiko bleibt, weil Brennelemente durchbrennen können. Unter den denkbar unglücklichsten Umständen könnten radioaktive Gase freigesetzt werden und Menschen bedrohen. Wer näher dran ist, weiß aber, daß bis zur Stunde nicht ein einziges Menschenleben durch einen Unfall in einem industriellen Atomreaktor zu beklagen ist. Und das schließt die Unfälle von „Windscale“ in England, „Browns Ferry“ in Alabama und „Three Mile Island“ in den USA *ein. Das friedliche Atom wird* weiter seine kostbare Energie spenden.

ADALBERT BÄRWOLF

STUDIO

Der **21. Adolf-Grimme-Preis** hat zusätzlich zu den Auszeichnungen in Gold, Silber und Bronze und zu den üblichen Anerkennungen jetzt eine „Besondere Ehrung“ eingeführt. Sie *ist für Personen und Werke gedacht*, deren Rang sich über den Fernsehalltag erhebt. Diese Auszeichnung steht, wie der Stifter es ausdrückt, „neben und auch ein wenig über dem Wettbewerb“. Zum 30. Jubiläum seiner ersten Fernsehunterhaltung wurde diese Ehrung Hans-Joachim Kulenkampff ausgesprochen. Der Zweite solcherart geehrte Fernsehmacher ist der Schauspieler, Autor und Regisseur Eberhard Fechner. Er war in den vergangenen Jahren schon dreimal mit dem Adolf-Grimme-Preis ausgezeichnet worden. Die außerordentliche Heraushebung Fechners durch die neue Ehrung gilt seiner erschütternden Trilogie über den sogenannten Majdanekprozeß. Fechner, der diese Produktion als sein Lebenswerk bezeichnet, hat daran zehn Jahre gearbeitet. Die Jury hat, um der Besonderheit des Fechner-Werkes gerecht zu werden, auf die Gold-Auszeichnung anderer Informationssendungen verzichtet.

In der Reihe der regulären Preise steht natürlich Edgar Reitz und seine „Heimat“ mit Gold an erster Stelle; Unterhaltung: Bronze für „Smoky und Baby und Bär“; Information und Dokumentation: Silber für Gordian Troeller („Die Saat des Fortschritts“) und Lea Rosh für „Vernichtung durch Arbeit“. Bronze für Nina Kleinschmidt und Wolf-Michael Eimler. Kultur und Wissenschaft: Silber für „Helnwein“ von Peter Hajek. Aus der Fülle weiterer Auszeichnungen seien noch erwähnt: „Monitor“, ferner Elke Heidenreich *für „Else Stratmanns* Anmerkungen zur Olympiade“.

p.





ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

10.00 heute
10.03 WISO
10.35 Zum Blauen Bock
12.10 Report
12.55 Presseschau
13.00 heute

ARD

16.00 Tagesschau
16.10 Mode-Karussell '85
Streiflichter von internationalen Laufstegen: München – Mailand – Düsseldorf – Paris
16.55 Träume, die keine blieben
Antoine de Saint-Exupéry
Bericht von Ernst von Khuon
17.15 Schau ins Land
13teilige Spielserie mit Alltagsabenteuern von Lida Winiewicz und Wolfgang Glück
1. Teil von Katzen und Krebsen, von Spinne und Hund
17.50 Tagesschau
Dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Schwarz Rot Gold: Nicht schießen
Fernsehfilm von Dieter Meichsner
Mit Uwe Friedrichsen, Siegfried Kernen, Georg Meyer-Goll, Edgar Bessen u. a.
21.50 Brennpunkt
Auf der Suche: Die SPD
Neue Personen und neue Programme
Moderation: Wolf Feller
22.30 Tagesthemen
23.00 Einsatz in Manhattan
Belagerung
Kojak sitzt in der Zwickmühle: Als Vermittler zwischen Geiselnehmern und der Polizei weiß er, daß es sich um kaltblütige Verbrecher handelt, muß aber auch erfahren, daß die Behörden die Forderungen *der Gangster nicht akzeptieren*. Fieberhaft sucht Kojak deshalb nach einer Lösung ...
23.45 Die Republik der Grünen
Paul Mautner befragt fünf Bundestagsabgeordnete der Grünen, wie sie sich ein Staatswesen vorstellen, das ihren „realen Utopien“ entspricht.
0.40 Tagesschau

ZDF

16.00 heute
16.04 Anderland
Leih mir dein Fahrrad, bitte!
Anschl. heute-Schlagzeilen
16.35 Der Waschbär Rascal
Das große Rennen
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
17.50 Der Seewolf
Obwohl Humphrey van Weyden in dem Kapitän der „Ghost“ eindeutig seinen Jugendfreund Wolf Larsen erkennt, zeigt ihm dieser die kalte Schulter. Als van Weyden trotzdem mehr über Larsen zu erfahren versucht, kommt es zu ei*nem Zwischenfall ...*
Dazw. heute-Schlagzeilen
18.56 mittwochslotto – 7 aus 38
Spiel 77
19.00 heute
19.30 Hitparade im ZDF
Präsentiert von Viktor Worms
Regie: Pit Weyrich
20.15 Die Sport-Reportage
Fußball WM-Qualifikation
Deutschland – Malta
Dazw. gegen 21.00 heute-journal
22.05 Der Denver-Clan
Stimme aus der Vergangenheit
22.50 Ratschlag für Kinogänger
„Der Schneemann“ von Peter F. Bringmann
Vorgestellt von Hubert Haslberger
22.55 Aus Hollywood:
Die 57. Oscar-Verleihung
Mit Lawrence Olivier, Steve Martin, Robert Duvall, Jennifer Beale, Geneviève Bujold, Shirley MacLaine, Faye Dunaway, Linda Hunt, Candice Bergen, Diana Ross, Tom Selleck u. a.
Durch die Sendung führt Jack Lemmon
0.25 heute

SAT 1

13.30 Solid Gold
(amerikanische Hitparade)
14.00 Die Waltons
Abschied
15.00 Indian River
Der Abenteurer
15.30 Musicbox
Videoclips der Pop- und Rockmusik, Pop-Infos, Interviews mit Stargästen, Gags und Überraschungen
16.30 Niklaas, ein Junge aus Flandern
Endlich in Sicherheit
17.00 Kultur, Natur und Wissenschaft
Auf der Suche nach Afrika
18.00 Es darf gelacht werden
Der mißbrauchte Bräutigam
mit Walter Hiers
oder Regionalprogramm
18.30 APF blick:
Nachrichten und Quiz
18.45 Zahlen und Buchstaben
Das Konzentrationsspiel
19.10 Sport-Report
Personen und Hintergründe
Moderation: Peter Glauche
Im Mittelpunkt dieser Sendung steht das WM-Qualifikationsspiel Deutschland gegen Malta. Studiogast Max Merkel wird sich dazu äußern. Weitere Themen: Mittelstürmer früher, Mittelstürmer heute. Unter der Lupe: Bremens Star Rudi Völler. Studiogast: Uwe Seeler
19.35 Tele-Kiosk
Ein Magazin zur Unterhaltung
Hamburg Hauptbahnhof
20.00 Offen gesagt
20.30 Love Boat
mit den Episoden:
Wer streitet denn hier?
Handbuch der Liebe
Ein Spielchen in Ehren
21.30 APF blick:
Aktuell,
Rundblick,
Sport und Wetter
22.15 Der türkisfarbene Bikini
Amerikanischer Spielfilm (1968)
Mit James Garner, Debbie Reynolds, Maurice Ronet u. a.
Regie: Jerry Paris
Um ihrer Ehe wieder neuen Schwung zu geben, begleiten Grif und Jenny ihren Sohn auf seiner Europareise. Doch als Jenny sich in einen Franzosen vergafft, geht Grif die geplante Verjüngungskur schon bald zu weit.
23.55 APF blick:
Letzte Nachrichten

3SAT

18.00 Der Sklave Calvisius
3. In der Villa des Statthalters
Schulbus 13
3. Treffpunkt Trier
19.00 heute
19.30 Howard Carpendale: Musik, das ist mein Leben
20.55 Die Mittwochsgeschichte
21.15 Zeit im Bild 2
21.45 Kulturjournal
22.30 Sportreport
Auf ver-rücktem Kurs
Das ungewöhnliche Leben des Bahnrennfahrers Egon Müller
Film von Falko Fröhner
Egon Müller aus Kiel ist nach dem Neuseeländer Ivan Mauger der erfolgreichste Fahrer aller Zeiten in einem Metier, das Bahnsport heißt. Speedway-, Sand- und Grasbahnrennen locken in der deutschen Provinz mehr Zuschauer an als jede andere Sportart.
23.00 3SAT-Nachrichten

III.

WEST
18.00 Telekolleg II
18.30 Sesamstraße
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Ich stelle mich ...
Dr. Erwin Hirschmann, Münchner Kinderarzt und Bundesvorsitzender des Verbandes der niedergelassenen Ärzte Deutschlands
21.45 eff-eff
Freizeit und Fitneß
22.30 Die Marseillaise
Franz. Spielfilm (1938)
Regie: Jean Renoir
(Originalfassung mit deutschen Untertiteln)
0.35 Letzte Nachrichten

NORD
18.00 Sesamstraße
18.30 Avanti! Avanti! (25)
19.00 Marcus – oder schafft die Schule die Neugier ab? (2)
19.30 Vom ***bleichen***, **weichen, wässrigen Fleisch**
20.00 Tagesschau
20.15 extra drei
Das Urteil: Hausfriedensbruch auf U-Boot-Ponton / Männertage: Problem des starken Geschlechts / Söhne und Enkel: Sozialdemokratischer Erbfolgekrieg
21.00 Wu Song oder Die Rebellen vom Liangshan (5)
21.45 Die Wobblies
Aus der Geschichte der amerikanischen Arbeiterbewegung
Von Stewart Bird und Deborah Schaffer
23.10 Actualités
23.25 Nachrichten

HESSEN
18.00 Sesamstraße
18.30 Das Geheimnis des Weidenkorbes (9)
18.55 Die kleine Dampflok (9)
19.05 Was tun mit der Zeit!
Freizeitmagazin
19.45 Rasse = Klasse?
20.15 Stadtgespräch
Bürger und Politiker – heute in Schwalmstadt
21.30 Drei aktuell
22.00 Der Nebbich
Lustspiel von Carl Sternheim
Mit Lola Müthel, Heinz Bennent, Klaus Höhne u. a.
Regie: Peter Zadek

SÜDWEST
18.00 Sesamstraße
18.30 Telekolleg II
Nur für Baden-Württemberg:
19.00 Abendschau
Nur für Rheinland-Pfalz:
19.00 Abendschau
Nur für das Saarland:
19.00 Saar 3 regional
Gemeinschaftsprogramm:
19.25 Nachrichten
19.30 45 Fieber
Jugendmagazin
20.15 Das Volk ißt die Wahrheit nicht mit Löffeln
Jeremias Gotthelf und das Emmental
21.00 Uli der Knecht
Schweizer Spielfilm (1954)
nach Jeremias Gotthelf
22.40 Sterben, Tod – und Leben danach?
Eine Studiodiskussion
Leitung: Ernest Emrich
0.10 Nachrichten

BAYERN
18.15 Bilderbogen der Abendschau
18.45 Rundschau
19.00 Bayern-Kini '85
19.45 Die Krimistunde
20.45 Zeitspiegel
21.30 Rundschau
21.45 Z. E. N.
Pfälzer Steine
21.50 Dellie und Brenton (6)
Australische Fernsehserie
22.40 Leben in der DDR
Reichsbahner Jahn
Von Stephan Bergmann und Lucas Maria Böhmer
23.25 Rundschau
23.50 News of the Week

Bewegt und voller Trauer nehmen wir Abschied von unserem Seniorchef

Horst Benkert

24. 1. 1913 18. 3. 1985

Seinem persönlichen Engagement und unternehmerischen Weitblick verdanken wir die heutige Bedeutung der Unternehmensgruppe. Stets war er seinen Mitarbeitern ein Vorbild und wertvoller Ratgeber. In Dankbarkeit für die vielen Jahre gemeinsamer Arbeit werden wir immer seiner gedenken.

Gesellschafter, Mitarbeiter und Betriebsrat der
Deutsche Benkert GmbH + Co KG, Herne
Metallpapierfabrik H. Benkert GmbH + Co KG, Herne

Benkert GmbH, Muri, Schweiz
Interbobbin (Uk) Ltd. Tillicoultry, England
Benkert-Bray Pty. Ltd. Kensington, Australien
Benkert do Brasil São Paulo, Brasilien
Benkert de Mexico, S.A. Mexico d. F., Mexiko
Benkert de Venezuela, S.A. Maracay, Venezuela

4690 Herne 1, Industriestraße 12

Die Beerdigung hat im Kreise der Familie stattgefunden.

SPORT-NACHRICHTEN

Anzeige gegen Hoffmann

München (sid) – Gegen Willi O. Hoffmann, den Präsidenten des FC Bayern München, liegt beim Münchener Landgericht I eine Anzeige wegen Nötigung und versuchten Betruges vor. Es geht dabei um eine angebliche Rückforderung aus einer angeblich fingierten Vermittlungstätigkeit. Die Schuldenlast Hoffmanns soll sich auf 40 Millionen Mark belaufen.

Buchmanns Vertrag

Karlsruhe (sid) – Trainer Lothar Buchmann unterschrieb beim Fußball-Bundesligaklub Karlsruher SC einen Zweijahresvertrag bis zum 30. Juni 1987. Außerdem wurde ihm eine Nichtabstiegsprämie in Aussicht gestellt. Buchmanns Vorgänger Werner Olk unterzeichente beim Schweizer Verein FC St. Gallen.

Sprung über zwei Meter

Johannesburg (sid) – Die weiße südafrikanische Polizistin Charmaine Gale hat in Pretoria im Hochsprung 2,00 Meter überquert. So hoch ist vor ihr noch keine Afrikanerin gesprungen. Mit 1,96 m war sie auch zuvor Afrikas beste Hochspringerin.

Budd gegen Decker?

London (dpa) – Zola Budd, die gebürtige Südafrikanerin mit englischen Paß, wird nach dem Gewinn der Cross-WM von lukrativen Offerten aus den USA überhäuft. Fred Lebow, Organisator des New York Marathons: „Ich möchte Budd für das Meilen-Rennen in New York im September 100 000 Dollar bieten." Ein Schuhhersteller zahlt Zola Budd für den Gewinn des WM-Titels 18 500 Mark, obwohl sie dabei barfuß lief.

Vertragsauflösung

Kaiserlautern (sid) – Die Lizenzspieler Wolfgang Wolf (27) und Michael Dusek (26) haben das Präsidium des Fußball-Bundesligaklubs 1. FC *Kaiserslautern gebeten, ihre bis* 1986 befristeten Verträge zum 30. Juni 1985 aufzulösen. Der Verein entsprach diesem Wunsch. Wolf und Dusek hatten sich kürzlich über eine Gehaltserhöhung ihres Kollegen Dieter Kitzmann beschwert.

ZAHLEN

TENNIS

Turnier in Fort Meyers/Florida, 1. Runde: Gilbert (USA) – Noah (Frankreich) 6:4, 7:6. – **In Mailand, 1. Runde:** Ocleppo (Italien) – Cash (Australien) 1:6, 7:5, 6:4.

EISHOCKEY

B-WM in der Schweiz: Japan – Holland 4:3, Österreich – Norwegen 2:5.

GEWINNQUOTEN

Lotto: Klasse 1: 882 010,00, 2: 63 000,70, 3: 6076,80, 4: 102,10, 5: 8,20. – **Toto, Elferwette:** Klasse 1: 1126,20, 2: 45,40, 3: 5,60. – **6 aus 45:** Klasse 1: 1 160 135,80, 2: 165 755,60, 3: 6068,20, 4: 125,60, 5: 10,10. – **Rennquintett,** Rennen A: Klasse 1: 453,20, 2: 177,60. – Rennen B: Klasse 1: 248,–, 2: 183,80. – **Kombinations-Gewinn:** unbesetzt, Jackpot: 460 452,00. (Ohne Gewähr)

STAND ● PUNKT / *Sportmedizin*

Der Leistungssportler ist in Belastungsbereiche vorgestoßen, die 1972 während der Münchner Spiele noch nicht denkbar waren. *Eine solche Flut von Verletzungen,* wie sie vor allem bei den Leichtathleten anzutreffen war, darf sich nicht wiederholen." Das sagt Professor Hartmut Krahl, Mannschaftsarzt des Deutschen Leichtathletik-Verbandes (DLV) und seit gestern Leiter des neuen sportmedizinischen Instituts in Essen.

Mit der Aussage Krahls ist ein Programm umrissen, dem sich dieses neue Institut stellt. Krahl war dafür der Ideenproduzent, IOC-Vizepräsident Berthold Beitz der Initiator des Projektes, das beim Deutschen Sportbund (DSB) mit dem Bundesausschuß für Leistungssport und dem Nationalen Olympischen Komitee schnell Partner fand.

Nach Essen und den bereits bestehenden Einrichtungen in Freiburg (Professor Keul und Professor Klümper) wird am 1. Juli in Frankfurt unter Leitung von Professor Böhmer ein drittes Zentrum eröffnet. Zwei weitere Projekte sind im norddeutschen Raum und in Bayern vorgesehen. Daneben wird die Tätigkeit der 15 lizenzierten Untersuchungszentren *fortgesetzt.*

Womit die vordringlichsten Forderungen von Sportbund und Nationalem Olympischen Komitee in der notwendigen Eile erfüllt werden können. DW.

FUSSBALL / WM-Qualifikationsspiel gegen Malta heute original im Fernsehen (ZDF, ab 20.15)

Jupp Derwalls Besuch, das Betriebsklima und der Fall der Streithähne Schumacher/Matthäus

MARTIN HÄGELE, **Saarbrücken**

Harmonischer geht's wirklich nimmer. Lassen sich Friede, Freude, Ei*cherkuchen in Zukunft nur noch mit* DFB steigern? „Der Deutsche Fußball-Bund hat Jupp Derwall eingeladen, zum Länderspiel gegen Malta nach Saarbrücken zu kommen", erklärte Pressesprecher Rainer Holzschuh in der täglichen Medienkonferenz. Frage: Wird der Ex-Bundestrainer die Mannschaft besuchen? Holzschuhs Antwort: „Ich weiß nicht, ob er's tut." Frage an Teamchef Franz Beckenbauer: Was halten Sie von der Einladung Ihres Vorgängers? Bekkenbauer: „Ich bin sicher, daß sich alle freuen, es hat doch keiner was gegen den Jupp."

Als wäre da wirklich nichts gewesen. War man nicht froh, einen, dem man alles *Malheur* so schön in die Schuhe schieben konnte, weit fort am Bosporus zu wissen. Und ist in Derwall bei dem Theater um seine Demission eigentlich nichts kaputtgegangen, so etwas wie Gefühle? Hat Jupp in neun Monaten eine Gummihaut gekriegt? Gut, es ist sein Bier, mit wem er sich (wieder) an den Tisch setzt. Beim DFB wurde und wird in *diesen Tagen um das Länderspiel* gegen Malta sehr viel übers Betriebsklima gesprochen. Einem aktuellen Anlaß kommt dabei mehr Bedeutung zu als der Art und Weise, wie der DFB weiterhin mit Derwall lebt.

Der Fall Matthäus/Schumacher: Beim Bundesligaspiel 1. FC Köln gegen Bayern München vor zehn Tagen sind die beiden Nationalspieler aneinandergeraten. Schumacher warf Matthäus vor, ihn absichtlich verletzt zu haben, wollte ihm in der ersten Erregung gar einige schlagkräftige Jungs auf den Hals schicken.

Das sind nun in der Tat fast schon strafbare Drohungen. Und ob sich die beiden hier in Saarbrücken so einfach die Hand reichen und alles vergessen – das muß bezweifelt werden. „Wir sind Profis, wir müssen nicht unbedingt elf Freunde sein, Hauptsache, wir wollen gemeinsam auf dem Platz gewinnen", hat Schumacher in diesem Zusammenhang gesagt. Er emp*fand seine Aussprache darüber* mit dem Teamchef auch keinesfalls als Anpfiff oder Rüffel, sondern, so Schumacher, „als ausgesprochen sachliches Gespräch".

Beckenbauer hat dem temperamentvollen Torhüter jedoch nahegelegt, er *solle* in *gewissen Dingen* ruhiger werden, deshalb müsse er aber nicht gleichzeitig seine Mentalität verleugnen. Beckenbauer: „Reibungspunkte sind ja ganz gut für die *Motivation. Bei uns hat es früher* auch mal gekracht." Das stimmt. Aber die Auseinandersetzungen, die der Spieler Beckenbauer erlebte, sind nicht auf dem Niveau von Schlägern geführt worden. Weihnachten 1968, auf einer Südamerika-Tournee, teilte der Streit zwischen Libero Franz Beckenbauer und Ausputzer Willi Schulz die Nationalelf in zwei Lager. Beckenbauers Gruppe setzte auf eine *offensive Spielweise, die andere auf* Sicherheit. Zwei Jahre später, bei der WM in Mexiko, hockten die Parteigänger von Willi Schulz um den einen, Karl-Heinz Schnellinger und seine Freunde um den anderen Tisch. Damals ging es um Auffassungen von *Fußball, um die richtige Person auf* dem entsprechenden Posten, nicht aber um irgendwelches Halbstarkengetue wie bei Schumacher und Matthäus.

Franz Beckenbauer will das Thema heute, am Tag des Spiels, vor versammelter Truppe ansprechen. Dann sitzt auch Lothar Matthäus, der gestern abend mit dem FC Bayern München das Pokalnachholspiel in Leverkusen auszutragen hatte, mit am Tisch. Den ursprünglich *geplanten* Posten des fränkischen Heißsporns wird heute aller Voraussicht nach der Mönchengladbacher Uwe Rahn einnehmen. *Matthäus soll dann eingewechselt* werden.

Der Kampf um ein Länderspiel mehr in der Akte wird in der deutschen Nationalmannschaft zur Zeit wieder mit großem Ehrgeiz geführt. Wie man nicht nur aus Matthäus' Willen, unbedingt dabeizusein, sehen kann. Diesen Trend zum Vaterland bestätigt auch Kapitän Karl-Heinz Rummenigge. Dessen Arbeitgeber Inter Mailand wäre es ebenso wie Hellas Verona, dem Klub von Hans-Peter Briegel, recht, Franz Beckenbauer würde während der Mexiko-Reise (10.–16. Juni) auf die Legionäre verzichten, weil diese von ihren Ver*einen im italienischen Pokal* gebraucht würden.

Beckenbauer möchte die beiden aber zumindest beim zweiten Spiel auf mexikanischem Boden (15. Juni gegen England) einsetzen. Rummenigge: „Das sind für mich drei Spiele in sieben Tagen, außerdem große Reisestrapazen. Aber wenn der Franz das will, dann fliege ich rüber." So was nennt man Teamgeist oder Harmonie.

Die Mannschaften

Schumacher
(31 Jahre/56 Länderspiele/Köln)

Berthold (20/2/Frankfurt) – **Herget** (29/9/Uerdingen) – **K. H. Förster** (26/64/Stuttgart) – **Frontzeck** (20/3/Gladbach)

Rahn (22/2/Gladbach) – **Magath** (31/28/Hamburg) – **Briegel** (29/57/Verona) – **Littbarski** (24/30/Köln)

Völler (24/23/Bremen) – **Rummenigge** (29/81/Inter Mailand)

Malta: Bonello (26/28) – Woods (20/4), Holland (32/54), Buttigieg (19/4), Aquilina (25/9) – R. Xuereb (31/41), Vella (22/5), Busuttil (21/10), A. Azzopardi (28/6) – Degiorgio (21/22), L. Farrugia (29/11). – **Auswechselspieler:** Stein (30/2), Brehme (24/11), Matthäus (24/31), Thon (18/2), Mill (26/5), Jakobs (31/6). – **Schiedsrichter:** Telat Tokat (Türkei).

Beckenbauer erwartet von Uwe Rahn „den Zug zum Tor"

DW. **Bonn**

Die Situation vor dem heutigen WM-Qualifikationsspiel gegen Malta sieht in der Gruppe 2 so aus: Deutschland führt mit 6:0 Punkten vor Portu*gal (6:4)* und *Schweden (4:4). Malta ist* mit 0:8 Punkten Fünfter und Letzter. Die Bilanz der deutschen Nationalmannschaft in den bisherigen fünf Länderspielen gegen Malta ist fast makellos. Mit Ausnahme des 0:0 vom 25. Februar 1979 in La Valletta gab es nur deutsche Siege, wobei die Malteser in Deutschland jeweils 0:8-Niederlagen hinnehmen mußten: am 28. Februar 1967 in Dortmund und am 27. Februar 1980 in Bremen.

Auf Malta gewann die deutsche Mannschaft dagegen nur mit einem Tor Differenz: 1:0 bei der Länderspiel-Premiere am 22. Februar 1974 und 3:2 im WM-Qualifikations-Hinspiel am 16. Dezember 1984.

Saarbrücken, wo die deutsche Mannschaft noch nie verlor, ist erst zum dritten Mal Austragungsort eines Länderspiels. Vor dem heutigen Spiel bestätigte Teamchef Franz Beckenbauer bereits vor dem Abschlußtraining die angekündigte Aufstellung, in der Uwe Rahn (Beckenbauer: „Er hat den größten Zug zum *Tor") zunächst den Platz von Lothar* Matthäus einnimmt. Begründung: Nach dessen Pokal-Einsatz gestern in Leverkusen sei es wenig sinnvoll, den Münchner 24 Stunden später unbedingt von Anfang an einzusetzen, wenn andere Spieler frischer sind. Matthäus soll im Laufe der Partie ebenso eingewechselt werden wie der Schalker Olaf Thon.

Vom Anpfiff an dabei sind nach guten Leistungen in Lissabon und Gladbach wieder Michael Frontzeck (21), der gestern Geburtstag hatte, und auch der Bremer Rudi Völler, *dessen Knieschmerzen gestern* bereits abgeklungen waren.

Außer dem Treffen in Saarbrücken *stehen noch drei weitere WM-Qualifi*kationsspiele auf dem Programm von heute: In der Gruppe 1 spielt Belgien gegen Griechenland in Brüssel, in der Gruppe 4 Jugoslawien gegen Luxemburg in Zenica und in der Gruppe 7 Schottland gegen Wales in Glasgow. Testspiele finden zwischen der UdSSR und Österreich sowie der Schweiz und der CSSR statt.

LEICHTATHLETIK

Gerüchte um die Weltmeisterin Tamara Bykowa

DW. **Bonn**

„Tamara Bykowa verschwunden?" – Diese Frage steht als Überschrift über einer Meldung, die die in Madrid erscheinende Fachzeitschrift „Atletisimo" in ihrer März-Ausgabe veröffentlichte. In der Meldung über die *sowjetische Weltmeisterin im Hoch*sprung heißt es: „Tamara Bykowa ist von der Leichtathletik-Landkarte verschwunden. Gerüchte, nach denen sie sich in einer ähnlichen Situation befindet wie vor Jahren der frühere Diskus-Weltrekordler Wolfgang Schmidt in der DDR, scheinen sich zu bewahrheiten."

Schmidt wurde im Oktober 1983 nach fast 14monatiger Haft in verschiedenen „DDR"-Gefängnissen wieder freigelassen. Ihm waren Westkontakte, versuchte Flucht und unerlaubter Waffenbesitz vorgeworfen worden. Er hat noch immer Trainingsverbot. Der Autor der spanischen Meldung, der ehemalige Sprinter Angel Cruz, verbürgt sich für die Genauigkeit seiner Nachricht, gibt aber seine Quellen nicht preis.

Tamara Bykowa, die nach *ihrem* Sieg über Ulrike Meyfarth bei der Weltmeisterschaft 1983 in Helsinki zu den verhätschelten Stars in der Sowjetunion gehörte, startete zum letzten Mal Mitte Januar im westlichen Ausland. In Osaka (Japan) blamierte sich die Studentin der Journalistik aus Rostow am Don mit übersprungenen 1,80 Meter. Seitdem tauchte ihr Name in keiner Ergebnisliste mehr auf.

Fragen nach ihrem Verbleib wurden bisher nicht beantwortet. Christo Zonew, Trainer der bulgarischen Weltrekordlerin Ludmilla Andonowa-Schetschewa (2,07 m), war verwundert darüber, *daß Tamara Byko*wa bei einem gemeinsamen bulgarisch/sowjetischen Trainingslager der Hochspringer in der UdSSR fehlte. Auch bei einer Hallenveranstaltung Mitte Februar in Moskau, für die das Duell der Weltmeisterin gegen die Weltrekordlerin angekündigt war, fehlte Tamara Bykowa. Zonew fragte seine sowjetischen Kollegen, sie aber *seien ihm ausgewichen. Wie auch* Cheftrainer Igor Ter-Owanesian bei einem Zusammentreffen mit dem deutschen Hochsprung-Trainer Dragan Tancic in Paris. Ter-Owanesian zu Tancic: „Frage nicht, ich kann dir keine Informationen geben."

Baum für Abschaffung des Steuer-Paragraphen 6 b

„Wiederanlage im Inland von volkswirtschaftlichem Nutzen"

STEFAN HEYDECK, Bonn

Der Steuerspar-Paragraph 6 b soll nach Ansicht des stellvertretenden FDP-Vorsitzenden Gerhart R. Baum gestrichen werden. Baum, der für die FDP-Fraktion im Flick-Ausschuß sitzt, hat diese Forderung aufgrund seiner Aktenkenntnis in einem WELT-Gespräch gestellt. So sollte das Bescheinigungsverfahren als Voraussetzung für die steuerbegünstigte Wiederanlage von Verkaufserlösen in der Bundesrepublik Deutschland entfallen. Er plädierte zugleich dafür, daß nicht mehr geprüft wird, ob Re-Investitionen entsprechend den jetzigen 6 b-Vorschriften „volkswirtschaftlich förderungswürdig" sind. Baum: „Dahinter steht die Überlegung, daß jede Wiederanlage im Inland volkswirtschaftlichen Nutzen bringt." Deshalb solle der Staat hier künftig keine Bewertungen vornehmen. Denn „sonst würde wieder der Keim für neues Zwielicht gelegt".

Gleichzeitig betonte Baum, daß sich die Bundesregierung aufgrund der damaligen Gesetzeslage bei ihrer Entscheidung über die steuerbegünstigte Wiederanlage des 1,9-Milliarden-Mark-Erlöses aus dem Verkauf des Daimler-Benz-Aktienpakets durch Flick „ordnungsgemäß verhalten" habe. Dies werde „von niemandem" in der Koalition und bei der SPD „ernsthaft bestritten".

Für „größere Distanz"

Er hoffe, daß es durch die Ausschuß-Tätigkeit zu einer „größeren Distanz zwischen Beamten und Wirtschaft" kommt. Auch wenn „die Politik nicht käuflich" sei, „gab und gibt es immer wieder Versuche der Einflußnahme mit Geld". Die „unmittelbarste Verknüpfung zwischen Geld und Politik" sei in den vom ehemaligen Flick-Manager Eberhard von Brauchitsch als „Notwehrmaßnahme" bezeichneten Zahlungen an den verstorbenen SPD-Schatzmeister Alfred Nau sichtbar geworden. Während die Spenden an die anderen Parteien damals „kontinuierlich" geflossen seien, habe es in der Entscheidungsphase einen „eklatanten Anstieg" der Mittel in den SPD-Bereich gegeben. Baum: „Im Rechtsstaat hätte es dieser Zahlungen nicht bedurft."

Dieser „nicht zu unterschätzende Punkt" müsse ein „Kernstück" des vom Flick-Ausschuß vorzulegenden Schlußberichts werden. Er erwarte, daß in dem möglichst bis zur Sommerpause erstellten Papier die Sachdarstellung „nicht strittig ist". Denn auch die SPD werde das damalige „korrekte Verhalten ihrer eigenen Minister nicht kritisieren wollen".

„Abhängigkeit" offenlegen

Zu den politisch Konsequenzen meinte Baum, die Verhaltensregeln der Abgeordneten müßten verschärft werden. „Abhängigkeiten" müßten gegenüber der Öffentlichkeit, aber auch gegenüber dem Parlament „noch stärker offengelegt werden". Der FDP-Politiker ist aber skeptisch, in welchem Umfang die CDU/CSU diese Forderung unterstützen wird.

Schließlich wäre es nach seinen Worten „ein gute Sache", wenn die Rechte und Pflichten künftiger Parlamentarischer Untersuchungsausschüsse in einem Gesetz festgelegt würden. Dabei müßte es unter anderem um die Frage der Anwendung der Strafprozeßordnung, der Geheimhaltungsvorschriften beim Schutz von Interessen unbeteiligter Dritter sowie den Minderheitenschutz und die Mehrheitsrechte gehen. Hinter dieser Forderung steht, daß der Ausschuß wegen zurückgehaltener Akten einmal das Bundesverfassungsgericht und zweimal die Oberlandesgerichte anrufen mußte.

Ein „Handicap" sei es, daß parallel zur Ausschußarbeit – mit Überschneidungen – Staatsanwaltschaft und Gericht tätig sind. Dies sei „rechtsstaatlich nicht unbedenklich". Eine weitere „Schwachstelle" sei es, daß Akteninhalte „zum Teil über Nacht in die Öffentlichkeit geraten waren".

Heute und morgen sollen als voraussichtlich letzte Zeugen der frühere Manager Günter Max Paefgen und Friedrich Karl Flick erneut gehört werden. Dabei geht es der Koalition vor allem um die Frage, ob der Konzern vor dem Verkauf seiner Daimler-Benz-Aktien an die Deutsche Bank mit Iran verhandelt hat. Brauchitsch hatte von einem „Türken" gesprochen. Die SPD will noch einmal Spenden an die Vorsitzenden von CDU und CSU, Helmut Kohl und Franz Josef Strauß, erörtert wissen.

Bonn zur Elbgrenz-Diskussion: Die SPD fällt uns in den Rücken

Barschel sieht die Verhandlungen mit der „DDR" in anderen Bereichen erschwert

DW. Bonn/Berlin

Das Verhalten der SPD in der Elbgrenz-Frage ist als Verstoß gegen gebotene Solidarität der Bonner Parteien gewertet worden. Der Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen, Heinrich Windelen, nannte es „schlimm", daß die Sozialdemokraten mit ihrer öffentlich geäußerten Ansicht, daß die innerdeutsche Grenze auf dem Abschnitt zwischen Lauenburg und Schnackenburg in der Strommitte verlaufe, der Bundesregierung „in den Rücken fällt". Von SPD-Seite werde nicht das Konzept Bonns und Niedersachsens verteidigt, sondern es werde „die DDR unterstützt".

Uwe Ronneburger (FDP) sprach von einem „merkwürdigen Bruch" bei der SPD. So habe diese Partei früher gefordert, Verhandlungen über den Grenzverlauf von Gegenleistungen der „DDR" abhängig zu machen. Diese Linie sei offenbar aufgegeben worden. Der FDP-Politiker meinte gegenüber der WELT, die Aufgabe der Opposition sollte eher darin bestehen, der Regierung „für das Handeln bestimmte Vorgaben zu machen". Die „möglichst hohe Schwelle" werde so aber „weggenommen".

Die SPD-Forderungen nach neuen Verhandlungen mit der „DDR" über den Verlauf der Elbgrenze wurden vom schleswig-holsteinischen Ministerpräsidenten Uwe Barschel strikt abgelehnt. In der „Neuen Osnabrükker Zeitung" erklärte Barschel, der auf ein „Gutachten" des Berliner Politologie-Professors Dieter Schröder gestützte Vorstoß der Sozialdemokraten ziele offensichtlich darauf ab, aus parteitaktischen Gründen der Bundesregierung Schwierigkeiten zu bereiten. Dieser Vorstoß richte großen Schaden an, weil er nur die Verhandlungsposition der „DDR" in dieser Frage stärke und Gespräche in anderen Themenbereichen – wie Umwelt, Kultur und Verkehr – erschwere. Barschel versicherte, das Gutachten sei in keiner Weise schlüssig. Es enthalte keine neuen Dokumente. „Für uns gibt es weiterhin überhaupt keinen Zweifel daran, daß die Grenze auf dem östlichen Ufer verläuft", sagte der Kieler Regierungschef.

Der Autor des umstrittenen Gutachtens, Professor Dieter Schröder (SPD), ist seit 1984 Professor für politische Wissenschaften an der FU. Sein Spezialgebiet ist Völkerrecht. Zuletzt leitete Schröder das persönliche Büro des SPD-Spitzenkandidaten bei der Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus, Hans Apel. Seit Anfang der 70er Jahre hatte er sich in der Berliner Senatskanzlei unter dem Regierenden Bürgermeister Klaus Schütz mit Transit- und Statusfragen beschäftigt. Sein eigentlicher Aufstieg begann unter dem Schütz-Nachfolger Dietrich Stobbe. Nach dessen Rücktritt erwarb sich Schröder das Vertrauen Hans-Jochen Vogels, der für eine kurze Zeit Regierender Bürgermeister war. Schröder bereitete maßgeblich das erste Treffen Vogels mit SED-Chef Honecker im März 1983 am Werbellinsee vor. Auch die zweite Zusammenkunft am 12. März 1984 war von Schröder mitarrangiert worden.

Der Wissenschaftler, der 1967 als Referent der „Forschungsstelle für Völkerrecht und ausländisches öffentliches Recht" an der Universität Hamburg vor einer förmlichen Anerkennung der „DDR" gewarnt hatte, schrieb auch eine umfangreiche Darstellung über „die ausländischen Vertretungen in Berlin", die auf das Fortbestehen von Groß-Berlin abhebt. Im „Archiv des Völkerrechts" (Erscheinungsort Tübingen) ist Schröder jetzt im Sonderheft über „Die Folgen des Zweiten Weltkriegs" mit einer Arbeit über „Die gegenwärtigen Kontrolleinrichtungen der vier Mächte in Deutschland" vertreten. Im selben Heft beschreibt Professor Dieter Blumenwitz die „Territorialen Folgen des Zweiten Weltkriegs".

Kohl fordert Geschichtsmuseum

E. N. Bonn

Bundeskanzler Helmut Kohl hat gestern Bundesbauminister Oscar Schneider beauftragt, die Baupläne für das Deutsche Historische Museum in Berlin, für das Haus der Geschichte in Bonn und die Kunsthalle Bonn voranzutreiben. Man dürfe es der „DDR" nicht überlassen, die deutsche Geschichte für sich in Anspruch zu nehmen, zitierte Regierungssprecher Peter Boenisch den Kanzler. Kohl habe unterstrichen: „Ein Volk, das 30 Millionen Mark für eine Autobahn-Brücke ausgibt, muß auch bereit sein, für seine Geschichte etwas aufzubringen." In der Prioritätenliste steht weiter an vierter Stelle ein Bonner Mahnmal „zur Ehrung der Toten".

Massive Kritik an Kirchenwort

epd, Brüssel

Massive Kritik an dem gemeinsamen „Wort zum Frieden", das die evangelischen Kirchen in der Bundesrepublik Deutschland und der „DDR" anläßlich des 40. Jahrestags des Kriegsendes verabschiedet haben, übt der Europaabgeordnete Axel N. Zarges (CDU). In einer gestern in Brüssel veröffentlichten Stellungnahme nennt es Zarges „mehr als makaber", daß in dem Friedenswort der Kirchen „kein Wort über die Unterdrückung unserer Landsleute in der DDR" und über „Not und Elend der Menschen hinter dem Eisernen Vorhang" gesagt werde. Unerwähnt blieben auch „Konzentrationslager und Morde, die jenseits des Eisernen Vorhanges zu registrieren sind".

In Darmstadt kein rot-grünes Bündnis

DW. Darmstadt

Entgegen den Empfehlungen des hessischen Ministerpräsidenten Börner (SPD), seine Partei solle nach der Kommunalwahl überall eine Zusammenarbeit mit den Grünen anstreben, wird es offenbar auch in Darmstadt kein rot-grünes Bündnis geben. Erste Gespräche haben vielmehr zu einer „breiten Übereinstimmung" zwischen SPD (34 Sitze), CDU (25 Sitze) und FDP (5 Sitze) in wichtigen kommunalen Fragen geführt. Dazu gehören der Bau einer bislang umstrittenen Stadtumgehung, Versuche mit getrennter Mülleinsammlung, die Sanierung der Müllverbrennungsanlage und die Ansiedlung neuer und Erweiterung schon vorhandener Industriebetriebe mit hohem Niveau.

SPD will nicht als Partei der Ostkontakte gelten

Vogel stellt die Verbindungen nach Westen heraus

PETER PHILIPPS, Bonn

Der Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, Hans-Jochen Vogel, will offensichtlich verhindern, daß die SPD in der Öffentlichkeit vor allem als die Partei der Ostkontakte negativ abgestempelt wird. Nach der gerade zu Ende gegangenen Phase intensiver Gespräche von Fraktionsmitgliedern mit Ostblock-Repräsentanten hat er deshalb gestern in Bonn unterstrichen, „daß wir unsere außenpolitische Verantwortung ernst nehmen". Er lege Wert darauf, daß „wir auch mit dem Westen enge und freundschaftliche Beziehungen pflegen", daß die Sozialdemokraten „nicht nur mit einer Seite" sprächen.

Der SPD-Politiker begrüßte es zwar noch einmal, ohne beispielsweise ausdrücklich auf das Treffen mit dem hohen SED-Funktionär Hermann Axen in Bonn einzugehen, „daß die Bundesregierung die von uns geschaffenen Gesprächsbrükken" mit den Kommunisten nutze, aber er zählte zugleich auch eine lange Liste institutionalisierter Kontakte von Fraktions-Arbeitskreisen mit westeuropäischen Partnern auf. Vogel unterstrich auf diese Weise die grundsätzliche Marschrichtung der SPD-Führung, wie sie auch der Parteivorsitzende Willy Brandt jetzt gegenüber der WELT dargestellt hat: Zwar sei die SPD bereit, unter dem Stichwort „nationale Verantwortung" ihre langjährigen, gewachsenen Kontakte mit dem Osten zu pflegen und die Ergebnisse der Gespräche in die Bonner Regierungspolitik einzubringen, sie sei aber nicht bereit zur „Arbeitsteilung", daß die CDU für den Westen und die SPD für den Osten zuständig sei.

Auschwitz-Lüge

Vogel griff gestern auch noch einmal das Thema „Auschwitz-Lüge" auf. Er verwies auf seine zahlreichen Gespräche mit den Spitzenpolitikern Israels in der vergangenen Woche, in denen immer wieder die immer noch fehlende Strafrechts-Änderung bedauert und angemahnt worden war. Von Staatspräsident Herzog über Ministerpräsident Peres bis zu Vize-Premier Shamir war er überall auf Unverständnis gestoßen, daß das Leugnen der NS-Verbrechen an den Juden immer noch kein Offizialdelikt ist, es höchstens Pläne in der Regierungskoalition gibt, dieses Delikt mit anderem Völkermord gemeinsam zu erfassen. Vogel jedenfalls kündigte an, daß die Opposition erst einmal den Gesetzentwurf von Bundesjustizminister Engelhard abwarten werde. Eine Woche Zeit räumt er der Bundesregierung dafür ein, ansonsten werde die SPD-Fraktion wiederum die Geschäftsordnung nutzen und erneut im Plenum darüber debattieren. „Ich werde keine Ruhe geben", sagte Vogel und machte zugleich die Grenzen seiner Zustimmungsmöglichkeiten für einen Kompromißentwurf deutlich: Die sogenannte „Auschwitz-Lüge" müsse zum Offizialdelikt werden, und er werde genausowenig wie die gesamte Fraktion einem Gesetz zustimmen, das „alle Taten aller nur denkbaren Gewaltregime" mit einschließe. Ansonsten könne „man mit uns reden".

Seitenhieb für Kritiker

Offensichtlich sowohl vom WELT-Interview des Parteivorsitzenden Brandt als auch von den beiden Parteikongressen der SPD und der CDU am vergangenen Wochenende inspiriert, griff Vogel auch noch einmal kurz die gegenwärtige Lage der SPD auf: Der Sieg Lafontaines im Saarland bedeute „einen Wendepunkt", gebe der „Partei Auftrieb". Insgesamt seien die Sozialdemokraten in „guter Verfassung", resümierte er am Nachmittag weiter auf der Fraktionssitzung, ohne sich einen Seitenhieb auf manchen innerparteilichen Kritiker an seiner eigenen Fraktionsführung – einschließlich des Parteichefs – zu verkneifen: „Es zeigt sich doch, daß unsere Zähigkeit, unsere Mühe und der manchmal etwas bespöttelte sogenannte Fleiß allmählich Früchte tragen."

Auch Bundeskanzler Kohl wurde von ihm bedacht: Die Tatsache, daß dieser „vor den Fernsehkameras publikumswirksam in eine Sammelbüchse drei Hundert-Mark-Scheine" gesteckt habe, dies aber nicht Kohls „eigenes Geld", sondern „Geld der Steuerzahler" gewesen sei, bedeute eine „Täuschung". Er forderte den Kanzler auf, sich „öffentlich dafür zu entschuldigen".

Benzin bleibt unter Druck

Bm. – Natürlich ist es ein Spektakulum: Binnen einer Woche soll der Benzinpreis in der Bundesrepublik und in West-Berlin um sieben Pfennig je Liter steigen, um fünf Pfennig beginnend am 25. März mit Aral und am 1. April um weitere zwei Pfennig als Auswirkung der Erhöhung der Mineralölsteuer auf verbleites Benzin.

Doch wie oft schon hat die Ölindustrie in den letzten Jahren vergebens einen Anlauf genommen, um mit dem Sprießen der Krokusse auch ihre Preise für Vergaserkraftstoffe zu voller Blüte kommen zu lassen. Allein 1984 hat sie 18mal versucht, den Benzinpreis zu liften. Das magere Ergebnis: Ganze zwei Pfennig lag der Benzinpreis zum Jahresschluß über dem von Anfang 1984. Eines Tages wird der *Markt* wieder ausgeglichen sein, werden sich Angebot und Nachfrage in etwa die Waage halten, werden weitere Raffineure auf der Strecke geblieben sein. BP setzte hier sicher keinen Schlußstrich.

Die fünf Pfennig Benzinpreiserhöhung werden es jetzt klären, ob der Preis bisher immer wieder verfiel, weil der Angebotsdruck zu groß war, oder weil der Kampf um Marktanteile in vorher nie gekannter Heftigkeit tobt. Die Signale aus Rotterdam und die Nachfrage nach Benzin sprechen für stabilere Preise. Der Kapitulationswettbewerb und die Tendenz zu höheren Fertigprodukten-Einfuhren auch aus den *Opec-Raffinerien* lassen die Ölindustrie aber fürchten, daß der Wettbewerb auch diesmal wirkt.

Zweierlei Maß

Ha.(Brüssel) - Verkrampft ist die Haltung der Bundesregierung bei den Brüsseler Agrarpreisverhandlungen. Es scheint, als säße Minister Kiechle noch immer der Schreck vom Vorjahr in den Gliedern, als er sich mit maßvollen Forderungen zufriedengab und zu Hause vom eigenen Finanzminister zurückgepfiffen wurde. Unter keinen Umständen will Kiechle der von den meisten EG-Partnern befürworteten Preissenkung von Getreide zustimmen. Dabei hat sich die Bundesregierung stets für die Einführung von Garantieschwellen stark gemacht, um die Überschußproduktion in den Griff zu bekommen und einer weiteren Kostenexplosion auf dem Agrarmarkt vorzubeugen. Auch bei Milch tritt Kiechle inzwischen dafür ein, die vorgesehene Quotenkürzung um ein Jahr zu verschieben. Am Willen zur Reform der europäischen Landwirtschaftspolitik muß also gezweifelt werden. Wie eigentlich will Bonn den *Mittelmeerstaaten glaubhaft* machen, daß sie Garantieschwellen für Olivenöl oder Zwangsdestillationen für überschüssigen Tafelwein hinnehmen müssen?

BANKENVERBAND / Forderungen und Kritik auf der Jahresversammlung in Bonn

Höhere Attraktivität der deutschen Finanzmärkte stärken auch die Mark

CLAUS DERTINGER, **Bonn**

Die bisherige staatliche Förderung der Vermögensbildung ist nach Auffassung der privaten Banken ein Schulbeispiel für steuer- und subventionspolitischen Interventionismus, für ungerechtfertigte Diskriminie*rung, für Wettbewerbsverzerrungen und Eingriffe in die Kapitalströme*, für die nicht der Staat, sondern nur der Markt Daten setzen sollte. Bankenverbandspräsident Hanns-Christian Schroeder-Hohenwarth stellte auf dem Bankentag in Bonn in diesem Zusammenhang besonders die *Förderung des Bausparens und des Versicherungssparens in Frage.*

Seine Forderung will der Bankenverbandspräsident als Beitrag zum Abbau von Subventionen verstanden wissen, der Spielraum für die Finanzierung einer Leistung und investitionsfördernden Steuerpolitik schafft. Allein Prämien und Zulagen sowie die steuerliche Abzugsfähigkeit von Bauspar- und Versicherungsleistungen verursachten einen staatlichen Aufwand von acht Milliarden DM. Ein Wegfall würde das Sparaufkommen nicht beeinträchtigen, wenn die eingesparten Mittel zu einer *Senkung der Steuerlast auch der* Begünstigten verwendet würden.

Schroeder-Hohenwarth, der einen einseitigen Abbau der Sparförderung ablehnt, weil sie das Kontensparen diskriminieren würde, sieht dagegen eine Berechtigung für staatliche Förderung beim Beteiligungssparen, das er als wichtige unterstützende Maßnahme zur Behebung des Eigenkapitalmangels in der Wirtschaft bezeichnete. Die Freiheit der Tarifpartner, durch vermögenswirksame Leistungen zur Vermögensbildung beizutragen, dürfe durch einen Abbau der staatlichen Sparförderung nicht angetastet werden. Neben diesem Petitium des Bankenverbandes, das mit Sicherheit noch heftige Diskussionen in der Öffentlichkeit auslösen wird, stand die Frage im Mittelpunkt, wie sich die deutschen Finanzmärkte für im Ausland vordringende Innovationen öffnen können, damit sie im internationalen Vergleich nicht in Provinzialität zurückfallen. Die Bestrebungen der Banken, international üblichen „Finanznovitäten" auch in der Bundesrepublik zum Durchbruch zu verhelfen, soweit dadurch nicht die *Geldmengensteuerung* erschwert wird, treffen auch auf das Verständnis des Bundesfinanzministers, des Bundesbankpräsidenten und der Bankenaufsicht.

Man müsse jedoch darüber nachdenken, wie diese Innovationen in den ordnungspolitischen Rahmen passen, sagte Minister Stoltenberg. Aufgeschlossen zeigte sich vor allem Bundesbankchef Pöhl, der davon überzeugt ist, daß eine größere Attraktivität des Finanzplatzes Bundesrepublik letztlich auch die Mark stärken wird. Allerdings sei nicht jede Neuerung, die internationale Furore *mache, zur Nachahmung empfohlen.* Kritikgeber und Kreditnehmer müßten aufmerksamer denn je die Chancen und Risiken prüfen.

Dem Bankenaufsichtspräsidenten Wolfgang Kuntze geht es in erster Linie darum, die nicht erfaßten Risiken von Kreditzusagen bei Geschäften in den Griff zu bekommen, die sich an der Grenze zwischen Geld- und Kapitalmarkt abspielen. Diese Notwendigkeit sehen auch Mitglieder des Bankenverbandsvorstandes, wenngleich nicht alle.

Überraschend positiv hat der Bundesbankpräsident auf die Wünsche der Banken reagiert, durch eine Modifizierung der Mindestreserveregelungen für Transaktionen mit Ausländern, Eurogeschäfte, die jetzt über ausländische Stützpunkte der Banken laufen, in die Bundesrepublik zu repatriieren. Für die Bundesbank gebe es da keine Tabus sagte Pöhl, soweit fundamentale Bestandteile der währungspolitischen Ordnung nicht berührt würden. Der Vorschlag, in der Bundesrepublik nach amerikanischem Vorbild eine Freihandelszone für Euromarktgeschäfte zu schaffen, geht ihm allerdings zu weit.

Wenig begeistert sind die Banken von der Bereitschaft der Notenbank, rechtlich selbständigen deutschen Töchtern von Auslandsbanken die Konsortialführung ausländischer DM-Anleihen nicht mehr vorzuenthalten.

WOHNUNGSEIGENTUM

Neue Form der Förderung soll von 1987 an gelten

PETER JENTSCH, **Bonn**

Haus- und Wohnungseigentümer brauchen vom 1. Januar 1987 an selbstgenutzte Wohnungen nicht mehr zu versteuern. Wer ein Haus baut oder kauft, kann künftig höhere Kosten als bisher steuerlich geltend machen. Schließlich wird die kinderzahlabhängige Zusatzförderung, die jetzt für das zweite und jedes weitere Kind je 600 Mark pro Jahr beträgt, auf das erste Kind ausgedehnt. Das steht im Gesetzentwurf über die steuerliche Förderung selbstgenutzten Wohneigentums, den das Kabinett gestern verabschiedete und der am 1. Januar 1987 in Kraft treten soll.

Im einzelnen sieht der Gesetzentwurf folgende Änderungen vor:

– Der Nutzungswert der zu eigenen Wohnzwecken genutzten Wohnung wird steuerlich nicht mehr erfaßt. Niemand wird also künftig für das Bewohnen seines Eigentums Steuern zahlen müssen. Steuervergünstigungen für Energiespar- oder Sanierungsmaßnahmen bleiben aber über 1987 hinaus noch fünf Jahre lang *wirksam.*

– Die geltenden Höchstgrenzen für die steuerliche Abzugsfähigkeit der Herstellungs- bzw. Anschaffungskosten (nach Paragraph 7b EStG) werden einheitlich auf 300 000 Mark angehoben; sie können bei den Sonderausgaben geltend gemacht werden. Damit kann ein Bauherr acht Jahre lang jährlich statt bisher 10 000 Mark 15 000 Mark, insgesamt also 120 000 Mark geltend machen.

– Besitzer von Eigenheimen oder Zweifamilienhäusern sollen künftig gleich behandelt werden. Ein Vorteil für Zweifamilienhäuser mit Einliegerwohnung wird abgeschafft, indem *Erhaltungsaufwendungen* als Werbungskosten nur noch für die vermieteten Räume geltend gemacht werden können. Derzeit dürfen Wer*bungskosten. etwa Schuldzinsen*, auch für die selbstgenutzte Fläche vom zu versteuernden Einkommen abgezogen werden.

– Auch für das erste Kind eines Bauherren oder Hauskäufers gilt künftig die Familienförderung, die bisher nur vom zweiten Kind an gilt. Pro Kind können jährlich 600 Mark von der Steuerschuld abgezogen werden. Bundesfinanzminister Stoltenberg machte bei der Erläuterung des Gesetzes deutlich, daß er die von Familienminister Geißler gewünschte Elternkomponente aus steuersystematischen Gründen hier nicht berücksichtigt habe. Entsprechende Förderungen seien aber in der Wohngeldnovelle realisiert worden.

– Für alle *vor Januar 1987 hergestell*ten oder angeschafften Wohnobjekte gelten langfristige Übergangsregelungen.

Das Kabinett verabschiedete auch das von Stoltenberg vorgeschlagene Konzept der Teilprivatisierung von fünf Bundesunternehmen. Die Frage der Verminderung des Bundesanteils bei der Lufthansa soll in einem weiteren Koalitionsgespräch erörtert werden.

Der Faktor Zeit

Von WALTER LEOPOLD

Es vergeht kein Tag, an dem nicht Neues gemeldet würde von der Arbeitszeit-Front. *Dennoch hat* es den Anschein, als wollten hierzulande viele diese Tatsachen einfach nicht wahrhaben. Dabei liegt es noch kein Jahr zurück, daß ein großer Streik das Arbeitsleben in der Bundesrepublik Deutschland aufwühlte. Nachdem der Rauch verweht war, erschienen die Kämpen einander zunächst sichtlich näher gerückt. Ging es doch darum, den Schlichtungsvorschlag Georg Lebers in die Tat umzusetzen.

Doch was geschah? Die IG Metall schwor ihre Betriebsräte darauf ein, wo immer möglich, Flexibilisierung zu umgehen, und als mächtigste deutsche Einzelgewerkschaft zieht sie sogar vor den Kadi, um flexible Arbeitszeiten zu vermeiden. Gleichzeitig breiten sich in den Unternehmen die Seufzer darüber aus, daß die tarifvertraglich geforderte Form von Arbeitszeitumstellungen so umständlich zu handhaben sei, daß man denn doch lieber in den sauren Apfel der „linear erfüllten" 38,5 Stundenwoche beißt.

Beides erleichtert den Weg in die Zukunft nicht, der vielen noch immer kaum erkennbar zu sein scheint. Für die Unternehmen haben es Praktiker gleichwohl bereits seit einem Jahrzehnt vorexerziert, daß sich mit aufgelockerten Arbeitszeiten sehr viel besser motivierte Mitarbeiter gewinnen lassen, deren Leistungsvermögen bei kürzerem Einsatz jenes des Acht-Stundentages durchaus übertreffen kann. Es wurde weiter nachgewiesen, daß sich damit, durch die Abkopplung der Arbeitszeit von der Betriebszeit, eine deutlich bessere Nutzung der Anlagen ergibt und Auftragsschwankungen abgefedert begegnet werden kann, ohne Mitarbeiter entlassen zu müssen. Und es zeigte sich, daß viele Mitarbeiter auch dann mehr arbeitsfreie Zeit vorziehen, wenn sie dadurch weniger verdienen.

Für die Gewerkschaftsseite fällt ins Gewicht, daß der stets überall betonte mündige Mitarbeiter endlich so mündig zu werden vermag, daß er seine eigene Arbeitszeit mitbestimmen kann. Möglichkeiten, die bereits heute von einzelnen Unternehmen, großen wie mittleren, demonstriert werden.

Warum dann jene für die Allgemeinheit mit Sicherheit wenig vorteilhafte Zurückhaltung? Diese Frage wird in den Unternehmungen vor allem *mit Kosten*-Bedenken und Konjunktur-Skepsis beantwortet. Die Furcht vor den Umständen, die die in der Tat komplizierte Tarifvertrags-Arithmetik verursachen könnte, bleibt nach außen dabei begreiflicherweise meist unerwähnt.

Im Gewerkschaftsbereich wiederum möchte man eine weitergehende Flexibilisierung als Ausbeutungspraxis und Vermeidung von Neueinstel*lungen verstanden wissen.* Die Befürchtung, daß der Kurz-Zeit-Arbeitnehmer nicht mehr Gewerkschaftsmitglied werden oder bleiben könnte, wird – genauso *verständlich* – ebenfalls nicht in die öffentliche Waagschale geworfen.

Bei genauerer Betrachtung haben jedoch nur die unausgesprochenen Argumente Schlagkraft. Aber auch sie werden sich à la longue als unvorteilhaft für jene erweisen, die damit operieren. Die noch kleine Gruppe der Arbeitszeit-Pioniere betont jedoch unisono:

1. Je früher sich ein Unternehmen mit der neuen Möglichkeit einer Arbeitszeit-Flexibilisierung vertraut macht und sie für sich nutzt, umso mehr Vorteile wird es haben. Das jüngste Urteil des Bundesarbeitsgerichts zum Kündigungsschutz wird diese Erkenntnis aller Voraussicht nach beschleunigen.

2. Je eher die Gewerkschaften sich dieser zwangsläufigen Entwicklung anpassen oder sie gar unterstützen, anstatt sie kurzsichtig abwehren zu wollen, umso mehr werden sie für ihre Mitglieder an Attraktivität gewinnen. Das gilt erst recht dann, wenn sie sich endlich auch der Beteiligung der Mitarbeiter am Unternehmenskapital nicht mehr verschließen sondern sie im Zusammenhang mit flexibel gewordenen Arbeitszeiten zum Ausgleich verringerter Entgelte nutzen.

Die Scheu, die beide Seiten der Tarifparteien dem heutigen Medium „flexible Arbeitszeit" zur Zeit noch entgegenbringen, ruft die Vorstellung von Zahnschmerzen wach, bei denen der Zahnsarztbesuch trotzdem als Problem erscheint: Man möchte zwar nicht, aber eines Tages *muß* man ihn doch aufsuchen, und je länger man wartet, umso teurer wird es.

AUF EIN WORT



„Der Schutz vor der internationalen Markenpiraterie hat mit der Entwicklung der Fälscherkriminalität nicht Schritt gehalten. Es bedarf gemeinsamer Anstrengungen der Regierungen von Herkunfts- *und Bestimmungsländern* sowie der Wirtschaft und ihrer Organisation in aller Welt, um die internationale Markenpiraterie wirksam bekämpfen zu können."

Dr. Henning von Boehmer, Generalsekretär der Deutschen Gruppe der internationalen Handelskammer, Köln.
FOTO: DIE WELT

Eigenkapital zurückgegangen

dpa/VWD, **Köln**

Die Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels (HDE), Köln, hat darauf hingewiesen, daß die Eigenkapitalausstattung im Einzelhandel in den letzten Jahren „dramatisch" *geschrumpft sei. Das* Eigenkapital der Einzelhandelsunternehmen habe 1965 noch 27,3 Prozent der Bilanzsumme betragen. Diese Quote sei bis 1982 auf rund zehn Prozent gesunken. Sie verlangte bessere Rahmenbedingungen für die Stärkung der Ertragskraft der Unternehmen, insbesondere durch steuerpolitische *Maßnahmen*. Vor allem die Unternehmensbesteuerung müsse verbessert werden.

EUROPÄISCHE GEMEINSCHAFT

Konflikt mit Kommission wegen höherer Stahlpreise

WILHELM HADLER, **Brüssel**

Die Schrottpreise haben sich in der Montanunion in den letzten beiden Jahren nahezu verdoppelt. Trotzdem will die Mehrheit der EG-Mitgliedsländer nicht zum Mittel der Ausfuhrkontrollen greifen wie dies von Italien und Irland gefordert wird.

In einer Aussprache im *Industrie*ministerrat machten sich die Länder, die über bedeutende Elektrostahlwerke verfügen, zum Sprecher einer Reglementierung der Ausfuhren. Andere Delegationen räumten zwar ein, daß die Schrottausfuhren stark angestiegen seien, warnten jedoch entschieden vor allen dirigistischen Eingriffen in den Markt.

Der Rat, der wegen des verspäteten *Eintreffens der deutschen und* französischen Minister erst am Nachmittag die wichtigeren Tagesordnungspunkte (Auslaufen der Stahlbeihilfen und die Zukunft des Quotensystems) behandeln konnte, war auch uneins über die Anhebung der Stahlmindestpreise. Die Bundesregierung trat mit Unterstützung der Italiener, Franzosen und Niederländer für höhere Preisanhebungen (30 DM je Tonne) ein als die EG-Kommission plant *(15 bis 20 DM). Dagegen* wies der zuständige Kommissar Karl-Heinz Narjes darauf hin, daß es sich bereits um die dritte Preiserhöhung innerhalb von zwölf Monaten handele und für höhere Anhebungen kein Spielraum mehr bestehe.

Die EG-Behörde ist nach dem Montanvertrag alleinberechtigt, eine Entscheidung herbeizuführen. Daher ist nicht damit zu rechnen, daß sie den Einwänden Bonns und anderer Mitgliedsländer Rechnung tragen wird.

WELTHANDEL

Expertengruppe fordert eine „Protektionismus-Bilanz"

AFP, **Genf**

Eine internationale Expertengruppe unter der Leitung des ehemaligen Präsidenten der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich, Fritz Leutwiler, legt heute dem Generaldirektor des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens (Gatt), Arthur Dunkel, 15 konkrete Vorschläge zur Ankurbelung und Liberalisierung des Welthandels vor.

Um eine bessere Transparenz zu erreichen, wird die Einführung einer „Protektionismusbilanz" vorgeschlagen, die auf nationaler Ebene eine systematische Analyse aller Handelsbeschränkungen ermöglicht. Auf internationaler Ebene sollte die Transparenz der Handelspolitiken von einem mit Informationsauftrag ausgestatteten Gatt-Sekretariat stärker überwacht werden.

Subventionen sollte erst nach eingehender Prüfung zugestimmt werden. Was speziell die Agrarsubventionen anbetrifft, wird langfristig eine Aufhebung gefordert. Im Textilsektor sollte nach Ansicht der Experten das Multifaserabkommen nicht verlängert werden, um den Textilhandel dem normalen Gatt-Regime zu unterwerfen.

Neben den Vorschlägen zur Liberalisierung des Welthandels stellen die Experten fest, daß die gegen die Gatt-Regeln verstoßenden Maßnahmen, wie die freiwillige Beschränkung der Exporte oder konzertierte Marktregelungen, stark zunehmen. Der Bericht unterstreicht, daß die Regeln der Zoll-Unionen und Freihandelszonen klarer formuliert und verstärkt werden müssen. Hinsichtlich der Dritten Welt wird eine verstärkte *Hilfe gefordert; Hindernisse für die* Agrarexporte aus den Entwicklungsländern sollen aufgehoben werden.

WIRTSCHAFTS-JOURNAL

Außenhandelspreise sind kräftig gestiegen

Wiesbaden (dpa/VWD) – Die Außenhandelspreise haben sich im Februar kräftig erhöht. Der Index der Einfuhrpreise ist, wie das Statistische Bundesamt in Wiesbaden mitteilte, von Januar bis Februar um zwei Prozent gestiegen. Er lag damit um 7,3 Prozent über dem entsprechenden Vorjahresergebnis. Der Index der *Ausfuhrpreise ist von Januar bis* Februar 1985 um 0,5 Prozent gestiegen und lag um 3,8 Prozent höher als im vergleichbaren Vorjahresmonat.

Statoil übernimmt Esso

Stockholm/Oslo (dpa/VWD) – Der norwegische staatliche Energiekonzern Statoil übernimmt zum 31. Dezember 1985 die Aktivitäten von Esso in Schweden. Ein grundsätzliches *Übereinkommen wurde zwischen* Statoil und der Esso-Muttergesellschaft Exxon getroffen. Nach Angaben von Statoil erstreckt sich der Kauf auf die Esso Invest AB, die alle Aktien der Svenska Esso AB und der Esso Chemicals AB besitzt.

Kartell neu zugelassen

Berlin (dpa/VWD) – Das Bundeskartellamt hat das Rationalisierungs*kartell der Nordhessischen* Basalt-Union GmbH, Kassel, als Mittelstandskartell zugelassen. Gegenstand dieses Kartells ist der gemeinsame Vertrieb von Natursteinmaterialien und bituminösen Mischgut durch sieben mittelständische Unternehmen im nordhessischen Raum.. Der Zusammenschluß war 1983 vorübergehend verboten worden, weil ein Großunternehmen sich beteiligt hatte.

Mehr Beschäftigte

Wiesbaden (dpa/VWD) – Insgesamt 6,8 Millionen Arbeitnehmer waren im Januar in der Bundesrepublik in den Betrieben des Bergbaus und des verarbeitenden Gewerbes (20 Mitarbeiter und mehr) beschäftigt, 0,3 Prozent mehr als im Januar 1984. Nach Bereichen gegliedert hat es nach Angaben des Statistischen Bundesamtes nur beim Investitionsgüter produzierenden Gewerbe ein Plus gegeben. Dort seien 1,6 Prozent mehr Beschäftigte gezählt worden als im Vorjahresmonat. Beim Bergbau habe es dagegen ein Minus von 4,3 Prozent, im Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe von 1,2 Prozent, im Verbrauchsgütergewerbe von 0,7 Prozent und im Nahrungs- und Genußmittelgewerbe um 0,4 Prozent gegeben.

Technologie-Exporte

Washington (Sbt.) – Auf starken Widerstand stoßen im US-Verteidigungsministerium Pläne des amerikanischen *Handelsministers* Baldrige, die Ausfuhr sensibler Spitzentechnologien wie Computer, seismographische Ausrüstungen oder Ölbohrgeräte in den Ostblock dann fühlbar zu erleichtern, wenn vergleichbare Erzeugnisse von der ausländischen Konkurrenz in großer Stückzahl angeboten werden. „Das schürt nur die Erwartungen, an eine massive Liberalisierung ist nicht zu *denken", heißt es im Pentagon*, das sich aus strategischen Gründen auch gegen eine Vereinfachung der Lizenzverfahren wehrt.

Dreitausend Lehrstellen

Bonn (AP) – Die Bundesbahn wird in diesem Jahr insgesamt 4603 Lehrstellen zur Verfügung stellen. Wie das Verkehrsministerium mitteilte, sind das 3200 mehr Plätze als zur Deckung *des Eigenbedarfs der Bahn notwen*dig wären. Die Kosten trägt der Bund.

1400 neue Normen

Berlin (AP) – Das Deutsche Institut für Normung hat im letzten Jahr 1418 neue DIN-Normen aufgestellt und damit die Gesamtzahl auf 20 732 gesteigert. Wie der Direktor des Instituts, Helmut Reihlen, erklärte, bleibt *sein Haus um eine Reduzierung der* Normen bemüht. Im Vergleichsjahr 1983 seien noch 1636 neue Normen erschienen. Rund 30 Prozent der DIN-Normen seien an internationalen Festlegungen ausgerichtet. Den von Reihlen vorgelegten Zahlen zufolge hatte das Institut 1984 ein Budget von rund 68 (65) Mill. DM. Es sei ein kleines Plus von 200 000 Mark erwirtschaftet worden.

Neuer Rubelkurs

Frankfurt (VWD) – Die Staatsbank der UdSSR hat mit Wirkung vom 26. *März den Kurs des Rubel gegenüber* der DM auf 27,36 Rubel für 100 DM neu festgelegt, teilte die Dresdner Bank mit. Der seit dem 16. März 1985 gültige *Kurs lautet 26,92 Rubel* für 100 DM.

Weniger Besitzwechsel

Flensburg (dpa/VWD) – Knapp 432 000 gebrauchte Kraftfahrzeuge sind im Februar in der Bundesrepublik auf einen neuen Besitzer umgemeldet worden, 13,2 Prozent weniger als im Februar 1984. Auf dem privaten und gewerblichen Gebrauchtwagenmarkt wechselten ebenfalls rund 13 Prozent weniger Personenwagen auf andere Eigentümer über als im Februar 1984. Mit 17.5 Prozent hatten die Motorräder den stärksten Rückgang im Vergleich zu den Ummeldungen des Vorjahresmonats.

US-GETREIDE

Rekord: Der Kreml orderte schon 17 Millionen Tonnen

H.-A. SIEBERT, Washington

Amerikas Farmer sind dabei, die nach dem Teilembargo in der Sowjetunion verlorenen *Marktanteile* zurückzuerobern. Wie der Staatssekretär für internationale Angelegenheiten im US-Landwirtschaftsministerium, *Daniel G. Amstutz, gegenüber* der WELT erklärte, haben die Ordereingänge aus Moskau für das Marketingjahr 1984/85 (Oktober–September) bereits *eine neue Rekordhöhe* erreicht. Die Russen bestellten bisher 17 Mill. Tonnen Getreide; davon entfallen 2,9 Mill. Tonnen auf Weizen *und 14,1 Mill. Tonnen auf Mais*, was auf eine Fleischlücke in der UdSSR hindeutet.

Nur der teure Dollar hält den Kreml offenbar davon ab, seinen riesigen Einfuhrbedarf, der für dieses Jahr auf bisher nicht dagewesene 52 Mill. Tonnen veranschlagt wird, in einem noch größeren Stil in Amerika zu decken. Im vergangenen Marketingjahr lieferten die USA 13,8 Mill. *Tonnen Getreide in die Sowjetunion:* den letzten Rekord stellten sie 1978/79 mit 15,5 Mill. Tonnen auf. 1972/73, als Präsident Nixon den preistreibenden *„Getreideraub" zuließ, kauften die* Sowjets 15,3 Mill. Tonnen.

Bei dem anhaltenden Farmsterben benötigen die amerikanischen Getreidebauern dringend eine Exportspritze, zumal da der Ausfuhrwert 1984 zwar von 36,1 auf 37,8 Mrd. Dollar gestiegen, gegenüber 1981 aber um 5,5 Mrd. Dollar gesunken ist. Außerhalb der UdSSR sind jedoch kaum nennenswerte Zuwächse in Sicht; *China halbiert seine Importe auf* 4.9 Mill. Tonnen. Vermutlich können die USA 1984/85 im Ausland nur 97.3 Mill. Tonnen (ohne Reis) absetzen.

MINERALÖL / Übrige Benzinmarken folgen Aral – Markt reagiert noch nicht

Heizölpreise auf dem Weg nach unten

HANS BAUMANN, **Essen**

Dem Schritt von Aral, zum Wochenbeginn die Preise für Normal- und Superbenzin um fünf Pfennig je Liter heraufzusetzen, folgen die übrigen Gesellschaften. Esso kündigt diesen Schritt für den heutigen Mittwoch an. Die Großhandelspreise sind zum Teil schon heraufgesetzt worden. Ausgenommen von dieser Preiserhöhung bleibt Diesel-Treibstoff, der damit wieder unter den Preis für Superkraftstoff fällt.

Mit dieser Preiserhöhung haben die Mineralölkonzerne den Status vom 27. Februar wieder hergestellt, als sie die Vergaserkraftstoff-Preise um drei Pfennig anhoben. Der Markt hatte den Preis jedoch bis zum Ende vergangener Woche wieder um fünf Pfennig je Liter gedrückt. Die nächste Preiserhöhung ist *programmiert.* Traditionell gibt die deutsche Mineralölwirtschaft Erhöhungen der Mineralölsteuer im Preis weiter. Folglich wird Vergaserkraftstoff (verbleit) am 1. April um zwei Pfennig je Liter teurer, während sich der Preis für Bleifrei um drei Pfennig reduziert.

Nachrichten aus Rotterdam signalisieren, daß es der Mineralölindustrie möglicherweise gelingt, die jetzige Preisanhebung durchzusetzen. Gestern lagen die Benzinpreise um zwei Pfennig je Liter über denen von Ende Februar. Daß Rotterdam stimulierend auf die Preisentwicklung bei Benzin in der Bundesrepublik wirkt, läßt sich auch an der Tatsache erkennen, daß der Benzinpreis in der Budesrepublik vor der Anhebung um fünf Pfennig um drei Pfennig unter den Preisen zu Jahresbeginn lag, Rotterdam aber um sieben Pfennig über den Jahresschlußpreisen.

Ruhig ist die Lage am Markt für leichtes Heizöl. Im Gegensatz zum Straßenverkehr wirkt das Frühjahr lähmend auf die Nachfrage. Die Bestände der unabhängigen Lagerhalter in Rotterdam sind geringer als im Vorjahr, was direkt mit der hohen Nachfrage in den kalten Monaten zu tun hat. Dies gilt aber auch für Benzin. Der Preis für Mitteldestillate liegt je Tonne um 23 Dollar über dem Preis vom Jahresbeginn. Die Entwicklung wird als stabil bezeichnet. Auch Rohöl kostet 3,3 Pfennig je Liter mehr.

Die Bestände beim Verbraucher in der Bundesrepublik sind zur Zeit niedriger als im Durchschnitt der letzten fünf Jahre. Auch hier eine Auswirkung des kalten Winters. Aber die Preise für leichtes Heizöl geben nach. Ende letzter Woche lagen sie bei 78 Pfennig je Liter frei Haus ohne Mehrwertsteuer für Partien zwischen 3000 und 5000 Liter. Der Höchstpreis wurde Ende Februar mit 80 Pfennig notiert. 1984 lautete die niedrigste Notierung Anfang August 63,5 Pfennig und die höchste Anfang Oktober 72,3 Pfennig.

SCHNEIDER RUNDFUNKWERKE / Umwandlung in AG

Noch kein Gang an die Börse

DANKWARD SEITZ, **München**

Während die Branche stöhnt, bereiten sich die Schneider Rundfunkwerke, Türkheim, auf ein stürmisches Wachstum bis zum Ende der 80er Jahre mit einem Umsatzsprung von derzeit 378 (293) Mill. auf rund 900 Mill. DM vor. Unter diesem Gesichtspunkt ist denn auch die jetzt erfolgte Umwandlung in eine Aktiengesellschaft rückwirkend zum 1. Januar 1985 mehr als rechtzeitige Weichenstellung für die Erschließung neuer Kapitalquellen zu sehen. Vorerst allerdings ist der Gang an die Börse nach Angaben von Bernhard Schneider noch nicht geplant.

Zunächst soll das Wachstum durch Dividendenverzicht („bis rund 30 Mill. DM Rücklagen gebildet sind") aus eigener Kraft finanziert werden. Die Ertragslage sei „gut", wobei man bisher so gut wie keine Bankkredite habe in Anspruch nehmen müssen. Ausgestattet wurde die Aktiengesellschaft mit 30 Mill. DM Grundkapital, das von den Brüdern Albert und Bernhard Schneider indirekt über die nur noch als Holding fungierende „alte" GmbH & Co. zu je 50 Prozent gehalten wird. Beide bilden auch den Vorstand.

Äußerst zuversichtlich bewertet Schneider die Chancen in den Bereichen TV/Video und Computer. Sie sollen Ende der 80er Jahre jeweils auf einen Umsatz von rund 300 Mill. DM kommen. Schon 1984 stieg der Umsatz bei TV/Video um 232 Prozent auf 83 Mill. DM. Und einen „hervorragenden Start" hatte der im September 1984 auf den Markt gebrachte Personal-Computer, der einen Umsatz von 25 Mill. DM und „auch schon kleine schwarze Zahlen" brachte. 40 000 Geräte wurden verkauft. „Wenn wir gekonnt hätten", so Schneider, „hätten wir auch 100 000 Stück absetzen können." Das traditionelle Audio/HiFi-Geschäft kam auf ein Plus von 1 Prozent auf 270 Mill. DM. Der Umsatz der gesamten Schneider-Gruppe erreichte 453 (400) Mill. DM.

Für das laufende Geschäftsjahr erwartet Schneider angesichts dieser Markterfolge wieder ein zweistelliges Umsatzplus; im ersten Quartal waren es 25 Prozent. Investiert werden sollen 8 (12) Mill. DM im wesentlichen für Rationalisierungsmaßnahmen.

OSTBLOCK / Festhalten an alten Strukturen – Produktion ist zu rohstoffintensiv

Das Wachstum hat sich beschleunigt

IRENE ZÜCKER, **Genf**

Die Nettoverschuldung ist von 70 Mrd. auf 62 Mrd. Dollar zurückgegangen, das Wirtschaftswachstum hat sich wieder beschleunigt. Das Nettomaterialprodukt NMP (vergleichbar mit dem westlichen Nettosozialprodukt) nahm im Ostblock 1984 um 3,5 Prozent zu. Die UdSSR trug dazu allerdings weniger bei, weil ihr gesamtwirtschaftliches Wachstum negativ beeinflußt wurde durch die Stagnation in der Landwirtschaft, die in den anderen Comecon-Ländern um fast sieben Prozent stieg. Für 1985 wird mit einem NMP-Wachstum von über vier Prozent gerechnet. Dies geht aus der Analyse für 1984/85 der UNO-*Wirtschaftskommission für Europa* ECE in Genf hervor.

Während die Beschäftigungsproduktivität 1984 stagnierte und die Kapitalproduktivität weiter abnahm, wurden die Angebotsengpässe in der Materialversorgung in den letzten beiden Jahren teilweise beseitigt.

Nicht erreicht werden konnte bisher das Hauptziel der östlichen Wirtschaftspolitik der letzten zehn bis 15 Jahre, die substantielle Verbesserung der Energie- und Materialintensität. Noch immer liegt der Rohstoffverbrauch je Produktionseinheit 40 Prozent über dem westlichen Durchschnitt. Die ECE-Analyse zeigt, daß aus Kostengründen der Material- und Rohstoffverbrauch nicht weiter wachsen kann. Eine langfristige Lösung wäre die breitflächige Einführung neuer Technologien, begleitet von weitreichenden Strukturveränderungen und Abstimmung der Planziele mit den Zielen auf Unternehmensniveau. Zur Zeit begünstigt das Planungssystem die Beibehaltung alter Strukturen.

Hochtechnologische Maschinen, aus dem Westen importiert, werden *nicht mit ihrem vollen Potential genutzt*, da die erforderlichen Zwischenprodukte nicht im Comecon produziert werden. Auffällig ist auch die zunehmende Veralterung des Kapitalstocks. Der Anteil an weniger als fünf Jahre alten Maschinen ist in den letzten Jahren stark gesunken.

Auf den sogenannten Dienstleistungsbereich entfallen im Comecon zwischen ⅙ bis ¼ der Beschäftigung, rund ⅙ bis ⅓ der Investitionen und etwa ⅓ bis zur Hälfte des gesamtwirtschaftlichen Kapitalstocks. Damit liegt dieser Sektor bedeutend niedriger als im Westen.

Hingegen hat sich 1984 die Leistungsbilanz verbessert, dies vor allem wegen einer sehr günstigen Exportentwicklung. Doch auch das Handelsvolumen zwischen der UdSSR und den osteuropäischen Ländern ist wegen größerer Öl- und Rohstofflieferungen gestiegen.

Die bescheidene Belebung des Ost-West-Handels von 1983 hat sich 1984 fortgesetzt. Die OECD-Lieferungen in die Comecon-Staaten betrugen 34 Mrd. Dollar, was einer Zunahme von einem Prozent *entspricht. Die* westlichen Importe hingegen stiegen um ganze 6,7 Prozent auf 39 Mrd. Dollar. Damit verschlechterte sich 1984 zum dritten aufeinanderfolgenden Mal die westliche Handelsbilanz mit der UdSSR auf ein Defizit von 1,6 Mrd. Dollar und mit Osteuropa auf 3,7 Mrd. Dollar. Mit einem Marktanteil von 22 Prozent behauptete die Bundesrepublik ihre Spitzenposition unter den westlichen Partnern.

ENI / Weitere Ertragsverbesserung im Energiebereich

Verluste stark vermindert

GÜNTHER DEPAS, **Mailand**

Der staatliche italienische Energiekonzern ENI hat 1984 seinen Verlust gegenüber dem Vorjahr von 1369 auf 100 Mrd. Lire (157,8 Mill. DM) vermindert. Die Ertragsverbesserung ist teils der positiven Konjunkturentwicklung, teils der Umschuldung und Konsolidierung der Verbindlichkeiten zuzuschreiben. Im laufenden Jahr erwartet die Konzernleitung einen Umsatz von 46 176 Mrd. Lire (plus 7,6 Prozent) und einen Gewinn von 300 Mrd. Lire. Gleichzeitig wird mit einer weiteren Verminderung der Verbindlichkeiten um 600 auf 16 400 Mrd. Lire gerechnet, während die Investitionen gegenüber 1984 um 30 Prozent auf 6000 Mrd. Lire steigen sollen. Die ENI-Gruppe beschäftigt im In- und Ausland 120 000 Personen.

Der Industrieertrag verdoppelte sich auf 2600 Mrd. Lire, während die Selbstfinanzierung, die 1982 auf einen Tiefststand von 1000 Mrd. Lire abgerutscht war, 1984 rund 4200 Mrd. Lire erreichte und weiter auf 5000 Mrd. Lire steigen wird.

Zu der Ertragssteigerung trugen alle Bereiche einschließlich der besonders verlustbringenden Konzernsparten Chemie, Bergbau und Textilindustrie bei. In der Chemie verminderte die Tochter Enichimica ihren Verlust von 638 auf 150 Mrd. Lire, während die Mineralöl-Tochter Agip ihren Gewinn um 30 Prozent auf über 260 Mrd. Lire und der gesamte Energiebereich des Konzerns seinen Gewinn von 759 auf 1270 Mrd. Lire erhöhte.

Eine weitere Ertragsverbesserung wird im Energiebereich auch für 1985 erwartet, wogegen die Chemie den Erwartungen der Konzernleitung zufolge im laufenden Jahr sehr wahrscheinlich mit höherem Verlust abschließen dürfte als 1984. Die Chemie wird in den nächsten Jahren die zunehmende Konkurrenz der Mittelmeer- und Nahostländer auf dem Gebiet der Raffinerieerzeugnisse immer stärker zu spüren bekommen. Da ENI nicht nur die Anlagen der Ende der 70er Jahre liquidierten Chemiekonzerne Liquichimica und S. I. R. auffangen mußte, sondern vor zwei Jahren auch die meisten verbliebenen Kapazitäten des privaten Montedison-Konzerns in der Basischemie übernahm, entfallen auf Enichimica inzwischen 90 Prozent aller italienischen Basischemieanlagen.

Am Energiermarkt deckt ENI etwa 50 Prozent des italienischen Bedarfs. Bei 47 Prozent liegt der Deckungsanteil im Kraftstoffbereich. Die ENI-eigene Erdölförderung betrug im vergangenen Jahr 12,7 Mill. Tonnen.

SCHUHINDUSTRIE / Italiener „etwas besorgt"

Für Europa gemeinsam werben

HARALD POSNY, **Düsseldorf**

Die italienische Schuhindustrie ist über den um rund eine Mill. Paar geringeren Export in die Bundesrepublik „etwas besorgt". Wie der Präsident des Italienischen Schuhverbandes (ANCI), Luigino Rossi, anläßlich der 59. GDS in Düsseldorf erklärte, hält man jedoch diesen negativen Trend in diesem Jahr für beendet. Die Bundesrepublik bliebe nach wie vor Exportmarkt Nr. 1. Dabei ist sich Rossi der „schwierigen Preissituation" in der Bundesrepublik bewußt, die kaum eine Preiserhöhung zulasse. Dies führe, so Rossi gegenüber der WELT, zu einem weiteren Verfall der Ertragssituation, zumal die Lederpreise auf Basis des überbewerteten Dollar voll negativ durchschlügen.

Die bisherigen Werbeaktivitäten der Italiener in der Bundesrepublik, in der Schweiz, Östereich und Benelux nannte Rossi erfolgreich. Um so bedauerlicher bezeichnete er Präsident den Vorwurf der Subvention der ANCI-Werbekampagne durch den italienischen Staat. Rossi: „Ich betone ausdrücklich, daß zu keiner Gelegenheit die Kampagne durch öffentliche Mittel subventioniert wurde."

Die Werbepläne der deutschen Schuhindustrie und des Handels mit einem Etat von drei Mill. DM in den nächsten drei bis fünf Jahren hielt Rossi für „wichtig und notwendig". Dabei könne er sich Überlegungen vorstellen, die auf eine gemeinsame Kampagne für europäische Schuhe abzielen. Rossi: „Wir haben als europäische Hersteller das gemeinsame Problem, unsere qualitativ hochwertigen Produkte gegen Billigimporte aus Drittländern durchzusetzen."

Derzeit fördert ANCI eine italienisch-sowjetische Kooperation für den Aufbau von drei Schuhfabriken in der UdSSR (Auftragsvolumen rund 300 Mill. DM) mit einer Gesamtkapazität von zwei Mill. Paar Schuhen jährlich. Im laufenden Jahr sollen fünf Mill. Paar Schuhe in die UdSSR exportiert werden. Auch zur Volksrepublik China würden Kontakte mit ähnlichen Zielen geknüpft.

USA / Handelskonzern Sears, Roebuck will eigenes nationales Bankennetz aufbauen

Kongreß soll Weg für Familieninstitute ebnen

H.-A. SIEBERT, **Washington**

Bald wird das alte duale US-Bankensystem, lange strikt getrennt vom Investmentgeschäft mit Staats- und Bundescharter, überhaupt nicht mehr wiederzuerkennen sein. Der größte Waren- und Versandhauskonzern der Welt, Sears, Roebuck & Co. in Chicago, hat jetzt den Kongreß aufgefordert, den Weg für die Gründung von Familienbanken zu ebnen. Darunter zu verstehen sind Institute, die Einlagen annehmen und sie hauptsächlich an Verbraucher und Kleinbetriebe ausleihen. Verzichtet wird auf das kommerzielle Kreditgeschäft.

Was Sears im Auge hat, ist ein eigenes nationales Bankennetz, das vor den Grenzen der einzelnen Bundesstaaten nicht haltmacht und billig in den 813 Niederlassungen zu etablieren ist, wo schon jetzt ein großer Teil der Käufe mit hauseigenen Kreditkarten und Darlehen bezahlt wird. Verzichten würden die „Familienbanken" auf Scheckgebühren und Mindestdepositen, aber auch keine Habenzinsen gutschreiben. Der Konzern besitzt bereits die Sears Savings Bank in Kalifornien, die gegründet wurde, bevor der Kongreß auf Ausschußebene die Gründung solcher Institute ausschloß (Vertrauensschutz).

Der Vorstoß von Sears zielt auch auf die Annullierung dieses Beschlusses, bevor er im Plenum Rechtskraft erhält. Der Bank Holding Act definiert ein Institut als Bank, wenn es Depositen akzeptiert und kommerzielle Kredite gewährt. Verzichtet es auf das eine oder andere, ist es rechtlich keine Bank und unterliegt mithin nicht den allgemeinen Bankvorschriften, wie beispielsweise dem Verbot des Interstate-Banking. Solange der Kongreß diese Bankenreform durch die Hintertür nicht ausdrücklich verbietet, versuchen Dutzende von US-Unternehmen auf diesen Zug zu springen. Dem Comptroller of the Currency in Washington liegen 332 Anträge für die Gründung solcher „limited-service banks" vor. Er genehmigte 29 derartige Institute, bevor ein Richter in Florida ihn mit einer einstweiligen Verfügung stoppte. Ein Gericht in der US-Hauptstadt entschied jetzt anderweitig, so daß das letzte Wort die Legislative hat.

Eine Zustimmung des Kongresses würde Sears und anderen Unternehmen eine rasche Ausbreitung im Bereich des finanziellen Dienstleistungsgeschäfts erlauben. Der Konzern setzte im vergangenen Jahr 38,8 Mrd. Dollar um und verdiente nach Steuern 1,45 Mrd. Dollar. Die Warenhäuser waren daran mit 69 und 53, die Versicherungstochter Allstate mit 22 und 38, das 1981 erworbene Brokerhaus Dean Witter mit sechs und sieben sowie die Immobilien-Tochter Coldwell Banker mit zwei und drei Prozent beteiligt.

Die Richtung des Sears-Konzerns ist klar: Aus dem Spardepositen-Kuchen, der nahezu 300 Mrd. Dollar umfaßt, sollen sich seine „Familienbanken" ein großes Stück herausschneiden. Verschmolzen würde das Waren-, Versicherungs- und Immobilien- mit dem Geldgeschäft. Gegen die Sears-Pläne laufen Amerikas 7000 kleinste Banken Sturm.

NÜRNBERGER / Überdurchschnittliches Wachstum

Computer fördern Verkauf

HARALD POSNY, **Düsseldorf**

Die Unternehmen der Nürnberger Versicherungsgruppe, Nürnberg, sind 1984 im Wettbewerb weiter gut vorangekommen. Das gilt für das Neugeschäft ebenso wie für das Ergebnis, so daß man bei der Traditionsdividenden von 14 Prozent bleibt. Die Lebensversicherungs-AG löste sich im Neugeschäft von der allgemeinen Marktstagnation und legte in der Versicherungssumme um 8,9 Prozent auf 3,28 Mrd. DM zu.

Das herausragende Ergebnis wird auf die intensivierte Zusammenarbeit mit Versicherungsmaklern und die Aktivitäten von nahezu 300 neu eingerichteten Generalagenturen zurückgeführt. In beiden Vertriebsbereichen wird ein stationärer Computerservice mit Beratungs- und Bestandsverwaltungs-Programmen eingesetzt, der durch 800 mobile Rechner im Außendienst ergänzt wird.

Der Bestand wuchs um 8,3 Prozent auf 21,8 Mrd. DM Versicherungssumme. Die Beitragseinnahmen erhöhten sich einschließlich der Beiträge aus *der Rückstellung für Beitragsrückerstattung* um 5,2 Prozent auf 904 Mill. DM. Die Kapitalanlagen nahmen um 9,9 Prozent auf 5,7 Mrd. DM zu, die Erträge daraus um 5,7 Prozent auf 450 Mill. DM. Die Durchschnittsrendite liegt weiter bei 7,7 Prozent. Aus dem gestiegenen Rohüberschuß fließen 260 (169) Mill. DM der Gewinnreserve der Versicherten zu.

Der Kompositversicherer der Gruppe, die Nürnberger Allgemeine, buchte trotz widriger Markttendenzen 1984 ein Neugeschäft von 5,7 Prozent. Die Beitragseinnahmen wuchsen um 7,4 (7,1) Prozent auf 576 Mill. DM. Die technische Rechnung schloß wieder mit Gewinn. Rund 22 Mill. DM Gewinn kommen aus den Erträgen der allgemeinen Rechnung.

ROBECO / Zufrieden mit dem Anlage-Ergebnis

Am Dollar schlecht verdient

J. GEHLHOFF, Düsseldorf

Mit Gelassenheit bekennt der Vorstand der weltweit in Aktien anlegenden Investmentgesellschaft Robeco N. V., Rotterdam, für 1984 eine Fehleinschätzung: Man habe einen Rückgang des hohen Dollarkurses für wahrscheinlicher gehalten als den weiteren Kursanstieg. So habe man zur Abdeckung des Dollarrisikos (immerhin sind 39,9 nach 37,2 Prozent des Vermögens in US-Werten angelegt) „während eines großen Teils des Jahres" Währungstermingeschäfte mit dem Resultat gemacht, daß „uns der günstige Einfluß der Dollarsteigerung auf das Anlageergebnis teilweise entgangen ist".

Was als Anlageerfolg übrig blieb, darf zumal im Vergleich mit dem 1984er Kursindex deutscher Aktien (plus 6 Prozent) als zufriedenstellend gelten und erklärt die Gelassenheit des Vorstands: Vermögensanstieg auf 7,61 (6,96) Mrd. hfl oder 69,48 (65,29) hfl pro Robeco-Aktie, deren ausgegebene Zahl 1984 auf 109,5 (106,6) Mill. Stück je 10 Gulden weiter stieg und die nun mit 2,72 (2,6) hfl Stückdividende bedacht werden sollen. Die Hauptversammlung findet am 28. März statt.

Mit der letzten Dividende und dank der noch 3,4prozentigen Kurssteigerung der Robeco-Aktie in 1984 auf 69,10 hfl endet das gesamte Anlageergebnis für 1984 noch mit einer Plusrate von 7,3 Prozent; 1983 waren das gut 40 und 1982 rund 15 Prozent. Mit Bedacht addiert der Vorstand der stark mit deutscher Kundschaft arbeitenden Gesellschaft (Alt-Bundespräsident Scheel sitzt im Aufsichtsrat) die letzten drei Jahre zu einem „Gesamtergebnis" von 80 Prozent Wertsteigerung für jene Aktionäre, die auch die Dividende für neuen Robeco-Aktienkauf nutzten.

Denn der Vorstand resümiert das alles in eine für die freie Welt (und damit auch für Robeco-Erfolg) günstige Konjunkturprognose bei allen wichtigen Industrieländern. Der Ende 1982 begonnene Aufschwung im Konjunkturzyklus, von den Börsen schon 1983 antizipiert, deute neuerdings auf eine „fortdauernde Periode wirtschaftlicher Expansion".

Wüstenrot-Bank auf Expansionskurs

nl. Stuttgart

Da sich die Bau- und Baulandpreise als recht stabil erwiesen und auch mit einer positiven Einkommensentwicklung breiter Bevölkerungskreise zu rechnen sei, schätzt die Wüstenrot-Bank AG, Ludwigsburg, ein Spezialinstitut zur Finanzierung wohnungswirtschaftlicher Projekte innerhalb der Wüstenrot-Gruppe, die geschäftliche Perspektive für 1985 als „durchaus zuversichtlich" ein.

In den ersten beiden Monaten dieses Jahres lagen die eingegangenen Kreditanträge summenmäßig um 40 Prozent über der entsprechenden Vorjahreszeit. 1984 hat der Zinsüberschuß um 8,2 Prozent zugenommen, das Betriebsergebnis erhöhte sich um 10 Prozent . Aus dem Jahresüberschuß von 12 (11) Mill. DM wird eine Dividende von unverändert 14 Prozent auf 58 Mill. DM Aktienkapital ausgeschüttet. Die Bilanzsumme der Bank vergrößerte sich um 4,4 Prozent auf 6,5 Mrd. DM. Der Bestand an Kundenforderungen stieg um 1 Prozent auf über 2,9 Mrd. DM.

Flötotto: Erfolg per Katalog

hdt. Gütersloh

Das Marketingkonzept, den Endverbraucher per Katalog anzusprechen und dann direkt zu beliefern, erwies sich für die Möbelfabrik Fritz Flötotto, Gütersloh, als Erfolgsrezept. Im Vorjahr wurden für den Katalog, der wöchentlich rund 15 000 mal angefordert wird, sowie für Inserate 7,2 Mill. DM aufgewendet, eine Investition, die sich auszahlte. So konnte der Umsatz von 40 Mill. DM (1980) auf 65 Mill. DM (1984) erhöht werden.

Bekannt wurde Flötotto vor allem durch ergonomisch geformte Schulmöbel; allein von einem im Unternehmen entwickelten Schülerstuhl konnten inzwischen weltweit 50 Mill. Stück abgesetzt werden. Weiteren Auftrieb brachte das in den siebziger Jahren konzipierte flexible „Profil-Einrichtungs-System", das inzwischen in Frankreich, USA, Ägypten und Japan in Lizenz nachgebaut wird. Dank der Weiterentwicklung dieses Systems steuert das Unternehmen trotz anhaltender Flaute in der Branche weiter auf Erfolgskurs.

ERICSSON / Stärke liegt bei Computer-Arbeitsplätzen

Durchbruch zur Glasfaser

HARALD POSNY, Düsseldorf

Die beiden Tochtergesellschaften der schwedischen Telekommunikations- und Informationsgruppe LM Ericsson, die Düsseldorfer Ericsson Informations Systems GmbH und die Stuttgarter Vertriebspartner GmbH, haben 1984 eine Umsatzsteigerung um 28,5 Prozent auf 199 Mill. DM erzielt. Der Auftragseingang wuchs sogar um 30 Prozent auf 230 Mill. DM. Wie der zu Jahresanfang erst eingesetzte Geschäftsführer, Harro D. Welzel, mitteilte, erreichte der konsolidierte Umsatz 219 (175) Mill. DM.

Wesentlichen Anteil am Umsatz hielten Computer-Arbeitsplätze, von denen Ericsson in der Bundesrepublik gegenwärtig rund 36 000 kompatible Bildschirm-Terminals installiert hat. Die Gesamtgruppe kam 1984 mit einem 16 Prozent-Plus über die Umsatzschwelle von 10 Mrd. DM. Vor Steuern und Rücklagen wurden knapp 540 Mill. DM erwirtschaftet, der Nettogewinn fiel auf 152 (175) Mill. DM. Vom Gesamtumsatz entfielen 3,2 (2,6) Mrd. DM auf den Geschäftsbereich Informationssysteme, das waren fast 25 Prozent mehr als im Jahr zuvor, rund 3,4 Mrd. DM entfielen auf Telefonvermittlungssysteme. Der Auftragseingang lag um 23 Prozent über dem Vorjahr. Im Kabelbereich wurde der Durchbruch zu Glasfaserkabeln erreicht. Besonders aus den USA habe man große Aufträge für Langstreckennetze erhalten.

Auch die Nachfrage nach Funktelefonen sei stark gestiegen. Fast 860 Mill. DM investierte Ericsson in Forschung und Entwicklung, weitere 690 Mill. DM flossen in Sachanlagen. Ende 1984 beschäftigte die Gesamt-Gruppe weltweit knapp 71 000 Menschen.

HERBERTS / Größere Anstrengungen bei der Entwicklung umweltschonender Lacke – Ertragskraft verbessert

Auslandsmärkte stärker ins Visier genommen

HARALD POSNY, Wuppertal

Die Auslandsaktivitäten, sowohl Export als auch die Produktion außerhalb der Bundesrepublik, waren für die Lack- und Farbengruppe Herberts, Wuppertal, die wenigen Lichtblicke in einem durch Metall-Streik und katalysatorgeschädigten Autoinlandsabsatz geprägten Geschäftsjahr 1984. Vom Weltumsatz aller Herberts-gemanagten Gesellschaften von 1,24 (1,17) Mrd. DM bestreitet das expansive Auslandsgeschäft inzwischen 52,8 (50,1) Prozent.

Noch deutlicher werden die Auslandsaktivitäten im Hinblick auf Umsätze der Inlands-Gruppe: Während der deutsche Umsatz bei 559 Mill. DM nur stagnierte, erhöhte sich der Export um 17,6 Prozent auf 263 Mill. DM. Mit einem Drittel Exportanteil liegt Herberts weiter über dem Branchendurchschnitt (20 Prozent).

Dabei muß freilich berücksichtigt werden, daß die Inlandsstagnation ausschließlich das aufgegebene Baufarbengeschäft mit allen auf die Ertragslage einwirkenden Konsequenzen widerspiegelt. Aber auch der Markt (1,3 Mill. t) stagniert. So spielen nach den Worten von Geschäftsführungsmitglied Dieter Johannsen-Roth im Bereich Autoreparaturlacke (442 Mill. DM Umsatz) auch nicht beseitigte Unfallschäden und die gute Haltbarkeit der Erstlackierung eine Rolle.

Zu zwei ähnlich starken Standbeinen des „Vierfüßlers" Herberts haben sich die Bereiche Industrielacke (342 Mill. DM Umsatz) und Autoserienlacke (283 Mill. DM Umsatz) entwickelt. Gerade hier mußte 1984 in der neuen Produktionsstätte in Fertigung und Lieferbereitschaft hohe Flexibilität demonstriert werden. Die „Aufholjagd" nach dem Streik und der technische Umbruch zu neuen umweltschonenden Lacksystemen, wurden zur Bewährungsprobe.

Der Vorsitzende der Geschäftsführung, Franz-Josef Rankl, betonte den strukturellen Wandel am Markt. Der Anteil umweltfreundlicher Pulverlacke habe sich in den letzten fünf Jahren verdoppelt, die „klassischen" Öllacke und -Farben sowie die Zelluloselacke befänden sich auf dem Rückzug. Dagegen wächst die Nachfrage nach Spezialitäten in allen Unternehmensbereichen.

Umweltfreundliche Lacke haben heute bei Herberts bereits einen Anteil von 25 bis 30 Prozent der Inlandsproduktion. Dafür werden allein im Wuppertaler Stammhaus jährlich etwa 60 Mill. DM in Forschung und Entwicklung gesteckt. Damit glaube man in vielen Fällen der Motor für neue Produkt-Verfahrens- und Prüftechnologien bei hohem Qualitätsstandard zu sein.

Gerade ihn will man auch ins Ausland tragen. Die globale Konkurrenz für Herberts erfordere auch eine internationale Konkurrenzfähigkeit. Hoffnung setzt Rankl vor allem auf den pazifischen Raum. Eine gute Ausgangsposition besteht mit der Schwestergesellschaft Berger in 50 Ländern der Erde. Langfristig wird ein Auslandsanteil von 60 Prozent angestrebt.

Die innere Ertragskraft der Gruppe wurde deutlich verbessert, was in dem von 6,9 auf 1,2 Mill. DM gesunkenen, an Hoechst abgeführten Ergebnis nicht deutlich wird. Hier haben sich Mehraufwendungen im Zusammenhang mit der Trennung von den Baufarben und der Einführung eines neuen Altersversorgungsmodells, für das allein 22 Mill. DM nötig waren sowie die Mehraufwendungen für Kurzarbeit während des Metallstreiks und die anschließenden Sonderschichten mit 4,5 Mill. DM ertragsmindernd ausgewirkt.

Gleichwohl trägt die im übrigen beendete Konzentration auf unternehmerische Stärken zunehmend Früchte. Verringerter Zinsaufwand und wesentlich gesunkene Fremdfinanzierung, beschleunigter Vermögensumschlag sowie der auf 60 (42) Mill. DM gestiegene Brutto-Cash-flow (7,3 nach 5,4 Prozent der Gesamtleistung) unterstreichen das. Für das laufende Jahr sind, wie 1984, reichlich 30 Mill. DM an Investitionen vorgesehen, dazu kommt der Reparaturetat von 20 Mill. DM. Die Belegschaft ging 1984, bedingt durch die Baufarben-Trennung, um 200 auf 3760 zurück, weltweit sind knapp 5600 Menschen für Herberts tätig.

NAMEN

Karl-Heinz Gohlke, Hans-Ulrich Henke, Günter Krogmann und **Lutz Walter** wurden zu Geschäftsführern der Rowntree Mackintosh GmbH, Hamburg, ernannt.

Liebhard Franke, Geschäftsführer der SW Kies GmbH & Co. Transport KG, Iffezheim, und **Dietward Horn,** Geschäftsführer der Pfaff Haushaltsmaschinen GmbH, Karlsruhe-Durlach, wurden zu Vizepräsidenten der Industrie- und Handelskammer Mittlerer Oberrhein, Karlsruhe, ernannt.

Karl-Heinz Manhardt wurde zum Vizepräsidenten der Bundesvereinigung Deutscher Einkaufsverbände (BEV), Köln, bestellt.

Dr. **Ernst Dönges,** ehemaliger Sprecher der Geschäftsführung der Sigri GmbH, Meitingen, ist am 18. März, kurz vor Vollendung des 73. Lebensjahres gestorben.

Volker Weber (30), bisher Abteilungsleiter Gruppen- und Incentive-Reisen bei Hapag-Lloyd, Düsseldorf, wechselt am 1. April 1985 als Leiter des Bereichs Incentives und Tagungen zur Hagen GmbH, Düsseldorf.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Aachen: Nachl. d. Dr.-Ing. Peter Werner Friedrich Lenz; **Augsburg:** Nachl. d. Georg Schneider; **Bocholt:** Irmgard Fellerhoff geb. Hüning, Inh. d. Line Esthetic Institut f. Ganzheitspflege, Borken; Nachl. d. Bernhard-Johann Sicking, Reken; **Detmold:** Günter Richers, Kaufmann, Lemgo 1; **Dortmund:** Nedutherm Isolierglas GmbH & Co. KG; Franz Josef Maria Wetter, Werne; **Essen:** Harald ten Eicken; Wohnungsbau Falkenbach GmbH, Hattingen; **Gelsenkirchen:** Ristram Seetransport Management GmbH; **Hamm:** Cappa-Schuhhandelsges. mbH, Bergkamen-Rünthe; **Heilbronn:** BKF-Holz-GmbH & Co. KG, Brackenheim 4 (Meimsheim); **Helmstedt:** Nachl. d. Erich Usbeck, Kaufmann, Grasleben; **Lüdinghausen:** Elektro Belzer GmbH, Nordkirchen; **Münster:** Orbis Wort u. Bild GmbH; **Osnabrück:** Anton Hagedorn GmbH Baumaschinen; **Regensburg:** Nachl. d. Hanno Rayher, Zahnarzt, Cham; **Rheine:** Heinrich Rettig, Raumausstattermeister, Metelen; **Zweibrücken:** Nachl. d. Kurt Rudolf Ebel.

Anschluß-Konkurs eröffnet: Schweinfurt: Werner Hohenhaus, Bauunternehmer, Schonungen; **Stuttgart:** Paul Ott GmbH & Co. KG, Waiblingen-Hohenacker.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

KKB bleibt bei 10 DM

Düsseldorf (Py.) – Die KKB Bank KGaA, Düsseldorf, schlägt ihren Aktionären für 1984 wieder eine Dividende von 10 DM je 50 DM-Aktien vor. Für die Dividende werden aus dem Jahresüberschuß 16,2 Mill. DM verwendet, weitere 24,1 Mill. DM sollen den offenen Rücklagen zufließen. Das haftende Eigenkapital der KKB beträgt 355,1 Mill. DM.

G+H ohne Dividende

Ludwigshafen (VWD) – Die Grünzweig + Hartmann und Glasfaser (G+H) AG, Ludwigshafen, hat 1984 mit einem erheblichen Verlust abgeschlossen, der keine Dividendenzahlung (1983: 2 DM) erlaube. Die Höhe des Verlustes wird in einem Zwischenbericht nicht genannt. Angesichts der Entwicklung am Baumarkt konnte, wie es heißt, ein Absatzrückgang nicht vermieden werden. Gravierender habe sich der anhaltende Preisverfall im Umsatz ausgewirkt. Das durch Sondereinflüsse bessere Ergebnis der G+H Montage GmbH habe „bei weitem" nicht ausgereicht, den Verlust aus dem Dämmstoffgeschäft auszugleichen. Auch für 1985 sieht das Unternehmen keine spürbare Besserung der ungünstigen Lage.

Kanzler zu Thyssen

Düsseldorf (J. G.) – Die Verkehrsgruppe Häeger & Schmidt, Tochter der Thyssen Handelsunion AG, hat mit der Kanzler Transport GmbH, Konradsreuth bei Hof, eine Zusammenarbeit vereinbart und 60 Prozent des Kapitals erworben. Die Speditionsfirma Kanzler (150 Lkw, 700 Leute, 100 Mill. DM Umsatz) ist vor allem in Süddeutschland tätig. Nebst Kanzler kommt Thyssens noch junge Verkehrsgruppe auf 2000 Beschäftigte und 700 Mill. DM Umsatz.

MK-Fonds: Besitzwechsel

München (sz.) – Aus „langfristigen, strategischen Geschäftsüberlegungen" hat sich jetzt das Münchener Bankhaus Schneider & Münzing von seiner Investmentfonds-Gesellschaft MK Münchner Kapitalanlage AG getrennt. 75,1 Prozent des MK-Aktienkapitals in Höhe von 2 Mill. DM wurden von der Continentale Krankenversicherung a. G., Dortmund, übernommen. Die restlichen 24,9 Prozent wird der Wiesbadener Rechtsanwalt Wolfgang Schuppli halten, der auch an anderen Mehrheitsbeteiligungen der Continentale-Versicherungsgruppe beteiligt ist. Von der Continentale Kranken wird ihr Engagement bei MK, die fünf Wertpapierfonds mit einem Gesamtvolumen von über 250 Mill. DM verwaltet, als „Abrundung der Angebotspalette" bewertet.

DEUTSCHE SKF / Der Export hat sich als Motor des Geschäfts erwiesen

Erwartungen wurden weit übertroffen

DANKWARD SEITZ, München

Nach drei recht mageren Jahren hat die positive Konjunkturentwicklung dem deutschen Wälzlager-Hersteller SKF GmbH, Schweinfurt, 1984 ein unerwartet positives Ergebnis gebracht. Zweimal mußten, so der Vorsitzende der Geschäftsführung Hans Westphal, die Planungsdaten nach oben revidiert werden. Letztendlich wurden diese dann noch einmal mit einem Umsatzplus von 9,2 Prozent auf 1,39 Mrd. DM und einer Produktionszunahme von 16,0 Prozent auf 784 Mill. DM übertroffen. Die Kapazitätsauslastung verbesserte sich auf stolze 93 (77) Prozent.

Als eigentlicher Motor des Geschäfts erwies sich wieder der Export mit einem Wachstum von 17 Prozent auf 623 Mill. DM. Die Exportquote erreichte 45 (42) Prozent und war damit die höchste in der Firmengeschichte. Zweistellige Zuwachsraten verzeichnete man nach Angaben von Westphal vor allem in Schweden, Frankreich, Italien und England sowie im pazifischen Raum. Enttäuschend hingegen war das Geschäft mit den USA, für deren Maschinenbauer der hohe Dollar-Kurs teilweise katastrophale Folgen hat.

Im Inlandsgeschäft, das um 3 Prozent auf 767 Mill. DM wuchs, entwickelten sich, so Westphal, alle Marktsegmente positiv, außer den Zulieferungen für die Autoindustrie (Umsatzanteil rund ein Drittel). Infolge des Arbeitskampfes und der Katalysator-Diskussion wurde hier die Umsatzplanung um 20 Mill. DM verfehlt. Besonders erfreulich hätten sich die Umsätze mit dem Handel, der Elektroindustrie, dem Maschinenbau und den Textilmaschinen-Herstellern entwickelt.

Einen noch deutlicheren Niederschlag fand diese Entwicklung auf der Ertragsseite. Endgültige Zahlen liegen zwar noch nicht vor, jedoch verbesserte sich der Jahresüberschuß nach Angaben von Westphal geradezu sprunghaft auf 12,8 (0,32) Mill. DM. Er soll nach dem Dividendenausfall 1983 in voller Höhe an die schwedische Mutter SKF AB, Göteborg, ausgeschüttet werden. Auch der Cash-flow stieg kräftig auf 128,4 (54,3) Mill. DM, obwohl die Abschreibungen mit 54,1 (47) Mill. DM recht hoch waren und die Zuweisungen zu den Pensionsrückstellungen mit rund 29 (21,5) Mill. DM noch gestiegen sind. Investiert wurden 54,3 (53) Mill. DM.

Noch besser als 1984 werden nach Ansicht von Westphal die nächsten drei Jahre werden. Der Zwang zur Rationalisierung in weiten Bereichen der Industrie dürfte allein 1985 zu einer (vorsichtig geschätzten) Umsatzausweitung von mindestens zehn Prozent und einer weiteren Produktionssteigerung führen. Doch auch dann soll die Mitarbeiterzahl (9128 nach 9091) weitgehend konstant gehalten werden.

KALI UND SALZ

Dividende wird verdoppelt

dpa/VWD, Kassel

Eine anhaltende Nachfragebelebung auf dem Welt-Kalimarkt führte bei der Kali und Salz AG (K+S), Kassel, 1984 zu einer Steigerung des Kali-Absatzes um acht Prozent auf 2,64 Millionen Tonnen. Die Produktion erhöhte sich um neun Prozent auf 2,65 Millionen Tonnen. Das war nach Mitteilung des Unternehmens die höchste Produktion seit Bestehen der K+S. Der Zuwachs resultierte aus dem Export, hauptsächlich auf die überseeischen Märkte, während im Inland lediglich der Vorjahresabsatz gehalten werden konnte.

Wie das Unternehmen weiter schreibt, fiel der Absatz bei Magnesium-Verbindungen ebenfalls höher aus als 1983. Auch das Steinsalzgeschäft verlief etwas besser als im allerdings schwachen Vorjahr. Dagegen blieben die Lieferungen von Thomaskali hinter denen von 1983 zurück.

Der K+S-Umsatz stieg um 14 Prozent auf 1,74 Milliarden DM. Dabei nahm der Exportanteil auf 53 Prozent zu. Wie es weiter heißt, stieg der Jahresüberschuß auf 60 Millionen DM. Der Hauptversammlung wird eine von vier auf acht DM je 50-DM-Aktie erhöhte Dividende vorgeschlagen, der freien Rücklage wurden 20 Millionen DM zugeführt. Die Belegschaft wurde 1984 um 215 auf 9132 Mitarbeiter ausgebaut.

Die Tochtergesellschaft Chemische Fabrik Kalk GmbH, Köln, war im letzten Geschäftsjahr in allen Produktbereichen gut beschäftigt und konnte ein verbessertes Ergebnis erwirtschaften. Der Umsatz wurde um zehn Prozent auf 518 Millionen DM gesteigert.



PFLEGEKOSTEN

FDP fordert Steuerbegünstigung

Py. Bonn

Die Arbeitsgruppe „Pflegekostenversicherung" der FDP hat die Initiativen der privaten Krankenversicherer im Bereich der Pflegekostenversicherung begrüßt. Die private Vorsorge wurde dabei als Eckpfeiler des liberalen Pflegekosten-Konzepts bezeichnet, der allerdings nur tragfähig sei, wenn breite Bevölkerungsschichten durch steuerliche Anreize zum rechtzeitigen Abschluß von Pflegekosten-Versicherungsverträgen motiviert würden.

Entgegen der Stellungnahme des Parlamentarischen Staatssekretärs Friedrich Voss vom Bundesfinanzministerium werden die im geltenden Einkommensteuerrecht vorgesehenen Erleichterungen als unzureichend bezeichnet. Die FDP fordert die Erhöhung der steuerlichen Höchstbeträge bzw. deren Anbindung an die Beitragsbemessungsgrenze in der Rentenversicherung.

MAKLER / Als unabhängige Berater sind sie weder „Prämientreiber" noch „Preisschleuderer"

Zwischen Aggressivität und Kreativität

Es ist erstaunlich, wie wenig über den Beruf des Versicherungsmaklers, seine Arbeit, seine Funktion als Dienstleister in der Versicherungswirtschaft bekannt ist. Selbst Berufs- und Gewerbebereiche, für die bereits die Zusammenarbeit mit einem Makler nicht nur sinnvoll, sondern auch empfehlenswert wäre, haben oft nur verschwommene Vorstellungen. Kein Wunder, daß Nichtwissen zu Fehlentscheidungen führt.

Versicherungsmakler sind keine Erfindung dieser Tage. Sie haben Tradition. Ihre Arbeit bezog sich früher mehr oder minder auf den küstennahen Bereich, in dem sie ihre Dienste als Interessenvertreter der von ihnen betreuten Unternehmen, als „ein von den Parteien Versicherer und Versicherungskunde des Versicherungsvertrags rechtlich und wirtschaftlich unabhängiger Versicherungsvermittler anboten".

„Er ist Betreuer und Vertreter seiner Kunden in allen Versicherungsangelegenheiten. Er gestaltet in ihrem Auftrag und nach ihren besonderen Bedürfnissen die Versicherungsverträge und vermittelt den Abschluß dieser Verträge im nationalen und internationalen Markt. Nach Abschluß der Verträge ist er mit der Verwaltung der Verträge beauftragt; hierzu gehört insbesondere die Wahrnehmung der Interessen des Versicherungsnehmers im Schadenfall." So steht es in der von strenger Aufnahmeregelung geprägten Satzung des Vereins Deutscher Versicherungs-Makler e. V. (VDVM; Hamburg).

Seine etwa 140 Mitglieder aus der Bundesrepublik haben einen „Ehrenkodex" verabschiedet, der ihre Position klärt und sogenannte „Pseudomakler" vom Verein fernhält. Der VDVM hat in den zurückliegenden Jahren wertvolle Arbeit geleistet, um unseriöse Praktiken aufzudecken und die mißbräuchliche Ausgestaltung von Maklerverträgen zurückzudrängen.

Im Zusammenhang mit der Verschärfung des Wettbewerbs innerhalb der Versicherungswirtschaft, von der auch die Makler nicht unberührt blieben, gewinnt ein weiterer Satz der VDVM-Satzung besonderes Gewicht: „Der Versicherungsmakler ist jedoch auch den Interessen der versicherungsgebenden Wirtschaft an der Erhaltung eines funktionsfähigen Marktes verpflichtet."

Es ist zwar kaum zu befürchten, daß sich Versicherungsmakler als „Prämientreiber" geben, dafür werden die Kunden schon sorgen, die an einem preisgünstigen Versicherungsschutz interessiert sind. Eher besteht schon die Gefahr, den billigsten Preis zu favorisieren, und in bestimmten Teilsparten für ein unvernünftig niedriges Prämienniveau zu sorgen.

Gegen diesen Vorwurf wehren sich die Makler natürlich mit Vehemenz. Sie können nicht an einem ungesunden Prämienniveau interessiert sein, nicht nur, weil sie es selbst an ihren Einkünften spüren. Sie dürften auch kaum auf die Idee kommen, für die abgespeckte Prämie auch weniger Service zu bieten. Das gerade ist ihre Stärke. Und sie nehmen sowohl dem Kunden als auch den Versicherungsunternehmen einen erheblichen Teil der Verwaltungs- und Schadenabwicklungsarbeit ab. Dabei sind die spezialisierten Makler auch innovativ und kreativ, wenn es um neue Dekkkckungsmöglichkeiten geht.

Diese Leistungen werden zwar nicht kostenlos erbracht. Sie werden durch die von den Versicherungen gezahlten Provisionen gezahlt, und das unbeschadet der Unabhängigkeit gegenüber dem Versicherer. Abschluß- und Verwaltungskosten sind Teil der kalkulierten und dem Kunden in Rechnung gestellten Prämien.

HARALD POSNY

KFZ-HAFTPLICHT

Höhere Tagessätze für Mietwagen

Py. Düsseldorf

Eine Anpassung der Tagessätze an die gestiegenen Mietwagenkosten hat der Verband der Autoversicherer (HUK-Verband) den Mitgliedsgesellschaften empfohlen, die sogenannte Mietwagenabkommen mit Autovermietern geschlossen haben. Die Erhöhung seit dem 1. März beträgt durchschnittlich 4,9 Prozent.

Aufgrund solcher Abkommen verzichtet die Versicherung bei Autofahrern, die nach einem unverschuldeten Unfall einen Mietwagen nehmen, auf den Abzug der Eigenersparnis (15 bis 20 Prozent), wenn der Geschädigte ein Fahrzeug mietet, das einer niedrigeren Modellgruppe angehört als sein eigenes. In der Verbandsempfehlung gibt es jetzt statt bisher zwölf Modell- und zehn Mietwagengruppen zehn Modell- und neun Mietwagengruppen. Die Tagessätze liegen zwischen 22,50 und 115 Mark.

PRIVATPATIENTEN

Die Selbstzahler bleiben versichert

AV. Hannover

Ab sofort verlieren privat krankenversicherte Angestellte, die länger als ein halbes Jahr krank sind, nicht mehr ihren Schutz in der Arbeitslosenversicherung. Dieses Ergebnis von Verhandlungen zwischen dem Bundesarbeitsministerium und dem Verband der private Krankenversicherer wurde jetzt bekannt.

Weil niemand freiwillig Beiträge in die Arbeitslosenversicherung bezahlen kann, waren Selbstzahler bislang automatisch nicht mehr versichert, wenn sie länger als ein halbes Jahr krank waren. Die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung für Kassenpatienten übernehmen dagegen die Orts-, Ersatz- und Innungskrankenkassen. Jetzt bezahlen die privaten Versicherer gemeinsam pauschal vier Millionen Mark an die Bundesanstalt für Arbeit, wodurch auch die Selbstzahler dort versichert bleiben.

ÄRZTE-HAFTPFLICHT / Höhere Entschädigung für Opfer von Kunstfehlern

Mündige Patienten haben ihren Preis

AV. Hamburg

Auch wenn es keine Anzeichen gibt, daß Kunstfehler auch nur um einen Promillesatz zugenommen haben – solange immer mehr Patienten sich sofort als Opfer mit Schadenersatzanspruch begreifen, wird auch die Zahl der Arzthaftpflichtfälle bei der Versicherungswirtschaft steigen.

Auch die Gerichte haben zu dieser Entwicklung beigetragen: Forderungen an die Ärzte können heute leichter durchgesetzt werden, weil die Rechtsstellung der möglicherweise Geschädigten deutlich verbessert wurde. Weitere Begleiterscheinung: Nicht nur die Zahl, auch der Umfang der Ansprüche wächst rapide.

Naheliegend, daß die Assekuranz ihre Prämien für die Arzthaftpflicht anpassen mußte. Da nach den ökonomischen Grundsätzen der Versicherungswirtschaft Beiträge die Schäden decken müssen, folgen auf zunehmende Schäden zwangsläufig höhere Prämien. Das bedeutet: Neue Gruppen von Versicherten mußten gebildet, der Deckungsumfang erweitert und die Prämien neu kalkuliert werden.

So wird jetzt kein Unterschied mehr zwischen dienstlicher und freiberuflicher Tätigkeit gemacht. Maßgeblich für die Einstufung ist nur noch, ob ein Arzt ausschließlich ambulant oder sowohl ambulant als auch stationär behandelt. In dieser Änderung wirkt sich die Krankenhausreform aus: Chefärzten wird im Dienstvertrag die Behandlung von Privatpatienten als dienstliche Tätigkeit zugestanden.

Dazu kommt, daß auch die meisten von den Krankenhäusern abgeschlossenen Policen keinen solchen Unterschied mehr sehen. Angestellte Ärzte, die zweite Großgruppe also, werden noch einmal nach Chef-, Ober- und Assistenzärzten aufgegliedert.

Innerhalb dieser beiden Großgruppen gibt es zwar nach wie vor unterschiedliche Tarife für einzelne Fachrichtungen, aber auch hier wurde vereinfacht: Chirurgen, Orthopäden, Gynäkologen, Urologen, Anästhesisten und Radiologen bilden ihrerseits eine Tarifgruppe, alle anderen zusammen eine zweite. Damit konnten deutlich weniger, aber größere Tarifgruppen gebildet werden. Vorteil: Großschäden werden leichter aufgefangen, Prämien lassen sich gerechter kalkulieren.

Im Zuge der neuen Tarife wurde auch ein anderes Problem gelöst: Wenn aufgrund eines Untersuchungsfehlers ein notwendiger Schwangerschaftsabbruch unterbleibt und ein schwerbehindertes Kind zur Welt kommt, ist in den neuen Tarifen eine Klausel eingebaut, die solche Fälle als Personenschäden (bisher Vermögensschaden) behandelt.

NACHRICHTEN

Autofahrer durch die Bank versichert

London (DW.) – Die Bank of Scotland bietet als erstes britisches Kredit-Institut eine maßgeschneiderte Kfz-Versicherung an. Sie richtet sich dabei an die Gruppe der 25- bis 74jährigen, die während dreier Jahre keinen Autounfall verursacht haben. Neben den üblichen Leistungen wird eine Prämienherabsetzung gewährt, wenn innerhalb von drei Jahren nicht mehr als zweimal Versicherungsansprüche geltend gemacht worden sind.

Klarheit in Hausrat

Karlsruhe (WR.) – Brandaktuell ist der soeben erschienene Band 8 der Taschenbuchreihe „Klarheit über Versicherungen" der Karlsruher Versicherungen (Friedrich-Scholl-Platz, 7500 Karlsruhe 1). Das Büchlein, dort gegen Voreinsendung von einer Mark in Briefmarken erhältlich, enthält auch die neuesten Bedingungsänderungen auf diesem Sektor. Der Inhalt ist für Laien geschrieben, amüsant und informativ zugleich.

Mehr Ausbildungsplätze

München (WR.) – Die Zahl der Ausbildungsplätze in der deutschen Versicherungswirtschaft im Ausbildungsberuf „Versicherungskaufmann" ist 1984 gegenüber dem Vorjahr nochmals gestiegen, und zwar um 4,5 Prozent auf 10 188. Die Zahl der neu eingestellten Lehrlinge war mit 4076 sogar um 6,1 Prozent höher als 1983. Insgesamt stellt die Assekuranz über 11 000 Ausbildungsplätze zur Verfügung.

Neue Winterthur-Tochter

Zürich (WR.) – Die Winterthur-Versicherungsgesellschaften haben ein neues Unternehmen, die IFISCO, International Financial und Insurance Services AG, in Zürich gegründet. Zweck der Gesellschaft im In- und Ausland: Unterstützung multinationaler Unternehmen und deren Berater mit umfassenden Dienstleistungen bei der Durchführung von Vorsorgeplänen, dem damit zusammenhängenden Risk Management sowie in Versicherungs- und Finanzangelegenheiten.

Bei Krankheit – privat versichert

1984 insgesamt 9,3 Mio Privatversicherte
davon: Privat Vollversicherte 5,1 Mio
Privat Zusatzversicherte (gesetzl. Versicherte) 4,2 Mio

Leistungen 1983 in Mio DM für:	
Krankenhaus	3268
Arztkosten	1506
Tagegelder	1328
Arzneien, Heil- u. Hilfsmittel	1168
Zahnbehandlung und -ersatz	1044
Beitragsrückerstattung	679
sonstiges	40

Ziel der Versicherungen und damit größter Leistungsposten der privaten Krankenversicherung ist die Abdeckung des Risikos bei schwerer Krankheit, die meist mit Krankenhausaufenthalten verbunden ist. Rund ein Drittel der gesamten Leistungen, also 3,3 Milliarden Mark, sind Krankenhauskosten zugunsten der 8,4 Millionen Versicherten. GRAFIK: GLOBUS

Partner senkt Beiträge

Düsseldorf (Py.) – Zum 1. März wurden nach den Beiträgen in allen wichtigen Bereichen der Vollkostenversicherung sowie in der Kurkostenversicherung der Partner-Gruppe Krankenversicherung AG, Offenbach, jetzt auch die Beiträge zur Krankentagegeld-Versicherung gesenkt.

Risiko Roboter

Hamburg (WR.) – Die Jauch & Hübener Versicherungsmakler, Hamburg, haben eine All-Risks-Deckung für Industrie-Roboter entwickelt, die insbesondere für mittlere Unternehmen interessant ist. Im Rahmen einer Police werden nicht nur Sachschänn am Roboter selbst gedeckt, sondern auch Wiederherstellungskosten des Programms und die durch Betriebsunterbrechung entstehenden Kosten.

ÖFFENTLICH-RECHTLICHE VERSICHERER

Nutzenstiftung hat Vorrang vor Gewinn

Von H. KLEINSTÜCK

Die erste moderne Versicherung *in Europa wurde 1676 gegründet*, die bis heute bestehende Hamburger Feuerkasse, eine öffentlich-rechtliche Gebäudefeuerversicherung, die mit Pflicht- und Monopolrechten ausgestattet ist. In der Folgezeit entstanden ähnliche Einrichtungen in fast allen deutschen Staaten. Sie waren und sind sämtlich auf dem Gedanken der Gegenseitigkeit der Gefahrengemeinschaft gegründet.

Verdanken sie ihre Entstehung landesherrlichen oder ständestaatlicher Fürsorge, so haben sie bis heute ihre Aufgaben unter dem Verfassungs- und Sozialstaatsprinzip gleichermaßen erfüllt, nämlich in einer gegebenen Region unter dem Gemeinnützigkeitsprinzip zu arbeiten, preiswerten Feuerversicherungsschutz für Gebäudeeigentümer zu gewähren, den Realgläubiger vor Verlust der Haftungssubstanz zu schützen und im vorbeugenden Brandschutz aktiv Hilfe zu leisten.

Der Versicherungspflicht des Eigentümers stehen eine Fülle von begünstigenden Sonderrechten gegenüber, etwa der Antragsannahmezwang durch die Versicherung, der Verzicht auf die Einrede der Unterversicherung, Ausschluß des Kündigungsrechts im Schadensfall, Gewinnlosigkeit. Das Bundesverfassungsgericht hat Rechtsform, Tätigkeit und hoheitliche Aufgabenstellung in einer jüngeren Entscheidung bestätigt. Bis heute arbeiten zwölf Gebäudefeuerversicherer nach diesen Grundsätzen im Bundesgebiet.

Zu dem bewährten Prinzip der Gebäudepflichtversicherung traten im 19. Jahrhundert, als sich Wettbewerbsversicherer, Aktiengesellschaften und die Versicherungsvereine auf Gegenseitigkeit (VVaG) bildete, die öffentlich-rechtlich verfaßten Wettbewerbsversicherer. Vor allem Preußen gab mit seinem Sozietätengesetz von 1910 hierzu den Anstoß. Auch hier stand ein sozialstaatlicher Gedanke im Vordergrund. Preußen wollte ein Gegengewicht zu den gewinnorientierten, ganz auf die wirtschaftlichen Ballungsräume fixierten privaten Lebensversicherungen schaffen.

Versicherungsangebot mit niedriger Prämie, Verzicht auf Stornogewinne, Überschußbeteiligung, Wiederanlage der Kapitalien in der Region, Zusammenarbeit mit Sparkassen waren die Maximen des Handelns. In der Fortentwicklung des Gründungsauftrags traten dann im 20. Jahrhundert die übrigen Sparten hinzu.

So gibt es heute 21 öffentlich-rechtliche Regionalversicherer im Sach- und HUK-Bereich und 13 Lebensversicherer, sowie Kranken- und Rechtsschutzversicherer. Der Marktanteil liegt in der Sachversicherung bei etwa 27 Prozent, in der Lebensversicherung 8,3 Prozent und im HUK-Bereich 11,4 Prozent.

Welche Rolle spielen die Öffentlich-Rechtlichen in der Praxis? Im Wettbewerb der Unternehmen verschiedener Rechtsformen tragen sie zu einer optimalen Befriedigung der Verbraucherbedürfnisse bei, unterstützen und ergänzen damit das marktwirtschaftliche System. In ihnen ist der Staat herrschaftslos anwesend, sie fördern den Wettbewerb und verhindern Wettbewerbsmißbrauch. Das Regionalitätsprinzip wirkt gegen weitere Machtkonzentration. Die Nutzenstiftung führt zur Beeinflussung von Preisgebaren und Dienstleistungsangebot.

Das Regionalprinzip fördert eine besonders intensive, kundennahe und kostengünstige Betreuung. Es verhindert, daß strukturschwache Gebiete aus reinen Wettbewerbsgründen vernachlässigt werden. Der aus dem Gegenseitigkeitsprinzip und der Nutzenstiftung herkommende Auftrag, Versicherteninteressen wahrzunehmen, um die Versichertengemeinschaft zu fördern, führt zu starkem Innovationsdrang. Öffentlich-rechtliche Versicherer sind in der Regel prämien- oder beitragsgünstig, sie haben niedrige Verwaltungskosten und ein hohes Leistungsniveau.

Das gilt auch für die nicht direkt am Markt teilnehmenden Pflicht- und Monopolanstalten. Sie sind einerseits Einrichtungen, die einen umfassenderen Versicherungsschutz preiswerter gewähren müssen, also weniger Beiträge erheben als der Wettbewerb, *andererseits steuern sie einem Prä*mienverfall im Rahmen ruinösen Wettbewerbs entgegen. Sie stabilisieren nach beiden Seiten. Sie können ihre Aufgabe in der sozialen Marktwirtschaft auch nur solange erfüllen, wie sie ihre Vorteile voll dem Versicherten zugute kommen lassen, also in einer Verbraucherschutzfunktion. Nur so sind ihre Sonderrechte weiter zu begründen. Ein Monopol als Selbstzweck fände keine politische Rechtfertigung.

Der Autor ist Präsident der Hessischen Brandversicherungskammer, Darmstadt.

AUTOHAFTPFLICHT

Kündigungsrecht mit Widerhaken

WOLFGANG BÜSER, **Bonn**

Zum Jahresbeginn sind die Haftpflichtprämien der Autoversicherer zum Teil erheblich gestiegen. Vor allzu deftigen Erhöhungen sind die Pkw-Besitzer allerdings durch ein außerordentliches Kündigungsrecht geschützt. Steigt die Prämie um mehr als 20 Prozent, kann der Vertrag sofort beendet werden.

Allerdings hat auch diese Klausel verborgene Haken. Es gilt der Vergleich des im letzten Jahr effektiv gezahlten mit dem im neuen Jahr effektiv zu zahlenden Beitrag, wenn der Erhöhungssatz ausgerechnet wird.

Beispiel: Die Grundprämie (100 Prozent) steigt – einschließlich eines Aufschlags durch eine Verschlechterung der Regionalklasse – um 22 Prozent. Es bestünde dann ein außerordentliches Kündigungsrecht. Wenn aber gleichzeitig der Schadenfreiheitsrabatt etwa um fünf Prozentpunkte steigt, dann drückt das den effektiven Erhöhungssatz wieder unter die Marke von 20 Prozent. Das außerordentliche Kündigungsrecht besteht nicht mehr. Im umgekehrten Fall, also bei der Verschlechterung des Schadenfreiheitsrabatts wegen eines Unfalls im abgelaufenen Jahr, könnte die für eine außerordentliche Kündigung maßgebende 20-Prozent-Hürde eher genommen werden.

NEUE TARIFE

Risikopolice der Gothaer

Düsseldorf (Py.) – Die Gothaer Lebensversicherung aG, Göttingen, bietet eine Risikoversicherung an, die bereits bei Vertragsbeginn einen Sofortbonus von 100 Prozent der Vertragssumme aus der Gewinnbeteiligung gewährt. Sie kann durch Unfalltod-Zusatzversicherung und um Rentenleistungen bei Berufsunfähigkeit ergänzt werden und ist vor allem für junge Selbständige interessant.

Colonia mit „Extra"

Köln (WR.) – Als erstes Unternehmen hat jetzt die Colonia Lebensversicherung AG, Köln, einen „Bonus" als Form der Überschußbeteiligung für die Berufsunfähigkeits-Zusatzversicherung eingeführt. Mit ihm erhöht sich bei Eintritt einer Berufsunfähigkeit die versicherte Leistung sofort, zur Zeit um ein Drittel. Das gilt auch für versicherte Renten wie auch für die sogenannte Beitragsbefreiung. Während der Rentendauer werden zudem die um den Bonus gestiegenen Renten jährlich aus dem Überschuß weiter erhöht. Ferner wird für schon bestehende Versicherungen der Überschußsatz (Schlußgewinn) verdoppelt.

Vorsorge für Ehepartner

Düsseldorf (Py.) – Mit einer speziellen Vorsorgepolice für Ehe- oder Geschäftspartner bieten die Hamburger Hanse-Merkur Versicherungen eine neue Lebensversicherung an, die eine gegenseitige Absicherung auch nicht verheirateter (Ehe)Partner ermöglicht. Die Versicherungssumme wird beim Tod der zuerst sterbenden Person, spätestens bei Vertragsablauf ausgezahlt.

„Bonusrente" von Nordstern

Düsseldorf (WR.) – Eine neue Form der Überschuß-Beteiligung in der Berufsunfähigkeits-Zusatzversicherung haben die Kölner Nordstern-Versicherungen entwickelt. Als *„Bonusrente" wird sie bei* Berufsunfähigkeit als zusätzliche Leistung in Prozent der versicherten Leistung festgesetzt. Während der Rentenzahlung wird die Bonusrente wie die versicherte Rente jährlich um vier Prozent erhöht.

PRODUZENTENHAFTUNG / Über verschuldensabhängige Gefährdungshaftung im Prinzip einig, aber:

Die EG-Richtlinie ist in weite Ferne gerückt

Ebenso umstritten wie sehnlichst erwartet, um bestehende Rechtsunsicherheit auszuräumen: die EG-Richtlinie zur Regelung der Produzentenhaftung. Entgegen allen Erwartungen ist sie 1984 nicht verabschiedet worden – mehr noch, die Standpunkte der EG-Mitgliedsstaaten haben sich noch weiter voneinander entfernt. Produzentenhaftung, also die verschuldensabhängige aus dem Deliktrecht abgeleitete Haftung mit Schadensansprüchen oder Pro*dukthaftung, als die verschuldensun*abhängige Gefährdungshaftung, bei der die Gefährlichkeit des in den Verkehr gebrachten Produkts im Vordergrund steht – diese Frage ist zu einem Dauerbrenner bei den Beratungen der EG-Juristen, Ministerräte und der EG-Kommission geworden.

In der Frage, ob der Produzent einer Ware (verschuldensabhängig) haftet, wenn jemand bei der Benutzung des Produkts zu Schaden kommt oder ob (verschuldensunabhängig) das Produkt im Vordergrund steht, ist insoweit eine Annäherung der Ansichten zustandegekommen, als das Prinzip der verschuldensunabhängigen Haftung unter den EG-Mitgliedern nicht mehr umstritten ist.

Hier hat sich der Verbraucherschutz durchgesetzt. Das gilt letzten Endes auch dafür, daß jeder Hersteller, aber auch der Zulieferer eines *Einzelteils, haftet,* wenn Schaden verursacht worden ist.

Eine der am stärksten umstrittenen Fragen, inwieweit die Richtlinie auch für Entwicklungsrisiken gelten soll, ist nach wie vor offen, nachdem ein angepeilter Kompromiß, die Einbeziehung *dieser Frage* den *einzelnen* EG-Staaten zu überlassen, nicht zustande kam. Frankreich verband diese Frage mit der Einführung von Haftungshöchstgrenzen.

Hier waren – wie einem Interview der Zeitschrift „Produkthaftpflicht international" der Kölnischen Rückversicherungsgesellschaft mit Ministerialrat Röbbert vom Bundesjustizministerium zu entnehmen ist – als Haftungshöchstgrenzen 50 Millionen Ecu (rund 115 Millionen Mark) bei *Personenschäden vorgesehen.* Diese Grenze sollte für zehn Jahre gelten. Dann *sollte* geprüft werden, ob diese Summe ausreichend bemessen ist. Seit der Verbindung der Einbeziehung von Entwicklungsrisiken und Haftungsgrenzen ist der ursprüngliche Kompromiß wieder offen.

Für Röbbert besteht kein unmittelbarer Zusammenhang zwischen ge*setzlicher Anspruchsbegrenzung* und der zur Verfügung stehenden Versicherungsdeckung. In beiden Fällen – begrenzte oder unbegrenzte Haftung – bestimme sich die mögliche Schadenhöhe und damit die Höhe der Deckungssumme der Versicherung *vielmehr nach dem Einzelfall.*

Bei der Haftung in Sachschäden sind Großbritannien und Italien aus Furcht vor einer Flut von Bagatellschäden für die völlige Ausklammerung. Dies kann unter Umständen durch eine Selbstbeteiligung des Geschädigten von 600 Mark, unterhalb der kein Schaden ersetzt werden soll, verhindert werden.

Unbestritten dürfte gegenwärtig sein, daß „bestimmte landwirtschaftliche und künstlerische Produkte" *nicht von der Produkthaftpflicht* erfaßt werden. Auch Regelungen, wie zum Beispiel die Arzneimittelhaftung, die überwiegend schon national geregelt ist, wird nicht einbezogen. Die Ausklammerung von der Haftung für Entwicklungsrisiken für in Luft- und Raumfahrt verwendete Produkte wird noch kontrovers diskutiert.

Der Beamte des Bonner Justizmi*nisteriums glaubt nicht* an *ein* völliges Scheitern der EG-Richtlinie, zumal man sich in der Frage der verschuldensunabhängigen Haftung im Prinzip einig ist. Denkbar wäre, so Röbbert, das Erlassen der Richtlinie „auf der Basis der erarbeiteten Ge*meinsamkeiten*".

Röbbert: „Sollte die Richtlinie wider Erwarten scheitern, werden die EG-Mitgliedsstaaten sicher die Frage der Übernahme der Konvention des Europarates zur Produkthaftung aus dem Jahr 1977 prüfen, die bisher nicht ratifiziert worden ist. Sie entspricht weitgehend dem Inhalt des Richtlinienvorschlags."

Für die Wirtschaft hat die Richtlinie – wie sie letztlich auch aussehen wird – spürbare Folgen. Gerade für *mittlere und kleinere Betriebe wird* sie sich in Prämienerhöhungen für den Versicherungsschutz niederschlagen.

HARALD POSNY

SCHADENBEDARF

Ausländer bauen mehr Unfälle

AV. Hamburg

Einzelne Gruppen von Ausländern in der Bundesrepublik Deutschland verursachen im Durchschnitt nicht nur teurere, sondern auch mehr Unfälle als deutsche Autofahrer.

Nach neuesten Statistiken der deutschen *Autoversicherer hat sich* diese Tendenz in letzter Zeit noch verstärkt. Im Jahr 1983 betrug der Schadenbedarf für türkische Autofahrer mit deutscher Kraftfahrzeug-Zulassungsnummer rund 650 Mark. Damit lag er um 46 Prozent über dem Schadenbedarf der deutschen Kraftfahrzeug-Halter.

Im Jahr 1982 war der Abstand „nur" 43 Prozent. Ähnlich verläuft die Entwicklung bei den griechischen *Gastfahrern. Ihr Schadenbedarf* liegt jetzt um 21 (20) Prozent höher als der Durchschnitt. Die deutlichste Steigerung wurde bei den Jugoslawen festgestellt. Die haben 1983 ihren Abstand innerhalb eines Jahres von 11,5 auf fast 16 Prozent „ausgebaut".

AUTOHAFTPFLICHT / Mehr Versicherungsspringer

Stadtverwaltung verurteilt

hb. Bonn

Dicht am Gefängnis vorbei mogeln sich nach Beobachtungen des Bundesverbandes Deutscher Versicherungskaufleute (BVK) immer mehr Autofahrer, die absichtlich ihre Auto-Haftpflichtversicherung nicht bezahlen und – wenn die Stillegung des Autos droht – sich schnell bei einem anderen Versicherer einen neuen Schutz holen, die also „springen".

Neben zivilrechtlichen Auseinandersetzungen droht die Gefahr, von der Polizei in einem Augenblick er*wischt zu werden, in dem kein* Versicherungsschutz besteht. In solchen Fällen droht der Paragraph 6 des Pflichtversicherungsgesetzes mit Gefängnis bis zu einem Jahr und mit Geldstrafen. Dazu kann das Auto beschlagnahmt werden.

Der BVK hofft, daß ein Urteil aus jüngster Zeit die Fahndungserfolge nach „Versicherungsspringern" und unversicherten Fahrern verbessern hilft. Wenn sich ein Fahrer ohne Versicherungsschutz bis zu einem Unfall durchmogelt, kann sogar die Stadtverwaltung haftbar gemacht werden. Das Landgericht Oldenburg hat kürzlich die Stadt Wilhelmshaven dazu verurteilt, 4600 Mark Unfallkosten plus Zinsen zu zahlen. Es war der Stadt zwei Monate lang nicht gelungen, einen Wagen stillzulegen, für den kein Versicherungsschutz mehr bestand. Dann nahm der Fahrer einem anderen Wagen die Vorfahrt und verursachte einen Unfall.

Da er weder eine Versicherung hatte noch das Geld, um den Schaden zu *bezahlen, machte das Gericht* der Stadt einen „Organisationsmangel" zum Vorwurf. Das Gericht: „Eine Fahndung außerhalb der Dienstzeit wurde ersichtlich nicht durchgeführt." Die Zulassungsstelle müsse selber aktiv werden, wenn die Polizei keinen Erfolg hat. Immerhin hatte das Unfallopfer zwei Jahre um sein Recht und sein Geld prozessieren müssen. Und das konnte sich der Geschädigte auch nur leisten, weil er eine Rechtsschutzversicherung hatte.

URTEILE

Legasthenie ist keine Krankheit

Der für die Untersuchung und Behandlung wegen Schwangerschaft bestehende Versicherungsschutz erstreckt sich nicht auf einen Schwangerschaftsabbruch, besagt das Urteil des Landgerichts Detmold vom 12. Dezember 1984 (Aktenzeichen: 2 S 81/84).

*

Der Versicherungsnehmer selbst muß nachweisen, daß eine medizinisch notwendige Heilbehandlung vorgelegen hat. Ein Sachverständigen-Gutachten, das sich allein auf die Angaben des Versicherungsnehmers stützt, ist nicht geeignet, diesen Nachweis zu führen, so ein Urteil des Landgerichts München vom 12. Dezember 1984 (Aktenzeichen: 32 C 15329/84).

*

Legasthenie ist keine Krankheit im versicherungsrechtlichen Sinn, urteilte das Landgericht Düsseldorf vom 9. November 1984 (Aktenzeichen: 22 S 218/84).

WARENTRANSPORT / Vorausschauende Analyse

Menschliches Versagen ist Hauptgrund vieler Schäden

Nicht alle Schäden, die sich beim Transport von Waren ergeben, lassen sich vermeiden. So gibt es beispielsweise Schäden infolge großer Unwetterkatastrophen auf hoher See, gegen die auch bei größter Umsicht kein Kraut gewachsen ist. Jedoch macht der Anteil solcher unvermeidlicher Schäden an der Gesamtheit aller Verluste kaum mehr als 30 Prozent aus.

Nach dem *einhelligen Urteil von* Experten würde sich die überwiegende Mehrzahl aller Schäden vermeiden lassen. Untersuchungen der Versicherer ergaben, daß gut 70 Prozent aller bezahlten Warentransportschäden auf menschliches Versagen zurückzuführen sind.

Unter „vermeidbaren Schäden" verstehen die Versicherer Schäden durch Diebstahl, Beraubung und Nichtauslieferung durch Stauung und Umschlag, beispielsweise Containerschäden.

Mit ihrem 35-Minuten-Video „70 sind zuviel", der ab Juli beim Deutschen Transportversicherungsverband in Hamburg (Rödingsmarkt 16, 2000 Hamburg 11) bezogen werden kann, wollen die Transportversicherer auf noch breiterer Grundlage beim Versicherungsnehmer Schadenbewußtsein stimulieren. Zielgruppe sind vor allem Unternehmen, die selbst für den Transport ihrer speziellen Produkte schadenabwehrende oder -mindernde Maßnahmen bisher noch nicht oder nur ungenügend entwickelt haben.

Schadenverhütung ist Teilbereich des oft zitierten „risk management". Sie wird aber, wie praktische Erfahrung immer wieder lehrt, oft erst dann beachtet, wenn bereits Verluste durch Schäden eingetreten sind.

Schadenverhütung in der Transportversicherung bedeutet heute sehr viel mehr als etwa nur Verhütung von vermeidbaren Schäden. Sie ist vor*ausschauende Analyse der Gefahren* und rechtzeitige Planung vor Beginn des Risikos.

Zwar haben die Versicherer im Internationalen Transport-Versicherungs-Verband allgemeine Schadenverhütungsempfehlungen ausgearbeitet, die allen Interessenten zugänglich sind, doch läßt sich konkrete Schadenverhütung nur individuell verwirklichen.

So tragen beispielsweise die richtige Wahl der Verpackung, die rechtzeitige Inanspruchnahme von qualifizierter Verpackungsberatung sowie eine exakte Verpackungsüberprüfung unter Umständen erheblich zur Abwehr möglicher Transportschäden bei.

Als hilfreich erweisen sich Markierungen mit international anerkannten Symbolen, die anzeigen, wie ein Gut behandelt werden muß.

Schadenverhütung heute ist, beispielsweise beim Seetransport, weit mehr als früher Vorsorge bei der Verschiffung von kompletten Anlagen auf schwimmenden Untersätzen, die man als Laie nicht immer noch als Schiff identifizieren kann.

Hersteller, das sind oft eine Vielzahl von Einzelunternehmen unter der Regie eines Generalunternehmers. Spediteur, Verpackungslieferant, Landfrachtführer, Binnenschiffer, Reeder sowie Transport- und Montageversicherer müssen mit ihren Fachleuten lange vor Reisebeginn den Transportweg überprüft haben, um mögliche Gefährdungen von vornherein ausschließen zu können.

KARL-HEINZ STEF.

Aktien widerstandsfähig

Kaufaufträge aus dem Ausland stabilisierten den Markt

DW. – Während ein Teil der inländischen Anleger seine Gewinnmitnahmen am Aktienmarkt fortsetzte, sorgten Kaufaufträge aus dem Ausland für eine reibungslose Unterbringung des angebotenen Materials. Niedrig limitierte Order institutioneller Gruppen kamen nicht zum Zuge. Das Hauptgeschäft wurde wieder in den Favoriten des Chemie- und Elektromarktes abgewickelt. Am Bankenmarkt hielten sich die Umsätze in engeren Grenzen, weil durch die zum Stillstand gekommene Zinssenkung dem Markt Anregungen entzogen wurden.

Nicht voll befriedigt hat in den Börsensälen die angekündigte Ausschüttung von 12,50 DM bei der Bayerischen Hypo. Die ebenfalls avisierte Kapitalerhöhung wird wegen des Ausgabekurses von 200 DM eher skeptisch beurteilt. Zu einer kräftigen Aufwärtsbewegung kam es bei Kali & Salz. Hier ist von einer kräftigen Dividendenanhebung die Rede. Das in den letzten Tagen vernachlässigte Papier lag um mehr als 10 DM fester. Bei den wieder stabilen Auto-Aktien setzten Audi ihren Anstieg um fast 50 DM fort. Das Geschäft in Versicherungsaktien hat sich belebt, eine einheitliche Tendenz kam bei ihnen jedoch nicht zustande. Allianz legten etwas zu. Wenig verändert Stahl- und Maschinenbauwerte.

Frankfurt: Chemieverwaltung derhöhten um 8,40 DM. VGT verbesserten sich um 5 DM. Nachgegeben haben Deutsche Effekten- und Wechselbeteiligungsgesellschaft um 45 DM und Grünzweig und Hartmann um 4 DM.

Düsseldorf: Verbessern konnten sich Audi NSU um 30 DM, Rheag um 10 DM und Riedel de Haen um 30 DM. Stinnes stockten um 15 DM auf. Nachgegeben haben Scheidemandel um 6 DM und Stahlwerke Bochum um 7 DM. Ver. Rumpus verloren 10 DM. Agrippina stockten um 25 DM auf.

Hamburg: Hapag Lloyd stiegen um 4,50 DM. Reichelt mußten um 3,50 DM nachgeben. HEW lagen mit 92 DM etwas leichter und NWK-Vz. mit 170,20 DM unverändert. Phoenix Gummi kamen auf 124 DM.

Berlin: Lehmann gewannen 6 DM, Kempinski 5 DM und Bergmann 4 DM. Herlitz St. konnten 3 DM zulegen. Berliner Elektro lagen um 0,90 DM, Berliner Bank um 0,70 DM und Bekula um 0,40 DM geringfügig freundlicher. Engelhardt wurden um 5 DM niedriger taxiert.

München: Etienne Aigner verloren 1,50 DM und Deckel AG 0,50 DM. Esterer und Grünzweig gaben um je 8 DM nach. Aufstocken konnten Audi AG um 31 DM, Bay. Lloyd um 7 DM und Patrizier Bräu um 6 DM.

Stuttgart: Württembergische Cattun erhöhten um 35 DM. Stuttgarter Hofbräu Stämme stockten um 15 DM und Vorzugsaktien um 17 DM auf. Kolb gewannen 3 DM. Porsche waren um 10 DM nachgebend, allerdings bestand zu diesem Preis Nachfrage.

Nachbörse: leicht gebessert

WELT-Aktienindex: 176,6 (176,5)
WELT-Umsatzindex: 5390 (5720)

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Düsseldorf | Frankfurt | Hamburg | München | Aktien-Umsätze

Inland

	26.3.	25.3.
H Aach M Betl.9+2,50	1100	1125
H Aach. M. Vers. 7	345G	340bG
D Aach. Rück. 9	1180G	1170
D Aseag *4	490G	490G
M Act-Gögg. 4	109,5B	109,5bG
H Adca 0	132,5	132
D Adler 9	315G	315G
F Adt AG 0	58	58,1
F AEG-Telef. 0	111	111,6
D AEG-Kabel 8	298B	298B
S Aesculap 8	410bG	410
F AGAB 5	127	117

	26.3.	25.3.
H Br.H.Hypo 10	305G	300G
Hn Brsch.Jute *0	104	102G
H Breitenb.-C. *28	595G	595G
H Br. Straßb. *0	480T	480T
H Br. Vulkan 0	75,1	75,2
F Br. Wolff. 6	161	159
F BBC 6	215,3	213,8
S BSU Textil % 20	1300G	1300G
D Buckau-W. 4,1	134G	134bG
D Buderus *12	405G	405
M Bgl.Br.Ing. *12+2	800B	800B
S Bgl.Brh.Rav. *0	395G	395G
S Calw D. **30+18	760B	760B

	26.3.	25.3.
M En. Oberfr. 4,5	260,5B	270bG
M En. Ostb. 5+1	225B	225bG
M Elkraft 0	33	–
B Engelhardt 7	205T	210T
D Enka 6,67	339	340
M Erlus 12,5	331B	–
M Erste Kulmb. 9	1300bG	1300G
S esbi *0	10,5bG	10,6
S Essl. Masch. *6	272G	272
M Esterer **16	545bBrt	535B
D Farb. Liqu. RM 0	6,8	6,2
F Flachglas 8	225,5	228,8
D Ford *19,36	865T	865G
B Forst. Ebn. *4	2740G	2740G

	26.3.	25.3.
S Hohner *6	243,5	245,5
H Holsten-Br. 6+1	246	246
F Holzmann 10+1	397	395
D Horten 6	164	168
B Hw. Kayser *12	265B	265B
D Hussel 8	297,5	295
D Huta Heg. 0	–	–
M Hutschenr. 9	245B	245bG
H Hypo Hbg. 12,5	420	420
D IKB 7,5	192	195,1
S IWKA 0	283	286
M Isar-Amper 6,5+1	348B	347B
D Isenbeck 4,75	156G	156G

Optionshandel

Frankfurt: 26 03 85

1639 Optionen = 86 550 (120 000) Aktien,

davon 273 Verkaufsoptionen - 14 100 Aktien

Kaufoptionen: AEG 4-110/1,9, 7-120/3,6, 10-100/20,6, 10-100/13,4, 10-130/3. BASF 4-180/22, 4-189,65/13,8, 4-190/12, 7-170/4,4. Bayer 4-200/13,4, 4-210/6. BBC 7-220/12. Bay. Hypo 4-320/10,8, 4-330/15, 7-340/25, 7-370/8. Bekula 7-95/2,9, 10-90/3, 10-95,5/1. BMW 7-41/10, 10-420/10. Bay. Vereinsbk. 4-330/2. Commerzbk. 4-170/3, 4-180/1, 7-170/10,4. Conti 4-130/7, 4-140/2, 7-120/24. Daimler 4-680/12, 7-700/23, 10-730/21,4. Deutsche Bk. 4-410/36, 4-430/14,5, 4-460/3,4, 7-420/35, 10-480/16. Degussa 10-390/11. Dresdner Bk. 4-140,5/43, 4-196,5/2,4. Hoechst 4-180/27, 4-200/9,7, 7-180/34. Hoesch 4-100/9,5, 4-110/3, 4-120/1,3, 7-100/18. Karstadt 7-220/8,4, 10-220/12, 10-230/8. Klöckner 7-70/12,1, 7-75/7,4, 7-80/4,4, 7-85/2,5, 7-90/2, 10-75/10,9, 10-80/6,6, 10-85/5,4, 10-90/4,9, 10-95/2,6. Lufthansa St 10-230/5,6. Lufthansa Vz. 4-190/4,5, 4-200/1,5, 7-210/5, 10-210/12, 10-220/7, 10-230/4. Mercedes 7-600/22, 7-610/20, 10-600/40. Metallges. 7-250/28,8. Mannesmann 4-160/2,5, 4-170/0,90, 7-160/13,5, 10-160/18, 10-170/12,45, 10-180/7,5-7,45, 10-190/2. Preussag 4-280/3. RWE St 7-160/5. RWE Vz. 10-160/5, 10-170/4. Schering 4-420/30. Kali + Salz 7-270/9. Siemens 4-463,3/70, 4-423,3/110, 4-433,3/100. Thyssen 4-95/8,5, 4-100/5, 4-110/1,5, 7-85/19,6, 7-90/14, 7-95/13,4, 7-100/9, 7-110/5, 7-120/1,5. Veba 4-170/13,4, 4-180/4,2, 4-190/2, 7-180/12,5, 7-190/7,5, 7-200/1,7, 10-170/22, 10-180/19, 10-190/11, 10-200/6,4. VEW 10-130/5. VW 4-190/12, 4-210/3,5, 4-220/0,90, 7-200/17, 7-210/12,4, 7-220/7,5, 7-230/4, 7-240/2,5, 10-210/18, 10-220/12,8, 10-230/7,5, 10-240/6, 10-250/3,5. Alcan 7-95/5,5, 10-90/10. IBM 7-450/8,4. Norsk Hydro 7-40/1,8, 10-35/6,9, 10-40/3,6. Philips 7-50/8, 7-55/7, 7-60/2, 10-50/10,4, 10-60/3,4. Sony 7-60/3. Xerox 7-140/9,8, 7-150/5,2, 7-160/4,4. **Verkaufsoptionen:** AEG 4-110/1, 7-100/1,6, 7-110/3,4, 10-100/2,1, 10-110/4,6, 10-120/11,5. BASF 4-200/0,80, 7-200/2,2, 10-200/4,5. Bayer 7-200/2,6, 7-210/8, 10-200/3,6, 10-210/6,5. Bay. Hypo 10-330/11, 10-340/18. BMW 4-370/1, 7-370/5,1, 7-380/12. Commerzbk. 7-170/4,6. Conti 7-130/3, 7-140/7,5, 10-120/1, 10-130/3,5. Daimler 7-680/20. Deutsche Bk. 10-400/3,05, 10-420/10. Degussa 7-380/10. Dresdner Bk. 7-186,5/1,3, 10-180/2,8. Hoechst 4-210/3,5, 10-200/2,4, 10-210/6,8. Hoesch 10-100/1,4, 10-110/4. Karstadt 10-200/2,4. Kaufhof 7-220/7. Klöckner 7-70/3, 7-75/3,4, 10-70/3,5, 10-75/6. Lufthansa St. 7-190/4,1. Lufthansa Vz. 7-190/3,1. Linde 7-410/3,9. Preussag 7-270/9. RWE St 4-170/13. RWE Vz. 7-150/2. Kali + Salz 7-230/10,5. Thyssen 4-100/1,5, 7-100/2,4, 10-95/1,5, 10-100/3. Veba 7-180/2,6. VW 4-200/2, 7-200/5,2, 7-210/10,6, 10-200/6, 10-210/12. Chrysler 4-110/2,7, 10-110/9,4. General Motors 7-250/26, 10-250/16. IBM 7-400/10,6, 10-400/15.

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 26. 3. 85; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr
1 Monat	8¾– 9	5⅝–5⅞	5½–5¾
3 Monate	9⅛– 9⅜	5⅞–6⅛	5¾–6
6 Monate	9⅝–10⅛	6⅛–6⅜	5¾–6
12 Monate	10½–10¾	6⅜–6⅝	5⅝–5⅞

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxembourg.

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 26. März folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*)

	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1606,00	2012,10
10 US-Dollar (Indian)**)	1250,00	1514,05
5 US-Dollar (Liberty)	505,00	689,00
1 £ Sovereign alt	234,25	289,85
1 £ Sovereign Elizabeth II.	232,75	288,14
20 belgische Franken	180,75	234,56
10 Rubel Tscherwonez	245,75	307,52
2 südafrikanische Rand	229,75	283,58
Krüger Rand, neu	1037,25	1222,37
Maple Leaf	1037,25	1222,37
Platin Noble Man	886,00	1049,94

Außer Kurs gesetzte Münzen*)

	Ankauf	Verkauf
20 Goldmark	249,75	315,22
20 schweiz. Franken „Vreneli"	188,50	237,89
20 franz. Franken „Napoléon"	181,75	235,70
100 österr. Kronen (Neuprägung)	958,25	1156,25
20 österr. Kronen (Neuprägung)	190,75	240,26
10 österr. Kronen (Neuprägung)	99,50	130,53
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	446,00	542,64
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	100,25	142,78

*) Verkauf inkl. 14 % Mehrwertsteuer
**) Verkauf inkl. 7 % Mehrwertsteuer

Devisen und Sorten

26. 3. 85	Frankfurt. Devisen Geld	Brief	Wechs.Frankfurt. Sorten*) Ankfs.-Kurs⁴)	Ankauf	Verkauf
New York²)	3,2276	3,2356	3,2071	3,17	3,27
London¹)	3,789	3,803	3,724	3,73	3,88
Dublin¹)	3,116	3,130	3,064	3,05	3,20
Montreal³)	2,3394	2,3474	2,3129	2,29	2,39
Amsterd.	88,400	88,620	88,265	87,50	89,30
Zürich	117,870	118,070	117,89	116,75	119,50
Brüssel	4,965	4,985	4,918	4,85	5,06
Paris	32,645	32,805	32,365	32,00	33,75
Kopenh.	27,905	28,025	27,605	27,25	29,00
Oslo	34,870	34,990	34,335	34,00	35,75
Stockh.**)	34,850	35,010	34,285	34,00	35,75
Mailand²) **)	1,568	1,578	1,536	1,53	1,63
Wien	14,204	14,244	14,189	14,13	14,35
Madrid**)	1,797	1,807	1,764	1,74	1,86
Lissabon**)	1,775	1,795	1,686	1,45	2,25
Tokio	1,2590	1,2620	–	1,22	1,28
Helsinki	48,135	48,335	47,42	47,50	49,25
Buen. Air.	–	–	–	–	3,50
Rio	–	–	–	0,08	0,18
Athen*) **)	2,31	2,384	–	1,90	2,70
Frankf.	–	–	–	–	–
Sydney*)	2,247	2,268	–	2,21	2,31
Johannesbg.*)	1,614	1,638	–	1,38	1,63

Alles in Hundert; ¹) 1 Pfund; ²) 1000 Lire; ³) 1 Dollar; ⁴) Kurse für Tratten 60 bis 90 Tage; *) nicht amtlich notiert. **) Einfuhr begrenzt gestattet.

Devisenmärkte

Eine sich zu Beginn abzeichnende Aufwärtstendenz des US-Dollar erwies sich am 26. 3. nicht von Dauer. Nachdem der Kurs 3,2450 gestreift hatte, gab er in einem weiterhin recht ruhigen Markt bis 3,2230 nach. Zur amtlichen Notiz erholte er sich wieder auf 3,2316 und blieb nachbörslich gut behauptet. Die Unsicherheit über die weitere Kursentwicklung dürfte das Geschäft gelähmt haben. Wenig ergiebig waren auch die Bewegungen der übrigen Währungen. Der Rückgang des kanadischen Dollar wurde gestoppt. Er konnte sich heute um 3,6 Promille auf 2,3434 erholen. Die EWS-Währungen notierte mit Ausnahme des belgischen Franc behauptet oder etwas höher. US-Dollar in: Amsterdam 3,6535; Brüssel 64,9875; Paris 9,8790; Mailand 2054,50; Wien 2272,40; Zürich 2,7383; Ir. Pfund/DM 3,123; Pfund/DM 3,796; Pfund/Dollar 1,1747.

Die Europäische Währungseinheit (ECU) am 25. März: In D-Mark 2,23412 (Parität 2,24184); in Dollar 0,690184 (12. März 1979: 1,35444).

Ostmarkkurs am 25. 3. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 20,00; Verkauf 23,00 DM West; Frankfurt: Ankauf 20,00; Verkauf 23,00 DM West.

Devisenterminmarkt

Vom New Yorker Markt griff am 26. März eine leichte Entspannung auf die Euromärkte über mit der Folge etwas geringerer Abschläge.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	0,96/0,86	2,73/2,63	5,75/5,55
Pfund/Dollar	0,525/0,505	1,23/1,20	1,57/1,52
Pfund/DM	3,4/2,0	7,60/6,20	11,90/10,50
FF/DM	22/6	49/33	90/74

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 26. 3.: Tagesgeld 5,50–5,55 Prozent; Monatsgeld 6,00–6,15 Prozent; Dreimonatsgeld 6,20–6,35 Prozent.

Privatdiskontsätze am 26. 3.: 10 bis 29 Tage 4,05 G–3,90 B Prozent; und 30 bis 90 Tage 4,05 G–3,90 B Prozent. Diskontsatz der Bundesbank am 26. 3.: 4,5 Prozent; Lombardsatz 6 Prozent.

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. März 1985 an) Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1985/3: Ausgabe 1985/3 (Typ A) 5,00 (5,00)–7,00 (5,97)–7,50 (6,45)–8,00 (6,80)–8,25 (7,05)–8,50 (7,25). Ausgabe 1985/4 (Typ B) 5,00 (5,00)–7,00 (6,00)–7,50 (6,49) – 8,00 (6,87) – 8,25 (7,14) – 8,50 (7,37) – 8,50 (7,58) Finanzierungsschätze des Bundes (Renditen in Prozent): 1 Jahr 6,04, 2 Jahre 6,97. Bundesobligationen (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 7,25, Kurs 99,50, Rendite 7,37.

Rentenmarkt ohne Linie

Dem Rentenmarkt fehlte es am Dienstag an Anregungen. Zwar zeigte der US-Bonds-Markt Ansätze für eine Besserung, andererseits sorgte der schwankende Dollar für Unsicherheit. Die Anleger konnten sich zu größeren Operationen nicht entschließen, so daß es wieder zu begrenzten Kursschwankungen in den öffentlichen Anleihen kam. Dabei wurden Emissionen mit ganz kurzen Restlaufzeiten, also schon beinahe Geldmarktpapiere, eher gesucht. Im übrigen überwog das Angebot. Am Pfandbriefmarkt bei kleinem Geschäft kaum Veränderungen.

Bundesanleihen

[illegible]

Bundespost

[illegible]

Länder – Städte

[illegible]

Bankschuldverschr.

[illegible]

Bundesbahn

[illegible]

		26.3.	25.3.
M	7 dgl. Pf 20	98,75G	98,75G
B	5 Berl.Pfandb. Pf 7	102,5G	102,5
B	7 dgl. Pf 31	100G	100G
B	6 dgl. Pf 34	98,25G	98,25G
B	6½ dgl. Pf 37	99,5G	99,5G
B	8 dgl. Pf 51	-	-
Hn	5 BrHann. Hypo. Pf 1	110G	110G
Hn	7 dgl. Pf 80	92,25G	91,25G
Hn	7½ dgl. Pf 87	97,5G	97,25G
Hn	6 dgl. KS 29	84G	84G
Hn	7 dgl. KS 30	99,85G	99,85G
D	5 Dt.Centbod. Pf 44	120,5G	120,5G
D	5 dgl. Pf 54	116G	116G
D	6 dgl. Pf 109	83,5G	83,5G
D	6½ dgl. Pf 123	91,5G	91,5G
D	6½ dgl. Pf 141	95G	95G
D	7 dgl. Pf 143	94G	94G
D	7 dgl. KO 113	100G	100G
H	5½ DG-Hypobk. Pf 21	116G	116G
H	5½ dgl. Pf 50	72,7G	72,7G

[illegible]

		26.3.	25.3.
D	5 RW Bodencr.Pf C	126G	126G
D	5½ dgl. K	107G	107G
D	4 dgl. Pf 18	105G	105G
D	6 dgl. Pf 28	95,5G	95,5G
D	6½ dgl. Pf 67	86,5G	86,5G
D	5½ dgl. KO 7+E	126G	126G
D	7½ dgl. KO 77	100G	100G
S	5 RhHyp.Mannh.Pf59	110G	110G
S	5½ dgl. Pf 109	73G	73G
S	7 dgl. Pf 125	99G	99G
S	7 dgl. Pf 128	92G	92G
S	8 dgl. Pf 177	101,75G	101,75G
S	6 dgl. KS 77	82G	82G
Br	5 St.Kr.Ol-Br Pf17	124,25G	124,25G
Br	5½ dgl. Pf 24	107,75G	107,75G
Br	5 dgl. Pf 36	88,45G	88,45G
Br	5½ dgl. Pf 43	87,9G	87,9G
Br	6 dgl. Pf 56	82G	82G
Br	7 dgl. Pf 61	91,35G	91,35G
Br	8 dgl. Pf 70	101G	101G
Br	9 dgl. Pf 68	100G	100G
H	6 Schiffshyp.Pf 23	99,7G	99,7G
H	7½ dgl. Pf 45	-	-

[illegible]

Sonderinstitute

[illegible]

Industrieanleihen

		26.3.	25.3.
F	7½ Konsadt 71	100,25G	100,25G
F	7½ Kaufhof 71	100,5T	100,5T
F	7½ dgl. 71	100,4G	100,4G
F	7½ dgl. 76	100,25G	100,25G
F	7½ Klöckner W. 71	100,15T	100,15T
F	8 dgl. 72	-Zhg.	-Zhg.
F	6 NWK 61	99,2G	99,2G
F	6 dgl. 62	98G	98G
F	6 Ob.Don.Kraft. 64	96,5G	96,5G
F	6 Rh.Braw. 63	97,5G	97,5bG
F	6 dgl. 65	97T	97T
F	6 RWE 63	97,6T	97,6T
F	6 dgl. 65	97T	97T
F	7½ dgl. 71	100,75G	100,75G
F	7 dgl. 72	99,9	99,9
F	6 Rh.-M.-Don. 62	98,25G	98,25G
F	6½ dgl. 68	100,25G	100,25G
F	8 Schleswag 71	100,5T	100,5T
F	7½ Thyssen 71	100,25	100,25G
F	8 dgl. 72	100,35G	100,25bG
F	7½ dgl. 77	100	100

[illegible]

Optionsscheine

[illegible]

Optionsanleihen

[illegible]

Wandelanleihen

[illegible]

Währungsanleihen

[illegible]

Wandelanleihen

[illegible]

Düsseldorf

DM-Auslandsanleihen

[illegible]

		26.3.	25.3.
D	7 RENFE 79	99,2	99,15
D	10 dgl. 82	110T	109,5
D	8½ dgl. 83	101,5G	101,5
D	7½ Sanko F. 82	100,5	100,5
D	7½ Sun Int. 73	100,1	100,1
D	7½ Svenska C. 73	97,5bG	97,65
D	10½ dgl. E. 81	108	108T
D	9½ Svensk. Ex. 82	105,75bG	105,6
D	5½ Tauernaut. 78	92	92
D	9½ dgl. 82	111,5T	113G
	6½ Tokio El. 79	99,95G	99,95
D	6 TVO-Kraftw. 78	97,25G	97,25

Ausländische Aktien in DM

[illegible]

Warenpreise – Termine

Etwas schwächer schlossen am Montag die Gold-, Silber- und Kupfernotierungen an der New Yorker Comex. Während Kaffee kräftig zulegen konnte, mußte Kakao Abschläge hinnehmen.

Getreide und Getreideprodukte

	25. 3.	22. 3.
Weizen Chicago (c/bush)		
Mai	360,50	358,00
Juli	338,25	336,50
Sept.	335,50	–
Weizen Winnipeg (can. $/t)		
Wheat Board cif.	25. 3.	22. 3.
St. Lawrence 1 CW	258,74	257,94
Amber Durum	238,14	238,04
Roggen Winnipeg (can. $/t)		
März	131,30	131,30
Mai	133,70	133,80
Juli	137,60	137,60
Hafer Winnipeg (can. $/t)		
März	137,20	137,60
Mai	134,90	135,50
Juli	132,70	133,30
Hafer Chicago (c/bush)	25. 3.	22. 3.
Mai	171,25	171,50
Juli	167,75	168,00
Sept	164,00	164,50
Mais Chicago (c/bush)		
Mai	278,25	280,25
Juli	278,75	280,75
Sept.	269,50	271,00
Gerste Winnipeg (can. $/t)	25. 3.	22. 3.
März	138,10	137,00
Mai	137,50	136,90
Juli	132,60	132,50

Genußmittel

	25. 3.	22. 3.
Kaffee New York (c/lb)		
Terminkontr. Mai	145,98	145,82
Juli	145,99	145,30
Sept.	145,20	144,25
Kakao New York ($/t)	25. 3.	22. 3.
Terminkontr. Mai	2365	2395
Juli	2198	2230
Sept.	2175	2210
Umsatz	2553	5529
Zucker New York (c/lb)		
Kontrakt Nr. 11 März	3,93	3,95
Mai	4,11	4,14
Juli	4,29	4,31
Sept.	4,45	4,45
Okt.	4,95	4,93
Umsatz	5555	5880
Isa-Preis fob karibische Häfen (US-c/lb)	25. 3.	22. 3.
	3,83	3,85
Kaffee London (£/t) Robusta-	25. 3.	22. 3.
Kontrakt März	2265–2265	2242–2245
Mai	2312–2313	2286–2287
Juli	2352–2356	2326–2330
Umsatz	1937	3261
Kakao London (£/t)		
Terminkontrakt März	2046–2048	2040–2060
Mai	2072–2073	2055–2057
Juli	2035–2036	2020–2021
Umsatz	2170	4284
Zucker London ($/t), Nr. 6		
Mai	114,40–114,60	113,80–114,00
Aug.	118,40–119,00	118,60–119,00
Okt.	123,40–123,80	123,40
Umsatz	815	2272
Pfeffer Singapur (Straits-Sing.-$/100 kg)	25. 3.	22. 3.
schw. Sarawak spez.	615,00	710,00
weißer Sarawak	785,00	760,00
weißer Muntok	775,00	770,00
Orangensaft New York (c/lb)	25. 3.	22. 3.
Mai	161,40	163,50
Juli	162,25	164,15
Sept.	162,20	164,05
Nov.	160,00	163,00
Jan.	160,00	163,00
Umsatz	350	200

Öle, Fette, Tierprodukte

	25. 3.	22. 3.
Erdnußöl New York (c/lb)		
Südstaaten fob Werk	43,00	39,50
Maisöl New York (c/lb) US-Mittelweststaaten fob Werk	31,75	31,75
Sojaöl Chicago (c/lb) Mai	29,90	29,30
Juli	28,90	28,05
Aug.	27,30	27,10
Sept.	26,60	26,60
Okt.	25,50–25,60	–
Dez.	24,75–24,90	–
Jan.	24,45–24,70	–
Baumwollsaatöl New York (c/lb) Mississippi-Tal fob Werk	29,50	29,50
Schmalz Chicago (c/lb) loco lose	24,00	25,00
Choise white hog 4% fr. F.	20,00	20,00
Talg New York (c/lb) top white	20,00	20,00
fancy	19,75	19,75
bleichfähig	18,25	18,25
yellow max. 10% fr. F.	17,75	17,75
Schweine Chicago (c/lb) April	45,22	45,82
Juni	49,70	50,45
Juli	51,40	51,70
Schweinebäuche Chicago (c/lb) März	71,90	74,00
Mai	72,25	74,00
Juli	70,80	73,80
Häute Chicago (c/lb)	25. 3.	22. 3.
Ochsen einh. schwere River Northern	48,50	–
Kühe einh. schwere River Northern	39,00	–
Sojabohnen Chicago (c/bush) Mai	606,00	605,50
Juli	614,50	614,25
Aug.	615,50	614,50
Sept.	606,00	607,00
Nov.	608,50	610,00
Jan.	619,00	621,50
März	629,50	633,00
Sojaschrot Chicago ($/sht) Mai	137,00	138,50
Juli	143,00	144,50
Aug.	146,00	147,20
Sept.	148,00	149,20
Okt.	151,00	151,30
Dez.	156,00	156,50
Jan.	158,30	158,50
Leinsaat Winnip. (can. $/t)	25. 3.	22. 3.
März	354,00	354,00
Mai	359,20	359,10
Juli	366,50	366,40
Kokosöl New York (c/lb)	25. 3.	22. 3.
Westküste fob Werk	–	–
Erdnußöl Rotterdam ($/t)	25. 3.	25. 3.
jegl. Herk. cif	990,00	960,00
Leinöl Rotterdam ($/t)		–
jegl. Herk. ex Tank	635,00	630,00
Palmöl Rotterdam ($/lgt) Sumatra cif	720,00	725,00
Sojaöl Rotterd. (hfl/100 kg) roh Niederl. fob Werk	250,00	246,50
Kokosöl Rotterdam ($/lgt) Philippinen cif	860,00	860,00
Leinsaat Rotterdam ($/t) Kanada Nr. 1 cif Rotterdam	290,50	291,50

Wolle, Fasern, Kautschuk

	25. 3.	22. 3.
Baumwolle New York (c/lb) Kontrakt Nr. 2:		
März	67,45	67,90
Mai	65,70	66,30
Juli	65,15	65,35
Okt.	65,17	65,25
Dez.	66,80	66,50
März	66,50	66,93
Kautschuk New York (c/lb): Händlerpreis loco RSS -1-	41,00	40,75
Wolle Lond. (Neusl. c/kg) Kreuzz. Nr. 2:	25. 3.	22. 3.
März	473–489	490
Mai	503–504	502–505
Aug.	525–527	525–526
Umsatz	17	104
Wolle Roubaix (F/kg) Kammzüge	25. 3.	22. 3.
März	54,50	54,50
Mai	54,50	54,50
Juli	54,50	54,50
Aug.	54,50	54,50
Umsatz	0	0
Tendenz: stetig		
Wolle Sydney (austr. c/kg) Merino-Schweißwolle Standardtype	25. 3.	22. 3.
Mai	618,0–619,0	585,0–600,0
Juli	620,0–623,0	618,0–620,0
Okt.	–	620,0–623,0
Umsatz	6	39
Sisal London ($/t) cif eur. Haupthäfen	25. 3.	22. 3.
East African 3 long	680,00	680,00
undergraded	570,00	570,00
Seide Yokoh. (Y/kg) AAA, ab Lager	25. 3.	22. 3.
März	12 768	12 809
April	12 722	12 765
Kautschuk London (p/kg)	25. 3.	22. 3.
Nr. 1 RSS loco	67,00–71,00	66,00–70,00
April	71,00–74,00	70,00–73,50
Mai	72,00–75,00	71,00–74,50
Juni	73,00–76,00	72,00–75,50
Tendenz: ruhig		
Kautschuk Malaysia (mal. c/kg)	25. 3.	22. 3.
April	200,00–201,00	194,50–195,50
Mai	201,50–202,00	196,25–197,50
Nr. 2 RSS April	195,50–196,50	191,00–192,00
Nr. 3 RSS April	192,00–193,00	187,50–188,50
Nr. 4 RSS April	185,50–186,50	181,00–182,00
Tendenz: stetiger		
Jute London (£/lgt)	25. 3.	22. 3.
BWC	–	–
BWD	–	–
BTC	–	–
BTD	–	–

Erläuterungen – Rohstoffpreise

Mengen-Angaben: 1 Troyounce (Feinunze) = 31,1035 g, 1 lb = 0,4536 kg; 1 Fl. – 76 WD – (–); BTC – (–); BTD – (–).

Westdeutsche Metallnotierungen

(DM je 100 kg)	26. 3.	25. 3.
Aluminium: Bas. London laufend. Monat	349,88–350,08	351,32–351,70
drittfolg. Monat	362,24–362,43	363,28–363,47
Blei: Basis London laufend. Monat	115,99–116,18	114,58–114,77
drittfolg. Monat	119,22–119,41	117,61–117,80
Nickel: Basis London laufend. Monat	1684,73–1686,63	1695,92–1697,82
drittfolg. Monat	1701,84–1703,74	1716,79–1718,68
Zink: Basis London laufend. Monat	294,35–295,11	291,78–291,95
drittfolg. Monat	286,37–286,75	284,17–284,55
Produz.-Preis	299,29	298,68
Reinzinn 99,9%	4105–4145	4038–4075

NE-Metalle

(DM je 100 kg)	26. 3.	25. 3.
Elektrolytkupfer für Leitzwecke (DEL-Notiz*)	464,35–467,58	457,56–460,78
Blei in Kabeln	123,75–124,75	122,25–123,25
Aluminium für Leitzwecke (VAW) Rundbarren	455,00–458,50	455,00–458,50
Vorziehdraht	464,00–464,50	464,00–484,50

*Auf der Grundlage der Meldungen über höchsten und niedrigsten Kaufpreise durch 19 Kupferverarbeiter und Kupferhändler.

Messingnotierungen

	26. 3.	25. 3.
MS 58, 1. Verarbeitungsstufe	431–441	427–437
MS 58, 2. Verarbeitungsstufe	475–478	471–474
MS 63	476–483	471–479

Zinn-Preis Penang

Straits-Zinn	25. 3.	22. 3.
ab Werk prompt (Ring./kg)	29,15	29,15

Deutsche Alu-Gußlegierungen

(DM je 100 kg)	26. 3.	25. 3.
Leg. 225	420–428	420–428
Leg. 226	422–430	422–430
Leg. 231	455–460	465–460
Leg. 233	465–470	465–470

Die Preise verstehen sich für Abnahmemengen von 1 bis 5 t frei Werk.

Edelmetalle

	26. 3.	25. 3.
Platin (DM je g)	30,55	30,558
Gold (DM je kg Feingold) Banken-Vkfpr.	33 280	33 280
Rücknahmepr.	32 530	32 530
Gold (DM je kg Feingold) (Basis Lond. Fixing) Degussa-Vkfpr.	33 490	33 480
Rücknahmepr.	32 880	32 650
verarbeitet	35 130	35 120
Gold (Frankfurter Börsenkurs) (DM je kg)	32 815	32 775
Silber (DM je kg Feinsilber) (Basis Lond. Fixing) Degussa-Vkfpr.	698,00	670,90
Rücknahmepr.	646,5	651,20
verarbeitet	697,30	700,30

Internationale Edelmetalle

	26. 3.	25. 3.
Gold (US-$/Feinunze) London 10.30	316,00	315,90
15.00	323,75	314,80
Zürich mittags	315,35–315,85	316,75–317,25
Paris (F/1-kg-Barren) mittags	99 750	99 850
Silber (p/Feinunze) London Kasse	532,65	538,35
3 Monate	550,45	553,55
6 Monate	560,70	569,00
12 Monate	596,70	600,00
Platin (£-Feinunze) London	25. 3.	22. 3.
fr. Markt	229,00	230,60
Palladium (£-Feinunze) London f. Händlerpr.	95,85	95,90

New Yorker Preise	25. 3.	22. 3.
Gold H & H Ankauf	314,60	315,90
Silber H & H Ankauf	630,00	631,30
Platin fr. Händlerpr.	253,00–256,50	253,00–256,50
Produz.-Preis	475,00	475,00
Palladium fr. Händlerpr.	112,50–113,50	112,50–113,50
Produz.-Preis	150,00	150,00
Silber (c/Feinunze) März	630,50	632,00
April	630,30	633,20
Mai	633,00	638,00
Juli	643,00	645,00
Sept.	654,90	659,00
Dez.	672,60	675,00
Jan.	678,50	681,60
Umsatz	14 000	27 000

New Yorker Metallbörse

Kupfer (c/lb)	25. 3.	22. 3.
März	60,55	61,15
April	61,60	61,05
Mai	60,90	61,40
Juli	61,45	61,90
Sept.	61,90	62,35
Dez.	62,45	62,90
Jan.	62,70	63,15
Umsatz	6 500	1 900

Londoner Metallbörse

	26. 3.	25. 3.
Aluminium (£/t) Kasse	930,00–930,50	930,00–931,00
3 Monate	952,50–953,00	961,00–961,50
Blei (£/t) Kasse	305,00–305,50	301,00–302,00
3 Monate	313,50–314,00	310,50–311,00
Kupfer Higher grade (£/t) mittags Kasse	1200,0–1201,0	1185,5–1186,0
3 Monate	1218,5–1219,5	1205,5–1206,0
abends Kasse	–	1185,0–1186,0
3 Monate	–	1206,5–1207,0
(Kupfer-Standard) Kasse	1203,0–1207,0	1192,0–1195,0
3 Monate	1218,0–1220,0	1207,0–1210,0
Zink (£/t) Kasse	774,00–776,00	770,00–772,00
3 Monate	753,00–754,00	749,50–750,00
Zinn (£/t) Kasse	9650–9660	9657–9665
3 Monate	9670–9676	9670–9680
Quecksilber $/Fl.	–	290–300
Wolfram-Erz ($/T-Einh.)	–	73–75

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden† Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Manfred Schell, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos, Klaus Bruns (stellv.)

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius, Klaus-J. Schwehn (stellv.), Klaus Jonas (stellv. für Tagesschau); Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Marla Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann, Dr. Leo Fischer (stellv.); Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Dr. Rainer Nolden; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Knut Teske; Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz Kluge-Lübke; WELT-Report Inland: Heinz-Rudolf Scheika (stellv.); WELT-Report Ausland: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Personalien: Ingo Urban; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Dr. Hanna Giskes, Werner Kahl, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje

Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Thomas L. Kielinger (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Günther Bading, Stefan G. Heydeck, Peter Jentsch, Evi Keil, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps, Gisela Reiners

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Friedemann Diederichs, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Klare Warnecke MA; Hannover: Dominik Schmidt; München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Chefreporter: Horst Stein (zugleich Korrespondent für Europa), Walter H. Rueb

Auslandsbüros: Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Reiner Gatermann, Wilhelm Furler; Moskau: Rose-Marie Borngässer; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Washington: Fritz Wirth, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt; Jerusalem: Ephraim Lahav; London: Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Helmut Voss, Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Miami: Prof. Dr. Günter Friedländer; New York: Alfred von Krusenstiern, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Werner Thomas, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714, Fernkopierer (02 28) 37 34 65

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 1 84 565, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 565

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104, Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919, Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09, Telex 92 30 106

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (0 69) 71 73 11; Telex 4 12 449, Fernkopierer (0 69) 72 79 17, Anzeigen: Tel. (0 69) 77 90 11 - 13, Telex 4 185 525

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966, Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39-43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813, Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39, Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 26,50 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 63 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 13 gültig ab 1. 7. 1984, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 40

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart. Der Verlag übernimmt keine Gewähr für sämtliche Kursnotierungen.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT. Anzeigenpreisliste Nr. 4, gültig ab 1. Januar 1984.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Harry Zander

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Hans Biehl

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2070 Ahrensburg, Kornkamp.

Saupreiß, mach weiter!

eichh – „München leuchtet“ jetzt nicht mehr in den Kammerspielen. Die Hatz auf den Baulöwen, die Rituale der „Tschüß“-Schickeria und andere Lustbarkeiten dieses sogenannten Dokumentar-Kabaretts sind erfolgreich ausgereizt, meint Gerhard Polt, der sich hier fast zu einer Kleinkunst-Urpflanze des mediengerechten Bayern entwickelt hat.

Doch gehen die Lichter nicht aus in der Maximilianstraße. Dasselbe Team bringt jetzt im Residenztheater seine „Exoten“ heraus. Ein aufwendiger Bilderbogen, in dem gleich das ganze verhunzte Oberland leuchtet: Land und Leute zubetoniert mit Wohnsilos, durch die Fremden verfremdet –: „Grüaß di God Autobahn, pfia di God Auerhahn“, wie die populäre Biermösl-Blosn dazu virtuos-hinterfotzig bläst, zupft und singt.

Was in dem vertrauten, auf Orte wie Oberaudorf, Rottach-Egern, Schliersee zielenden Gaudi-Lamento aufhorchen läßt, ist der ungebrochene Klang des Wortes „Saupreiß“. Der Schauspieler Karl Obermayr schleudert es als geschundener Hausmeister angewidert über die Rampe, obwohl ja Preußen längst unterging.

Aber der „Saupreiß“ ist eben ein Phantomstaatler irgendwo jenseits des Mains und gilt in Bayern nach wie vor als der beste verbale Grant-Ableiter, den es je gab. Kein Geringerer als Fritz Kortner wußte das zu schätzen. Er meinte einmal sarkastisch: „Überraschenderweise fühlt man sich als Jude hier“ (in München) „weniger gefährdet als anderswo. Das kommt wohl daher, daß man als solcher nur an zweiter Stelle Objekt einer mürrischen, nicht sehr aktiven grantigen Ablehnung ist. Den ersten Platz halten die Preußen.“

Sehr ehrenvoll ist das natürlich nicht. Aber wiederum nicht so ernst, daß man nicht darüber staunen dürfte: wie so ein bayerischer Natur-Laut Vergangenheit angesetzt hat, die halt auch bewältigt sein will.



Mephistophelischer Salieri: Murray Abraham wurde bester Darsteller FOTO: AFP



Ein Sonder-Oscar für das Lebenswerk: James Stewart bei der Preisverleihung FOTO: AP

„Amadeus“ sahnte ab: In Hollywood wurden die diesjährigen Oscars vergeben

Salieris Sieg über Mozart

Es macht immer wieder Laune, das alljährliche Rennen um den Oscar. Das 34 Zentimeter große, gut sechs Pfund schwere vergoldete Figürchen, Preisstatuette der amerikanischen Filmakademie, ist nach wie vor die begehrteste Trophäe in der Filmbranche. Liefert sie doch nicht nur das offizielle Testat für künstlerische Qualität, sondern garantiert auch allemal ein paar Millionen Dollar mehr in der Kinokasse. Und ein Schauspieler steigert, mit dem Oscar geehrt, seinen Marktwert gewaltig. In diesem Jahr wurde der Oscar im Music Center von Los Angeles unter Zeremonienmeister Jack Lemmon zum 57. Mal vergeben. An den Fernsehschirmen saßen, Schätzungen zufolge, etwa eine Milliarde Menschen in 77 Ländern.

Die Auguren von Hollywood hatten seit Wochen keinen Zweifel daran gelassen, wer der Sieger sein würde: Milos Formans Mozart-Film „Amadeus“. Und sie haben recht behalten. „Amadeus“ hat das Rennen gemacht. Mit acht von insgesamt elf nominierten Oscars beherschte er noch stärker als erwartet die diesjährige Verleihungsfeier. Der Sieg ließ vergessen, daß der Film derzeit an Amerikas Kinokassen keineswegs die Nummer eins ist. Diese Ehre gebürt dem Streifen „Beverly Hills Cop“, der bei der Oscar-Zeremonie nur am Rande Beachtung fand.

Zum Triumph von „Amadeus“ als „bestem Film“ trug der Regiepreis an den Tschechen Forman bei, der seit 1969 in Amerika lebt und für „Einer flog über das Kuckucksnest“ (1975) schon einmal einen Oscar gewann; ferner der Preis für den besten Darsteller an Murray Abraham in der Rolle des Mozart-Antipoden Salieri; für das beste Drehbuch an Peter Shaffer, nach dessen Bühnenstück der Film entstand; für den besten Sound, die Kostüme, das Make-up und die künstlerische Leitung. Nur Mozart-Darsteller Tom Hulce selbst ging pikanterweise leer aus.

Aber das geht wohl in Ordnung. Der tragisch und mephistophelisch sich grämende Film-Salieri, der das ihm haushoch überlegene Genie Mozart intrigant zugrunde richtet und sich später im Irrenhaus ausführlich büßend an die mörderische Brust schlägt, überzeugt wesentlich mehr als Hulce, der als arglos-unflätiger kleiner Rokokopunk in seinen besten Momenten überirdische Musik aufs Notenpapier kleckst. Der junge Hulce hatte Tränen in den Augen, als er Murray am Abend der Preisverleihung zuwinkte.

Beste Hauptdarstellerin wurde erwartungsgemäß Sally Field. In Robert Bentons Film „Ein Platz im Herzen“ ist sie eine Scarlett O'Hara der dreißiger Jahre, eine grandiose junge Frau, die, nach dem Tode ihres Mannes ganz auf sich allein gestellt, ihre zwei Kinder und die Farm durch die schwierigen Jahre der Depression schleust. Der Film – er war neben „Amadeus“ einer der Favoriten – erhielt einen weiteren Oscar für das Originaldrehbuch. Mit diese beiden Ehrungen geht er freilich recht blaß aus dem Rennen. Das gleiche gilt für die anderen beiden Mitbewerber „Schreiendes Land“ und „Reise nach Indien“.

Roland Joffés Erstling „Schreiendes Land“, Kriegsmelodram und dichterisch gemeisterter Tatsachenbericht, der von der Freundschaft zweier Männer im bürgerkriegszerrissene Kambodscha erzählt, wie Bentons Film für sieben Oscars nominiert, erhielt davon nur drei: einen für Kameraführung und einen für Schnitt. Ferner wurde der Kambodschaner Haing Ngor – im Film ist er der Dolmetscher und Mitarbeiter des US-Reporters Sidney Schanberg – bester Darsteller einer Nebenrolle. Der Arzt und Kambodscha-Flüchtling spielt hier gewissermaßen sein eigenes Schicksal.

Der wie „Amadeus“ elfmal nominierte Film „Reise nach Indien“ des britischen Altmeisters David Lean mußte sich mit zwei Oscars bescheiden: Die 77jährige Britin Peggy Ashcroft – im Film begleitet sie Adela Quested nach Indien, dringt aber viel stärker als die junge Frau in die Geheimnisse dieses Landes ein – wurde zur besten Darstellerin einer Nebenrolle ernannt, während Maurice Jarre den Preis für die Originalfilmmusik erhielt. „Reise nach Indien“ wird im April in unsere Kinos kommen.

Lean („Doktor Schiwago“, „Die Brücke am Kwai“) drehte dieses monumentale Epos nach E. M. Forsters Roman. Das farbenprächtige, durchaus aber auch sozialkritische Tableau aus Englands Kolonialzeit ist – nach fünfzehn Jahren – das filmische Comeback des heute 70jährigen Regisseurs und wird von der amerikanischen Kritik als Meisterwerk gerühmt. Doch „Amadeus“ – oder mutmaßen wir besser: Mozarts Musik – war auch von ihm nicht zu schlagen.

Charakteristisch für die diesjährige Oscar-Verleihung, daß die meisten wichtigen Nominierungen an „Ausländer“ gingen, die mit amerikanischem Geld gearbeitet haben: an den Tschechen Forman und an die Engländer Joffé und Lean, im Gegensatz zum letzten Jahr, wo das uramerikanische Rührstück „Zeit der Zärtlichkeit“ mit Shirley MacLaine und Jack Nicholson den Lorbeer davongetragen hatte. Weniger noch als im letzten Jahr hat die Akademie übrigens kommerziellen Gesichtspunkten Rechnung getragen, hat vielmehr den Akzent ganz auf künstlerische Qualität gesetzt.

Unzufrieden war man in Hollywood mit der Wahl der französisch-schweizerischen Koproduktion „La Diagonale du Fou“ zum besten ausländischen Film. Es geht darin um eine Schachweltmeisterschaft, die in Genf zwischen einem Sowjetrussen und einem Exilrussen ausgetragen wird. Taverniers „Sonntag auf dem Lande“, so meinten viele Kritiker, hätte der Preis besser angestanden. Aber wo auf der Welt geht es schon auf der ganzen Linie gerecht zu? Freuen wir uns lieber mit James Stewart über den Sonder-Oscar, der ihm für sein Lebenswerk zugesprochen wurde – die vermutlich populärste Auszeichnung des Abends. Und mit Stevie Wonder, der in „Die Frau in Rot“ so hinreißend „I just called to say I love you“ schmachtete. Zum „besten Lied“ wurde dieser bestrikkende Ohrwurm gekürt.

DORIS BLUM



Scarlett O'Hara der dreißiger Jahre: Sally Field, beste Darstellerin FOTO: AP



Ein Tscheche in Hollywood: Milos Forman, der den Regie-Oscar für „Amadeus“ gewann FOTO: AP

JOURNAL

Operettenhaus in Hamburg am Ende

DW. Hamburg

Im Hamburger Operettenhaus geht seit gestern abend der Vorhang nicht mehr auf. Nach 120 Aufführungen des Musicals „Große Freiheit Nr. 7“ mußte Karl Vibach als Geschäftsführer der eigens für diese Musical-Produktion gegründeten GmbH beim Hamburger Amtsgsgericht Konkurs anmelden. Auf 800 000 Mark sollen die Schulden des Unternehmens in den vergangenen Monaten angewachsen sein. Als die finanziellen Schwierigkeiten offenkundig geworden waren, hatte Vibach im Rahmen eines Sparplans u. a. Gagen gekürzt und mit Appellen an die Kulturbehörde das Unternehmen zu sanieren versucht. Die Kulturbehörde, die das Operettenhaus für „Große Freiheit Nr. 7“ kostenlos zur Verfügung gestellt und monatlich einen Zuschuß von 33 000 Mark gezahlt hatte, lehnte jedoch weitere Subventionen ab. Auch private Spender hatten sich nicht mehr gefunden.

Plakate von Ludwig Hohlwein

DW. Stuttgart

Ludwig Hohlwein ist zweifellos einer der bedeutendsten deutschen Plakatkünstler. Seine Entwürfe für Münchner Modehäuser, bayerische Kurorte und eine Fülle der unterschiedlichsten Waren, die seit 1906 entstanden, wirkten nicht nur in Deutschland stilbildend. Eine Auswahl von 433 Hohlwein-Plakaten – darunter auch die umstrittenen Entwürfe für die SA, den BDM und andere nationalsozialistische Organisationen – zeigt bis zum 21. April die Graphische Sammlung der Stuttgarter Staatsgalerie. Der Katalog, in dem alle Plakate zumindest in Schwarz-Weiß abgebildet sind, kostet 24 Mark.

Ältestes Fachwerkhaus Süddeutschlands

dpa, Stuttgart

Zwei Hausforscher haben bei einer Bestandsaufnahme des alten Stadtkerns der Stadt Esslingen in der Webergasse 8 das älteste Fachwerkhaus Süddeutschlands entdeckt. Obwohl es während seiner 700jährigen Geschichte mehrmals verändert worden war, ist die ursprüngliche Konstruktion des Hauses weitgehend erhalten geblieben. Besonders auffällig sind die Dachkonstruktion und ein ehemaliger riesiger Weinkeller. Das 15 Meter lange und 16 Meter hohe Gebäude stammt vermutlich aus dem Jahr 1267.

Die Stadt Oberhausen stellt 64 Kurzfilme vor

dpa, Oberhausen

Die Oberhausener Informationstage, die vom 19. bis 21. April stattfinden und dem Oberhausener Kurzfilmfestival vorausgehen, werden 64 Kurzfilmbeiträge zeigen. Produktionen von Regisseuren wie Dore O., Wolfgang Landgräber, Gertrud Pinkus, Anton Tryandafilidis, Toni Lerch, Werner Biedermann, Hartmut Schön, Pavel Schnabel, Trevor Peters und Bernd Upnmoor sind im Programm fest eingeplant.

„Persönlichkeiten unserer Zeit“

DW. Freiburg i. Br.

Es sind keine Staatsporträts, die die Photographin Ingrid von Kruse aufnimmt. Sie versucht eher stille Momente, scheinbar unbeobachtete Augenblicke festzuhalten. Das gibt ihren Bildern einen sehr persönlichen Ausdruck, auch wenn es sich um „Persönlichkeiten unserer Zeit“ handelt, wie die Ausstellung in der Kleinen Galerie des Freiburger Augustinermuseums heißt, die bis zum 28. April zu sehen ist.

George London †

Er war groß, schlank und gebot über einen kernigen Bariton von stattlichem Volumen: Für George London waren Bühnenrollen damit vorgezeichnet. Wagners „Fliegender Holländer“, der Wotan im „Ring“, der Amfortas im „Parsifal“, Boris Godunow, Scarpia und Don Giovanni waren seine Glanzrollen. In Bayreuth war er schon seit 1951 dabei. Wien und die Salzburger Festspiele, die Mailänder Scala und die New Yorker Met rissen sich um ihn – ja sogar das Moskauer Bolschoi lud ihn ein, „Boris“ zu singen: Ein weltreisender Singstar der Nachkriegszeit. 1968 übernahm er die Leitung der Oper von Washington. Auf einer Reise zu sommerlichen Festspielen erkrankte er 1977 in München schwer. Nun ist sei Dämmern zwischen Leben und Tod beendet: 64jährig starb George London in Armonk, US-Bundesstaat New York. Bth.

Korrektur

Entgegen Meldungen aus Berlin, die auch die WELT in ihrer gestrigen Ausgabe veröffentlichte, ist der 91jährige Musiktheoretiker Josef Rufer nicht gestorben, sondern in stationärer Krankenbehandlung. Wir bedauern die Fehlmeldung.

Theaterbrief aus Paris: Chéreaus Marivaux und Kargs Flash Light in Blue

Michel Piccolis Ironie schafft sie alle

Marivaux ist in Mode gekommen. Der klassische Komödiant und Konfliktstratege aus Ludwigs XV. galanten Zeiten wird wiederentdeckt. Und wo? In Paris. Und von wem? Zum Beispiel von Patrice Chéreau. Der hat in dem strengen, schmucklosen „Théâtre des Amandiers“ in Nanterre bei Paris Marivaux' „Falsche Dienerin“ inszeniert.

Zweieinhalb Stunden lang, ohne Pause, werden große Gefühle und kleine Gedanken mit gläserner Klarheit in Bewegungen und Worte verwandelt. Chéreau gibt großes Theater. Den idealen Hintergrund für solch präzises Spiel und differenziertes Sprechen bietet das Bühnenbild von Richard Peduzzi, das während der drei Akte nicht um einen Deut verändert wird. Die monumentalen, grauen Wände mit der kurvenförmigen Rampe mögen anfangs befremden. Doch später legt das Licht pastellfarbene Anstrichfragmente frei, ein Kapitell wird sichtbar, ein Puttenkopf, ein Architrav. Alles Insignien für ein Geschehen, auf das man sich, dank der delikaten Sprache Marivaux', willig einläßt.

Da verkleidet sich eine junge Frau (Laurence Bourdil) als Ritter, um Lélio besser kennenzulernen, den Mann, der sich für sie interessiert (Didier Sandre). Sie findet heraus, daß er ihr Geld will, nicht ihre Liebe, und dafür seine Mätresse, die von Jane Birkin zart gespielte Gräfin, im Stich läßt. Die wiederum verliebt sich in den vermeintlichen Ritter. Kern der Intrigen um Liebe und Geld ist eine schriftliche Abmachung, die Lélio und die Gräfin getroffen haben: Wer aufhört, den anderen zu lieben, muß ihm 10 000 Taler zahlen. Lélio, dem skrupellosen Lebemann, geht es vor allem um dieses Geld.

Doch auch die sich überall anbiedernde Dienerschaft ist hinter Talern her, stiftet dabei mit Indiskretionen zusätzliche Verwirrung und gibt dem Stück eine gehörige Portion Komik: Pierre Vial als Frontin, Bernard Ballet als Arlequin und – aus dem gesamten Ensemble herausragend – Michel Piccoli als Trivelin. „Seine“ Szenen, in denen er seine Parodierkunst, die feine, dann auch wieder dick aufgetragene Ironie des halbgebildeten, durchtriebenen und dekadenten Dieners ausspielt, sind das Beste.

„Die falsche Dienerin“, 1724 uraufgeführt, blieb, wie viele andere Stükke Marivaux', über zwei Jahrhunderte hinweg vergessen. Nun ist die Komödie unter Chéreau zu einem der Höhepunkte der gegenwärtigen Marivaux-Welle in Frankreich geworden. „Marivaudage“ ist das französische, oft abwertend gemeinte Wort für galante Tändelei. Chéreau hat Marivaux ohne „marivaudage“ inszeniert.

Szenenwechsel. Im Pariser Vorort Vanves wird derzeit ein brandneues Stück gegeben: „Flash Light in Blue“. Ein (absurdes) Theaterstück? Ein Jazzkonzert? Die Show eines Komikers? Es hat von all dem etwas und noch mehr: Es ist erfrischend, unprätentiös, perfekt.

Der Münchner Autor Michael Karg und Hauptdarsteller Philippe Alcamo kennen sich seit zwei Jahren. Die Rolle ist dem 27jährigen auf den Leib geschrieben, ja, man ist versucht anzunehmen, er sei die Raison d'être der Drei-Personen-Show. Er erscheint auf der nüchternen Bühne, mit Bogart-Hut und Blümchenkrawatte ganz im Stil der 50er Jahre. Unbeholfenen Schrittes und den Oberkörper ein wenig nach vorne geneigt, tappt er umher und blickt sympathisch-vertrottelt ins Publikum: ein Woody Allen, der seine Brille vergessen hat, möchte man meinen.

Er spielt einen arbeitslosen Saxophonisten, der sich nacheinander als Privatsekretär einer jungen, aufreizenden Dame (Françoise Hausfater), als Vertreter für Bürsten, als Artist am Trapez und als Totengräber versucht. Sein Manager (Alfredo Véga) verspricht ihm die große Karriere: „Er will die Illusion, er soll sie haben.“ Das Burleske wird ständig von der Melancholie eingeholt und umgekehrt.

Leider verflacht das Stück gegen Ende. Saxophonist Alcamo darf endlich mit einer Jazzgruppe musizieren, bricht aber vor der Bühne zusammen: ein plumper Fingerzeig auf das Gaukelwerk des märchengleichen Aufstiegs zum Star. Was bleibt, ist der Eindruck von Philippe Alcamo als einem großen Komikertalent.

MICHAEL SIEBERT

Zum vierten Mal: Der Literarische März und die „Darmstädter Begegnungen“

Das Poesiealbum blieb ohne Chance

Was alles hat Platz in einem Gedicht?“ fragte Helmut Heißenbüttel in einem Aufsatz, der 1968 erschien, und mit Benn könnte man antworten: „sagen wir Trauer, panisches Gefühl, finale Strömungen“. Doch Benns Auflistung möglicher Inhalte eines Gedichts (zu finden in seinem Essay „Probleme der Lyrik“) werden von ihm im Anschluß daran ganz allgemein als etwas charakterisiert, das erst einmal „jeder“ hat und deshalb „menschlicher Bestand, sein Besitz in mehr oder weniger vielfältigem und sublimem Ausmaß“ ist. Nur ist auch das noch nicht das letzte Wort im Zusammenhang, die Pointe lautet: „Aber Lyrik wird daraus nur, wenn es in eine Form gerät, die diesen Inhalt autochthon macht“.

Das Gedicht als Spiel-Feld, aber als abgestecktes. Kein Terrain für Beliebigkeiten. An solche Maßstäbe und Fragen wurde erinnert, wer das ambivalente Vergnügen hatte, dem Literarischen März 1985, also jenem Darmstädter Lyrikwettbewerb, der in diesem Jahr zum 4. Mal stattfand, drei Tage lang beizuwohnen. Schon längst ein Magnet in den Köpfen der Gedichte schreibenden Schüler, Studenten und Jungautoren und nicht weniger lange ein beachtlicher Finanzposten im Kulturetat der Stadt (allein an Preisgeldern stehen 24 000 DM zur Verfügung), ist der diesjährige Literarische März erneut konzeptionellen Veränderungen unterworfen worden.

Das betraf zwar nur geringfügig seinen Ablauf, wohl aber die Einbindung in die viertägigen „Darmstädter Begegnungen“, die vom Veranstalter als „multimediales“ Ereignis angelegt waren – mit dem Ziel: „junge Lyriker, bildende Künstler und Musiker über die Grenzen ihrer eigenen Arbeit hinaus miteinander ins Gespräch zu bringen“. Eine schöne Idee, gewiß. Aber auch eine mißlungene. Leider. Denn die Genre-Vertreter blieben konsequent unter sich, hetzten höchstens zwischen den einzelnen Veranstaltungsorten innerhalb der Stadt hin und her. Woran es mangelte, war der sprichwörtliche Konzentrationspunkt für jenes erhoffte Gespräch. Aber das scheint mir eine reparable Panne gewesen zu sein. Nicht zu umgehen dagegen die psychischen Verwundungen, die der Ausgang eines öffentlichen Literaturwettbewerbs wohl immer wieder zeitigt. Zwar kam es nicht zu Klagenfurter Dimensionen, aber ein vorzeitiges Abreisen war auch diesmal zu verzeichnen, trotzige Trauer auf den Gesichtern der Nichtgekürten ablesbar.

Alles verständlich und zugleich überflüssig, denn abgesehen davon, daß auch in diese Arena keiner gezwungen wird, sind der Jury in diesem Jahr kaum Vorwürfe zu machen. Sie hat zweifelsohne den besten Kandidaten herausgelesen und entsprechend mit dem Leonce-und-Lena-Preis geehrt. Die Gedichte Hans-Ulrich Treichels (geb. 1952) boten eben nicht nur die bis zum Überdruß bekannten Gefühlswallungen und privatistischen Erfahrungsmotive einer ganz bestimmten Altersspanne, sondern Format, wenn wir den Bennschen Maßstab anlegen. Lakonik und unverbrauchte poetische Bilder vereinigen sich bei Treichel zu spannungsreichen Versen, die ohne jede Schnoddrigkeit und Ramschtisch-Zynismus auskommen.

Auch Sabine Techel aus Berlin kam verdient zu Urkunde und Scheck. Fähig, mit dem Wort für Bitteres ein unverbittertes Spiel zu treiben, funkelten ihre Gedichte, eroberte(n) sie spontan das Publikum. Fragwürdig allein die Entscheidung für Hansjörg Schertenleib aus der Schweiz. Sein überraschtes Kopfschütteln nach der Bekanntgabe, das auch er zu den Siegern gehöre, war der adäquateste Kommentar zu seiner Wahl. Denn eines der stärksten Talente dieser Darmstädter Runde ist schlicht unterschätzt worden: der gebürtige Engländer, aber deutsch schreibende Kevin Perryman. Seine Poesie hatte zwar keine Reime zu bieten, dafür jedoch eine Fülle originärer Motive und eine rhythmische Grundstruktur, die zum treffsicheren Wort auch noch die Schönheit des Klangs kommen ließ.

Gleichwohl und wiederholt: Keine Urteilsschelte! Eher ein wenig Dank für diese „Ignoranz“, hält sie doch die Spannung über den Tag hinaus aufrecht. Drei Gekrönte und sieben Ungekrönte junge Dichter (von rund 800 Bewerbern) – aber wessen Gedichte werden wir noch in zehn Jahren lesen?

ULRICH SCHACHT

Z. Jeanmaire mit „Hollywood Paradise“ in München

Nicht bloß Memoiren

In Münchens Deutschem Theater stehen die Beine von Paris zur Diskussion – in jeder Minute in voller Länge, und jeder Zoll sehenswert. Zizi Jeanmaire gibt uns die Ehre in ihrer Show „Hollywood Paradise“. Ehemann und Choreograph Roland Petit hat sie ihr auf den eleganten Leib geschneidert.

Zizi trägt nur oben Wechselndes, mal T-Shirt, mal Glitzerjäckchen, mal Pierrot-Kragen. Ansonsten schwarze Strumpfhosen, und wenn's mal fast aussieht wie ein Rock, besteht's doch bloß aus Fransen.

Wir nehmen die Beinarbeit entzückt zur Kenntnis: Zizi kann es noch immer (womit das ungalante Wort heraus wäre)! Aber zugegebene Sechzig sind kein Pappenstiel, und sie spielen doch auch wieder gar keine Rolle, wenn so viel Können, so viel Persönlichkeit vorhanden sind.

Zizi und Roland Petit haben sich thematisch in ihre Jugendjahre, die Fünfziger, gestürzt, als Hollywood dran war. Da bewunderte Zizi die Kollegen Fred Astaire und Gene Kelly, ließ sich selber von Howard Hughes bewundern, widerstand dem amerikanischen Wunsch nach Erblondung zum höheren Ruhme des Films und schritt Glitzertreppen hinab – so, wie sie war, mit der knappen Pagenfrisur, der winzig-zierlichen Figur, dem Clownsmund, dem großen Blick und dem Frank-Sinatra-Lied im frechen Hals.

Das sind nicht bloß getanzte Memoiren – das alles ist auch heute noch da. Die Rosinen: „Was ich kann“, eine Show-Nummer mit schwarzem Hut und weichen Knien, der Fred-Astaire-Tanz über Tisch und Stühle und die präzis schlenkernde Matrosennummer à la Astaire/Kelly. Das hat Pfiff, Charme, Noblesse in der Bewegung. Ein bißchen mehr Frou-Frou und Boa und Schleppmantel hätte sie sich indessen leisten dürfen. Mehr Paris eben. Auf Zizis Amerika sind wir ja nicht ganz so neugierig.

Bravo für die Männer, die sie mittanzen läßt. Das sind klassisch geschulte Könner mit dem Pfiff fürs Showbusiness. Aber es dürfte nicht leicht gewesen sein, vier so unhübsche, schwache Mädchen zu finden, die da in Corsage und Marabu herumhüpfen. Weiß denn Zizi nicht, daß ihr keiner kann?

BEATE KAYSER



Die große Dame des Showtanzes: Zizi Jeanmaire FOTO: DPA/DÜREN

Luciano Berio bearbeitet Monteverdi: „Orfeo II“ in Colmars Messehallen

Pluto residiert auf einem Kanapee

Sektflaschen kreisen im Publikum. Bonbons werden mit vollen Händen von der rampenähnlichen Spielfläche heruntergeworfen: Auch die Zuhörer sollen nicht zu kurz kommen, wenn Orpheus und Eurydike im Kreis ihrer ausgelassen herumhopsenden Freunde ein rauschendes Hochzeitsfest feiern.

Wir befinden uns in Colmar in einer großen Messehalle im Palais des Expositions, wo das Atelier lyrique du Rhin die musikalische Fabel „Orfeo II“ aufführt. „Musik von Claudio Monteverdi“ steht auf dem Programmzettel. Das freilich ist nur bedingt richtig. Monteverdi schrieb „Orfeo“. Dessen musikalisches Material wird zwar auch in „Orfeo II“ verwendet, es wurde aber vorher erheblichen Manipulationen unterworfen, die eine italienische Komponistengruppe unter Leitung Luciano Berios an Monteverdis Werk vornahm.

Was dabei herauskam, ist ein Monteverdi-Verschnitt für das Zeitalter der Unterhaltungsmusik. Zwar ist das frühbarocke Vorbild – zumeist in den Vokalpartien – stets präsent, beim instrumentalen Teil aber haben die Bearbeiter gründlich zugelangt: Etwa 50 Blechbläser sind am Werk, daneben ein Akkordeon- und Mandolinen-Ensemble, eine Rockband und, Monteverdi noch am ähnlichsten, eine Gruppe mit Geigen und Flöten. Und die spielen natürlich nicht Monteverdis Noten – das wäre etwa für eine Rockband ja kaum möglich –, sondern begleiten die Sänger auf ihre Art: mit Blasmusik eben, mit Synthesizern oder mit schrägen Klavierakkorden. Dazu kommt eine allgewaltige Elektronik, die die Klänge verstärkt, verfremdet oder miteinander vermischt.

Auch die Inszenierung von Angelo Savelli paßte sich dem Aktualisierungsversuch an: Das Hochzeitspaar fährt in einer englischen Nobelkarosse vor, die verstorbene Eurydike wird im Krankenwagen auf die Bühne gebracht, Pluto residiert in einer recht gemütlichen Unterwelt im Morgenmantel auf einem bequemen Kanapee.

Wenn auch bezweifelt werden muß, daß solche Modernisierungsversuche viel zum Verständnis des Werkes beitragen oder gar ein neues Publikum an Monteverdi heranführen – immerhin gelang es den Bearbeitern, Feindlichkeiten zu vermeiden, was keineswegs selbstverständlich ist, wenn zur Verkündigung von Eurydikes Tod ein Soloakkordeon aufspielt oder wenn ein Liebesgesang von Orpheus durch Popbegleitung zur Schlagerschnulze umfunktioniert wird. Ein unfreiwilliges Possenspiel also ist „Orfeo II“ nicht, die Fabel-Handlung wird ernst genommen, und manchmal gelingen dieser Bearbeitung Momente von großer Eindringlichkeit – wenn zum Beispiel Orpheus' Schmerzschreie nach dem endgültigen Verlust der Geliebten in einem Inferno aus Geräuschen und Blitzen untergehen.

Dennoch: Die instrumentalen und elektronischen Defekte nutzen sich erstaunlich schnell ab, vor allem im zweiten und dritten Akt sind deutliche Durststrecken zu überwinden – zumal auch mit Ausnahme von Mario Bolognessi, der die Titelrolle mühelos bewältigte, die Sänger dieser Aufführung kaum das Format hatten, über diese Durststrecken hinwegzuhelfen.

STEPHAN HOFFMANN

Sorgt Video-8 demnächst für Harmonie?

WILM HERLYN, Köln

Die Verwirrung auf dem Videomarkt scheint nicht mehr größer werden zu können. Drei konkurrierende Systeme jagen sich gegenseitig die Kunden ab, und viele Kaufwillige wollen sich gar nicht erst entschließen, weil ihnen niemand sagen kann, wer letztlich die Oberhand gewinnt: VHS oder Beta, beides Systeme aus Japan. Das dritte System, das von Grundig entwickelte Video 2000, ist schon hoffnungslos abgeschlagen. Keines der drei ist miteinander kompatibel, und wer beispielsweise mit einer VHS-Kamera filmt, benötigt auch einen VHS-Recorder, sonst bleibt der Bildschirm grau.

Osaka-Konzern blockt Welt-Standard an

Kein Wunder, daß die wichtigen Unternehmen der Unterhaltungselektronik und der Fotobranche nach mühsamen Verhandlungen vor einem Jahr einen Standard kreierten, um neue Käuferschichten zu erschließen: Die Videobänder sollen nicht mehr auf einem halben Zoll (12,7 Millimeter) laufen, sondern einheitlich auf acht Millimeter. Vor allem die Fotofirmen Kodak, Polaroid und Fuji setzen sich für den neuen Welt-Standard ein, weil sie auf ihren angestammten Märkten mit immer größeren Absatzschwierigkeiten zu kämpfen hatten. Doch scheiterte bis jetzt die Einführung des Acht-Millimeter-Bandes an dem international führenden Matsushita-Konzern in Osaka, der als größter Recorder-Fabrikant auf das VHS-System setzt.

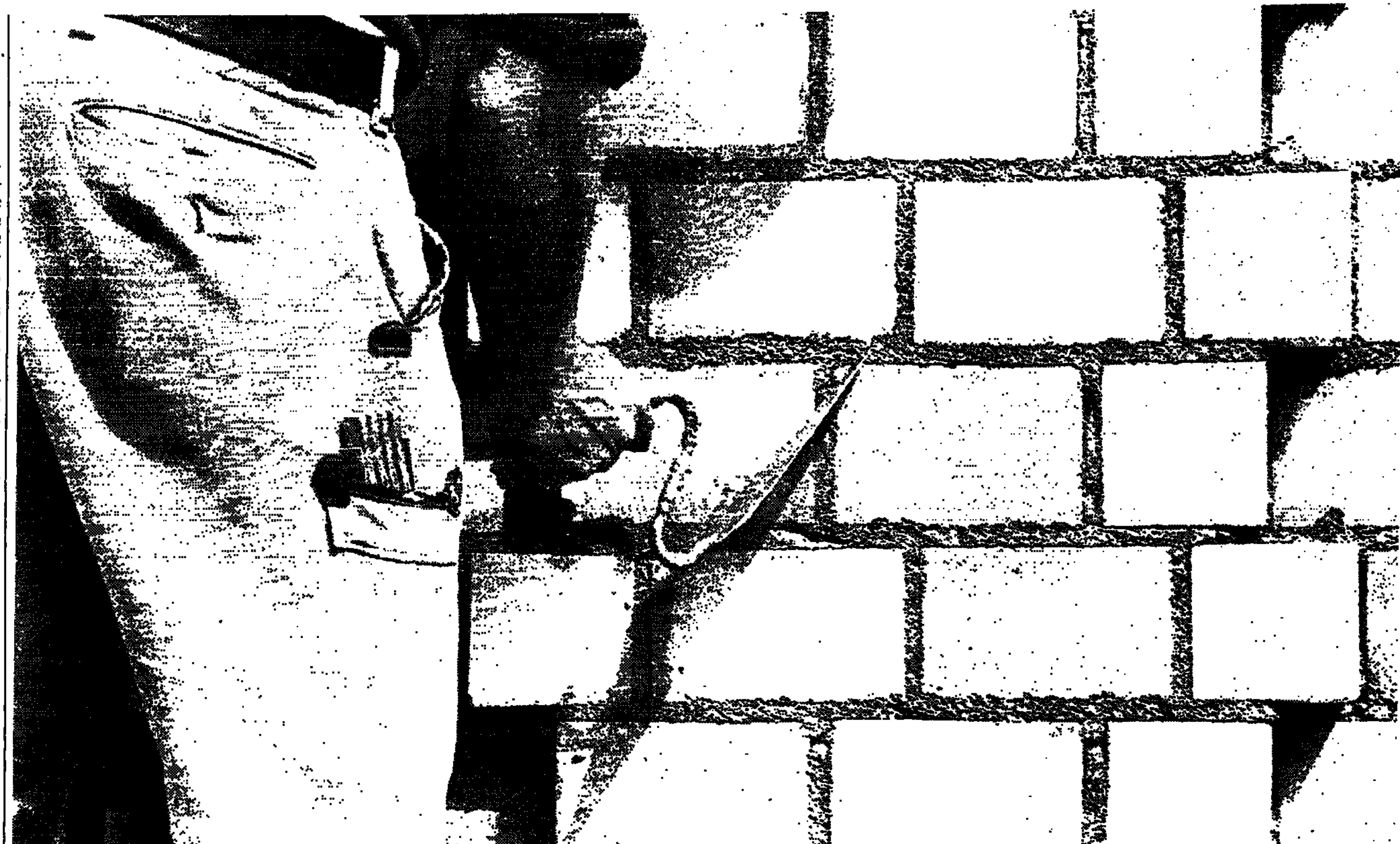
Da der schärfste Konkurrent, der japanische Beta-Erfinder Sony, aber immer mehr an Boden verlor, wagte er sich jetzt weit nach vorn. Er präsentierte in Köln die Acht-Millimeter-Kamera mit dazugehöriger Kassette. Damit soll der Systemvielfalt endlich ein Ende gesetzt werden. Der neue Standard kann zudem an alle herkömmlichen Halbzoll-Videogeräte angeschlossen werden.

Als Clou gilt das Long-Play-System

Der deutsche Sony-Geschäftsführer Jack Schmuckli, der einräumt, daß seine Firma auf dem europäischen Markt Schwierigkeiten mit dem Beta-System hat, gibt sich siegessicher: „Bis 1990 hat sich Video-Acht als Weltstandard durchgesetzt." Die Vorzüge des neuen Systems sind verblüffend: Die Kassetten sind von der Größe her einer Tonbandkassette ähnlich, das Band ist mit Hochleistungs-Metallpartikeln beschichtet und darum besonders leistungsfähig. Als Clou entwickelten die Sony-Leute ein Long-Play-System, das eine Spieldauer von drei Stunden ermöglicht.

Die Kamera, die schon Ende des kommenden Monats verkauft wird, wiegt betriebsbereit nur 2,3 Kilogramm – ein Kilogramm weniger als das bisher leichteste vergleichbare Sony-Gerät, die Betamovie. Das Gerät, mit einem Monitor zur Kontrolle der Aufzeichnung ausgestattet, wird etwa 4000 Mark kosten. Es wird durch einen Tuner für rund 800 Mark ergänzt, damit die Käufer des neuen Systems auch Fernsehfilme auf Acht-Millimeter-Kassetten aufzeichnen können.

Nicht nur Sony, sondern auch andere Bandhersteller wie TDK oder Hitachi, BASF oder Agfa wollen in den kommenden Monaten – spätestens bis zur Berliner Funkausstellung – mit den neuen Standardbändern auf dem Markt sein. Allein die Geräteindustrie tut sich noch schwer. Matsushita blockt ab – er will noch seine VHS-Recorder unter das Volk bringen. Er läßt sich aber eine Hintertür offen und beliefert schon Kodak mit Acht-Millimeter-Kassetten.



Die nervige Faust an der Kelle ist noch kein Beweis für die Qualität der Arbeit. Die gefürchteten Risse tauchen erst später auf. FOTO: MANFRED VOLLMER

Von Rost und Korrosion

Wenn der Laie von Rost redet, spricht der Fachmann von Korrosion. Aber Korrosion (lat.: *corrodere* = zernagen) ist nicht gleich Rost. Die DIN-Vorschrift spricht von der Reaktion eines metallischen Werkstoffes mit seiner Umgebung, die eine meßbare Veränderung des Werkstoffes bewirkt. Auch Holz und Kunststoffe gehören dazu.

Korrosion tritt da auf, wo Pumpen und Rohre Säuren und Laugen befördern, wo in Motoren Treibstoffe verbrannt werden ... Bauschäden lassen sich auf vier Grundursachen zurückführen: Pfusch am Bau, mangelnde Pflege, Überforderung des Materials, Umwelteinflüsse. Jährliche Korrosionsschäden bei uns: 60 Milliarden Mark, in den USA: 70 Milliarden Dollar. Tendenz steigend. Prozentualer Anteil am Bruttosozialprodukte unter Berücksichtigung der Folgeschäden: In Deutschland 2,5%, in den USA 4%. D.T.

Pfusch am Bau – eine Seuche breitet sich aus

„Es gibt kein Gebäude ohne Risse. Ein Gebäude ist erst dann fertig, wenn sich alle Risse eingestellt haben." So und ähnlich lauten die hämischen Kommentare der Statiker in der Diskussion um ein leidiges Thema in der gesamten Baubranche: Rißbildung.

700 Ingenieure, vereidigte Bausachverständige und Architekten sind nach Aachen gekommen, um sich mit der Frage „Risse im Hochbau, warum und was tun dagegen" zu beschäftigen.

„Der Architekt von heute versteht sich als ein Gestalter der Umwelt, der formschön bauen will", gibt Professor Erich Schild vom Lehrstuhl für Baukonstruktion als Tagungsleiter an der RWTH Aachen zu bedenken. „Aber seine verlockenden Ideen basieren oft genug nicht auf technischer Detailkenntnis. Ohne vertieftes Wissen auf diesem im raschen Wandel befindlichen Gebiet baut er aber auf Sand, wie nicht nur das oft beklagte Klinikmonster in Aachen zeigt." Diese Kenntnisse zu vermitteln, ist eines der Ziele dieser Tagung.

Das Thema lohnt. Schon 1979 bezifferte das Berliner Umweltbundesamt die Schäden an den 2,4 Millionen Wohngebäuden in den Ballungsgebieten auf 1,5 Milliarden Mark. Gemessen am gesamten jährlichen Bauvolumen von rund 200 Milliarden Mark vielleicht nicht viel, würde die Tendenz zum Pfusch am Bau nicht rapide steigen. Die Vergleichszahlen für Tief- und Brückenbau dürften dabei kaum günstiger aussehen, zumal es durchaus nicht so ist, daß nur in Zeiten der Hochkonjunktur geschludert wurde. Gerade die angespannte aktuelle Wettbewerbssituation läßt die Qualitätsfrage unter anderem auch zu einer Preisfrage werden.

Professor Schild verteidigt dennoch die Aktion „Preisgünstig bauen" und will nur an überflüssigem Beiwerk wie Kellerräumen und teurer Ausstattung von Einsparungen wissen, die das Konzept der soliden Grundbauweise nicht antasten. Immer noch läßt die zehn Jahre alte Erhebung in Nordrhein-Westfalen, die jedem vierten Hochbau ein oder mehrere Bauschäden bescheinigt, die Gemüter nicht zur Ruhe kommen. Eine Aktualisierung dieser Erhebung und ihre Ausdehnung auf das gesamte Bundesgebiet erscheint dringend nötig, auch wenn die technischen Verbesserungen beim Bau inzwischen auch zu einer Qualitätsverbesserung geführt haben dürften, wie Schild urteilt. Doch da gibt es auch genügend „Gegenbeweise": Im Mai 1980 stürzte die Berliner Kongreßhalle ein. Das Dach des neuen Bonner Kanzleramts, das 1976 bezogen wurde, mußte inzwischen für 700 000 Mark neu gedeckt werden und bei der Hamburger Köhlbrandbrücke wurden schon nach zwei Jahren sämtliche Tragteile ausgetauscht. 1982 wurden allein für die Erhaltung des Gebäudebestandes 36 Milliarden Mark aufgewendet.

Schild rät Hausbesitzer dennoch zur Besonnenheit. Es bestehe kein Grund zur Panik, wenn ein Bauherr Risse in seinem Traumhaus entdeckt und damit den Einsturz assoziiert. Hier gelte es zu differenzieren: Mini-Haarrisse bis zu 0,2 Millimeter sind ganz unerheblich. Stille Risse – Risse, die sich beruhigen – sind mühelos nachzubessern. Erheblich größere Sorgen sind bei beweglichen Rissen angebracht. Sie entstehen durch thermische Längenänderung an Deckenplatten oder Fassaden mit starker Aufheizung. Ernstzunehmen sind auch sogenannte Setzungsschäden vor allem am Berg, die ein Problem im gesamten innerstädtischen Baubereich darstellen. Auch beim Rißbild gilt die Weisheit: Erst differenzieren, dann handeln.

Große Aktualität besitzt nach wie vor auch das Thema Korrosion, siehe Kasten nebenan. INGRID ZAHN

Kaum noch Hoffnung für die „Silence"

Die deutsche Jacht sank im Atlantik / Wellenberge bis zu zehn Meter Höhe

DW. Lorient

Für die vier Besatzungsmitglieder der deutschen Segeljacht „Silence", die am Montag nachmittag in schwerem Sturm im Atlantik gesunken ist, besteht kaum Hoffnung auf Rettung. Wie der Eigner des Schiffes, Horst Backhaus (43), gestern in Lauenburg mitteilte, war das Schiff am Sonnabend aus dem französischen Hafen Brest ausgelaufen. Ein Sturmschaden, den die „Silence" eine Woche zuvor davongetragen hatte, sollte im portugiesischen Hafen Porto repariert werden.

Zu dem zunächst genannten Schiffsnamen „Bjun" sagte Backhaus, das Schiff habe das Rufzeichen „DJUM", das möglicherweise durch einen Hörfehler für den Namen der Jacht gehalten worden sei.

Nach Angaben der französischen Seeüberwachung in Lorient (Bretagne) war zuletzt am Montag gegen 15.00 Uhr ein Notruf der 25 Meter langen Ketsch empfangen worden, als sich der Zweimaster etwa 280 Kilometer westlich der französischen Atlantikküste befand. Die Besatzung habe in dem Notruf mitgeteilt, die Ketsch sinke. Die gestern fortgesetzte Suche habe noch zu keinem Erfolg geführt.

Wie die spanische Marinekommandantur in Gijon mitteilte, war das norwegische Gastankschiff „Nils Henrik Abel" nach dem SOS-Ruf zu der angegebenen Position geeilt, ohne jedoch eine Spur von der Jacht oder ihrer Besatzung zu finden. In dem Seegebiet herrschte am Montag schwerer Sturm mit Wellen bis zu zehn Meter Höhe. Das norwegische Schiff mit zehn Mann Besatzung galt zunächst wegen einer Verwechslung der Funksprüche auch als gesunken. Die Besatzung der „Silence" sprang nach Angaben der spanischen Marine mit Schwimmwesten über Bord, weil sie offenbar keine Zeit mehr hatte, ein Rettungsfloß auszusetzen.

Bei einem zweiten Jachtuntergang vor der nordgalizischen Küste sind ebenfalls am Montag vermutlich neun Menschen ertrunken. Die schweizerische Jacht „El Pirata" war auf dem Weg von England nach Portugal 80 Seemeilen vor dem Kap Ortegal von einer schweren See zum Kentern gebracht worden und gesunken.

Das spanische Rote Kreuz hat mittlerweile Rettungsboote an die Unglücksstelle gesandt. Außerdem suchen Hubschrauber nach den Vermißten.

Premiere am Kanal

Schweizer Ultra-Leichtflieger erreicht die britische Insel

REINER GATERMANN, London

Nicht schlecht staunten gestern nachmittag die Leute auf dem kleinen südenglischen Flugplatz Southend, als sie etwas landen sahen, das mehr einer größeren Hummel denn einem Flugzeug glich. Aber diesem Flieger entstieg ein glücklicher Peter Haltinger (28) aus Altstätten bei St. Gallen (Schweiz). Kurz zuvor hatte er als erster in einem Ultra-Leichtflugzeug den englischen Kanal überquert.

Damit ging die erste Hälfte einer Reise zu Ende, die Haltinger nicht gern als Abenteuer bezeichnet – lieber „als Beweis dafür, daß Ultra-Leichtflugzeuge, richtig eingesetzt, eine nicht unbedeutende Rolle in unserem Transportwesen einnehmen können".

Bevor er mit seinem in Deutschland registrierten Flugzeug – in seinem Heimatland Schweiz sind diese Konstruktionen verboten – in Southend britischen Boden berührte, war er unter anderem in Friedrichshafen/Bodensee, Cannes und Meaux gelandet. Am 19. März hatte der von einem 26 PS starken und 270 Kubikzentimeter großen Zweitaktmotor getriebene Flieger seine Reise begonnen, dabei über den Alpen Windgeschwindigkeiten bis zu 100 km/h gemeistert. Über dem Kanal mußte der Pilot wegen schlechter Sicht auf 200 Meter heruntergehen.

Für die 2000 Kilometer brauchte er 25 Stunden bei einem Treibstoffverbrauch von sieben Liter pro Stunde. Fliegerisch sei alles nach Plan verlaufen. Ärger hätten nur die Behörden gemacht. Ultra-Leichtflugzeuge gehören nun mal noch nicht zu den gängigsten Transportmitteln.

Europas amerikanische Eßgewohnheiten

AP, Bonn

„Amerikanische Eßgewohnheiten", wie der Trend zu Snacks und Schnellimbissen, werden sich in Europa noch bis zum Anfang der 90er Jahre weiter verbreiten. Zu dieser Einschätzung des Verbraucherverhaltens kommt jedenfalls eine Studie des Londoner Marktforschungsunternehmens Frost & Sullivan über „Neue Lebensmittel- und Getränkeerzeugnisse in Europa", die sich auf Erhebungen in der Bundesrepublik Deutschland, Belgien, Großbritannien, Frankreich, den Niederlanden, Italien und der Schweiz stützt. Wie der „Auswertungs- und Informationsdienst für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten" dazu gestern in Bonn mitteilte, wird der Verbrauch an Tiefkühlkost nur leicht ansteigen und die Produktion von Lebensmitteln in Dosen stagnieren. Auch der Milchkonsum soll zugunsten des Verzehrs von kalorienarmen Milchspezialitäten und Joghurt zurückgehen. Zukker wird danach immer mehr durch Süßstoff ersetzt werden. Tiefgekühlte Nachspeisen schließlich würden sich als wahre „Marktrenner" erweisen.

Fluchthelfer verraten?

dpa, Düsseldorf

Vor dem Düsseldorfer Oberlandesgericht muß sich demnächst ein 48jähriger Auslieferungsfahrer aus Aachen wegen geheimdienstlicher Agententätigkeit gegen die Bundesrepublik Deutschland verantworten. Der Generalstaatsanwalt wirft ihm vor, Fluchthilfeunternehmen ausgekundschaftet und an das „DDR"-Ministerium für Staatssicherheit verraten zu haben.

Klarstellung

dpa, Washington

Die Internationale Astronomische Union, ein Zusammenschluß von Astronomenvereinigungen rund um die Welt, ist die einzige offizielle Organisation, die Himmelskörper benennt. Dies hat die Washingtoner Kongreßbibliothek in Beantwortung von Anfragen festgestellt, die sich nach einem Angebot der US-Firma „International Star Registry" erkundigten. Die Firma hatte im vergangenen Winter in einer Inseratenkampagne in verschiedenen Teilen der USA versprochen, gegen eine Gebühr von 35 Dollar bisher unbenannte Himmelskörper auf jeden gewünschten Namen zu taufen und die Bezeichnung urheberrechtlich durch die Kongreßbibliothek schützen zu lassen.

Fluglärm wird untersucht

dpa, Düsseldorf

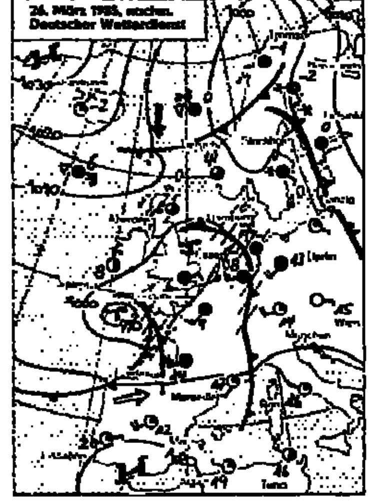
Die Auswirkungen von Tieffluglärm auf die menschliche Gesundheit werden jetzt in Nordrhein-Westfalen wissenschaftlich untersucht. Dies kündigte der Arbeits- und Sozialminister Wilhelm Farthmann gestern in Düsseldorf an. Danach soll die Landesanstalt für Immissionsschutz in der Umgebung des NATO-Flugplatzes Brüggen am Niederrhein noch in diesem Frühjahr mit ersten Schallpegelmessungen beginnen.

ZU GUTER LETZT

Der Bundeskanzler bei Mitterrand. Trotz allem – europäischer Optimismus in Bonn. Schlagzeile der „FAZ"

WETTER: Regen

Wetterlage: Ein Tiefdruckgebiet zieht nach Norddeutschland. Es führt milde Meeresluft heran. Auf der Rückseite einer über der nördlichen Nordsee angelangten Kaltfront eines Nordmeertiefs setzt im weiteren Verlauf die Zufuhr polarer Meeresluft ein.



Vorhersage für Mittwoch:
Am Alpenrand noch gebietsweise föhnige Aufheiterungen. Sonst stark bewölkt und zeitweise Regen. Höchste Temperaturen um 10, Tiefstwerte in der Nacht zum Donnerstag um 5 Grad. Im Norden einsetzender Schneefall und Abkühlung bis null Grad. Mäßiger bis frischer und böiger Wind aus Süd bis Südwest.

Weitere Aussichten:
Naßkalt. Niederschläge von Norden her in Schnee übergehend, deutlich kühler.

Temperaturen am Südwest., 13 Uhr:

Berlin	13°	Kairo	24°
Bonn	8°	Kopenh.	3°
Dresden	11°	Las Palmas	20°
Essen	8°	London	6°
Frankfurt	10°	Madrid	12°
Hamburg	7°	Mailand	10°
List/Sylt	4°	Mallorca	18°
München	14°	Moskau	4°
Stuttgart	12°	Nizza	14°
Algier	19°	Oslo	2°
Amsterdam	8°	Paris	9°
Athen	18°	Prag	12°
Barcelona	18°	Rom	16°
Brüssel	9°	Stockholm	0°
Budapest	14°	Tel Aviv	23°
Bukarest	12°	Tunis	16°
Helsinki	0°	Wien	15°
Istanbul	9°	Zürich	12°

Sonnenaufgang* am Donnerstag: 6.07 Uhr. Untergang: 18.48 Uhr; **Mondaufgang:** 8.55 Uhr, Untergang: 1.35 Uhr
*in MEZ, zentraler Ort Kassel

Deutschlands höchste Behörde wird 50

dpa, Winterberg

Die „höchste" Behörde im Land wird am 1. April 50 Jahre alt: die Station des Deutschen Wetterdienstes in genau 859 Meter Höhe im Turm auf dem Kahlen Asten. Ob es zum Jubiläum im Hochsauerland gutes oder schlechtes Wetter geben wird, wagen selbst die fünf Profis, die in drei Schichten rund um die Uhr alle 60 Minuten aktuelle Daten für das globale Grundnetz der Weltorganisation für Meteorologie liefern, heute noch nicht zu sagen. Auch für sie gilt da das Prinzip Hoffnung.

Die Bedingungen für Wetterbeobachtung auf dem freistehenden, in der Eiszeit rundgeschliffenen Berg sind ideal: Die gewonnenen Daten sind weitgehend unbeeinflußt von der Erdoberfläche. Wahrscheinlich deshalb begannen schon 1917 Militärs auf dem Asten mit Messungen für Luftschiffe, die von Düsseldorf aus Ziele in Frankreich und England angreifen wollten. 1918 richtete Essen dort ein „Bergobservatorium" ein, zu dessen Arbeitsgebiet schon damals Staubmessungen gehörten. Im April 1935 wurde die Station als Behörde in den Reichswetterdienst eingegliedert. Heute gehört sie zum Deutschen Wetterdienst, der seinen Sitz in Offenbach hat.

Gegen Ende des Zweiten Weltkrieges wurde auch der Astenturm beschädigt. Im nahen Altastenberg mußte ein Ausweichquartier bezogen werden. Während der Blockade Berlins 1948/49 nutzten die Alliierten den Asten, von dem aus man bei bestimmten Wetterlagen sogar den 161 Kilometer entfernten Brocken im Harz sehen kann, als Flugleitstelle für die „Rosinenbomber" aus Frankfurt.

Und auch heute ist die Fliegerei ein „Großkunde" der Männer auf dem Astenturm und ihrer Kollegen in den anderen Stationen. Gerade für die Piloten der Jets, die in Höhen von mehr als 10 000 Meter fliegen, ist die Kenntnis von Stärke und Richtung der Höhenwinde von großer Bedeutung. Diese Ströme mit Geschwindigkeiten von mehr als 200 Kilometer pro Stunde, in die man sich „reinhängt", wenn die Richtung stimmt oder aber ausweichen muß, beeinflussen stark Treibstoffverbrauch und Flugzeit. Beides ist Geld. Wie sehr die Luftfahrt die Meteorologie braucht, erhellt sich auch daraus, daß ein Drittel aller „Wetterfrösche" in Deutschland in Flugwetterwarten arbeiten.

Der Wetterdienst gehört zu den wenigen Behörden, die dem Staat mehr einbringen, als sie kosten. Hier steht den Kosten eine 16fache Einnahme gegenüber. Kein Wunder. Auch Wettervorhersagen in Zeitungen, Rundfunk und Fernsehen oder spezielle Dienste für Seeschiffahrt, Weinbau und Hochhaus- oder Autobahnplaner gibt es nicht gratis. Gute Kunden sind Versicherungen. Bei Sturmschäden brauchen sie exakte Angaben. Gezahlt werden muß nämlich erst ab Windstärke 8.

Die Wetterdaten, die heute in Computern ausgewertet werden, gehen an Stationen rund um die Welt, wobei auch die Ostblockstaaten „mitspielen". Verständigungsprobleme gibt es nicht. Die „Sprache" besteht aus 99 Schlüsselzahlen, von großer Trockenheit (1) bis Gewitter mit Hagel (99). Wetterbeobachtung ist eine Wissenschaft, die auf Erfahrung nicht verzichtet. So hat Hans-Georg Pfennig, der Chef des Fünferteams auf dem Asten, viel Respekt vor Bauernregeln. Rein gar nichts hält er dagegen vom hundertjährigen Kalender. „Er beruht auf der absolut falschen Annahme, daß sich das Wetter alle sieben Jahre wiederholt."

KARL LOHAUS

LEUTE HEUTE

Beginn einer Ehe

Filmregisseur **Roman Polanski** (51) scheint allmählich gegen Verführung durch frühreife Teenager gewappnet: Er will jetzt in seiner Altersgruppe bleiben und heiraten. Kandidatin ist



die französische Fotografin **Violin Piraud** (42). Die beiden kennen sich seit einem Jahr. Madame Piraud, die zwei Söhne hat, verbrachte einige Zeit bei Polanski in Tunesien, wo er an seinem neuen Film „Der Pirat" arbeitet. Hochzeit soll im achten Monat dieses Jahres sein.

Ende einer Karriere

Nach einer fast 60jährigen „Karriere" als Taschendiebin will die Britin **Rosie Jones** sich jetzt endgültig aus dem „Geschäft" zurückziehen. „Meine Finger sind nicht mehr so gut, wie sie einmal waren," sagte die 75 Jahre alte, nur 1,40 Meter große Frau, nachdem ein Richter in London sie erneut wegen Taschendiebstahls zu zwei Jahren Haft mit Bewährung verurteilt hatte. Es war die 31. Verurteilung für die Diebin, die 1926 erstmals mit der Justiz zu tun bekam. Seither verbrachte sie insgesamt 20 Jahre im Gefängnis.

Neubeginn

Alt-Rennmeister **Stirling Moss** wird am kommenden Wochenende als 55jähriger sein Comeback im professionellen Motorsport versuchen. Moss, der in den 50er Jahren als einer der Großen bei Formel-Eins-Rennen galt und dennoch nie die Weltmeisterschaft gewann, wird bei den neuen „Playboy-Meisterschaften" in den USA an den Start gehen. Es handelt sich um drei Langstrecken-Rennen von jeweils sechs-, 18- und 24stündiger Dauer. Moss startet sein Comeback 23 Jahre nach seinem Unfall in Goodwood, der seine Karriere beendete.